

Nationalismus im Osten Europas

Was Kaczyński und Orbán mit Le Pen und Wilders verbindet

Ch. Links Verlag

Reinhold Vetter

Nationalismus im Osten Europas

Reinhold Vetter

Nationalismus im Osten Europas

Was Kaczyński und Orbán mit Le Pen und Wilders verbindet

Ch. Links Verlag, Berlin

Ch.Links

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

1. Auflage als E-Book, März 2017
entspricht der 1. Druckauflage vom März 2017

Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin, Tel.: (030) 44 02 32-0
www.christoph-links-verlag.de; mail@christoph-links-verlag.de
Cover: Stephanie Raubach, Berlin, unter Verwendung eines Motivs von thinkstock (542795470)
Lektorat: Dr. Stephan Lahrem, Berlin

eISBN 978-3-86284-393-0

Inhalt

ANHANG

Einleitung

Nach dem Sieg von Donald Trump bei der Präsidentenwahl in den USA hieß es in einem Leitartikel der *Neuen Zürcher Zeitung:* »Trump ist nicht allein. Auch in anderen Weltgegenden sind seine Gesinnungsgenossen im Vormarsch.«[1]

Wie wahr. Marine Le Pen vom rechtsradikalen *Front National* in Frankreich und Viktor Orbán, Chef des nationalkonservativen ungarischen *Fidesz*, waren dann auch die ersten, die Trump am Morgen nach der Wahlnacht enthusiastisch gratulierten. Auch andere Gesinnungsgenossen in Ost und West etwa von der *Alternative für Deutschland (AfD)* ließen mit ihren Glückwünschen nicht lange auf sich warten. Der tschechische Staatspräsident Miloš Zeman hatte sich schon während des amerikanischen Wahlkampfs als glühender Anhänger Trumps zu erkennen gegeben.

Die Wahl Trumps war nicht der einzige Schock für die meisten Europäer im Jahr 2016. Schon die »Brexit«-Entscheidung in Großbritannien hatte für Aufregung, ja sogar Entsetzen gesorgt und große Sorge über die Zukunft Europas und besonders der Europäischen Union hervorgerufen. Das Votum der britischen Wähler war der vorläufige Höhepunkt einer Kette von ernüchternden Ereignissen, zu denen niedrige Beteiligungen an der Europawahl, gescheiterte EU-Referenden, sinkende Zustimmungswerte zur Integration und der Aufschwung euroskeptischer Bewegungen gehörten. Gerade diejenigen im Westen, die bis dato mit dem Finger nur auf die »bösen Nationalisten« im Osten gezeigt hatten, die doch »so gar nicht in die EU gehören«, wie in deutschen Medien zu lesen war, mussten nun erschreckt feststellen, dass Nationalismus auch vor ihrer Haustür sprießt. Aber eben nicht nur.

Inzwischen müssen wir damit leben, dass sich ein nationalkonservativer europäischer Politiker wie Viktor Orbán, der mitunter sogar in völkisches Vokabular verfällt, voller Selbstlob auf die Schulter klopft und sich als erfolgreicher Vorkämpfer für eine brutale Abschottung gegenüber Hilfe suchenden Flüchtlingen feiern lässt.

Wir müssen auch mit Befremden zur Kenntnis nehmen, dass der Staatspräsident eines EU-Mitgliedslandes, in diesem Fall das tschechische Staatsoberhaupt Miloš Zeman, scheinbar nichts dabei findet, auf

Veranstaltungen rechtsradikaler Vereinigungen aufzutreten und in deren Anti-Migranten-Hetze einzustimmen. Durch Warschau wiederum marschierten am 11. November 2016, dem polnischen Nationalfeiertag, Zehntausende Rechtsradikale und Nationalisten und skandierten rassistische Parolen – unterstützt von Ortsgruppen der nationalkonservativen Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit* und radikalen Fußballfans. Bewegungen wie die deutsche *Pegida* bemühen sich um internationale Vernetzung.

Solche Phänomene sind seit einigen Jahren verstärkt zu konstatieren, waren aber auch zum Teil schon früher sichtbar, wie etwa die erste Regierungsphase der Kaczyński-Partei *Recht und Gerechtigkeit* in Polen in den Jahren 2005 bis 2007 zeigt. Und ihre Ursachen und Motive reichen ja auch bis auf die Transformation in diesen Staaten in den Jahren 1988 bis 1990 zurück. Bei der Analyse rechter politischer Akteure im Osten Europas stellt sich insbesondere die Frage, ob deren Auftreten eine grundsätzliche Abwendung von der im Rahmen der Transformation eingeschlagenen Richtung hin zu einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie, Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft bedeutet.

Um nicht nur darauf eine Antwort zu finden, wird in diesem Buch der Versuch unternommen, die vielfältige parteipolitische Landschaft des Nationalismus in den EU-Staaten im Osten Europas zu sichten und zu analysieren.

Wenn im Folgenden von Nationalismus die Rede ist, dann geht es nicht um einfache Heimatliebe oder um das Bemühen gerade kleiner Völker und Nationen, kulturelle Traditionen zu bewahren, sich ein lebendiges Geschichtsbewusstsein zu erhalten oder um die intensive Pflege der eigenen Sprache, wie das teilweise in den baltischen Staaten oder in Slowenien zu beobachten ist. Mit Nationalismus sind hier bestimmte politische Ideologien gemeint, deren Protagonisten auf andere Völker herabsehen und Menschen anderer Nationen und Kulturen verachten. Sie sehen ihre Nation, ihre Sprache und Kultur nicht nur als etwas Besonderes, sondern als etwas anderen Überlegenes an. Das führt zu einem Bedürfnis nach starker Homogenität der Gesellschaft und damit zu einer scharfen Ausgrenzung all derer, seien es nationale Minderheiten mit ihrer eigenen kulturellen Identität oder Andersdenkende und Andershandelnde überhaupt. Außerdem sehen Nationalisten ihre Nation ständig »in Not«, »entmündigt« durch die Flut der Flüchtlinge, durch den Islam, durch »Brüssel« oder durch die Auflösung der Familie in ihren überlieferten Formen. Nationalismus korrespondiert mit einem übersteigerten Sendungsbewusstsein, möglichst die ganze Welt nach eigenen Vorstellungen gestalten zu wollen. In extremer Form kann aggressiver Nationalismus sogar zu einer direkten politischen und militärischen Gefahr für andere Staaten und Völker werden.

Wenn von nationalistischen Bewegungen in Europa die Rede ist, dann fällt

häufig auch der Begriff Populismus. Nationalismus und Populismus können sich überschneiden, müssen es aber nicht. Es gibt Nationalismus ohne Populismus, und es gibt auch einen linken Populismus. Populisten brauchen keine ausformulierte, geschlossene Ideologie, »essentials« oder eine kohärente Doktrin, sondern ihre Programmatik ist variabel und eher als Strategie zur Machtergreifung zu verstehen. Populisten zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich auf einen von ihnen definierten Common Sense, einen Volkswillen berufen, Eliten und Institutionen gegenüber feindlich eingestellt sind, Antiintellektualismus demonstrieren sowie Politik stark moralisieren und personalisieren. Dabei thematisieren sie vor allem die »Bevormundung« des Volkes durch Funktionärseliten, die sie a priori als korrupt, doppelzüngig, arrogant, eigennützig und abgehoben definieren. Wesentliche Merkmale des Populismus sind auch die intensive Nutzung von Symbolen in der Politik und die Instrumentalisierung von Geschichte.

Der in Princeton lehrende deutsche Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller schreibt treffend:

> »Sie [die Populisten] sind […] immer antipluralistisch. Und [ihr] Alleinvertretungsanspruch […] ist stets moralischer Natur. Für den Populisten gibt es keinen legitimen Mitbewerber um die Macht. Und die Bürger, die sie nicht unterstützen, gehören automatisch nicht zum wahren Volk. […] Populisten müssen immer eine moralische Trennlinie ziehen zwischen dem wahren Volk und denjenigen, die gar nicht dazu gehören oder das Vertrauen des Volkes missbrauchen.«[2]

Bei der nachfolgenden Bestandsaufnahme des Nationalismus im Osten Europas stehen vor allem solche nationalkonservativen, populistischen und rechtsradikalen Parteien im Fokus, die über politische Macht verfügen, da sie schon Regierungsverantwortung tragen. Es geht um Polen, die Tschechische Republik und die Slowakei im Zentrum Ostmitteleuropas, die südosteuropäischen Staaten Ungarn, Slowenien und Kroatien sowie die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, nicht um die beiden EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien auf dem Balkan.

Die anfängliche Aufzählung besorgniserregender Nachrichten hat aber schon gezeigt, dass wir es bei dem Erstarken des Nationalismus in Europa keineswegs nur mit einem Phänomen im Osten des Kontinents zu tun haben. Deshalb wird nach der genannten Bestandsaufnahme auch versucht, rechte Parteien in Ost und West miteinander zu vergleichen, ihre Übereinstimmungen und Differenzen zu analysieren.

Den Abschluss des Buches bildet ein Plädoyer dafür, die dringend notwendige breite öffentliche Debatte über die Zukunft Europas und besonders der Europäischen Union auf jeden Fall gesamteuropäisch zu führen. Zu diesem Zweck werden einige Anregungen von Wissenschaftlern und Publizisten für diese Diskussion referiert und auch eigene Positionen des

Autors entwickelt.

Überzeugte Europäer hoffen, dass Europa gerade durch die Auseinandersetzung mit der rechten Szene neue Kraft zur Integration gewinnen wird. Möge dem so sein.



Länderanalysen



Polen

Angeführt von ihrem charismatischen Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński kamen die polnischen Nationalkonservativen im Herbst 2015 bereits zum dritten Mal seit dem Systemwechsel im Jahr 1989 an die Macht. Schon in den Jahren 1991/92 hatten sie die Regierung gestellt, damals noch mit ihrer Partei *Zentrumsallianz (Porozumiene Centrum)*. Das kurzlebige Kabinett mit dem Anwalt Jan Olszewski als Ministerpräsident gab einen Vorgeschmack auf spätere nationalkonservative Regierungen.

Bei der Parlamentswahl im September 2005 schlug dann erneut die Stunde der polnischen Rechten, als sie mit ihrer vier Jahre zuvor gegründeten Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* stärkste politische Kraft wurde und dann zwei Jahre lang als Seniorpartner der Regierung agierte – zunächst mit Kazimierz Marcinkiewicz, dann mit Jarosław Kaczyński als Ministerpräsident. Besonders das Kabinett von Kaczyński verfolgte eine ähnlich polarisierende Politik wie heute. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 21. Oktober 2007 erlitt *PiS* eine Niederlage. Die Mehrheit der Wähler war offensichtlich zu dem Schluss gekommen, dass die Nationalkonservativen das Land in eine falsche Richtung geführt hatten. Die vorgezogene Wahl war notwendig geworden, weil die Koalition der *PiS* mit zwei kleineren Parteien auseinandergebrochen war. Doch acht Jahre später gelang den Nationalkonservativen ein Comeback. Aufgrund ihrer deutlichen Erfolge bei der Präsidentenwahl am 10. Mai und der Parlamentswahl am 25. Oktober 2015 stellen sie seither mit Andrzej Duda das Staatsoberhaupt und können aufgrund ihrer absoluten Mehrheit im Parlament allein regieren. Ministerpräsidentin wurde die bis dato öffentlich kaum hervorgetretene Beata Szydło. Ihre Regierung betreibt einen systematischen Umbau des Staates und eine rigide nationalistische Politik, was international heftige Kritik ausgelöst hat und Mitglieder von Vereinigungen der Zivilgesellschaft sowie anderer Parteien zu Massen auf die Straßen treibt.

Was passiert derzeit in einem Land, das 1989 mit dem friedlichen Systemwechsel weltweit Aufsehen erregte und das 2004 der Europäischen Union beitrat? Warum kamen die Nationalkonservativen erneut an die Macht, obwohl die Wähler schon Jahre zuvor schlechte Erfahrungen gemacht hatten? Weshalb ist ihre Ideologie wieder attraktiv? Geht es nur um einen ganz

normalen politischen Wandel, bei dem eine neue Regierung und die sie tragende Mehrheit im Parlament den verfassungsmäßigen, institutionellen, politischen und wirtschaftlichen Status des Landes zu verändern versuchen? Oder vollzieht sich eine »nationalkonservative Revolution« von oben, deren Hauptakteure mit den Prinzipien europäischen Verfassungsdenkens radikal brechen und daher in einen offenen Konflikt mit der Europäischen Union und dem Europarat geraten sind? Vieles spricht für die zweite Interpretation. Aber der Reihe nach.

Anders als von den Meinungsforschungsinstituten prognostiziert, hieß der Sieger der ersten Runde der Präsidentenwahl am 10. Mai 2015 Andrzej Duda von *Recht und Gerechtigkeit* mit 34,8 Prozent, gefolgt vom bisherigen Amtsinhaber Bronisław Komorowski, Repräsentant der *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)*, mit 33,8 Prozent und dem kometenhaft aufgestiegenen parteilosen, aber mit Sympathien für die nationalistische bis rechtsradikale Szene hervorgetretenen Rocksänger Paweł Kukiz mit 20,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,5 Prozent, was mager, aber für polnische Verhältnisse nicht schlecht war. Im zweiten Wahlgang gewann Duda mit 51,5 Prozent vor Komorowski mit 48,5 Prozent. Diesmal waren sogar 55,3 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen gegangen.

Eine Aufschlüsselung des Wahlergebnisses ergab, dass Duda vor allem bei den Jungen und den Alten gepunktet hatte. Knapp 61 Prozent der 18- bis 29-Jährigen und etwa 53 Prozent aller Wähler über 50 Jahre stimmten für ihn. Auch bei den Männern hatte er mit über 56 Prozent die Nase vorn, während er bei den Frauen mit Komorowski gleichauf lag. Dudas Wähler kamen vorwiegend aus den Dörfern und Städten der ländlichen Regionen, wo im Durchschnitt 63 Prozent für ihn stimmten, während Komorowski in den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern gewinnen konnte (zwischen 52 und 58 Prozent). Außerdem votierten die Wähler mit Grundschulbildung sowie einfacher und mittlerer Berufsausbildung mehrheitlich für Duda (zwischen 54 und 67 Prozent), während Komorowski die Mehrheit der Wähler mit höherer Bildung für sich gewinnen konnte (55 Prozent). Schließlich waren es vor allem die Bauern, Arbeiter, Verwaltungsangestellten, Arbeitslosen und Rentner, die Duda unterstützten, während Komorowski mehr private Unternehmer, Freiberufler, Führungskräfte und Grundeigentümer auf seiner Seite hatte (bis zu 60 Prozent).

Komorowski verlor die Wahl aus mehreren Gründen. Nicht nur war sein Wahlkampf extrem unprofessionell, auch gaben ihm viele Wähler eine Mitverantwortung für die achtjährige Regierungszeit der *Bürgerplattform*, für die er kandidierte. Einige Beobachter sahen in der Wahl eine Abrechnung mit großen Teilen der politischen Elite, die nach 25 Jahren an den Schalthebeln der Macht die Fähigkeit verloren habe, die jüngere Generation anzusprechen. Komorowskis Wahlkampf war überheblich, bürgerfern, einfallslos und

schlecht organisiert, während Duda die Nähe der Bürger suchte und einen »amerikanischen« Wahlkampf führte.

Der zweite Paukenschlag des Jahres 2015 war die Wahl am 25. Oktober, bei der die Nationalkonservativen den größten Sieg ihrer Geschichte errangen. Ihre Partei *PiS* erhielt mit 37,6 Prozent der abgegebenen Stimmen eine Mehrheit im Sejm (Abgeordnetenhaus), die es ihr erlaubte, allein die Regierung zu bilden. Die bis dato regierende *Bürgerplattform* schrumpfte auf 24,1 Prozent. Auf dem dritten Platz landete die Bewegung von Kukiz, der aber mit 8,8 Prozent weniger als die Hälfte seiner Stimmen bei der Präsidentenwahl erhielt. Zur neuen Sejm-Fraktion von *Kukiz'15* gehörten fortan auch neun Rechtsradikale, darunter Robert Winnicki, der Führer der *Nationalen Bewegung (Ruch Narodowa)*. Erstmals schaffte die liberale Partei *Nowoczesna.Pl (Die Moderne)* des Ökonomen Ryszard Petru den Einzug ins Parlament, die auf 7,6 Prozent der Stimmen kam. Das schlechteste Ergebnis der letzten fünf Jahre erzielte die »Bauernpartei« alias *Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)*, die mit 5,1 Prozent beinahe an der Fünfprozenthürde gescheitert wäre. Eine Zäsur historischen Ausmaßes war das Scheitern des postkommunistischen *Bündnisses der demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)*, dem die *Vereinigte Linke (Zjednoczona Lewica)*, die *Grünen*, die *Union der Arbeit (Unia Pracy)* sowie einige andere kleine Gruppierungen angehören. Sie kamen zusammen nur auf 7,6 Prozent der Stimmen und scheiterten an der für Wahlbündnisse vorgeschriebenen Achtprozenthürde. Zur Niederlage dieses Bündnisses dürfte auch beigetragen haben, dass mit *Razem (Gemeinsam)* eine neue linke Partei im Alleingang 3,6 Prozent der Stimmen erzielte. Auch bei der Wahl zum Senat, der zweiten Kammer des Parlaments, errang *PiS* mit 40 Prozent der Stimmen einen großen Sieg.

Die Analyse des Wahlergebnisses offenbarte interessante Einzelheiten. Während die Nationalkonservativen diesmal in 14 von insgesamt 16 Wojewodschaften (Regierungsbezirken) gewinnen konnten, war es bei der Wahl vier Jahre zuvor umgekehrt gewesen. Damals hatte die von Donald Tusk geführte *Bürgerplattform* in elf Wojewodschaften gesiegt. Anders als 2011 gelang der Kaczyński-Partei diesmal auch ein Sieg in einigen größeren Städten, etwa in Warschau. Junge, gebildete Bürger wanderten in Scharen von der *PO* zur *PiS*. Die meisten Wähler, die im Mai 2015 für Duda als Staatspräsident votiert hatten, gaben nun in der Parlamentswahl ihre Stimme der *PiS*. Wieder einmal erwiesen sich die Anhänger der Nationalkonservativen als diszipliniertestes Wahlvolk, denn ihre Wahlbeteiligung war die höchste unter allen Parteien.

Aber die *PO* verlor auch Wähler an die neue liberale Partei *Nowoczesna.Pl*. Diese gewann die meisten ihrer Stimmen in den größeren Städten und unter den besser gebildeten Menschen. Auch die Bauernpartei

PSL verlor Wähler an *PiS*. Zum ersten Mal seit 1989 gab es keine klassische Linke mehr im Parlament. Mag sein, dass mit *Razem* eine neue Linke im Entstehen ist. Interessant war schließlich, dass es die alte Teilung in das moderne »Polen A« und das traditionalistische »Polen B«, wie man in Warschau die beiden Teile des Landes diesseits und jenseits der Weichsel nennt, also die Spaltung zwischen dem »zivilisierten« Westen und dem »zurückgebliebenen« Osten, zwar noch gibt, aber die Konturen schwächer werden.

Fragt man nach den Ursachen und Hintergründen für das Wahlverhalten der polnischen Bürger im Jahr 2015, so dürften wirtschaftliche Gründe für den Regierungswechsel eigentlich nicht ausschlaggebend gewesen sein. Denn längst ist die Zeit vorbei, in der man gerade auch im Westen über die »polnische Wirtschaft« lästerte. In westlichen Wirtschaftskreisen gilt Polen nicht nur als Sinnbild erfolgreicher Transformation und Inbegriff konsequenter marktwirtschaftlicher Reformen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, sondern inzwischen auch als »Wachstumschampion«. Polen war zudem das einzige Land in Europa, das während der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in eine Rezession fiel.

Doch es gibt auch eine andere Sicht auf die Dinge. Gemessen an den 15 westlichen EU-Staaten nimmt sich der erreichte Wohlstand noch bescheiden aus: Zieht man das kaufkraftbereinigte BIP als Maßstab heran, liegt Polen derzeit bei 65 Prozent. Besonders in der jungen Generation ist der Unmut über die Lage auf dem Arbeitsmarkt groß. Die vergleichsweise moderate Arbeitslosenquote hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass seit dem EU-Beitritt des Landes im Jahr 2004 etwa 2,5 Millionen Polen emigriert sind, vor allem junge Leute, insbesondere nach Großbritannien und Deutschland. Zwischen 2007 und 2015 haben die Regierungen der *Bürgerplattform* kaum etwas getan, um junge Polen zum Bleiben zu ermuntern.

Der Unmut der Jüngeren hängt auch mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zusammen. Dank befristeter Arbeitsverträge entstanden zwar neue Arbeitsplätze, doch in der jüngeren Generation sind die neuen Arbeitsverhältnisse wegen der oft niedrigen Bezahlung auch bei guter Ausbildung und wegen des geringen sozialen Schutzes als »Müllverträge« (»umowy śmieciowe« oder »kontrakty śmieciowe«) verschrien. Nirgendwo in der gesamten EU ist der Anteil befristeter Verträge so hoch wie in Polen. So klafft ein tiefer Graben zwischen den offiziellen wirtschaftlichen Erfolgen und den Ansprüchen der jungen Generation. Diese will nichts mehr hören von Errungenschaften im Vergleich zu den sozialistischen Zeiten, sondern verlangt nach ordentlich bezahlten und möglichst interessanten Tätigkeiten, die es wohl gibt – z. B. in der IT-Branche –, aber diese sind rar.

Die Mehrheit der jungen Wähler in Polen hat rechts gewählt, vor allem die Nationalkonservativen, wobei dies nicht in jedem Fall Folge dezidiert rechter

bzw. nationalistischer Anschauungen gewesen ist, sondern häufig wohl eher ein Ausdruck für Protest, Aufruhr, Wunsch nach drastischer Veränderung war.

Zwar ist die Mehrheit der Polen, so die Analysen Warschauer Soziologen, mit ihrem gegenwärtigen Lebensstandard zufrieden oder einigermaßen zufrieden, doch mindestens 30 Prozent der Gesellschaft »haben die Nase voll« (»mamy dosyć tego«). Sie sehen sich als Opfer der Transformation und beklagen die Versäumnisse in der Sozialpolitik und speziell im Gesundheitswesen. Dass sie die schillernde Warenwelt in den Schaufenstern sehen, aber nicht kaufen können, sorgt bei ihnen für großen Verdruss. Die Zahl derjenigen Polen, die an der Armutsgrenze leben bzw. vom Abgleiten in Armut und von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht sind, liegt immer noch bei etwa neun Millionen – das ist fast ein Viertel der 38 Millionen Einwohner Polens.

In der Regierungszeit der *Bürgerplattform* hat sich die Zweiklassengesellschaft in der medizinischen Versorgung weiter ausgebildet. Inzwischen gibt es mehr gute Ärzte und moderne medizinische Einrichtungen, doch sind deren Leistungen für Normalverdienende oft und für Geringverdienende fast nie zu bezahlen. Während die Zahl der privaten, in der Regel aber teuren Arztpraxen und Krankenhäuser zugenommen hat, sind staatliche Kliniken und andere medizinische Einrichtungen oft in einem vergleichsweise schlechten Zustand. Viele Krankenhäuser sind hoch verschuldet, weil die Kosten bei Weitem die Einnahmen übersteigen. Die bauliche Qualität vieler Spitäler sowie deren technische Ausstattung müssten dringend verbessert werden. Die Überlastung der Beschäftigten wegen Personalmangels und ihre oft schlechte Bezahlung fördern Korruption und veranlassen viele Ärzte und Schwestern, in den Westen zu gehen.

Da ist es kein Wunder, dass die sozialen Versprechungen der Nationalkonservativen im Wahlkampf wie etwa die Einführung eines Kindergeldes für das zweite und jedes weitere Kind auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Gleiches gilt für ihre Ankündigung, die Rolle des Staates in der Wirtschaft zu stärken und ausländisches Kapitel stärker durch polnisches zu ersetzen. Angesichts diverser, auch wirtschaftlicher Krisen, die Europa durcheinanderwirbeln, haben die eher liberalen und weltoffenen westlichen Gesellschaften als Entwicklungs- und Modernisierungsvorbild an Strahlkraft verloren. Stattdessen machen sich Verbitterung über den Neoliberalismus und Angst vor einer wirtschaftlichen Überfremdung im Zuge der Globalisierung breit.

Zu den Ursachen dafür, dass 2015 etwa die Hälfte der Wahlberechtigten nicht zur Wahl ging und die Nationalkonservativen schließlich einen deutlichen Sieg erringen konnten, zählt sicher auch der Hass auf die von der *Bürgerplattform* repräsentierten arroganten und egoistischen politischen und wirtschaftlichen Eliten in den größeren Städten, der sich bei Durchschnitts-

und Geringverdienern besonders in den ländlichen Regionen, aber auch in den Städten aufgestaut hat. Symbol dafür war die sogenannte Abhöraffäre im vorangegangenen Sommer. Am 13. Juni 2014 begann das Wochenmagazin *Wprost*, Abschriften von Gesprächen zwischen Ministern und führenden Beamten der Tusk-Regierung in teuren Warschauer Restaurants zu veröffentlichen, die Kellner mitgeschnitten hatten. Die Gespräche schockierten viele Menschen wegen ihres oft vulgären und zynischen Tons und schlugen innenpolitisch hohe Wellen. So hatte der damalige Außenminister Radek Sikorski in den Gesprächen seine Landsleute als »Einfaltspinsel« abqualifiziert.

Viele Bürger schreiben solche Verhaltensweisen nicht nur der *Bürgerplattform* oder anderen Politikern zu, sondern den wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Eliten überhaupt. Sie würden arrogant auf das »niedere Volk« herabschauen und in ihrem Individualismus nur ihre eigenen Interessen und gehobenen Bedürfnisse im Auge haben – im Bewusstsein, dass sie unangreifbar seien und nie zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Auch die Debatte über die europäische Flüchtlingskrise spielte eine wichtige Rolle in den Wahlkämpfen des Jahres 2015 und gestattete Einblicke in spezifische Strukturen des kollektiven Bewusstseins der Polen. Zeitweise geriet sie sogar zum wichtigsten Thema der öffentlichen Auseinandersetzung. Und dies, obwohl die großen Flüchtlingsströme Polen bis dato gar nicht erfasst hatten. In dieser Debatte erwies sich Kaczyńskis Partei *Recht und Gerechtigkeit* als Speerspitze der Fremdenfeindlichkeit in Polen. In ihrem Hass auf Muslime wurde und wird sie nur noch von rechtsradikalen Splittergruppen übertroffen. In einer äußerst polemischen Rede im Sejm rief Kaczyński den Untergang des Abendlandes aus, sollten die Flüchtlingsströme nicht gestoppt werden. Er selbst ist ein repräsentatives Beispiel für die vielen Polen, die kaum Erfahrungen mit außereuropäischen Ausländern haben und jede Andersartigkeit als Bedrohung ihrer polnisch-katholischen Identität und persönlichen Sicherheit empfinden.

Radikaler Umbau des Staates

Jarosław Kaczyński und seine nationalkonservativen Mitstreiter interpretieren ihre Wahlsiege des Jahres 2015 freimütig als Auftrag der ganzen polnischen Nation, einen starken, zentralisierten Staat mit autoritären Zügen aufzubauen, einen systematischen Elitenwechsel zu vollziehen und eine »moralische Wende« in Staat und Gesellschaft einzuleiten – »dobra zmiana«, wie sie es nennen (»eine gute Veränderung«). Dabei nimmt Kaczyński die Rolle eines »Naczelnik Państwa« (wörtlich: Führer des Staates) für sich in Anspruch, wie dies schon Polens autoritärer Präsident Józef Piłsudski in der Zeit zwischen

den beiden Weltkriegen getan hatte.

Für Kaczyński und seine Partei geht es darum, das seit der Transformation von 1989 geschaffene und in ihren Augen »liberale und von internationalen Einflüssen zerstörte System« fundamental zu erneuern und durch ein »nationales« zu ersetzen, das eine klare »Gemeinschaftsordnung« besitzt, sich an »traditionellen Werten« orientiert und ein Bekenntnis zu den historischen Errungenschaften des Volkes beinhaltet, so wie sie von den Nationalkonservativen gesehen werden.

Elitenwechsel bedeutet für Kaczyński die Entfernung aller postkommunistischen Kader, die noch im alten System Karriere gemacht haben, aus Politik, Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur. Mehr als ein Vierteljahrhundert nach Beginn der Transformation übertreibt er deren verbliebene Zahl und ihren Einfluss schamlos. In Wirklichkeit geht es darum, die eigenen Leute, also *PiS*-Funktionäre, an den Schaltstellen zu platzieren, unabhängig von ihrer fachlichen Qualifikation.

Nach außen hin wollen Kaczyński und seine Entourage jede wie auch immer geartete Abhängigkeit Polens von internationalen politischen, ökonomischen und kulturellen Bündnissen und Einflüssen so weit wie möglich reduzieren, was im Einzelfall jedoch nicht bedeutet, auf den Auf- und Ausbau der Beziehungen zu bestimmten Staaten zu verzichten.

Die verfassungsrechtlichen und staatspolitischen Auffassungen der Nationalkonservativen spiegeln sich insbesondere in ihrem Umgang mit der Verfassung, dem Rechtsstaat und wichtigen Institutionen wider; so wollen sie die Autonomie und Befugnisse von Verfassungsgericht, Justiz, Zentralbank und öffentlich-rechtlichen Medien zugunsten der Exekutive einschränken.

In einem von Kaczyński vorgelegten Entwurf für eine neue Verfassung wird diese als eine Art schriftlich fixiertes nationales Glaubensbekenntnis betrachtet, das wichtige, aus der polnischen Geschichte überlieferte Werte als Maßstab für politisches und gesellschaftliches Verhalten vorgibt, deren Einhaltung die Exekutive zu kontrollieren hat. Dazu zählen Nation, Familie und christlicher, im eigentlichen Sinne katholischer Glaube ebenso wie die Arbeit als Grundlage einer kraftvollen Gemeinschaft und die Ehe als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau. Kaczyński möchte die Position des Staatspräsidenten gegenüber der Regierung noch weiter stärken, dessen Position schon jetzt der im amerikanischen und französischen Modell ähnlich ist.

Mit dem Amtsantritt der Regierung von Beata Szydło am 16. November 2015 setzten sogleich intensive Bemühungen der Nationalkonservativen ein, das Verfassungsgericht gegenüber Legislative und Exekutive zu schwächen, wenn nicht gar zu paralysieren. Diesem Zweck dienten zwei Novellen des Verfassungsgerichtsgesetzes, die der Sejm am 19. November und 22. Dezember verabschiedete. Sie legen fest, dass juristische Streitfälle künftig in

der Reihenfolge ihres Eingangs behandelt werden sollen, das Gericht prinzipiell mit 13 von insgesamt 15 Richtern tagen und seine Beschlüsse mit einer Zweidrittelmehrheit fassen muss – ein Prozedere, das eine möglichst aktuelle Kontrolle von Parlaments- und Regierungsentscheidungen unmöglich macht und in modernen Rechtsstaaten unüblich ist. Des Weiteren können die Richter des Verfassungsgerichts künftig allein vom Sejm abberufen werden. Die Wahl von fünf Verfassungsrichtern durch den vorherigen Sejm wurde am 25. November durch den jetzigen für ungültig erklärt, Staatspräsident Duda verweigerte ihre Vereidigung. Stattdessen wählte der Sejm fünf andere Richter, die von Duda unverzüglich am 3. Dezember vereidigt wurden. Die erste Wahl von fünf Verfassungsrichtern durch den Sejm, in dem die Bürgerplattform dominierte, war zumindest in zwei Fällen verfassungswidrig, weil die Amtszeit dieser beiden Richter noch in die neue Legislaturperiode hineinreichte. In seinem Urteil vom 3. Dezember hat das Verfassungsgericht einerseits deren »vorzeitige« Wahl als verfassungswidrig gewertet, andererseits aber auch klargemacht, dass die Wahl der übrigen drei Richter gültig sei und sie vereidigt werden müssten. Auf Anweisung von Kaczyński weigerte sich die Regierung Szydło, dieses Urteil im Gesetzesblatt zu veröffentlichen, was nach geltendem Recht ihre Pflicht ist.

All das führte zu einer veritablen Verfassungskrise, die sich etwa im Umgang des Präsidenten mit der Vereidigung der neu gewählten Verfassungsrichter zeigte. War dies bislang ein rein symbolischer, abschließender Akt eines vierstufigen Ernennungsverfahrens, so wandelte Duda die Vereidigung in einen Blockademechanismus um, in ein Werkzeug zur politischen Kontrolle der Richterwahl. In seiner Begründung verwies er auf »den Willen des neugewählten Sejm«, nicht auf die Verfassung selbst.[1] Damit unterwarf er sich der Legislative und machte sich mit seiner Entscheidung zu deren Erfüllungsgehilfen, obwohl sein Mandat als Präsident, der in Polen ebenfalls in allgemeiner und direkter Wahl gewählt wird, mindestens ebenso stark wie das des Parlaments ist.

Der Konflikt um das Verfassungsgericht führte zu einer regen juristischen Debatte in Polen, die sehr bald über das engere Milieu der Juristen hinausging. Viele Menschen begannen erstmals, sich für verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Fragen zu interessieren.

Im April 2016 sahen in einer Umfrage 63 Prozent der Befragten die Demokratie in Polen wegen des Verfassungskonflikts als gefährdet an.[2] 22 Warschauer Staatsanwälte protestierten gegen die Abberufung eines ihrer Kollegen, der ein Ermittlungsverfahren wegen der unterlassenen Veröffentlichung des Urteils des Verfassungsgerichts hatte einleiten wollen. Während der Jahrestagung des Verfassungsgerichts am 20. April, an der nicht, wie sonst üblich, der Justizminister oder ein Vertreter der Regierungspartei teilnahmen, bedankte sich dessen Präsident Andrzej Rzepliński für die

Unterstützung vieler Richter im ganzen Land im laufenden Konflikt. Eine Versammlung aller Richter des Obersten Gerichtshofs verabschiedete eine Resolution, in der es hieß, dass auch unveröffentlichte Urteile des Verfassungsgerichts in der täglichen juristischen Praxis zu beachten seien. Ebenfalls im April sprachen sich in einer Umfrage des Fernsehsenders TVN 63 Prozent der Befragten für eine Veröffentlichung aller Urteile des Verfassungsgerichts aus.

Auch international erregte der Konflikt Aufsehen. Die EU-Kommission entschied, entsprechend Art. 7 des EU-Vertrags und eines entsprechenden im März 2014 beschlossenen Prozedere ein Rechtsstaatsverfahren gegen Polen einzuleiten, das in bestimmten Fällen auch Sanktionen vorsieht. Die Venedig-Kommission des Europarats, die die verfassungsrechtliche Entwicklung sowie Wahlen und Volksabstimmungen in bestimmten Ländern beobachtet und analysiert, äußerte sich ebenfalls mehrfach kritisch zum Vorgehen von Regierung und Präsident in Polen und gab Empfehlungen zur Änderung der beiden vom Sejm beschlossenen Gesetzesnovellen. Das Europäische Parlament schließlich stimmte am 13. April mit 513 zu 142 Stimmen einer Resolution zu, mit der die polnische Regierung zur Veröffentlichung des Urteils des Verfassungsgerichts und zur Beachtung der Empfehlungen der Venedig-Kommission aufgefordert wurde. Europäische und amerikanische Richter-vereinigungen solidarisierten sich mit den Richtern des polnischen Verfassungsgerichts.

Mit einer dritten Novelle zum Gesetz über das Verfassungsgericht kam der Sejm am 7. Juli den in- und ausländischen Kritikern einen kleinen Schritt entgegen, ohne aber auf die von den Nationalkonservativen beabsichtigte Lähmung des Gerichts zu verzichten. Denn die zuvor beschlossene Festlegung, dass anhängige Fälle in der Reihenfolge ihres Einreichens abgearbeitet werden müssen, behielt ihre Gültigkeit. Damit wird es weiterhin Jahre dauern, bis umstrittene Reformen der Regierung und des Parlaments beurteilt werden können. Scharfe Kritik an dieser dritten Novelle äußerten insbesondere die früheren Präsidenten des Verfassungsgerichts Jerzy Stępień und Andrzej Zoll, der ehemalige Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs Adam Strzembosz und der noch von der vorherigen Regierung berufene Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar.

Letztendlich zeigte sich die polnische Regierung völlig unbeeindruckt von der internationalen Kritik. In Bezug auf das von der EU-Kommission eingeleitete Rechtsstaatsverfahren teilte sie Ende Oktober 2016 nach Brüssel mit, dass sie nicht beabsichtige, die Empfehlungen der Kommission zu berücksichtigen.

Dass Kaczyński und seine politischen Mitstreiter ein gestörtes Verhältnis zur Gewaltenteilung haben, zeigt sich auch an ihrem Umgang mit der Justiz, die sie so weit wie möglich unter die Knute der Exekutive zwingen wollen. So

verabschiedete der Sejm auf ihr Betreiben hin ein Gesetz, das die Vereinigung der Ämter des Justizministers und des Generalstaatsanwalts vorsieht – wie in kommunistischen Zeiten. Vorbereitet wurde auch ein Gesetz, das dem Justizminister weitgehende Einflussnahme auf das Vorgehen von Staatsanwälten und auf Entscheidungen von Gerichten ermöglicht. Das kommt Justizminister Zbigniew Ziobro zupass, der dieses Amt schon in den Jahren 2005 bis 2007 innehatte. Er ist bekannt, ja berüchtigt dafür, dass er die Tätigkeit von Staatsanwaltschaften und Gerichten möglichst direkt von seinem Ministerium aus steuern möchte.

Auch Staatspräsident Andrzej Duda hat in dieser Hinsicht wenig Skrupel. Einer seiner ersten Eingriffe in die Domäne der Justiz war die Begnadigung des wegen Amtsmissbrauchs in erster Instanz verurteilten *PiS*-Funktionärs Mariusz Kamiński, noch ehe ein Strafgericht das letztinstanzliche Urteil gefällt hatte. Gleich nach seiner Begnadigung ernannte ihn Ministerpräsidentin Szydło zum Geheimdienstkoordinator der Regierung.

Seit ihrem Amtsantritt im November 2015 besteht die gängige Praxis der Regierung Szydło darin, Gesetzesentwürfe nicht vorzustellen, um sie mit Experten sowie mit Vertretern der Opposition und der Zivilgesellschaft zu beraten, sondern sie in Nachtsitzungen ohne größere Debatten im Plenum des Parlaments durchzupeitschen. Das gilt auch für das im Februar 2016 durchgedrückte Polizeigesetz, das staatlichen Behörden weitgehende Abhörbefugnisse einräumt, indem es Ermittlern ohne Gerichtsbeschluss unkontrollierten Zugang zur Telefon- und Internetnutzung Verdächtigter ermöglicht. Mit diesem Gesetz werden die Berufsgeheimnisse von Ärzten, Anwälten und Journalisten ausgehebelt.

Am 1. Juni 2016 trat ein von Innenminister Mariusz Błaszczak und Geheimdienstkoordinator Kamiński ausgearbeitetes Antiterrorgesetz in Kraft, das dem polnischen Inlandsgeheimdienst ABW (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego) enorme Macht einräumt. So kann beispielsweise der Leiter des ABW Anordnungen für Ministerien und Behörden erlassen, die dem Geheimdienst im entsprechenden Fall uneingeschränkt auskunftspflichtig sind. Das gilt ebenso für Finanz-, Grundbuch- und Katasterämter sowie für polnische Botschaften und andere diplomatische Vertretungen im Ausland. Dabei sind schon unter der vorherigen, von der liberalkonservativen *Bürgerplattform* gestellten Regierung Polens Geheimdienste unzureichend kontrolliert worden. Das polnische Verfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof erklärten den mangelhaften Datenschutz und die fehlende Kontrolle der Geheimdienste 2014 für verfassungswidrig bzw. im Widerspruch zu EU-Recht stehend.

Hinzu kommt die innenpolitische Instrumentalisierung der Antikorruptionsbehörde CBA (Centralne Biuro Antykorupcyjne). So begannen Beamte des CBA Mitte Juni 2016 mit umfangreichen

Durchsuchungen in der Warschauer Stadtverwaltung sowie in den Verwaltungen der 16 Wojewodschaften. Offiziell hieß es, man wolle dem Missbrauch und der Veruntreuung von Fördermitteln der Europäischen Union auf die Spur kommen, die von diesen Verwaltungen etwa zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten genutzt werden.

Doch der Verdacht steht im Raum, dass diese Aktion des CBA vor allem einen politischen Hintergrund hat, da bislang die Verwaltungen von 14 der 16 polnischen Wojewodschaften von der oppositionellen *Bürgerplattform* dominiert werden – vorerst eine der letzten politisch-administrativen Bastionen der Opposition in Polen. Den CBA-Beamten könnte also durchaus daran gelegen gewesen sein, »verwertbares Material« gegen politische Gegner der regierenden Nationalkonservativen in die Finger zu bekommen.

Bald nach dem Amtsantritt der Regierung Szydło erfasste eine große Säuberungswelle den polnischen Beamtenapparat – nicht nur in den Ministerien und anderen zentralen Behörden, sondern auch in den Verwaltungen auf regionaler und lokaler Ebene. Eine allgemeine Lähmung war die Folge. Viele Papiere, Beschlussvorlagen und Gesetzesentwürfe blieben liegen, Finanzierungen unklar. Nur wenige Beamte ergriffen noch Initiativen oder übernahmen Verantwortung, »weil man nicht weiß, was Kaczyński als Nächstes ausbrütet«, wie es landläufig hieß. Ein großes Revirement erfasste außerdem Polens diplomatischen Dienst und betraf besonders die Botschafter.

Die »Mission« der Medien und der Kultur

Wie die kommunistischen Machthaber vor 1989 wissen auch die sich strikt antikommunistisch gebenden Nationalkonservativen sehr genau, wie man die Medien nutzen kann, um politische und weltanschauliche Propaganda unters Volk zu bringen. Der renommierte Historiker und Bürgerrechtler Karol Modzelewski brachte es während einer Protestkundgebung in Warschau auf den Punkt, als er sagte: »Sie schicken jetzt die Politkommissare in die Medien.«[3] Ihr rabiates Vorgehen darf allerdings nicht den Blick dafür verstellen, dass schon seit den frühen 1990er-Jahren alle polnischen Regierungen bemüht waren, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum Teil massiv politisch zu beeinflussen, wobei sie allerdings immer im Rahmen des geltenden Rechts blieben.

Doch das, was dann nach dem Machtwechsel 2015 vonstattenging, übertraf alles Vorangegangene. So wurde in einem ersten Schritt der Landesrundfunkrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) entmachtet, indem man ihm das Recht entzog, die Vorstände des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für eine feste Amtszeit zu berufen, und außerdem die

Zahl seiner Mitglieder von neun auf fünf reduzierte. Der KRRiT war 1992 nach dem Vorbild der Aufsichtsgremien der britischen BBC gegründet worden, um als eine Art oberste Programmaufsicht dafür zu sorgen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem im Rundfunkgesetz verankerten Informations-, Kultur- und Bildungsauftrag nachkommt, also zu gesellschaftlichen Debatten anregt, Vielfalt abbildet und dabei sowohl christliche als auch universelle Werte respektiert. Man ahnte schon damals, dass es schwierig werden würde, Experten zu finden, die allseits als unabhängig akzeptiert würden. Daher teilte man das Recht, KRRiT-Mitglieder zu ernennen, auf: vier Mitglieder sollte der Sejm, zwei der Senat (jeweils per Mehrheitsentscheidung) und drei der Staatspräsident auswählen. Da *PiS* seit 2015 über Mehrheiten im Sejm und im Senat verfügt und außerdem den Staatspräsidenten stellt, entsandte sie drei der fünf Mitglieder in das nun Rat der Nationalen Medien (Rada Mediów Narodowych) genannte Aufsichtsgremium.

Ende Dezember 2015 peitschte Kaczyńskis Partei innerhalb weniger Tage das sogenannte kleine Mediengesetz durch Sejm und Senat, das ihr jedwede Handhabe bietet, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk regelrecht zu erobern. Nun konnte der neue Schatzminister Dawid Jackiewicz alle Mitglieder der Vorstands- und Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wie auch der staatlichen Nachrichtenagentur Polska Agencja Prasowa (PAP) nach Gusto austauschen, da die Stellen weder ausgeschrieben noch für eine feste Zeit besetzt werden. Das bedeutet: Der Minister kann ernennen, wen er will und für wie lange er will.

Bereits im Januar 2016 wechselte er die Vorstände der öffentlich-rechtlichen Sender aus. Als neuen Intendanten von Telewizja Polska (TVP) berief Jackiewicz mit Jacek Kurski einen Spezialisten für Wahlkampagnen und politische Manipulation. Im Jahr 2005 hatte Kurski den Präsidentschaftswahlkampf des tödlich verunglückten Lech Kaczyński organisiert und während dieser Kampagne gezielt Unwahrheiten gestreut, weshalb 2008 eine Verleumdungsklage gegen ihn erfolgreich war. Schon innerhalb der ersten sechs Wochen nach Inkrafttreten des »kleinen Mediengesetzes« hatten 60 Journalisten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ihren Platz geräumt oder räumen müssen, darunter bekannte Mitarbeiter von TVP wie Karolina Lewicka und Piotr Kraśko.

Die Folgen waren dramatisch. Besonders die abendliche Hauptnachrichtensendung von TVP 1, »Wiadomości« (Nachrichten), verkam zu einer Propagandashow der *PiS*-Regierung, die – mit umgekehrtem Vorzeichen – an die Propaganda der kommunistischen Epoche erinnert. Ein Beispiel: Als der frühere amerikanische Präsident Barack Obama beim Nato-Gipfel im Juli 2016 in Warschau während eines gemeinsamen Medienauftritts mit dem polnischen Staatspräsidenten Andrzej Duda seine Besorgnis über den

Umgang der Nationalkonservativen mit dem Verfassungsgericht äußerte, wurde dies in der abendlichen Nachrichtensendung einfach verschwiegen. »Wiadomości« brachte lediglich Obamas freundliche Worte, mit denen er nach diplomatischer Gepflogenheit seinen Medienauftritt ausklingen ließ.

Sprecher der Kaczyński-Partei kündigten außerdem ein zweites Mediengesetz an, das erlaubt, die öffentlich-rechtlichen Medien und auch die staatliche Nachrichtenagentur PAP – bislang Aktiengesellschaften, mehrheitlich im Staatsbesitz – in »nationale Medien« und »staatliche Rechtspersonen« umzuwandeln, etwa vergleichbar mit der Nationaloper und dem Nationalmuseum. Diese Medien sollten, wie Kulturminister Piotr Gliński es ausdrückte, »wirklich staatlich« sein und »eine Mission erfüllen«[4] – natürlich die nationale Mission Kaczyńskis und seiner Propagandisten. Durch die »Nationalisierung«, so der Minister, werde sich auch die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verbessern, sodass sich die große Abhängigkeit von Werbeeinahmen erheblich reduzieren lasse. In der neuen Rechtsform könne der Rundfunk anders als bisher direkt aus der Staatskasse bezuschusst werden.

Zum Glück gibt es Medien in Polen, die ein Gegengewicht zu den Bestrebungen der Nationalkonservativen bilden, unabhängig sind oder dezidiert als Kritiker der *PiS* auftreten. Dazu zählen der private Fernsehsender TVN, die Medien des Konzerns Agora (vor allem die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* und der Sender Radio TOK FM), Wochenzeitungen wie *Polityka* und *Newsweek Polska* sowie das Online-Portal *NaTemat.pl*. Zum Pro-*PiS*-Lager, mal mehr, mal weniger, gehörten zwei weltanschaulich ausgerichtete Fernsehsender, TV-Republik und TV-Trwam, der katholische Radiosender Radio Maryja, die Tageszeitungen *Gazeta Polska Codziennie* und *Nasz Dziennik*, Wochenzeitungen wie *Wprost*, *Gość Niedzielny*, *Do Rzeczy* und *wSieci* sowie das Nachrichtenportal *wPolityce.pl*. Die Tageszeitung *Rzeczpospolita* ist konservativ, übt aber oft auch Kritik an der *PiS*-Regierung.

Schon bald nach dem Machtwechsel hatten die unabhängigen bzw. kritischen Medien befürchtet, die nationalkonservative Regierung könne ihnen durch permanente Überprüfungen etwa in Sachen betrieblicher Sicherheit, Energieversorgung und Umweltauflagen das Leben schwermachen. Auch staatlich beeinflusste Kapitalveränderungen, so hieß es, könnten drohen. Tatsächlich bekam dies besonders die *Gazeta Wyborcza* zu spüren. Unter dem Druck der neuen Regierung reduzierten öffentliche Institutionen und staatliche Unternehmen systematisch ihre Anzeigenaufträge für die Zeitung, die allerdings unter den vorangegangenen Regierungen – natürlich auch wegen ihrer politischen Nähe zur *Bürgerplattform* – auch überproportional hoch gewesen waren. Der daraus folgende Umsatzeinbruch zwang die *Gazeta Wyborcza*, Redaktionsmitglieder und Verwaltungsangestellte zu entlassen, Internetportale zu schließen und einige lokale und regionale Ausgaben

einzustellen.

Nicht nur die Einflussnahme auf die Medien, sondern auch auf die Kulturpolitik und die kulturelle Arbeit stehen für Kaczyńskis Nationalkonservative ganz oben auf ihrer politischen Agenda. Das wird deutlich an der starken Position des Soziologieprofessors Piotr Gliński in der Regierung von Ministerpräsidentin Szydło. Gliński, der keine öffentliche Auseinandersetzung scheut, ist nicht nur Kulturminister, sondern auch Vizepremier, wodurch er maßgeblichen Einfluss auf strategische Entscheidungen der Regierung, auf die Vergabe finanzieller Mittel und auch auf gesetzgeberische Vorhaben hat.

Nun hat die von 2007 bis 2015 regierende *Bürgerplattform* keineswegs die Kultur vernachlässigt. Immerhin nahmen die Ausgaben für Kultur in diesen acht Jahren erheblich zu, wobei vor allem Fördermittel der Europäischen Union (rund 1,2 Milliarden Euro) eingesetzt wurden. Ebenso hat sich der Anteil der Ausgaben für den Kulturbetrieb (Gelder für den Bau neuer Museen, Opernhäuser, Theater und kultureller Bildungseinrichtungen) in den Haushalten der regionalen und lokalen Verwaltungen mehr als verdoppelt, wenn auch mehr Geld für die baulichen Investitionen als für die tägliche Arbeit ausgegeben wurde.

Einen großen Aufschwung nahm die Produktion von Filmen, was mit der Gründung des Polnischen Filminstituts (Instytut Sztuki Filmowej) zusammenhing. Das Institut finanzierte Filmproduktionen vor allem aus Rundfunkgebühren und den Einnahmen von Filmvertriebsfirmen – ein Mittel, um sich politischer Kontrolle zu entziehen. Im Jahr 2005 kamen 24 polnische Filme auf den Markt, 2015 waren es schon 41; ebenso wuchs die Zahl der Zuschauer, die sich polnische Filme ansahen, in diesem Zeitraum von 700 000 auf elf Millionen. Der Regisseur Paweł Pawlikowski gewann 2015 mit seinem Film *Ida* den europäischen Filmpreis sowie den Oscar für den besten ausländischen Film.

Generell konnte sich die Kultur während der Regierungszeit der *Bürgerplattform* vergleichsweise frei entfalten. Trotz ihrer oft konservativen gesellschaftspolitischen Überzeugungen und Moralprinzipien griffen Politiker dieser Partei nicht in die Programmgestaltung einzelner kultureller Institutionen ein. Das ist bei den Nationalkonservativen anders, obwohl es zwischen der *Bürgerplattform* und der Partei *Recht und Gerechtigkeit* kaum einen Unterschied gibt, was bestimmte Wertevorstellungen und auch den Lebensstil betrifft. Beide Parteien lehnen beispielsweise gleichgeschlechtliche Partnerschaften ab und unterstützen die katholische Kirche. Aber sie haben andere Auffassungen über die Funktion der Kultur. Für die *Bürgerplattform* ist Kultur vor allem ein Mittel persönlicher Bildung und materiellen Erfolgs, auch im volkswirtschaftlichen Sinne ein wichtiger Faktor. Die Nationalkonservativen wiederum sehen Kultur als Instrument, um die

nationale Einheit zu stärken. Sie wollen der Kulturlandschaft eine neue Orientierung geben, sie auf patriotische, nationale Werte ausrichten.

So gehören zu den zentralen Projekten der nationalkonservativen Regierung staatlich finanzierte Filmproduktionen mit vergleichsweise hohen Kosten, bei denen aber das Polnische Filminstitut mit seinen demokratischen Auswahlverfahren umgangen wird. Diese Filme befassen sich zumeist mit der polnischen Geschichte; einer der nächsten Filme etwa mit den »verstoßenen Soldaten« (Żołnierze Wyklęci). Gemeint sind die Soldaten des konservativen, antikommunistischen Widerstands im Untergrund, die in den Jahren 1944 bis 1947 gegen die drohende bzw. vollzogene Sowjetisierung Polens gekämpft haben. Tatsächlich wurde ihr Kampf während des Kommunismus fast vollständig totgeschwiegen, seither aber immer wieder von polnischen Historikern in der Öffentlichkeit thematisiert.

Das Repertoire wichtiger Theater, wie das des Teatr Polski in Breslau (Wrocław) und das des Teatr Narodowy Stary in Krakau (Kraków), wird öffentlich diskutiert. Das war schon 1968 so, als die kommunistische Führung unter Władysław Gomułka massiv Zensur ausübte, was Proteste unter Intellektuellen und Studenten nach sich zog. Glińskis Ministerium hat deshalb wichtige Theater unter Beobachtung gestellt. Er forderte Theaterdirektoren und Regisseure auf, Videoaufzeichnungen von Inszenierungen ins Kulturministerium zu schicken, um sie überprüfen zu lassen. Gleichzeitig versucht er, auf die Besetzung von Direktorenposten von Theatern und Museen Einfluss zu nehmen.

Unter Federführung des Kulturministeriums kam es auch zu einer Neuorientierung der auswärtigen Kulturpolitik Polens, die seither vor allem die Vermarktung berühmter Söhne und Töchter des Landes zum Inhalt hat: Kopernikus, Chopin, Marie Curie-Skłodowska und Johannes Paul II. Dagegen soll das Adam-Mickiewicz-Institut, das bis dato als wichtigster Vermittler polnischer Kultur im Ausland tätig war, aufgelöst werden und seine Ressourcen in die Strukturen des Kulturministeriums fließen. Damit würde die auswärtige Kulturpolitik der Verantwortung von Experten entzogen und in die Hände von Politikern und Bürokraten gelegt. Ein enormer Verlust, denn in Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Kultureinrichtungen wie dem Edinburgh International Festival hat das Institut im vergangenen Jahrzehnt Millionen Menschen auf der ganzen Welt mit polnischer Kultur bekannt gemacht: mit zeitgenössischen Filmen und Theaterstücken, mit Literatur, Design und Karikatur. Folgt man dem Duktus der Politiker von Recht und Gerechtigkeit, dann soll die nationalgeschichtliche Neuorientierung der auswärtigen Kulturpolitik dazu dienen, dass »Polen sich von den Knien erhebt«, also den vermeintlichen Zustand der Erniedrigung abschüttelt, in dem sich das Land nach ihrer Auffassung befindet.

Geschichtspolitik mit Märtyrertum und Heroismus

Geschichtspolitik ist denn auch das Herzstück der nationalkonservativen Kulturpolitik, fast könnte man sagen, der Politik überhaupt. Ihr Ziel ist die Stärkung einer auf Märtyrertum und Heroismus beruhenden nationalen Identität. Als Vorbilder dienen die polnischen Aufständischen des 19. Jahrhunderts, als Preußen, das zaristische Russland und das habsburgische Österreich das Land unter sich aufgeteilt hatten, die Kämpfer des Warschauer Aufstands von 1944 gegen die deutsche Besatzungsmacht sowie die schon erwähnten antikommunistischen Widerstandskämpfer, die sich am Ende des Zweiten Weltkriegs gegen die Sowjetisierung Polens wehrten. Dabei werden nationale Siege und Errungenschaften überhöht, Verfehlungen des eigenen Volkes dagegen heruntergespielt oder verschwiegen.

Im Rahmen der nationalkonservativen Geschichtspolitik spielt »Smoleńsk« eine zentrale Rolle. Ohne Zweifel war und ist der Tod seines Bruders Lech und dessen Frau Maria für Jarosław Kaczyński eine Tragödie und trauert Polen zu Recht um sie und die 94 weiteren Persönlichkeiten, die bei dem Flugzeugabsturz ums Leben kamen. Die Maschine verunglückte am 10. April 2010 beim Landeanflug auf den Militärflughafen Smoleńsk-Nord, Kaczyński und die anderen Passagiere wollten die naheliegende Gedenkstätte von Katyń besuchen, wo zwischen dem 3. April und dem 11. Mai 1940 4400 polnische Gefangene, vor allem Offiziere, von Angehörigen des sowjetischen Volkskommissariats für Inneres (NKWD) erschossen worden waren.

Bestürzung und Trauer rechtfertigen aber nicht die ideologische und politische Instrumentalisierung des Unglücks durch die Nationalkonservativen. Mehrere Untersuchungen haben ergeben, dass ein Pilotenfehler und eine schlampige Vorbereitung des Fluges auf polnischer Seite sowie der schlechte Zustand des Flugplatzes von Smolensk und möglicherweise Nachlässigkeiten des dortigen Towers zu dieser Katastrophe geführt haben. Trotzdem schiebt Jarosław Kaczyński der damals amtierenden Regierung von Donald Tusk eine gewisse Mitschuld zu und fordert eine Bestrafung der »Verantwortlichen«.

Darüber hinaus behaupten Kaczyński, Verteidigungsminister Antoni Macierewicz sowie andere *PiS*-Funktionäre sogar, es habe einen Bombenanschlag – möglicherweise von russischer Seite – auf das Flugzeug gegeben, wofür es bislang keinerlei Beweise gibt. Gleichwohl sind die von den russischen Behörden vorgelegten Untersuchungsergebnisse mit Vorsicht zu genießen, denn sie verweigern bis heute der polnischen Staatsanwaltschaft die Vernehmung der damals in Smoleńsk Dienst habenden Fluglotsen und blockieren den Zugang zum Wrack der Tupolew und zum Flugschreiber.

Auf Veranlassung von Jarosław Kaczyński begannen die polnischen Behörden Mitte November 2016, die Leichen aller 96 verunglückten

Passagiere zu exhumieren. Gegen diese Untersuchung, die bis Herbst 2017 dauern soll und an der auch ausländische Rechtsmediziner beteiligt sind, haben Angehörige von 17 Opfern in einem offenen Brief protestiert und die Störung der Totenruhe als »barbarisch« bezeichnet. Die katholische Kirche übt in diesem Fall vornehme Zurückhaltung.

Die Exhumierung soll Klarheit darüber schaffen, ob in den in ganz Polen entstandenen Gräbern der Smoleńsk-Opfer tatsächlich überall die Leichen oder Leichenteile liegen, die dort vermutet werden. Bekannt ist zumindest, dass es bei der Identifizierung und Schließung der Särge in Moskau zu Verwechslungen gekommen ist.

Doch das wichtigste Ziel, das Kaczyński und seine Mitstreiter mit der Exhumierung verfolgen, besteht darin, Beweise für ihre Theorie eines Anschlags zu finden und Donald Tusk jedwede politische Zukunft im In- und Ausland zu verbauen. Tusks damaliger Kanzleichef Tomasz Arabski steht im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Flugs nach Smolensk bereits vor Gericht. Gegen Tusk sucht man Anhaltspunkte, um eine Verlängerung seiner Amtszeit als EU-Ratspräsident und seine mögliche Kandidatur um das Amt des polnischen Staatspräsidenten verhindern zu können.

Nach und nach entstanden und entstehen überall im Land Denkmäler für Lech Kaczyński, finden jährlich zu seinem Todestag Gedenkfeiern und Demonstrationen statt. Jarosław Kaczyński höchstpersönlich ernennt Komitees, die den Bau von Denkmälern für seinen Bruder betreiben.

Die starke Fixierung nationalkonservativer Geschichtspolitik auf das Märtyrertum und den Heroismus der polnischen Nation zeigt sich ebenfalls im Streit um das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig (Gdańsk), das ursprünglich im Januar 2017 eröffnet werden sollte. Das Museum ist eines der wenigen europaweit, die den Zweiten Weltkrieg in allen seinen west- und osteuropäischen Zusammenhängen zeigen sollen, also die polnische in die europäische Geschichte einbetten. Der polnische Historiker Włodzimierz Borodziej nannte es »selbst im Vergleich mit angesehenen westeuropäischen Einrichtungen ein großes Projekt – das Flaggschiff einer liberalen Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa«.[5]

Dieses Projekt ist Kulturminister Piotr Gliński ein Dorn im Auge. Er gab Gutachten bei gleichgesinnten Historikern und Journalisten in Auftrag, die allesamt zu dem Ergebnis kamen, dass sich das Danziger Projekt zu sehr auf die Leiden und Zerstörungen während des Zweiten Weltkriegs konzentriere und den Patriotismus sowie die Opferbereitschaft der Polen viel zu wenig hervorhebe. Was ihn am meisten ärgert, ist aber die europäische Fundierung des Projekts, für die insbesondere dessen Gründungdirektor Paweł Machcewicz steht, ein international anerkannter polnischer Historiker.

Bereits im Sommer 2016 deutete sich an, dass die Regierung die bisherige Leitung des Museumsprojekts durch Gesinnungsgenossen ersetzen will.

Später erklärte Gliński, man wolle es mit dem »Museum Westerplatte« vereinen, das aber bis dato nicht mehr war als eine kleine Gedenkstätte, bestehend aus einigen Schautafeln, mit denen an den Beginn des Zweiten Weltkriegs erinnert wird. Dieses »Museum« hatte zu diesem Zeitpunkt weder feste Mitarbeiter noch einen Etat. Dem Minister ging es lediglich darum, durch die Vereinigung ein Mittel in die Hand zu bekommen, die Leitung des Weltkriegsmuseums auszutauschen – eine Möglichkeit, die das polnische Museumsgesetz zulässt. Mit einer ersten Entscheidung untersagte das Verwaltungsgericht der Wojewodschaft Warschau zunächst die Vereinigung und verlangte vom Kulturminister genauere Auskunft darüber, was er eigentlich museumspolitisch und -pädagogisch mit der Zusammenlegung bezwecke. Doch diese Entscheidung wurde Ende Januar 2016 vom obersten polnischen Verwaltungsgericht korrigiert, das damit grünes Licht für die Vereinigung gab. Allerdings kündigten der Danziger Stadtpräsident Paweł Adamowicz sowie einige Sejm-Abgeordnete an, die Sache vor das polnische Verfassungsgericht zu bringen.

Nationalkonservative Geschichtspolitiker schrecken nicht einmal davor zurück, historische Ereignisse umzudeuten, bei denen sich Polen an der Vernichtung von Juden beteiligt hatten. So behauptete der neue Leiter des Instituts des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), Jarosław Szarek, allen Ergebnissen der historischen Forschung zum Trotz, die Deutschen seien für die Ermordung von Juden in Jedwabne 1941 verantwortlich. Dort, so Szarek, hätten die Deutschen »Polen unter Zwang ausgenutzt«.[6]

Geschichtsklitterung bestimmte auch die Rede von Staatspräsident Duda sowie begleitende Äußerungen von *PiS*-Funktionären bei der Eröffnung eines Museums im südpolnischen Markow zu Ehren von Polen, die Juden während des Zweiten Weltkriegs gerettet hatten. So übertrieb Duda stark, als er von »Hunderttausenden Polen« sprach, die Juden geholfen hätten – wofür ihn die Verantwortlichen der Gedenkstätte im israelischen Yad Vashem postwendend kritisierten. Tatsächlich gab es zahlreiche Polen, die Juden trotz der drohenden Todesstrafe versteckten, aber so mancher von ihnen tat das nicht aus Hilfsbereitschaft, sondern gegen Geld oder materielle Zuwendungen. Diese Hilfsbereitschaft darf auch nicht über den in der polnischen Gesellschaft während und nach dem Zweiten Weltkrieg weitverbreiteten Antisemitismus hinwegtäuschen, der durch die deutsche Besatzungsherrschaft und die allgemeine Verrohung und Verwahrlosung in Kriegszeiten noch gefördert wurde.[7]

Nationalkonservative Geschichtspolitik in Polen und überzogene Reaktionen in der Ukraine belasten schließlich die ansonsten guten politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Der Streit entzündete sich rund um den Jahrestag des sogenannten Blutsonntags von Wolhynien am 11.

Juli 2016. Im Sommer 1943 hatten westukrainische Partisanen mit Duldung der deutschen Wehrmacht Zehntausende polnische Zivilisten ermordet, wofür polnische Untergrundkämpfer der Heimatarmee (Armia Krajowa) später blutig Rache nahmen. Politiker der *PiS*, denen die Opfer bis dato nicht ausreichend gewürdigt worden waren, erwirkten einen Beschluss im Senat, der zweiten Parlamentskammer, in dem die damals ermordeten Polen »als Opfer eines Genozids« bezeichnet wurden. Das sorgte in der Ukraine für Empörung, auch weil darin die damals ermordeten Ukrainer nicht erwähnt wurden.

Tatsächlich sind die historischen Beziehungen zwischen beiden Ländern äußerst kompliziert. Lange Zeit gehörten große Teile der heutigen Ukraine zu Polen, das aus ukrainischer Sicht eine Kolonialmacht war. So zeichnete sich die ukrainische Nationalbewegung immer wieder sowohl durch antirussische als auch durch antipolnische Züge aus. Das äußerte sich besonders während der nationalsozialistischen Besetzung in Galizien und Wolhynien, als der von Stepan Bandera angeführte Flügel der *Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)* die ethnische Säuberung des Landes von Polen zu einem ihrer politischen Ziele erklärte und die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) als militärischer Arm der *OUN* polnische und ethnisch gemischte Dörfer überfiel. In Polen schätzt man die Zahl der zumeist zivilen Opfer auf etwa 100 000. In der Ukraine wiederum heißt es, den Vergeltungsaktionen der polnischen Heimatarmee seien etwa 20 000 Ukrainer zum Opfer gefallen. Da die Erinnerung an die damaligen Verbrechen in Polen vor 1989 weitgehend unterbunden wurde, lebt sie inzwischen umso stärker auf. Ähnliches gilt für das Andenken an Bandera, der von Teilen der Bevölkerung in der Westukraine zur Ikone erhoben wird.

Immerhin gab es auf beiden Seiten Versuche führender Politiker, die Wogen zu glätten. So legte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Rande des Warschauer Nato-Gipfels im Juli 2016 Blumen für die polnischen Wolhynien-Opfer nieder. Auf polnischer Seite antwortete Jarosław Kaczyński auf diese Geste, indem er am selben Ort ausdrücklich auch jener Ukrainer gedachte, die damals verfolgten Polen Unterschlupf gewährt hatten. Gleichzeitig bediente er die Bedürfnisse seiner Wählerbasis, indem er das Massaker in Wolhynien als »Völkermord« charakterisierte. Am 22. Juli 2016 verabschiedete der Sejm, die erste Kammer des polnischen Parlaments, eine Resolution, in der es hieß, dass der 11. Juli künftig als »Nationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Völkermordes, den ukrainische Nationalisten an Bürgern der Zweiten Polnischen Republik verübt haben«, begangen werden soll.

Auch die neuere Geschichte nehmen sich Kaczyński und seine Parteikollegen vor. So behaupteten sie, der Runde Tisch im Frühjahr 1989 sei nur ein Kuhhandel zwischen der damaligen Elite der demokratischen

Opposition und den Postkommunisten um Aleksander Kwaśniewski gewesen, um den alten Machthabern und ihren Erben ein politisches Überleben zu ermöglichen – eine Auffassung, die sich bei Prüfung der Quellen als Unsinn erweist. Denn das Aushandeln von Bedingungen und politischen Schritten am Runden Tisch hin zu einem Systemwandel war der einzig mögliche friedliche Weg, um Polen eine moderne rechtsstaatliche, marktwirtschaftliche und soziale Zukunft zu eröffnen. Immerhin verfügten die alten Machthaber damals noch über das Militär, die Polizei und die Geheimdienste. Der Runde Tisch als politische Methode schrieb später auch in Ungarn, der Tschechischen Republik und der DDR Geschichte.

Kaczyński kritisiert auch die Politik des »dicken Strichs« (»gruba kreska«) des ersten nachkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki in den Jahren 1989/90, mit der dieser Kompromiss und Aussöhnung statt einer scharfen ideologischen, politischen und juristischen Abrechnung mit den Repräsentanten des alten Systems anstrebte. Und er lag richtig damit, weil die polnische Gesellschaft damals überfordert gewesen wäre, hätte man neben den harten marktwirtschaftlichen Reformen auch noch diesen Kampf ausgefochten. In den folgenden Jahren allerdings, als schon erste Stützpfeiler des neuen Systems standen, wäre es besser gewesen, einen rechtsstaatlich fundierten Umgang mit den Akten der vormaligen kommunistischen Sicherheitsdienste zu forcieren und eine maßvolle Überprüfung von Staatsbediensteten auf ihre Tätigkeit in kommunistischen Zeiten einzuleiten, was dann aber erst Jahre später geschah.

Nationales in der Wirtschaftspolitik

In die rechte nationalistische Politik und Regierungspraxis der Partei *Recht und Gerechtigkeit* mischen sich in Wirtschafts- und Sozialpolitik einige »linke« Aspekte. So zählt es zu den erklärten Zielen der Partei Kaczyńskis, den Einfluss des Staates in der Wirtschaft deutlich zu stärken sowie die Rolle ausländischen Kapitals zurückzudrängen allerdings nur, um demgegenüber den Stellenwert des einheimischen Kapitals zu erhöhen.

Nach der marktwirtschaftlichen Transformation der Jahre 1989/90 haben die nach Polen geflossenen ausländischen Direktinvestitionen erheblich dazu beigetragen, die polnische Volkswirtschaft technologisch zu modernisieren bzw. effizienter zu organisieren und so ihre Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten zu verbessern. Aber ebenso haben sie die negativen Begleiterscheinungen westlicher globalisierter Marktwirtschaften ins Land gebracht: rabiate Rationalisierung mit dem Ziel der Profitmaximierung, Betriebsverlagerungen mit Arbeitsplatzverlusten, das Hinausdrängen von Gewerkschaften aus den Unternehmen sowie das hemmungslose

Gewinnstreben der Akteure auf den weltweiten Finanzmärkten.

Es steht zu erwarten, dass die großen ausländischen Unternehmen im Großen und Ganzen auch in der gegenwärtigen »nationalkonservativen Phase« keineswegs das Feld räumen werden. Doch unter deutschen Mittelständlern, die in Polen investieren wollen und dabei für einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren planen, macht sich Unruhe breit. Sie stellen sich zunehmend die Fragen, wie es denn künftig um die Rechtssicherheit in Polen bestellt sein wird, ob man hier überhaupt noch willkommen sei und ob nicht die Vertrauensbasis schwinde.

Skeptisch schaut man im Ausland auf die von der Regierung Szydło eingeführten oder geplanten Sondersteuern. Bereits beschlossen ist eine Bankensteuer in Höhe von 0,44 Prozent auf alle Vermögenswerte außer Staatsanleihen. Zudem wurden höhere Mindestreserven vorgeschrieben und bestimmte Wechselkurse für Immobilienkredite in Schweizer Franken garantiert. In dieser Währung haben sich viele polnische Eigenheimbesitzer verschuldet. Die Kosten der Umschuldung sollen die Banken tragen.

Finanz- und Entwicklungsminister Mateusz Morawiecki präsentierte einen »25-Jahre-Plan«, der auf fünf Zielen basiert, die mit groß angelegten Investitionen bis 2020 erreicht werden sollen:

- Erstens geht es um die intensive Förderung von rund 20 Branchen, in denen Polen schon jetzt vergleichsweise wettbewerbsfähig ist, etwa Fahrzeugbau und Elektroindustrie. Angestrebt wird die Gründung produktiver polnischer Firmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen.
- Zweitens möchte die Regierung die Gründung solcher Firmen fördern, indem sie bürokratische Hürden für ihre Zulassung abbaut und mehr Geld in entsprechende wissenschaftliche Forschung und Technologieentwicklung investiert.
- Drittens soll mehr polnisches Kapital für Investitionen zur Verfügung stehen, indem die Sparquote der Bürger, etwa durch die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge, erhöht und die Mitarbeiter von Firmen mehr Anteile am Betriebsvermögen und an den Unternehmensprofiten erhalten.
- Viertens will die Regierung polnischen Firmen bei der Expansion ins Ausland helfen.
- Fünftens ist eine stärkere Förderung strukturschwacher Regionen vorgesehen.

Insgesamt geht die Regierung von einer Investitionssumme von etwa einer Billion Złoty (knapp 250 Milliarden Euro) aus. Etwa die Hälfte der Mittel soll weiterhin aus dem Ausland kommen, insbesondere in Form von EU-Geldern, die andere Hälfte im Land aufgebracht werden.

Obwohl die Erfolge der Partei *Recht und Gerechtigkeit* bei den Wahlen im Jahr 2015 nicht zuletzt auf ihre sozialen Versprechen zurückgingen, waren die

ersten sozialpolitischen Entscheidungen der Regierung Szydło kaum mehr als dilettantisches Flickwerk. Das gilt besonders für den Kabinettsbeschluss, nach dem alle polnischen Familien unabhängig vom Einkommen künftig für jedes zweite Kind und alle weiteren Kinder je 500 Złoty monatlich erhalten. Untersuchungen haben ergeben, dass einkommensschwache Familien diese Zahlungen, die zum Teil auch rückwirkend geleistet wurden, vor allem für den Kauf von Computerspielen für die Kinder, von Autos, von Alkohol und von Treibstoff für landwirtschaftliche Fahrzeuge genutzt haben – Ausgaben also, die mit den Erfordernissen von Erziehung, Bildung und sozialer Fürsorge für die Kinder wenig oder nichts zu tun haben.

Das Kabinett von Ministerpräsidentin Beata Szydło machte dann auch die Rentenreform rückgängig, die 2013 von der Regierung der *Bürgerplattform* durchgesetzt worden war. Diese Reform beinhaltete die stufenweise Anhebung des Renteneintrittsalters für Männer um zwei und für Frauen um sieben Jahre auf einheitliche 67 Jahre. Nun gilt wieder ein Renteneintrittsalter für Frauen von 60 und für Männer von 65 Jahren. Angesichts der Tatsache, dass die Alterspyramide in Polen der in Deutschland gleicht, also von starker Überalterung geprägt ist, erscheint diese Entscheidung der Nationalkonservativen als wenig zukunftsträchtig und als Affront gegen die jüngere Generation in Polen, die diese Revision wird ausbaden müssen.

In ihrem Vorhaben, die Allmacht des Staates durchzusetzen, erinnern die Nationalkonservativen stark an die polnischen Kommunisten, die bis 1989 an der Macht waren. Auch sie sorgten für Dirigismus, ausufernde Bürokratie und entsprechende Verschwendung staatlicher Mittel – mit den allseits bekannten Folgen für die Wirtschaft und die Sozialsysteme. In den Äußerungen der *PiS*-Funktionäre findet man keinerlei Hinweise auf kollektive, genossenschaftliche oder sonstige Formen gemeinschaftlicher, verantwortungsbewusster wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit jenseits des allmächtigen Staates.

Das wirtschafts- und sozialpolitische Vorgehen der regierenden Nationalkonservativen provoziert die Frage, ob der polnische Staatshaushalt die Verwirklichung all dieser Pläne verkraften kann – selbst wenn man die EU-Gelder und die private Kapitalbildung in Rechnung stellt. Skepsis ist angebracht.

Erste negative Folgen deuteten sich schon im November 2016 an, als das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) mitteilte, dass die polnische Wirtschaft langsamer wächst als von der Regierung Szydło prognostiziert, nämlich von Juli bis Dezember 2016 um 2,5 Prozent und nicht um 3,8 Prozent. Außerdem, so GUS, seien die Investitionen polnischer Firmen drastisch zurückgegangen. Wenn die Wirtschaft überhaupt wuchs, dann hauptsächlich deshalb, weil die Regierung den privaten Konsum anheizte, insbesondere durch das zusätzliche Kindergeld.

Polens Unternehmer zeigten sich skeptisch und fuhren ebenso wie

zahlreiche regionale und lokale Verwaltungen ihre Investitionen zurück – anders als die großen ausländischen Investoren, die sich trotz ständiger nationalkonservativer Stimmungsmache gegen sie und auch der Androhung einer »Repolonisierung« offenbar sicher fühlen und ihre Investitionen kräftig steigerten. Die einheimischen Unternehmer investieren nicht nur weniger im eigenen Land, sondern denken zunehmend auch über eine Verlagerung ihrer Produktion etwa in die Tschechische Republik nach. Dafür gibt es reale Gründe. So lässt sich schon jetzt beobachten, wie die Regierung Szydło auf unternehmerische Ressourcen zurückgreift, um das sich abzeichnende zunehmende Defizit im Staatshaushalt auszugleichen.

Energieminister Krzysztof Tchórzewski kündigte an, man werde zusätzliche Aktien von staatlichen Energieunternehmen ausgeben, wodurch sich deren Steuerschuld gegenüber dem Regierungshaushalt erhöht. Diese Werterhöhung soll durch einen Rückgriff auf die Rücklagen der Energieunternehmen erfolgen – im Prinzip nichts anderes als der Versuch, verdeckt Steuererhöhungen durchzusetzen.

Außerdem wurde bekannt, dass die Regierung plant, per Gesetz Ersparnisse, die in einem privaten Rentenfonds gesammelt wurden, staatlichen Rentenfonds zuzuschlagen. Eine solche Zwangsverstaatlichung haben wiederholt autoritäre Regimes in verschiedenen Ländern praktiziert, um ihren Regierungshaushalt zu sanieren oder sogar ihre Kriegskasse zu füllen.

Scharfe EU-Kritik

Da das Denken der polnischen Nationalkonservativen um Begriffe wie Nation, Nationalstaat, Souveränität und Unabhängigkeit kreist, bringen sie jeder Normensetzung durch das Völkerrecht ebenso wie allen übernationalen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen ein erhebliches Misstrauen entgegen. Dieses Misstrauen gilt auch und gerade der Europäischen Union in ihrer gegenwärtigen rechtlichen, politischen und institutionellen Gestalt.

Bei der Volksabstimmung im Juni 2003 stimmten knapp 78 Prozent für den EU-Beitritt, den Polen dann 2004 zusammen mit neun anderen Staaten vollzog. Der Beitritt bedeutete eine enorme außenpolitische Aufwertung des Landes und stellte die weitere wirtschaftliche Modernisierung Polens und seine Einbeziehung in das internationale ökonomische Geschehen auf eine neue Grundlage. Zu den von Polen akzeptierten bzw. ratifizierten Dokumenten und Grundsatzerklärungen gehörten auch die sogenannten Kopenhagener Kriterien, die alle Mitgliedstaaten der EU auf Rechtsstaatlichkeit, eine demokratische Ordnung, den Schutz der Grund- und

Menschenrechte sowie den Schutz von Minderheiten verpflichten. In einer Umfrage im Juni 2016 – gleich nach dem »Brexit«-Beschluss in Großbritannien – sprachen sich 81 Prozent der Befragten für einen Verbleib Polens in der EU aus, während 13 Prozent für einen Austritt votierten. Die meisten Befürworter eines polnischen EU-Austritts fanden sich in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen mit 25 Prozent. 50 Prozent der Befragten forderten aber auch eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum, und 70 Prozent votierten gegen die Aufnahme von außereuropäischen Flüchtlingen.

Kaczyńskis Partei *Recht und Gerechtigkeit* hat sich in die Riege der scharfen EU-Kritiker eingereiht, zu denen auch rechtspopulistische Parteien wie *Front National* in Frankreich und die *Partij voor de Vrijheid* in Holland gehören. Zunehmend werden die Funktionsmechanismen der EU von *PiS*-Funktionären infrage gestellt. In einer Resolution, die auf ihrem Parteitag im Juli 2016 verabschiedet wurde, ist die Rede davon, dass sich die Gemeinschaft in den letzten Jahren in eine schlechte Richtung entwickelt habe. Statt die Interessen Europas und der Mitgliedsländer zu verteidigen, habe sich die EU zusehends mit Angelegenheiten befasst, die in der Kompetenz der Nationalstaaten lägen, hieß es. Wie das Referendum in Großbritannien zeige, würden die europäischen Nationen die Entscheidungen und politischen Projekte der EU-Institutionen immer stärker ablehnen. Pflicht der Union sei es, einen gemeinsamen Markt zu gewährleisten sowie den freien Personenverkehr, Warenaustausch und Finanztransfer zu sichern.[8]

In den Augen der *PiS* wird die EU von einigen starken Staaten dominiert, die fortwährend gegen die Prinzipien der Subsidiarität und des Proporzes in der Gemeinschaft verstoßen, wodurch diese Gemeinschaft in ein Zentrum und eine Peripherie geteilt sei. Polen als Mitgliedsland habe das Recht, mit einem Projekt zur Erneuerung der Europäischen Union an die Öffentlichkeit zu treten, das Vorschläge zur rechtlichen und politischen Veränderung der Gemeinschaft enthalte, hieß es weiter. Es gehe nicht um »mehr Europa«, sondern um ein »Europa der verschiedenen Völker und solidarischen Staaten«. »Wir sind Europäer, weil wir Polen sind«, wird betont. Die EU müsse deshalb ihre Institutionen reformieren. Obwohl der Europäische Rat die wichtigste Institution der Gemeinschaft sei, habe die EU-Kommission ihre Macht und ihre Kontrolle über die Mitgliedstaaten stark ausgedehnt. Dieser Prozess müsse in umgekehrter Richtung stattfinden. Außerdem sollten die nationalen Parlamente mehr Rechte erhalten.

Letztendlich wollen Kaczyński und seine Partei zum »Europa der Vaterländer« im Sinne von Charles de Gaulle zurückkehren. Das trifft bei der polnischen Bevölkerung nur auf geteilte Zustimmung. Aus einer Umfrage der *Polityka* im Oktober 2016 ging hervor, dass 43 Prozent der Befragten für eine Vertiefung der EU und eine Stärkung der Befugnisse der Kommission

votierten, während sich 41 Prozent für eine Beschränkung der Integration auf Wirtschaftsfragen und eine Stärkung der Nationalstaaten aussprachen. 8 Prozent forderten einen Austritt Polens aus der Gemeinschaft.

Kaczyński macht sich indessen über einzelne Entscheidungen der EU-Kommission nur noch lustig – so geschehen etwa in einem Interview mit der *Bild-Zeitung*, nachdem die Kommission die zweite Stufe im Rechtsstaatsverfahren gegen Polen eingeleitet hatte – und hält die EU in ihrer gegenwärtigen Gestalt für einen zahnlosen Tiger. Über deren Entscheidungen könne man sich getrost hinwegsetzen. Andererseits will auch er nicht auf die reichlich fließenden EU-Gelder verzichten, weil er genau weiß, dass ohne diese Mittel die ehrgeizigen wirtschafts- und sozialpolitischen Pläne der nationalkonservativen Regierung illusorisch sind.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration beteiligt sich die von *PiS* geführte Regierung einerseits an der Sicherung der EU-Außengrenzen, etwa durch die Entsendung von Beamten, und am Aufbau von Aufnahmezentren in verschiedenen Ländern, ist aber andererseits nicht bereit, die von der EU vorgeschlagenen Kontingente zur Aufnahme von Flüchtlingen zu akzeptieren.

Währenddessen kümmern sich Hunderte von NGOs und anderen gesellschaftlichen Gruppen in Polen um die vielen Migranten, die trotz der offiziellen Ablehnung nach Polen fliehen. Sie organisieren Unterricht für Kinder und Jugendliche, bieten Rechtsbeistand an, helfen bei der Arbeits- und Wohnungssuche, leisten psychologischen Beistand und organisieren sogar kulturelle Veranstaltungen für die Flüchtlinge.

Als Polen 1999 der Nato beitrat, würdigte der verstorbene Historiker, Bürgerrechtler und damalige Außenminister Bronisław Geremek diesen Schritt als endgültige Überwindung der Teilung Europas, die mit der Konferenz von Jalta im Februar 1945 eingeleitet worden war. Die krisenhafte Entwicklung der letzten Jahre, die bewaffneten Auseinandersetzungen etwa in der Ukraine und auch die Verstöße der regierenden Nationalkonservativen gegen demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze veranlassten Weggefährten Geremeks wie den Politikwissenschaftler Aleksander Smolar, an damalige Äußerungen Geremeks zu erinnern. Wenn dieser in den 1990er-Jahren gefragt wurde, warum Polen der Nato beitreten solle, nannte er drei Gründe: Polen wolle an seinen angestammten Platz in Europa zurückkehren; die Mitgliedschaft diene dem Schutz vor möglichen Gefahren aus dem Osten; und schließlich schütze die Zugehörigkeit zur Nato Polen vor sich selbst. Letzteres verband Geremek mit dem Verweis auf den Nato-Beitrittsvertrag, in dem Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Gerichte und Pressefreiheit als verbindlich für alle Mitglieder genannt werden.

Militärisch und verteidigungspolitisch ist die Nato mit ihrem Gipfel am 8./9. Juli 2016 in Warschau den Forderungen und Ansprüchen der nationalkonservativen Regierung in Polen ein gutes Stück

entgegengekommen. Das gilt besonders für den Beschluss, jeweils ein 1000 Mann starkes Bataillon der Nato in Polen, Litauen, Lettland und Estland zu stationieren. Begründet wurde dies mit drohenden Gefahren, wie sie schon bei der russischen Annexion der Krim und den bewaffneten Auseinandersetzungen in der Ostukraine sichtbar geworden seien. Moskau wertete die beschlossene Stationierung von Nato-Einheiten als Verstoß gegen die Nato-Russland-Grundakte. Allerdings hatte Russland seit 2015 mehrfach zusätzliche militärische Einheiten in den Westen des Landes verlegt und dort große Militärmanöver abgehalten. Das Säbelrasseln findet also nicht nur bei der Nato statt. Die Einschätzung, Polen sei militärisch durch Russland bedroht, wird mehr oder weniger auch von liberalkonservativen und linksliberalen politischen Kräfte geteilt – so richtig oder falsch sie auch sein mag.

Neben der geplanten Aufstockung des polnischen Heeres von 100 000 auf 150 000 Mann stellte sich als Lieblingsprojekt von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz der Aufbau einer Militärischen Territorialverteidigung (Wojskowa Obrona Terytorialna) heraus, in die etwa 35 000 Mann aus Schützenverbänden, »Bürgerwehren« und anderen paramilitärischen Verbänden eingebunden und zur Unterstützung der Armee eingesetzt werden sollen. In seiner Pressekonferenz am 14. November 2016 teilte Macierewicz mit, diese Einheiten würden mit neuesten Waffen aus polnischer Produktion ausgestattet, um sie zu befähigen, »sich im Verteidigungsfall russischen Spezialkräften entgegenzustellen«.[9]

Schützenverbände und »Bürgerwehren« haben in Polen Tradition. Allein der 1910 gegründete Schützenverband »Strzelec OSW JS 4046« aus Westpolen hat mehr als 100 000 Mitglieder. In ganz Polen existieren mindestens 130 »Bürgerwehren«. Einige dieser paramilitärischen Gruppen durften sogar an dem Nato-Manöver »Anakonda« im Juni 2016 teilnehmen und sehen nun »ihre Stunde gekommen«.[10]

Die Einbindung der Mitglieder von Schützenverbänden und »Bürgerwehren« in die »Territorialverteidigung« begann im September 2016. Auf den ersten Blick erscheinen sie wie Freizeitsoldaten, die an den Wochenenden trainieren und mehrmals im Jahr auf Truppenübungsplätzen geschult werden. Experten sehen den militärischen Nutzen dieser Einheiten eher kritisch, doch nach dem Willen der Regierung sollen sie auch in Friedenszeiten »präventive Milizaufgaben« wahrnehmen und gegen »nichtmilitärische Bedrohungen« vorgehen. Man denke dabei an die »Masseneinwanderung aus arabischen Ländern und Nordafrika«, die zum »Anstieg organisierter Kriminalität und Destabilisierung der staatlichen Verwaltung« führen könne, hieß es.

Fatale Erinnerungen wurden wach an die in der Volksrepublik Polen bestehende Bürgermiliz (Milicja Obywatelska – MO) – so wurde damals die

Polizei genannt – und an die Freiwillige Polizeireserve (Ochotnicza Rezerwa Milicji Obywatelskiej – ORMO), eine paramilitärische Truppe, die oft gegen oppositionelle Demonstranten und streikende Arbeiter im Einsatz war. Die liberale und linke polnische Opposition nannte die Begründung, mit der die Regierung die Einbindung der paramilitärischen Gruppen in die »Territorialverteidigung« rechtfertigte, einen Vorwand. In Wirklichkeit, so hieß es, wolle *Recht und Gerechtigkeit* diese als private Schutztruppe für sich rekrutieren.

Besonders beunruhigend ist die Tatsache, dass sich rechtsradikale Gruppierungen wie das *Nationalradikale Lager (Obóz Narodowo-Radikalny – ONR)* mit großem Eifer in der »Territorialverteidigung« engagieren und dies Minister Macierewicz nicht zu stören scheint. Die mehreren Tausend Mitglieder des *ONR* sind bislang vor allem durch martialische Aufmärsche, antisemitische Parolen und die Bedrohung von ausländischen Studenten aufgefallen. Sie berufen sich bewusst auf das bereits in den späten 1930er-Jahren existierende ONR, dessen Mitglieder sozialistische Studenten verprügelten, antisemitische Hetze betrieben, einen Numerus clausus und separierte Sitzbänke für jüdische Studenten forderten und auch politische Morde verübten. Jedes Jahr am 11. November, dem polnischen Nationalfeiertag, gehört das *ONR* zu den Organisatoren von Aufmärschen, an denen Rechtsradikale und Nationalisten sowie Ortsgruppen der Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit* und radikale Fußballfans teilnehmen. Im Jahr 2016 kamen aus diesem Anlass nach Angaben der Polizei 75 000 Menschen zusammen, die Organisatoren sprachen sogar von 100 000.

Kaczyńskis Dezisionismus

Als Vorsitzender der Partei *Recht und Gerechtigkeit* übt Jarosław Kaczyński eine enorme Macht aus, die verfassungsrechtlich in keiner Weise legitimiert ist. Das ist ein Novum in der Geschichte der polnischen Republik seit dem Systemwechsel. Kaczyński entscheidet eigenmächtig über die wichtigsten Angelegenheiten des Staates und die Gestaltung der staatlichen Institutionen, ist dabei aber nicht in das Regelsystem der Verfassung eingebunden.

Bis vor einigen Jahren litt Kaczyński daran, dass er sich für einen prädestinierten Staatschef hält, in den Jahren 1993 bis 2005 aber abseits der politischen Macht in Polen stand. Gleichzeitig gab ihm das Gelegenheit und spornte ihn an, seine politisch-ideologischen Positionen und seine Vision von Polen auszuformulieren, an seinem Narrativ vom »geknechteten Polen« zu arbeiten, die Gründung einer Partei wie *Recht und Gerechtigkeit* vorzubereiten und eine Schar ergebener Anhänger um sich zu versammeln. Seine Abwahl als Ministerpräsident im Jahr 2007 beschädigte weder seine Vision noch seine

unangefochtene Rolle in der eigenen Partei. Als innen- und außenpolitische Umstände 2015 seine Partei zu einem grandiosen Wahlsieg führten, war seine Stunde gekommen.

Ohne Zweifel hat Kaczyński Charisma und enorme Überzeugungskraft. Er ist in der Lage, eine gewisse Aura um sich zu schaffen, hält emotionsgeladene Reden. Seine und die von seinen Parteikollegen unisono formulierten Ankündigungen und Versprechen bildeten die Grundlage für den Wahlsieg. Aber er nutzt auch alle Machttechniken, um sich in einer solchen Machtposition zu halten. Durch Versprechen, bestimmte Karrieren in staatlichen Institutionen zu ermöglichen, schafft er Abhängigkeiten und Loyalitäten, er beherrscht die üble Nachrede und weiß, wie man Gerüchte streut,[11] er mischt sich schamlos auch in private Angelegenheiten ein, die ihn eigentlich nichts angehen. Seine persönlichen Schwächen wälzt er auf andere Parteimitglieder oder Minister ab und bricht öffentlichen Streit vom Zaun, wenn er das politisch für erfolgsträchtig hält.

Hinzu kommt sein phänomenales Gedächtnis, in dem er Unmengen von Einzelheiten speichert: über Parteikongresse und -versammlungen, über Gespräche im kleinen Kreis, kritische Anmerkungen von politischen Gegnern und auch von Parteikollegen über ihn, über Hilfe und Unterstützung, die ihm zuteilwurden, auch über ausgemachte Gemeinheiten ihm gegenüber und herabwürdigende Äußerungen, die seine Person betrafen. Wichtiges wie Unwichtiges. Im Ergebnis ist es ihm gelungen, sich eine Entourage in Gestalt von *Recht und Gerechtigkeit* zu schaffen, die mit ihm »durch dick und dünn« geht. Wer abweicht, wird ausgegrenzt. Die intellektuelle, politische und fachliche Qualität einer solchen Partei bleibt dann oft auf der Strecke.

Anders als der Ungar Victor Orbán hat Kaczyński keinerlei Interesse an materiellen Vorteilen für sich oder gar an persönlicher Bereicherung. Sein Lebensstil ist bescheiden, im Unterschied zu einer ganzen Reihe seiner Parteigenossen. So musste Kaczyński wiederholt zur Kenntnis nehmen, dass es auch in seiner Partei und der von ihr geführten Regierung unverfrorene Ämterpatronage und sogar Fälle von Korruption gibt. *PiS*-Funktionären und »verdienten Mitkämpfern« wurden Führungspositionen in staatlichen Unternehmen zugeschustert. Firmen von *PiS*-Mitgliedern erhielten staatliche Aufträge unter Missachtung aller geltenden Ausschreibungsregeln.

Die renommierte Wochenzeitung *Polityka* veröffentlichte Anfang Januar 2017 eine interessante Analyse, wonach Korruption im Umfeld von *PiS* und ihrer Regierung eine andere Form angenommen habe. Dabei, so das Blatt, gehe es nicht um die persönliche Bereicherung von Parteifunktionären, sondern um die gezielte Nutzung von Mitteln aus dem Staatshaushalt für die Verbreitung und organisatorische Absicherung der politisch-ideologischen Ziele von *PiS*. Das gelte für die Förderung kultureller Einrichtungen wie Museen, die Produktion von Kinofilmen und die Herausgabe von Büchern,

das Auftreten polnischer Kulturschaffender im Ausland und die Gestaltung des Schulunterrichts.[12] Das polnische Außenministerium stellte dann eine Liste polnischer Kulturschaffender zusammen, deren Auftreten im Ausland gefördert werden solle – natürlich nur Künstler, die in das politisch-ideologische Schema von *PiS* passen.

Das politische Denken Kaczyńskis basiert auf der Überzeugung, dass nicht eine primär politisch bzw. staatsbürgerlich definierte Gesamtheit, etwa ein Demos, also das Volk eines Staates oder die Gesamtheit seiner Bürger, den Souverän darstellt, sondern die Nation (»naród«). In Kaczyńskis Narrativ verfügt diese Nation über eine stark ausgeprägte gemeinschaftliche Identität: Nation ist eine Gruppe von Menschen, die sich durch eine gemeinsame Geschichte bzw. eine gemeinsame historische Auffassung auszeichnet, durch gemeinsame Werte (insbesondere christliche in Form des polnischen Katholizismus) sowie gemeinsame Vorstellungen, wie man als Gemeinschaft leben will und soll. Dabei bilden Weltanschauung, Lebensstil und das kollektive und kulturelle Gedächtnis eine Einheit. Die Vergangenheit wird betrachtet als Heldengeschichte der polnischen Nation ohne eigene Verfehlungen und ohne Nuancen, Ausprägungen und Vielstimmigkeiten des historischen Prozesses. Aufgrund dieser Betrachtungsweise sind beispielsweise Demonstranten, die gegen die *PiS*-Regierung protestieren, nicht Teil dieser nationalen Gemeinschaft, wie Kaczyński mehrfach durchblicken ließ. Mit der Wahl von 2015, so seine Überzeugung, hat der Souverän, wie Kaczyński ihn versteht, seine Partei *Recht und Gerechtigkeit* zum Sieger erklärt, der nun die Nation repräsentiert und damit über entsprechende souveräne legislative Kompetenzen verfügt, das heißt die Unteilbarkeit und Einzigartigkeit der Nation rechtlich und politisch zum Ausdruck bringen soll. Mit der Verlagerung vom Demos zur Nation nimmt *PiS* für sich das moralische Recht in Anspruch, quasi in allen wesentlichen Angelegenheiten von Grund auf neu zu beginnen.

Deshalb setzen die seit 2015 regierenden Nationalkonservativen alles daran, das polnische Verfassungsgericht in seiner Arbeit zu behindern. Jarosław Kaczyński hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, wie lästig ihm diese Institution ist, die eigentlich als oberster Hüter der Verfassung wirken soll. Für ihn steht der politische Wille über dem Verfassungs- und Rechtssystem.

Wenn sich Kaczyński auf das Demokratieprinzip beruft, meint er damit, dass ein Wahlsieg den Gewinnern umfangreiche Vollmachten gibt. Dem hält der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht Dieter Grimm entgegen:

> »Der Verfassungsstaat ist […] gerade die Negation dieser Vorstellung. Er zieht der Mehrheitsherrschaft im Allgemeininteresse Grenzen. Macht, auch wenn sie auf demokratischen Wahlen beruht, kann sich im Verfassungsstaat nicht umstandslos in Recht umsetzen, sondern muss

> gewissen Legitimitätsanforderungen genügen. Verfassungsgerichte sind berufen, diese Anforderungen zu sichern. Politische Entscheidungen, die sie verletzen, können vom Verfassungsgericht aufgehoben werden.«[13]

Nach den legislativen Entscheidungen der Nationalkonservativen ist allerdings das polnische Verfassungsgericht nicht mehr in der Lage, die *PiS*-Mehrheit effektiv an der Verwirklichung verfassungswidriger Pläne zu hindern. Somit ist das von beiden Kammern des Parlaments verabschiedete und vom Präsidenten ausgefertigte Gesetz über das Verfassungsgericht selbst verfassungswidrig. Dieses Gesetz erinnert fatal an die kommunistischen Zeiten in Polen, als die Machthabenden in vergleichbarer Weise das Recht der Politik unterwarfen.

Kaczyński und seine Mitstreiter haben ein bedenkliches, wenn nicht gefährliches Verständnis von der Gewaltenteilung, das im Ergebnis zu einer Schwächung der Justiz zugunsten von Legislative und Exekutive führt. Während bei einer funktionierenden Gewaltenteilung das Korrekturrecht so verteilt ist, dass kein Staatsorgan und keine politische Partei in der Lage sind, es zu monopolisieren, besteht das Anliegen der polnischen Nationalkonservativen gerade darin, die Aufteilung des Korrekturrechts auf die einzelnen Staatsgewalten zu untergraben.

Schon mehrfach, und nicht zu Unrecht, hat man Verbindungslinien zwischen dem Denken des einflussreichen, aber höchst umstrittenen Staatsrechtslehrers der ausgehenden Weimarer Republik und der Nazizeit Carl Schmitt[14] und dem politisch-ideologischen Credo von Jarosław Kaczyński gezogen.[15] Der polnische Hochschullehrer und Publizist Aleksander Hall schrieb:

> »Es scheint, dass die Ansichten des Vorsitzenden der PiS dem nahekommen, was vor Jahrzehnten Carl Schmitt schrieb, der Schöpfer der Doktrin des sogenannten ›Dezisionismus‹, indem er den Vorrang politischer Entscheidungen vor rechtlichen Normen in einer Ausnahmesituation des Staates hervorhob.«[16]

In der Tat sieht Kaczyński das »geknechtete und gedemütigte Polen« in einer Ausnahmesituation, die eine »grundlegende Reparatur des Staates« erfordere – eben eine Situation, die die Dominanz politischer Entscheidungen gegenüber dem Recht als gerechtfertigt erscheinen lässt.

Die Spaltung der Gesellschaft

Während Kaczyńskis Nationalkonservative für sich beanspruchen, die ganze Nation zu vertreten, betreiben sie in Wirklichkeit deren Spaltung, und nicht nur die der Nation, sondern auch des Staatsvolks und der Gesellschaft insgesamt. Dabei werden unterschiedliche Wertvorstellungen, differierende Meinungen sowie die Verschiedenheit der Lebensentwürfe und Handlungsmuster künstlich überhöht und zu quasi Bürgerkriegsfronten erklärt.

Für die *PiS*-Funktionäre ist die verbale Attacke auf den politischen Gegner wichtiger als jedwede politische Diskussionskultur. Wettern sie gegen Liberalkonservative, Liberale und Linke, dann tun sie das mit religiöser Inbrunst, die oft jedwede Rationalität vermissen lässt. Details in den Äußerungen von Oppositionspolitikern oder minder wichtige Fakten werden zu lebensbedrohlichen Gefahren hochstilisiert. Natürlich bestimmen Ausnahmen die Regel und äußert sich der *PiS*-Finanzminister ruhiger und weniger ideologisch als sein Parteikollege aus dem Kulturressort.

Den Nationalkonservativen fällt es sehr schwer, souverän und produktiv mit Kritik umzugehen. So haben die *PiS*-Abgeordneten in Sejm und Senat den Kontakt zu den Kollegen der anderen Fraktionen stark eingeschränkt, weil sie intensiveren Gesprächen und Diskussionen aus dem Weg gehen wollen. Gesetzesentwürfe der Regierung werden vor der Verabschiedung im Parlament nicht mehr mit Experten unterschiedlicher Couleur diskutiert, sondern in Nacht-und Nebel-Sitzungen durchgepeitscht. Wer sich öffentlich kritisch zu den gegenwärtigen Machtverhältnissen äußert, wird oft einfach ausgegrenzt. Er sei kein »guter Pole«, stelle sich »außerhalb der Gemeinschaft« und »verrate« die polnische Nation. Auch gegenseitige Bespitzelung und Denunziation haben nach dem Machtwechsel im Jahr 2015 in der ganzen Gesellschaft zugenommen.

Wenn es um die Verrohung der politischen Auseinandersetzung in Polen geht, steht *PiS* allerdings nicht allein auf weiter Flur. Auch Vertreter der liberalkonservativen *Bürgerplattform*, der postkommunistischen Linken und anderer Gruppierungen sind geübt in diesem Metier. Gleiches gilt für die Medien, wo die linksliberale *Gazeta Wyborcza* oft nicht von rechten Blättern wie *Gazeta Polska Codzienna* zu unterscheiden ist, was seichte Berichterstattung und schlichte Polemik angeht. Man hat das Gefühl, dass Politik und Journalismus noch immer in Grabenkämpfe verwickelt sind, die bis auf den Systemwechsel in den Jahren 1989/90 zurückgehen.

Ohnehin ist die polnische Gesellschaft in diesen Zeiten stark durch Konkurrenzverhalten, Egoismus, Streben nach individuellem Fortschritt und

Vorteil geprägt – besonders in den großen Städten. Warschauer Soziologen wie Janusz Czapiński, die alle zwei Jahre die sogenannte Diagnoza Społeczna – eine Analyse gesellschaftlicher Denk- und Verhaltensstrukturen – vorlegen, sprechen davon, dass es viel »individuelles Kapital« (Bildung, Unternehmungsgeist, Karrierewillen u. a.) und wenig »gesellschaftliches Kapital« (die Fähigkeit, kollektiv, gemeinnützig und solidarisch zu handeln) gebe. Natürlich sind dies »normale« Phänomene, die sich in jeder marktwirtschaftlichen bzw. kapitalistischen Gesellschaft zeigen. Doch die polnischen Wissenschaftler sprechen davon, dass sie auch ein Reflex auf den staatlichen Dirigismus und Kollektivismus in kommunistischen Zeiten seien.[17] Und natürlich resultiert der Wunsch nach individueller und familiärer Besserstellung nicht zuletzt aus dem Nachholbedarf solcher Gesellschaften wie der polnischen nach den langen Zeiten des Mangels.

Doch die aggressive, polarisierende Politik der Nationalkonservativen hat die gesellschaftlichen Spaltungen noch weiter vertieft, zerstört sogar soziale Beziehungen. Denn die von ihnen besonders geförderte schroffe öffentliche Diffamierung setzt sich fort bis in die Partnerbeziehungen, Familien, Freundesund Bekanntenkreise sowie gesellschaftliche Milieus – oft mit dramatischen Folgen.

Um beurteilen zu können, ob die Polen in den letzten Jahren »nationaler« geworden sind, liegen noch zu wenige wissenschaftliche Untersuchungen vor. Zumindest aber sind unter dem Druck nationalkonservativer Politik bestimmte Stimmungen in der Gesellschaft deutlicher geworden. So ist die Zustimmung der Bürger zur Mitgliedschaft in EU und Nato nach wie vor hoch, doch hat der Europaenthusiasmus früherer Jahre erheblich nachgelassen. Angesichts der diversen Krisen, die ganz Europa erfasst haben, hat der Mythos des Westens als Entwicklungs- und Modernisierungsvorbild stark an Strahlkraft verloren – besonders in der jungen Generation Polens. Umfragen deuteten darauf hin, dass die Zahl der Polen zunimmt, die sich stärker gegenüber der Welt abschotten und sich nur noch auf die polnische Sprache, die Traditionen ihrer Nation und den polnischen »way of life« konzentrieren wollen.

Betrübliche Aussichten

Im Laufe des Jahres 2016 gab es keinerlei Hinweise darauf, dass Kaczyńskis *Recht und Gerechtigkeit* die politische Macht vor Ablauf der vierjährigen Legislaturperiode (bis 2019) verlieren könnte. In den Umfragen lag die Partei weiterhin mit einem Anteil von 35 bis 40 Prozent der Stimmen unangefochten an der Spitze, was bedeutete, dass sie auch bei vorgezogenen Neuwahlen die absolute Mehrheit behalten würde.

So setzten ihre Abgeordneten politisch alles daran, ihre Wähler noch

fester an sich zu binden und möglicherweise weitere Gruppen der Gesellschaft auf ihre Seite zu ziehen. Besonders das Kindergeld bestärkte viele Geringverdiener und ihre Familien in der Ansicht, dass sie »die richtige Partei« gewählt hatten. Weitere sozialpolitische Maßnahmen, etwa im Bereich der Wohnungsbaupolitik, wurden angekündigt. Als Wirtschaftsminister Morawiecki öffentlich mahnte, diese sozialen »Wohltaten« könnten den Staatshaushalt überfordern, wurde er von Ministerpräsidentin Beata Szydło und Jarosław Kaczyński zurückgepfiffen.

Ebenso gewann die patriotische und geschichtspolitische Propaganda der Nationalkonservativen noch an Intensität. Jarosław Kaczyński veröffentlichte eine Biografie, in der er nach Auffassung namhafter Historiker wie Andrzej Friszke seine Rolle und die seines verstorbenen Bruders Lech in der demokratischen Opposition von 1989 und in der *Solidarność* überbewertet.

Die Bewegung *Kukiz'15* des Rocksängers Paweł Kukiz schwankt in den Umfragen zwischen 8 und 12 Prozent. Kukiz gilt am ehesten als möglicher Koalitionspartner von *PiS* bei Abstimmungen im Parlament und hat dies mehrfach unter Beweis gestellt, erlaubt sich aber gelegentlich, anders als die Regierungspartei abzustimmen. In der Auseinandersetzung um das Verfassungsgericht versuchten Kukiz und seine Mitstreiter, zwischen den unnachgiebigen Nationalkonservativen und ihren Kritikern aus dem liberalkonservativen und linken Milieu zu vermitteln. Andererseits macht Kukiz noch radikaler als *PiS* Front gegen die Aufnahme von außereuropäischen Flüchtlingen, die von ihm so wahrgenommene »Islamisierung Europas« und die Flüchtlingspolitik etwa der Bundesregierung in Berlin.

Kukiz'15 versteht sich als Protestpartei, als Gegner des »Establishments«, lehnt es ab, sich als Partei zu organisieren, und erhält deshalb auch keine Subventionen aus dem Staatshaushalt. Bei den Abstimmungen im Parlament unterliegen ihre Abgeordneten keinerlei Fraktionsdisziplin, was immer wieder dazu führt, dass sie unterschiedlich votieren – einmal kam es vor, dass sie mit vier verschiedenen Positionen in einer Abstimmung auftraten. Die Domäne von *Kukiz'15* sind die »sozialen Medien« im Internet. Regelmäßig versammelt Paweł Kukiz Hunderttausende »Besucher« bei seinen Facebook-Auftritten. Die Wählerschaft seiner Bewegung setzt sich vor allem aus 18- bis 24-Jährigen zusammen.

Dem geballten Auftreten der Nationalkonservativen hatte die Opposition nichts entgegenzusetzen und konnte gegenüber der letzten Parlamentswahl nie richtig an Boden gewinnen, auch wenn es ihr zwischendurch gelang, die Regierenden, etwa im Streit um das Verfassungsgericht, unter Druck zu setzen.

Nach dem Abgang ihres früheren Parteivorsitzenden Donald Tusk nach Brüssel und ihrer Wahlniederlage im Jahr 2015 geriet die *Bürgerplattform* in

eine Krise, von der sie sich bislang nicht erholt hat. Mit der Gründung von *Nowoczesna* unter Führung des renommierten Ökonomen Ryszard Petru im Mai 2015 verlor sie einen Teil ihrer Wähler und kommt seither in den Umfragen auf 15 bis 20 Prozent. Ebenso wechselten Wähler zu *PiS*. Seither tobt in der Partei ein Richtungsstreit um die Frage, ob man mehr Anhänger im rechten oder im liberalen Spektrum suchen solle. Die harte Hand, mit der Tusks Nachfolger Grzegorz Schetyna die Partei führt, produziert immer wieder heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen und führt zu Parteiausschlüssen von Schetynas Kritikern – das betraf im August 2016 auch mehrere Parlamentsabgeordnete.

Mit Umfragewerten ebenfalls zwischen 15 und 20 Prozent hat sich *Nowoczesna* in der Parteienlandschaft etabliert. Letztendlich ist sie einzige Oppositionspartei, die den regierenden Nationalkonservativen konkrete Konzepte entgegenzusetzen vermag. Und sie besitzt die Fähigkeit, schnell zu reagieren. Noch muss sie ihre Parteistrukturen überall im Land festigen und ausbauen. Programmatisch erinnert sie an die frühere deutsche FDP mit ihren Repräsentanten wie Gerhart Baum und Burkhard Hirsch, für die Menschen- und Bürgerrechte und ein liberaler Rechtsstaat ebenso wichtig waren wie der Wirtschaftsliberalismus. Angesichts der innenpolitischen Situation in Polen und der internationalen Kritik an den negativen Folgen des Neoliberalismus ist allerdings kaum absehbar, dass *Nowoczesna* in den nächsten Jahren ihr Wählerpotenzial wird ausbauen können. Immer mal wieder gibt es eine parteiinterne Diskussion, ob man nicht einen Zusammenschluss mit der *Bürgerplattform* anstreben solle.

Die Partei geriet indes negativ in die Schlagzeilen, als zu Beginn des Jahres 2017 bekannt wurde, dass ihr Vorsitzender Ryszard Petru Ende 2016 Urlaub auf Madeira machte, während Abgeordnete seiner Partei im Sejm mit einer Besetzung des Parlamentsgebäudes gegen die fragwürdige Verabschiedung des Gesetzes über den Staatshaushalt 2017 durch die *PiS*-Mehrheit protestierten. In den polnischen Medien war von einem »PR-Desaster« Petrus die Rede.[18]

Die entscheidende Schwäche des polnischen Parteiensystems ist das Fehlen eines linken Gegengewichts zum nationalkonservativen, liberalkonservativen und liberalen Spektrum. Nach der schweren Wahlniederlage im Jahr 2015 steht das postkommunistische *Bündnis der demokratischen Linken* vor dem Aus. Auch sein Wahlbündnis mit kleineren linken Gruppierungen hat seinen Absturz nicht verhindern können. Zukunftsträchtiger könnte die neue linke Partei *Razem* sein, auch wenn es ihr in den Umfragen im Laufe des Jahres 2016 nur hin und wieder gelang, über die Fünfprozenthürde zu springen. Offensichtlich ist die Zeit noch nicht reif für mehr Resonanz linker Ideen in der Gesellschaft jenseits aller schädlichen postkommunistischen Hinterlassenschaft. Auch die Umfragen für die

Bauernpartei PSL schwanken weiter um 5 Prozent.

Im Januar 2017 forderte Jarosław Kaczyński eine Änderung des Kommunalwahlrechts und insbesondere eine Begrenzung der Amtszeiten von Oberbürgermeistern auf zwei. Das zielt auf Amtsinhaber wie Paweł Adamowicz in Danzig (Gdańsk), Jacek Majchrowski in Krakau und Rafał Dutkiewicz in Breslau, die allesamt der *Bürgerplattform* oder anderen oppositionellen Parteien angehören oder nahestehen und schon mehr als zwei Amtszeiten regieren. Die nächsten Kommunalwahlen werden im Jahr 2018 stattfinden.

Interessant ist das Auftreten des *Komitees zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD)*, das im November 2015 gegründet wurde. Mehr und mehr entwickelte es sich zu einer Plattform oppositioneller Auftritte gegen Entscheidungen der *PiS*-Mehrheit im Parlament und der Regierung, besonders im Zusammenhang mit den Gesetzesnovellen zum Verfassungsgericht. Die parlamentarische Opposition, vor allem führende Köpfe der *Bürgerplattform*, der *Moderne* und der Bauernpartei *PSL* schlossen sich den Aktionen des *KOD* an. Dem Komitee gelang es, Demonstrationen in zahlreichen Städten mit Teilnehmerzahlen bis zu 200 000 Personen zu organisieren. Vor allem hat sein Auftreten dazu beigetragen, dass sich Teile der Gesellschaft inzwischen stärker für die Verfassung und den Rechtsstaat interessieren.

Allerdings wurde deutlich, dass *KOD* hauptsächlich die besser gestellten Mittelschichten in den Städten repräsentiert, die Demokratie und Rechtsstaat verteidigen wollen und Interesse an einer europäischen Orientierung Polens haben. Soziale Fragen werden seitens des Komitees kaum thematisiert – ein Grund dafür, dass sich *Razem* vom *KOD* fernhält, aber dessen Aktivitäten mit Sympathie begleitet.

Anfang 2017 erwies sich *KOD*-Chef Mateusz Kijowski als Handicap des Komitees, als bekannt wurde, dass er sich die Einrichtung einer Internetseite des *KOD* fürstlich hatte bezahlen lassen – einerseits legal, weil er eine Software-Firma besitzt, andererseits politisch fatal, weil er sich damit als Aktivist der Zivilgesellschaft diskreditiert hat.[19]

Die Aktionen des Komitees haben nicht zu einem Ansteigen der Umfragewerte für die Oppositionsparteien geführt. Ihm fehlt es an politischem Einfallsreichtum, um seinen Aktionsradius über Demonstrationen und andere Protestformen hinaus ausdehnen zu können. Das gilt auch für die kaum entwickelte politische Programmatik des Komitees, was wirtschaftliche und soziale Fragen, Bildung, öffentliche Sicherheit, Modernisierung des Parlamentarismus, Zivilgesellschaft und kritische Aufarbeitung der Geschichte angeht.

Jarosław Kaczyński ist mehr und mehr dazu übergegangen, sich über die Opposition lustig zu machen, weil sie keine Führungspersönlichkeit habe, die

es mit ihm aufnehmen könne. Die »Ausrutscher« von Petru und Kijowski sprechen für die These.[20]

Welche Kraft die polnische Zivilgesellschaft aber entwickeln kann, wenn sie vereint und zielgerichtet handelt, zeigte sich in den ersten Oktobertagen 2016, als der Protest vieler Frauen im ganzen Land die Regierungspartei zwang, die geplante Verschärfung des Abtreibungsrechts zurückzuziehen. Der Widerstand begann damit, dass am 3. Oktober allein in Warschau etwa 30 000 Frauen an einer Protestkundgebung teilnahmen und in zahlreichen anderen polnischen Städten ähnliche Aktionen stattfanden. Wenige Tage später erschienen viele Frauen in 140 Städten aus Protest nicht zur Arbeit; nahmen sich frei oder meldeten sich krank. Schließlich verwarf der Sejm die Gesetzesverschärfung mit 352 zu 58 Stimmen, wobei auch zahlreiche Frauen aus der Partei *Recht und Gerechtigkeit* gegen die Novellierung stimmten.

Diese Niederlage nahm die Regierung zum Anlass, gegen die Zivilgesellschaft vorzugehen. Sie brachte einen Gesetzesentwurf im Sejm ein, der es ihr ermöglichen soll, künftig über alle öffentlichen Fördermittel für Nichtregierungsorganisationen und für überhaupt alle nichtstaatlichen Gesellschaften und Vereine zentral zu entscheiden. Noch fließen an die polnischen NGOs jährlich etwa eine Milliarde Euro aus öffentlichen Kassen, die sowohl von den Ministerien als auch von den regionalen und örtlichen Verwaltungen verteilt werden. Laut Gesetzentwurf soll es künftig ein »Nationales Zentrum der Zivilgesellschaft« geben, das von einem Regierungsbevollmächtigten geleitet wird und das direkt der Ministerpräsidentin unterstellt ist. Es soll zentral über alle Gelder entscheiden.

Als Grund für die angestrebte Zentralisierung und politische Kontrolle gab Beata Szydło an, viele Stiftungen und NGOs würden von »Politikern früherer Regierungen« geleitet, womit sie in erster Linie die bis 2015 regierende *Bürgerplattform* meinte. Innenminister Mariusz Blaszczak legte nach und behauptete, die NGOs würden »bis zu 70 Prozent aller Mittel für Honorare der Mitarbeiter« ausgeben. Konkrete Vorwürfe gegen einzelne Organisationen und deren Verantwortliche wurden aber nicht erhoben.

Nun kann man nicht bestreiten, dass es einzelne nichtstaatliche oder Nichtregierungsorganisationen gibt, die öffentliche Gelder beziehen, damit aber ganz unverhohlen Parteipolitik im Sinne der *Bürgerplattform* betreiben. Aber damit lässt sich das Vorhaben der Regierung in keiner Weise rechtfertigen. Besser wäre es, die Förderpflicht bei allen Verwaltungsebenen zu belassen und die Fördergrundsätze durchsichtiger und präziser zu formulieren. Wird der Gesetzentwurf der Regierung angenommen, läuft das auf eine politische Zentralisierung und Zensur hinaus, die sich gegen jedwede regierungskritische Opposition richtet.

Das gilt auch für die Ende November 2016 von der Regierung im Sejm durchgesetzte Novelle zum Versammlungsgesetz, die auf eine Einschränkung

der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit zielt. Danach sollen künftig staatliche und kirchliche Kundgebungen und Demonstrationen Vorrang vor Veranstaltungen von NGOs, Bürgerinitiativen und sonstiger unabhängiger Gruppen genießen – quasi eine staatlich vorgegebene Wertehierarchie des öffentlichen Auftretens. So kann eine Versammlung von unabhängigen Initiativen an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit einfach dadurch verhindert werden, dass staatliche Institutionen oder die Kirche ebenfalls eine Demonstration oder Kundgebung zum selben Zeitpunkt am selben Ort anmelden, auch wenn diese Anmeldung später erfolgt. Ein Verbot unabhängiger Initiativen ist dann gar nicht mehr nötig.

Es zeichnet sich ab, dass *PiS* bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2019 an der Macht bleiben wird, wenn nicht länger. Mögliche Sollbruchstellen ihrer Herrschaft könnten eine drastische Erhöhung des Defizits im Staatshaushalt, eine Paralysierung der staatlichen Verwaltung durch Ideologisierung, Bürokratismus und Säuberungen sowie Widersprüche in der Regierung bzw. zwischen einzelnen Regierungsmitgliedern und Jarosław Kaczyński sein. Erfahrene politische Beobachter fragen zudem, wie lange Kaczyński gesundheitlich noch seinem Anspruch gerecht werden kann, möglichst alle wichtigen Vorgänge im Staat bis in die Details hinein zu kontrollieren. Doch solche Prognosen haben derzeit wenig für sich.

Außerdem bildet die katholische Kirche aufgrund ihrer Autorität besonders in den ländlichen Gebieten, ihrer Medien und in gewisser Weise auch mithilfe des Religionsunterrichts eine wichtige Stütze der *PiS*-Regierung. Der konservativ-nationale bis nationalistische Teil der Kirche, der nach wie vor in der Kirchenhierarchie die Mehrheit stellt, findet unter den Bedingungen dieser Regierung optimale Bedingungen, um seine Wert- und Moralvorstellungen zur Geltung zu bringen. Diese gipfeln in einer nationalkatholischen politischen Ideologie, die Katholizismus, Nation und Staat als identitätsstiftende Einheit sieht. Ihr Katholizismus ist national fokussiert und steht der Moderne sehr kritisch gegenüber. Auch nach der Niederlage der nationalkonservativen Mehrheit der Kirchenhierarchie bei der gescheiterten Verschärfung des Abtreibungsrechts fühlt sich nur eine Minderheit Papst Franziskus verpflichtet und begrüßt dessen Engagement für Dialog und einen gewissen Meinungspluralismus sowie einen offeneren Katholizismus.

Fazit: Konsequent stellen die polnischen Nationalkonservativen um Jarosław Kaczyński das europäische Verfassungsdenken und damit die Prinzipien des Rechtsstaats, der Dreiteilung der Staatsgewalten sowie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit infrage. Systematisch festigen sie ein politisches System, das an autoritäre Regimes in der Zwischenkriegszeit erinnert. Rechtsstaatliche Ermahnungen der EU missachten sie. Ihre Wähler sind vor allem diejenigen Bürger, die sich eher als Verlierer der neuen

marktwirtschaftlichen Zeiten betrachten, darunter viele junge Leute, die ziemlich pessimistisch in die Zukunft schauen.

Der systematische Umbau wichtiger politischer, gesellschaftlicher und kultureller Institutionen sowie eine geschichtspolitische Propagandaoffensive lassen befürchten, dass sich die Hinwendung zu nationalkonservativen Werten in der polnischen Bevölkerung verfestigen könnte, sodass andere und kritische Meinungen in Politik und Zivilgesellschaft dauerhaft oder über längere Zeit an den Rand gedrängt werden könnten.

Ungarn

Neben Polen ist Ungarn das zweite Land in Ostmitteleuropa, in dem die von Nationalkonservativen betriebene Umgestaltung der verfassungsrechtlichen Grundlagen und des politischen Systems sowie die Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur systematischen Charakter haben. Der in Budapest regierende Viktor Orbán und sein *Fidesz* verfolgen ein »Gesamtkonzept«, von dem sie sich spätestens seit 2010 bei allen ihren politischen Entscheidungen und Maßnahmen leiten lassen. Für Jarosław Kaczyński und seine Partei *Recht und Gerechtigkeit* dient Orbáns Ungarn als Vorbild, weil dort schon früher gewisse Veränderungen eingeleitet wurden, die Polen nun seit 2015 vornimmt.

Auch im Falle Ungarns stellt sich die Frage, wie die Nationalkonservativen an die Macht kommen und sich dort halten konnten – in einem Land, das ebenso wie Polen durch seinen friedlichen Systemwechsel in den Jahren 1988/90 sowie durch die damalige Öffnung der Grenze für Flüchtlinge aus der DDR weltweit Aufsehen erregte und 2004 der Europäischen Union beitrat. Bei der Analyse spielen nicht nur der Charakter der Transformation Ende der 1980er-Jahre und die politische Entwicklung seither eine Rolle, vielmehr werden auch Hinterlassenschaften aus der Zwischenkriegszeit unter dem autoritären Machthaber Miklós Horthy und aus der Zeit des »Gulaschkommunismus« unter János Kádár nach 1956 sichtbar.

Systemwechsel von oben

In Ungarn war der politische Druck »von unten« für die ersten Liberalisierungen in den Jahren 1986/87 und für die Demokratisierung von 1988/89 nicht so entscheidend wie etwa in Polen, wo Streiks und Demonstrationen sowie das Auftreten der Opposition den Wandel mehr oder weniger erzwangen. Die Reformer in der sozialistischen Staatspartei um Károly Grósz, Miklós Németh, Imre Pozsgay und Reszõ Nyers waren eine treibende, zeitweise sogar die führende Kraft im politischen Umgestaltungsprozess. Immerhin sorgte der Druck der ab 1988 in Ungarn entstehenden »bürgerlichen« Parteien dafür, dass die sozialistischen Reformer

ihre Ideen von einem »sozialistischen politischen Pluralismus« und einer »sozialistischen Marktwirtschaft« aufgaben und wie die neuen Parteien Kurs auf eine parlamentarische Republik und eine soziale Marktwirtschaft nahmen. Erst Mitte 1989 gelang es den oppositionellen Parteien, bei den Verhandlungen über einzelne Aspekte der Transformation am Runden Tisch eine gleichberechtige Rolle zu spielen, bevor die politische Initiative für den Wandel wieder auf die Regierung des Sozialisten Németh überging.

Für die vorliegende Bestandsaufnahme ist außerdem von Bedeutung, dass die Transformation in Ungarn nicht mit einem umfassenden Austausch der Eliten in Politik und Wirtschaft verbunden war. Neue Kräfte kamen hinzu, ersetzten aber nicht die alten. Fortan bestanden alte und neue Eliten nebeneinander und wechselten sich bei der Besetzung der höchsten Staatsämter ab oder machen sich in der Wirtschaft Konkurrenz. Für die Parteien in Ungarn, postsozialistische wie bürgerliche, gilt bis heute, dass die Eliten der Wendezeit nach wie vor Einfluss ausüben.

Überblickt man alle ungarischen Regierungen seit den ersten freien Wahlen im März 1990, so bietet das klassische Rechts-links-Schema keinerlei Orientierungsrahmen für deren Bewertung. Konservative wie Sozialisten haben wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Erfolge und Niederlagen vorzuweisen. Allerdings machen viele Ungarn bis heute vor allem die Sozialisten, deren Regierungen und die aus der sozialistischen Partei hervorgegangenen bzw. mit ihr verbundenen »Oligarchen« für die Durchsetzung des Kapitalismus und die eklatanten Schwächen der Sozialsysteme verantwortlich. »Die Kommunisten haben uns den Kapitalismus eingebrockt«, dieser Satz ist immer noch häufig zu hören. Nicht wenige Ungarn erinnern sich mit Grauen an die harten Sparmaßnahmen unter den sozialistischen Ministerpräsidenten Horn, Gyurcsány und Bajnai, auch wenn diese aus haushalts- und finanzpolitischer Sicht nicht ganz unberechtigt waren.

Während sich Konservative und Sozialisten grundsätzlich an demokratische Gepflogenheiten hielten – auch wenn sie in einzelnen Bereichen erhebliche demokratiefeindliche Schwächen an den Tag legten –, ließ Orbán schon in seiner ersten Amtsperiode als Ministerpräsident in den Jahren 1998 bis 2002, als er an der Spitze einer Koalition seines *Fidesz* mit der Bauernpartei stand, autoritäre Tendenzen und demokratische Defizite erkennen, die dann ab 2010 noch stärker sichtbar wurden. Orbáns Partei *Fidesz*, die 1988 als *Bund Junger Demokraten* gestartet war und später in *Bund Ungarischer Bürger (Magyar Polgári Szövetség – Fidesz)* umbenannt wurde, hatte sich von einer liberaldemokratischen Protestpartei zu einer politisch rechtsstehenden Partei mit christlich-konservativem und nationalistischem Gedankengut gewandelt. Der ungarische Publizist und Redakteur des Budapester Wirtschaftsmagazins *Heti Világgazdaság* László

Seres vertritt die Auffassung, der *Fidesz* sei nicht konservativ und lasse sich auch sonst nicht ideologisch festlegen. Für Seres hat der *Fidesz* eine enorme Wegstrecke zurückgelegt von einer radikal libertären Wirtschaftsphilosophie und der Idee der Freiheit hin zu Autokratie und zum geistigen Nihilismus. Unter dem Motto »Schaffung einer bürgerlichen Gesellschaft« und einer »nationalen Mittelschicht« betreibe der *Fidesz* seit geraumer Zeit nichts anderes als die Bereicherung einer sehr kleinen Clique von Verwandten und Parteigenossen Orbáns und mäste eine eigene Schicht von Oligarchen.[1]

Orbáns Vision: die »illiberale Demokratie«

Im Frühjahr 2010 begann für Ungarn eine neue Zeitrechnung. Denn der *Fidesz* errang in den beiden Wahlgängen der Parlamentswahl am 11. und 25 April einen Sieg von geradezu historischer Dimension. Zusammen mit seinem kleinen Bündnispartner, der *Christdemokratischen Volkspartei (Kereszténydemokrata Néppárt – KDNP)*, konnte Orbáns Partei 52,7 Prozent der Stimmen und dadurch mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze gewinnen. So erhielt der *Fidesz* die Möglichkeit, Verfassungsänderungen aus eigener Kraft durchzusetzen. Ein solches Wahlergebnis hatte es bis dato nur in der kommunistischen Zeit bis Ende der 1980er-Jahre gegeben.

Dem überragenden Erfolg des *Fidesz* entsprach die dramatische Niederlage der *Ungarischen Sozialistischen Partei (Magyar Sozialista Párt – MSZP)*. Die Sozialisten, die zuvor acht Jahre lang regiert hatten, erhielten nach 43,2 Prozent im Jahr 2006 nur 19,3 Prozent. Während der *Fidesz* und sein kleiner Koalitionspartner nun 263 von 386 Abgeordneten stellten, kam die *MSZP* nur auf 59. Die rechtsradikale und gewaltbereite *Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik Magyarországért Mozgalom)*, deren Mitglieder auch durch ihre hasserfüllte Haltung gegenüber den Roma auffallen, schaffte den Sprung ins Parlament und konnte mit knapp 16,7 Prozent ein für sie überraschend gutes Ergebnis erzielen. Mit der Partei *Politik kann anders sein (Lehet Más a Politika – LMP)*, die 7,5 Prozent der Stimmen bekam, zog erstmals eine ökologisch ausgerichtete Gruppierung ins Parlament.

Der Erdrutschsieg des *Fidesz* und die weitreichenden Verschiebungen im ungarischen Parteiensystem überraschten kaum jemanden. Denn der Ärger vieler Ungarn über die regierenden Sozialisten, ihre schamlos in der Öffentlichkeit ausgetragenen Machtkämpfe und ihre unzähligen Korruptionsaffären war gewaltig. Hinzu kamen die Lügen über die prekäre Haushaltslage des Staates, wie der bis 2009 amtierende sozialistische Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány einräumte.[2]

Der Erfolg des *Fidesz* war nicht zuletzt ein persönlicher Sieg seines Vorsitzenden Viktor Orbán, dem es gelungen war, die tiefe Enttäuschung

vieler seiner Landsleute für sich zu nutzen. Die Wähler wollten keine ständigen Wechsel mehr zwischen sozialen Wahlgeschenken und harten Sparmaßnahmen, die keine sichtbare Anhebung des Lebensniveaus gebracht hatten. Mehrheitlich stimmten sie für Orbáns Programm der Abkehr vom westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell und von linken bzw. libertären modernen Lebensentwürfen. Orbán selbst prägte für das von ihm angestrebte System den Begriff »illiberale Demokratie«.

Der Vorsitzende des *Fidesz* stieß auf offene Ohren, wenn er die »Sünden der Kommunisten« ebenso wie jene der Europäischen Union verdammte und gegen »unchristliche« Lebensweisen auftrat. Er gab sich tief empört, wenn er das Trauma von Trianon ansprach, das viele Ungarn bis heute bewegt. Durch den am 4. Juni 1920 unterzeichneten Vertrag von Trianon hatte Ungarn fast zwei Drittel seines Territoriums an die umliegenden Staaten abtreten müssen. Orbán thematisierte virtuos diesen Verlust und das Schicksal der ungarischen Minderheiten in diesen Ländern. Er wandte sich gegen die Gleichstellung sexueller Minderheiten, gegen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und verschiedene Formen der Sozialpolitik, wie sie im Westen praktiziert werden. Mit seinem Motto »Wir Ungarn sind stark« vermochte er das erschütterte Selbstbewusstsein der Nation wieder zu stärken.

Trotzdem musste der *Fidesz* bei der Parlamentswahl am 6. April 2014 einen Dämpfer hinnehmen, als sein Wahlbündnis nur noch auf 44,9 Prozent der Stimmen kam und damit fast 8 Prozent gegenüber 2010 verlor. Demgegenüber steigerten sich die Rechtsradikalen von *Jobbik* sogar auf 20,2 Prozent. Die *MSZP* legte um gut 6 Prozent zu und kam auf 25,6 Prozent. *LMP* sank auf 5,3 Prozent. Trotz des Rückgangs verfügte *Fidesz* aufgrund einer Wahlgesetzänderung wieder über eine qualifizierte Mehrheit der Abgeordneten.

Orbáns Partei hatte vor allem in den sozial schwachen Regionen im Nordosten und Osten Ungarns Stimmen an *Jobbik* verloren. Der »nationale Kitt« Orbáns reichte offenbar nicht aus, um die Ärmsten dieser Regionen von einem Wechsel zu den Rechtsradikalen abzuhalten. Überhaupt hatte sich in den Jahren 2010 bis 2014 wenig am niedrigen Lebensniveau vieler Ungarn geändert.

Zielsicher entdeckte der Parteivorsitzende dann die europäische Flüchtlingskrise als Vehikel, um verlorene Wähler wieder bzw. große Teile der Gesellschaft noch stärker an sich und den *Fidesz* zu binden. Mit seiner Weigerung, Flüchtlinge insbesondere islamischen Glaubens aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Nordafrika aufzunehmen, erwies er sich als einer der radikalsten Politiker in Europa. Der Satz »Wir Ungarn wollen nicht mit anderen Kulturen zusammenleben« tauchte wiederholt in seinen Reden auf.

So half das Flüchtlingsthema Orbán und seiner Partei aus einer

Popularitätskrise. Er konnte von anderen Problemen ablenken: von den Schwierigkeiten im Bildungs- und Gesundheitswesen und auch von der massenhaften Abwanderung junger, gut ausgebildeter Bürger. Mit seiner harten Haltung in der Flüchtlingsfrage verband Orbán sogar die Hoffnung auf eine Rechtsentwicklung in ganz Europa. In einer Rede im rumänischen Kurort Băile Tuşad, wo viele Angehörige der ungarischen Minderheit in Rumänien (die »Székler«) wohnen, äußerte er die Erwartung, dass die Flüchtlingskrise auch in den Kernländern Westeuropas jene Rechtsentwicklung fördern werde, die Ungarn seit 2010 vollzogen habe.[3]

Orbán sieht sich und den *Fidesz* als Vollstrecker einer historischen Mission – ähnlich wie Jarosław Kaczyński in Polen. Ungarn brauche, so Orbáns Credo, nach Jahren einer tiefen Krise, ja des unaufhaltsamen Niedergangs eine fundamentale Erneuerung – weg von dem »dysfunktionalen und liberal geprägten System«, wie Orbán es nennt, das mit der Transformation der Jahre 1988/89 geschaffen worden sei. Ungarn befinde sich nun im Aufbau eines »nationalen Systems«, das sich durch eine klare Gemeinschaftsordnung auszeichne.[4]

Vor diesem ideologischen Hintergrund betreibt die vom *Fidesz* dominierte Regierung seit 2010 eine grundlegende Veränderung von Staat und Politik, die bedenkliche Folgen für die Demokratie und den Rechtsstaat hat. Sichtbar wird vor allem eine Konzentration der Macht. Mit ihrer Zweidrittelmehrheit im Parlament und in Verbindung mit der starken politischen Stellung des Partei- und Regierungschefs setzten Orbán und seine Mitstreiter Veränderungen – in der *Fidesz*-Sprache: »Reformen« – durch, die eindeutig darauf abzielten, wichtige Institutionen und Entscheidungszentren wie das Verfassungsgericht, die Justiz insgesamt und die Ungarische Nationalbank in ihrer Selbstständigkeit einzuschränken und sie bei der Ausübung ihrer Befugnisse zu behindern. Zunehmend dominierte die Exekutive gegenüber der Legislative und der Judikative. Rechtliche Vorgaben, die Schaffung neuer Strukturen und eine von der *Fidesz*-Führung bzw. der Regierung gesteuerte Personalpolitik in zentralen Institutionen und im Justizwesen sind Ausdruck dieses Dominanzstrebens.

Die vom *Fidesz* im April 2011 durchgesetzte Verfassung ist zwiespältig. Einerseits enthält sie ein Bekenntnis zu den Menschenrechten, zur Dreiteilung der Staatsgewalt und zum Rechtsstaat. Andererseits ist sie ideologisch im 11. Jahrhundert verankert, also in der Zeit der Herausbildung des ungarischen Staates und dem damit verbundenen Gründungsmythos der Magyaren.

Dies zeigt sich an einzelnen Formulierungen der Präambel, die *Fidesz* als eine Art nationales Glaubensbekenntnis betrachtet, die von Kritikern aber als nationalistische Romantik und geschichtspolitischer Kitsch angesehen wird. So beginnt die Präambel mit dem ersten Satz der ungarischen Nationalhymne: »Gott segne Ungarn« und nimmt Bezug auf die »heilige Krone« sowie die

Staatsgründung durch den später heiliggesprochenen König Stephan an der Wende vom 10. zum 11. Jahrhundert als Symbol der historischen Kontinuität und der Einheit der ungarischen Nation. Diese Präambel ist deshalb äußerst bedenklich, weil sie von ihren *Fidesz*-Autoren zum Maßstab für die Interpretation der gesamten Verfassung stilisiert wird, die – so gesehen – nur im Einklang mit dem darin enthaltenen nationalen Bekenntnis und den Errungenschaften der historischen Verfasstheit Ungarns ausgelegt werden darf.

Laut Präambel bilden Nation, Heimat, christlicher Glaube, Familie und gute Arbeit den wichtigsten Rahmen für das Zusammenleben der Ungarn. Ehe und Familie erfahren auch im weiteren Verfassungstext eine Aufwertung, wenn es heißt, dass in Ungarn die Ehe als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau geschützt werde und die durch eine solche Ehe begründete Familie die Grundlage des Fortbestehens der Nation sei. Der ungarische Staat fördere die »Entscheidung für das Kind«. Offenkundig ist der Verstoß gegen Gleichheitsprinzipien etwa der Europäischen Union, indem Homosexuelle, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und alleinerziehende Mütter oder Väter ausgegrenzt werden.

Viktor Orbán und der *Fidesz* verstehen sich als Hüter der Verfassung und achten darauf, dass die Verfassungswirklichkeit und damit das gesellschaftliche Leben im Sinne der Präambel und der ganzen Verfassung gestaltet werden. Das gilt auch für die Formulierung neuer Gesetze und deren Umsetzung. Unter diesem politischen Druck ist die ungarische Justiz angehalten, Abweichungen von den in der Verfassung formulierten »nationalen Werten« zu ahnden.

Bedenklich ist des Weiteren eine in der Verfassung formulierte Einschränkung der Kompetenzen des ungarischen Verfassungsgerichts, auch wenn diese nicht so weitreichend ist wie die Restriktionen gegen das polnische Verfassungsgericht durch die dortigen Nationalkonservativen. So kann das Verfassungsgericht in Budapest weiterhin Entscheidungen des Parlaments und der Regierung auf ihre Übereinstimmung mit der Verfassung hin überprüfen, allerdings nicht, wenn es um die Staatsfinanzen, also um den Staatshaushalt sowie Steuern, Abgaben und Zölle geht.

Spätestens seit dem 4. März 2013, als der Orbán-Vertraute György Matolcsy die Leitung der Ungarischen Nationalbank übernahm, war klar, dass auch diese Institution der Regierung zu Diensten sein sollte. Matolcsy, den renommierte ungarische Ökonomen wie Lajos Bokros und Péter Felcsuti als »verbissenen Keynesianer« bezeichnen, ist der richtige Mann dafür, wenn es darum geht, die Kreditaufnahme für die überbordenden staatlichen Ausgaben der *Fidesz*-Regierung durch ein niedriges Zinsniveau zu erleichtern, selbst wenn dadurch die Inflation angeheizt wird.

Entlassungswelle in den öffentlich-rechtlichen Medien

Seit Orbán zum zweiten Mal an der Regierung ist, ist die Medienfreiheit in Ungarn durch verschiedene Gesetze bedroht; insbesondere durch das Mediengesetz von Ende 2010, das sowohl gedruckte Publikationen als auch Hörfunk und Fernsehen sowie das Internet und andere Online-Angebote betrifft. Die mehr als 200 Paragrafen des Ende 2010 verabschiedeten Gesetzes zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie eine Fülle zweifelhafter Bestimmungen enthalten, die oft sehr vage formuliert sind und damit viel Spielraum für interessengeleitete Auslegungen bieten. So wurden beispielsweise sogenannte Hassreden gegen andere Völker, sprachliche oder andere Minderheiten, Kirchen und andere religiöse Gruppen unter Strafe gestellt. Der entsprechende Paragraf ist aber so schwammig formuliert, dass er dem vom *Fidesz* dominierten Medienrat als oberstem Kontrollgremium und auch der Justiz vielfältige Interpretationen erlaubt. Laut Gesetz kann auch gegen Medien vorgegangen werden, die nicht »sachlich, zeitnah und ausgewogen« berichten, wobei nur Medien, die ihren Geschäftssitz in Ungarn haben, dem Pressegesetz unterliegen.

Auch Kritiker der *Fidesz*-Regierung vertreten die Ansicht, dass Ungarn ein neues Mediengesetz brauchte, denn das bis dato geltende Medienrecht war nicht mehr zeitgemäß und bot keine Handhabe etwa für den Umgang mit Kriminalität im Internet und keinen Schutz gegen Pornografie, Verherrlichung von Gewalt und rechtsextremistische Hasstiraden. Die Schwäche des neuen Rechts ergibt sich vor allem aus der Machtfülle des neu geschaffenen Medienrats, der natürlich nach den politischen Prämissen des *Fidesz* handelt. Die vagen Formulierungen im Gesetz erlauben es diesem Gremium, vor allem dann einzugreifen und gegen Medien existenzbedrohende Bußgelder zu verhängen, wenn es Partei- und Regierungsinteressen gefährdet sieht.

Im Juli 2011 traf eine erste Entlassungswelle die Journalisten des öffentlich-rechtlichen Radios und Fernsehens sowie der Nachrichtenagentur MTI. Etwa ein Drittel der 3400 damals bei diesen drei Medienanstalten Beschäftigten musste gehen, darunter mehrere Träger von Journalistenpreisen. László Szabó, Kommunikationsdirektor des staatlichen Medienfonds MTVA, der Dachorganisation der öffentlich-rechtlichen Medien, begründete die Entlassungen mit der wirtschaftlich besorgniserregenden Situation dieser Medien. Dass diese finanzielle Probleme hatten, ließ sich nicht bestreiten, doch das enorme Ausmaß der Entlassungen deutete vor allem auf eine politische Säuberungswelle im Interesse des *Fidesz* hin.

Die Entlassungen standen auch im Zusammenhang mit der im Sommer 2011 eingesetzten zentralen Nachrichtenredaktion, die fortan für die Belieferung aller öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsender zuständig

war. Betroffen waren vor allem ältere, erfahrene Journalisten aus den verschiedenen Nachrichtenredaktionen, der Parlamentsberichterstattung sowie den Politik- und Kulturressorts. Die Regierung von Viktor Orbán begründete die Entlassungen mit notwendiger Rationalisierung und »Transparenz« öffentlich-rechtlicher Medien. Die tatsächlich bestehenden Überkapazitäten nahm die Regierung zum Anlass, politisch in ihrem Sinne »reinen Tisch« zu machen.

Trotz der Vorherrschaft der vom *Fidesz* gelenkten öffentlich-rechtlichen Sender und Zeitungen besonders in den ländlichen Regionen Ungarns kann man nicht sagen, dass die Medienfreiheit in Ungarn völlig abgeschafft worden sei. Wer sich informieren will, kann dies jenseits der Propaganda der Staatsmedien in einigen regierungskritischen Zeitungen, Zeitschriften und Internetforen in der Regel ohne größere Probleme tun. Außerdem existieren noch einige unabhängige Radios wie Zava-Rock Rádió und Lánchíd Rádió.

Wie lange das noch so sein wird, ist ungewiss, denn *Fidesz* und Orbán versuchen, ihren Einfluss gerade auf die ungarische Zeitungslandschaft noch zu verstärken, indem Medien in die Hand von Unternehmen gebracht werden, die der Regierung nahestehen. Das zeigte zuletzt die Schließung der regierungskritischen linksliberalen Zeitung *Népszabadság*. Ein Medienpaket der Holding Mediaworks des österreichischen Investors Heinrich Pecina, zu dem die Zeitung gehört, war an eine Gruppe namens Optimus Press verkauft worden, hinter der der Unternehmer und Orbán-Vertraute Lõrinc Mézáros steht. Wenig später musste die Zeitung ihr Erscheinen einstellen. Mediaworks begründete die Einstellung mit einem Auflagenrückgang und entsprechenden ökonomischen Verlusten.

Doch die Umstände der Schließung sprechen nicht für eine unternehmerische Entscheidung, sondern für eine direkte politische Einflussnahme durch Orbáns Regierung. So wurde den Mitarbeitern der Zeitung ohne jede vorherige Beratung mit der Redaktion und ohne die gesetzlich vorgeschriebene Konsultation von Vertretern der ganzen Belegschaft die Einstellung einfach per Kurier mitgeteilt. Gleichzeitig wurden die Online-Plattform und auch das Online-Archiv der Zeitung blockiert. Einen Tag später schickte ein Tochterunternehmen der staatlichen ungarischen Post Briefe an die bisherigen Abonnenten mit der Frage, ob sie statt *Népszabadság* nicht lieber eine andere Zeitung beziehen wollten. Nicht gerade für wirtschaftliche Gründe der Schließung sprach auch die Tatsache, dass die hauseigene Druckerei fortan überhaupt nicht mehr ausgelastet war, dass die Abonnenten entschädigt werden mussten und die Belegschaft ihre Gehälter weiter bezog.

Seit 2010 reicht der »lange Arm« von *Fidesz* auch in Kultur und Wissenschaft hinein. Wiederholt mussten Direktoren von Museen und Theatern wegen ihrer politischen Auffassungen und ihrer Kritik an der

Regierung ihren Hut nehmen und wurden durch Gefolgsleute des *Fidesz* oder gar *Jobbik* ersetzt. Ein Beispiel von vielen ist die durch Parteigänger Orbáns entfesselte Hetzkampagne gegen die renommierte Philosophin und Soziologin Ágnes Heller, weil sie mit ihrer Kritik am *Fidesz*-Staat nicht hinter dem Berg hielt. Ihr warf man zu Unrecht vor, Forschungsgelder veruntreut zu haben.

Unter ungarischen Intellektuellen, Künstlern, Bürgerrechtlern und Oppositionspolitikern herrschte große Empörung, als der rechtsradikale Publizist Zsolt Bayer im August 2016 das Ritterkreuz des ungarischen Verdienstordens erhielt. Anlass war der ungarische Nationalfeiertag am 20. August. An diesem Tag, der an den Staatsgründer Ungarns, König Stephan den Heiligen, erinnert, vergibt die ungarische Staatsführung traditionell hohe Auszeichnungen an Personen, die sich ihrer Auffassung nach um Ungarn verdient gemacht haben.

Bayers Texte gehören zu dem Menschenfeindlichsten, was die zeitgenössische ungarische Publizistik zu bieten hat. So hat er dazu aufgerufen, Kinder von Roma-Familien zu überfahren. »Zigeuner« sind für ihn »Tiere«, Juden »stinkende Exkremente« und alle Flüchtlinge über 14 Jahre »potenzielle Terroristen«.[5] Dabei ist der 53-jährige Zsolt Bayer nicht irgendein unflätiger Rechtsradikaler, sondern einer der bekanntesten und einflussreichsten ungarischen Publizisten. Er gehörte 1988 zu den Mitbegründern des *Fidesz* und war in den Jahren 1990 bis 1993 dessen Pressechef. Mit Viktor Orbán verbindet ihn eine enge Freundschaft.

Geschichtspolitik: 1848, Trianon und das »Haus des Terrors«

Für den *Fidesz* ist Geschichtspolitik ein wichtiges Instrument zur Stärkung seiner politisch-kulturellen Hegemonie in der ungarischen Gesellschaft. Viktor Orbán und seine Mitstreiter in der Parteiführung wissen sehr genau, welche historischen Ereignisse im kollektiven Bewusstsein ihrer Landsleute verankert sind und was die Menschen bewegt, wenn sie an die Geschichte ihres Landes denken. Es sind vor allem die tragischen Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts, die in den ungarischen Köpfen präsent sind.

Eine wichtige Rolle spielt der Nationalfeiertag am 15. März, der an die ungarische Revolte gegen die Habsburger in Wien erinnert. Am 15. März 1848 hatten revolutionäre Intellektuelle ihre berühmten »Zwölf Punkte« präsentiert, die eine Reihe demokratischer Forderungen enthielten, darunter die Ausweitung des Wahlrechts und der Pressefreiheit. Sie führten zu rund 30 Gesetzen, die schließlich auch vom kaiserlichen Hof in Wien akzeptiert wurden. Der Kaiser gab seine Erlaubnis zur Bildung einer ungarischen Regierung unter Führung des Grafen Lajos Batthyány, in der liberale adlige

Reformer die Mehrheit hatten, aber auch revolutionäre Politiker wie Lajos Kossuth vertreten waren. Als die Regierung scheiterte, radikalisierte sich die Revolution und mündete in die Unabhängigkeitserklärung Ungarns vom 14. April 1849. Doch die Revolution fand ein Ende, als die ungarische Honvéd-Armee vor der Übermacht der kaiserlichen Truppen und der mit ihnen verbündeten russischen Armee kapitulierte und der alte Zustand wiederhergestellt wurde. Gerade Viktor Orbán nutzt den Nationalfeiertag gern, um flammende Reden zu halten und die Arbeit seiner Partei bzw. Regierung in die Tradition der damaligen Revolutionäre zu stellen.

Zentrale Themen für die Geschichtspolitik des *Fidesz* sind auch der Vertrag von Trianon vom 4. Juni 1920 und die daraus resultierende Existenz starker ungarischer Minderheiten in den Nachbarländern. Die Niederlage des habsburgischen Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg und die anschließende Neuordnung der Staatenwelt in Ostmittel- und Südosteuropa stellten für Ungarn eine gewaltige Zäsur dar, die nicht nur den Weg des Landes in den folgenden Jahrzehnten prägte, sondern auch nach 1989 wieder ins Bewusstsein rückte, als diese Staatenwelt sich reorganisierte.

Teil dieser Friedensordnung war der Vertrag, der in der Galerie des Cotelles im Schloss Grand Trianon nahe Paris unterzeichnet wurde. Aufgrund dieses Vertrags verlor Ungarn die Karpato-Ukraine und Nordungarn an die Tschechoslowakei, Siebenbürgen und das östliche Banat an Rumänien, das westliche Banat und die Batschka an Jugoslawien sowie das Burgenland an Österreich – insgesamt mehr als zwei Drittel seines ursprünglichen Staatsgebiets und mehr als 60 Prozent seiner früheren Bevölkerung, darunter 3,3 Millionen Menschen ungarischer Nationalität.

Die dramatische Verkleinerung des ungarischen Territoriums erzeugte in der ungarischen Gesellschaft ein tiefes Gefühl der Demütigung – ein Trauma, das im kollektiven Bewusstsein bis in die Gegenwart hineinwirkt. Für Viktor Orbán ist »Trianon« immer wieder Anlass, um an die damalige »Schmach« zu erinnern und zu betonen, dass es seine *Fidesz*-Regierung sei, die Ungarn wieder zu politischer und kultureller Größe und Bedeutung verhelfe. In diesem Zusammenhang erklärte die Orbán-Regierung den 4. Juni zum neuen Nationalfeiertag – und zielte dabei zugleich auf die Wähler von *Jobbik*. Denn diejenigen in der ungarischen Gesellschaft, die bis heute unter dem »Trianon-Komplex« leiden, finden sich gerade in den Reihen von *Jobbik* und unter den Anhängern dieser Bewegung.

Das »Haus des Terrors« (Terror Háza), das 2002 auf Betreiben der ersten Orbán-Regierung in Budapest eingerichtet wurde, ist ein gutes Beispiel dafür, wie der *Fidesz* entsprechend seinen ideologisierten geschichtspolitischen Vorgaben mit dem Regime des reaktionären »Reichsverwesers« Admiral Miklós Horthy nach 1920, der faschistischen Pfeilkreuzler-Regierung im Zweiten Weltkrieg, der Zäsur von 1945 und den kommunistisch-

sozialistischen Zeiten vor 1988/89 umgeht.

Mit dem »Haus des Terrors« verbindet sich der Anspruch, die beiden großen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, also Faschismus und Kommunismus, und deren Folgewirkungen für Ungarn zu beschreiben und zu bewerten – und offenbart dabei gravierende Mängel in seiner Darstellung der historischen Wirklichkeit. So wird suggeriert, dass die ausgesprochene Judenfeindlichkeit in Ungarn erst mit der Machtübernahme der faschistischen Pfeilkreuzler im März 1944 eingesetzt habe. Tatsächlich musste Horthy nach dem Einmarsch der deutschen Truppen unter dem Druck der Nationalsozialisten eine Regierung der Pfeilkreuzler einsetzen, die ein brutales Terrorregime ausübte. Nach den Weisungen des SS-Standartenführers Edmund Veesenmayer, der die deutsche Gesandtschaft in Budapest leitete, wurden etwa 440 000 ungarische Juden sowie 50 000 Sinti und Roma in die Vernichtungslager – vor allem nach Auschwitz – deportiert und dort ermordet. Ungarische Gendarmerie war wesentlich am Abtransport der Juden, Sinti und Roma beteiligt.

Aber schon mit der Amtsübernahme von Horthy im März 1920 waren die alten politischen Eliten Ungarns aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nach der gescheiterten Räterepublik wieder an die Macht gekommen. Ihre von Antisemitismus, ausuferndem Nationalismus und außenpolitischem Revisionismus geprägte Politik führte das Land als treuen Vasallen Hitlerdeutschlands im Zweiten Weltkrieg letztendlich in die Katastrophe, auch wenn Horthy in der Schlussphase des Kriegs versuchte, sich etwas von seinem Verbündeten zu lösen. Im »Haus des Terrors« ist gerade mal ein Raum von insgesamt 25 dem Horthy-Regime und den Pfeilkreuzlern gewidmet.

Bis heute hat es keine gründliche, weite Teile der ungarischen Gesellschaft erfassende Aufarbeitung der ungarischen Mitschuld an den Ereignissen des Jahres 1944 gegeben. Für die große Mehrheit der Ungarn sind die damals ermordeten Juden nach wie vor weder Opfer noch Helden der ungarischen Geschichte, obwohl sie der ungarischen Nation angehörten und ungarische Staatsbürger waren. Die jahrzehntelange Tabuisierung jüdischer Existenz und jüdischer Leiden fordert also weiter ihren Tribut. Budapester Intellektuelle wie der Literaturwissenschaftler und Schriftsteller Miklós Hernádi plädieren dafür, in der täglichen Aufklärungsarbeit stärker auf den tragischen Verlust hinzuweisen, den die ungarische Nation mit dem Mord an den Juden erlitten habe. In der Geschichte, so Hernádi, seien es wiederholt Juden gewesen, die entscheidenden Anteil an der Modernisierung des Landes gehabt hätten.

Immerhin gab es im Frühjahr 2004, als der parteilose, aber von den Sozialisten unterstützte Ministerpräsident Péter Medgyessy die Regierung führte, eindrucksvolle offizielle Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag der Ermordung der ungarischen Juden – ein politisches und gesellschaftliches Novum für Ungarn. Doch war die Wirkung dieser Gedenkfeiern in der

ungarischen Öffentlichkeit nicht nachhaltig. Bis heute ist das Phänomen des ungarischen Antisemitismus sehr vielgestaltig. Es reicht von öffentlich vorgetragenen hasserfüllten rassistischen Parolen bis zum alltäglichen Gebrauch von Codes, deren antisemitische und antijüdische Anspielungen der Mehrheit der Gesellschaft geläufig sind. Antisemitische Tendenzen gibt es besonders in der rechtsradikalen Partei *Jobbik*, aber auch im *Fidesz* sowie in der protestantischen und der katholischen Kirche. Einige Zeitungen und Zeitschriften sowie Hörfunk- und Fernsehsendungen transportieren regelmäßig offenen oder verdeckten Antisemitismus.

Im »Haus des Terrors« ist außerdem die Gleichstellung von Pfeilkreuzlern und kommunistischem Geheimdienst der Nachkriegszeit irritierend. Ohne Zweifel handelte es sich in beiden Fällen um verbrecherische Organisationen, die die Gesellschaft terrorisierten, doch war ihre historische Genese und politisch-organisatorische Ausprägung völlig unterschiedlich.

Auch wenn es in Ungarn und im Ausland eine Fülle von wissenschaftlichen und populären Darstellungen des ungarischen Aufstands vom Herbst 1956 gibt, ist die Bewertung des damaligen Geschehens unter ungarischen Politikern bis heute umstritten bzw. werden die Ereignisse unterschiedlich interpretiert – je nach ideologisch-politischem Standpunkt. Deutlich wurde dies am 50. Jahrestag des Aufstandes, als es eine Fülle von Gedenkfeiern, wissenschaftlichen Kongressen und kulturellen Veranstaltungen gab. Während die *Fidesz*-Funktionäre, damals in der Opposition, den Aufstand hauptsächlich auf seine antikommunistischen Elemente reduzieren wollten, verwiesen die Sozialisten der *MSZP* um den damaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyucsány immerhin auf die verschiedenen politischen Strömungen der Aufständischen. Tatsächlich spielten damals sowohl Reformkommunisten wie Imre Nagy als auch konsequent antikommunistische Arbeiterräte und Verfechter eines dritten Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus eine Rolle.

Auch eine differenzierte Einschätzung der Tätigkeit von János Kádár verhindern ideologische Vorgaben der *Fidesz*-Politiker. Kádár war von 1956 bis 1988 Erster Sekretär der kommunistischen *Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspárt)* und von 1956 bis 1958 sowie von 1961 bis 1965 Ministerpräsident. Für Viktor Orbán ist Kádár zeit seines Lebens ein skrupelloser Kommunist gewesen, der gnadenlos Machtinteressen durchgesetzt habe. Tatsächlich machte sich Kádár während der blutigen Unterdrückung des Volksaufstands von 1956 zur Marionette der Sowjets, als er ihrer militärischen Intervention eine scheinbare Legitimität und Legalität verschaffte. Danach war ihm jedes Mittel recht, um seine Macht zu festigen. Kádár war der Drahtzieher bei der schonungslosen, auch mit Todesurteilen verbundenen Abrechnung mit den Protagonisten des Aufstands wie Imre Nagy. Aber er war auch derjenige, der später schrittweise die Zügel

lockerte und ab Mitte der 1960er-Jahre ein System schuf, das später als »Gulaschkommunismus« in die Geschichte einging. Nach und nach genossen die Ungarn einen höheren Wohlstand und mehr Freiheiten als die Menschen in den anderen Staaten des realen Sozialismus.

Die einseitige Geschichtspolitik des *Fidesz* betrifft auch seinen Umgang mit der Transformation von 1988/89. Einzelne Aspekte des Systemwechsels waren damals zwischen den Reformern der noch regierenden Kommunisten und Vertretern der neuen oppositionellen Parteien, auch der damaligen Gruppierung Orbáns, ausgehandelt worden. Heute betrachtet der *Fidesz* den damaligen auf Kompromissen beruhenden Wandel als Fehler, ja als Ursache für die gesamte Fehlentwicklung nach 1989.

Bei aller notwendigen Kritik an der Geschichtspolitik des *Fidesz* – und auch an der wiederholten Geschichtsklitterung der verschiedenen sozialistischen Regierungen nach 1989 – darf nicht vergessen werden, dass Ungarn, historisch gesehen, bislang wenig Zeit hatte, geschichtliche Erinnerung öffentlich in einer freiheitlichen Atmosphäre im aufgeklärten Sinne zu betreiben. Im Grunde genommen ist dies erst seit der Transformation von 1988/89 möglich. Hinzu kommt, dass das ungarische Volk beide großen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, Faschismus und Kommunismus, drastisch am eigenen Leib erlebt hat, wobei Teile der Gesellschaft erheblich in diese Systeme verstrickt waren. So fällt es vielen Bürgern nicht leicht, ehrlich und kritisch mit der eigenen individuellen Vergangenheit umzugehen; und sie greifen stattdessen oft zur historisch zweifelhaften Beschuldigung des politischen Gegners und dessen Historie.

Gegen Multis, Bankiers und EU-Bürokraten

Knapp drei Jahrzehnte nach der Transformation ist die einstige sozialistische Planwirtschaft aus Ungarn verschwunden, auch wenn es noch entsprechende Mentalitäten und Verhaltensweisen in Teilen der Administration sowie in einzelnen Bereichen der Wirtschaft gibt. Die ab Mai 1988 eingeleiteten Reformen, die Privatisierung von Staatsbetrieben und die seit 1995 stark angewachsene Präsenz ausländischer Investoren haben dazu geführt, dass heute in Ungarn ein System existiert, dessen Regeln, Institutionen und Praxis weitgehend westlichen Marktwirtschaften entsprechen. Mit der Öffnung sind aber auch die negativen Begleiterscheinungen des westlichen Kapitalismus ins Land gekommen. Ungarische Arbeitnehmer haben zu spüren bekommen, welche politischen und materiellen Druckmittel westliche Investoren und einheimische Privatunternehmer anwenden, wenn sie ihren Profit maximieren oder wegen des harten Konkurrenzkampfes auf den nationalen und globalen Märkten Kosten sparen wollen.

Mit der Durchsetzung der Marktwirtschaft haben sich die gesellschaftlichen Strukturen und die Einkommensverhältnisse in Ungarn sehr verändert. Eine gesellschaftliche Minderheit nutzte die über weite Strecken dynamische wirtschaftliche Entwicklung, um schnell reich zu werden, während beträchtliche Teile der Gesellschaft zunehmend in einen harten Überlebenskampf gerieten, der für viele Menschen in Armut und sozialer Ausgrenzung endete.

Etwa ein Zehntel der insgesamt zehn Millionen Einwohner Ungarns zählt zu den eindeutigen Gewinnern der neuen Verhältnisse. Diese Schicht umfasst insbesondere die führenden Manager der im Land tätigen internationalen Konzerne, die Eigentümer und Vorstände großer einheimischer Unternehmen und Banken, die Besitzer kleiner und mittlerer Firmen, die seit 1988 entstanden sind, sowie die große Zahl derjenigen, die in privaten Unternehmen und Institutionen der Finanzwirtschaft einträgliche Jobs gefunden haben.

Dagegen befinden sich bis heute viele Menschen in prekären Lebensverhältnissen – insbesondere Arbeitslose, Rentner, kinderreiche Familien, Alleinerziehende sowie auch und gerade die Roma. Nach offiziellen Angaben leben etwa drei Millionen Ungarn, also knapp ein Drittel der Bevölkerung, am Rande des Existenzminimums.

Bei einer Umfrage des Pew Research Center[6] im Jahr 2009 in Ungarn meinten nur 31 Prozent der Befragten, dass ein marktwirtschaftliches System ein besseres Leben ermögliche.[7] 65 Prozent waren der entgegengesetzten Meinung. Letztlich kamen die Autoren zu dem Ergebnis, dass die weitverbreitete Skepsis gegenüber dem freien Wettbewerb wohl eine der wichtigsten Quellen sei, aus denen sich der ungarische Rechtspopulismus speise.

So dominieren bei nicht wenigen Menschen nostalgische Erinnerungen an die »goldenen Zeiten« unter dem Parteichef Kádár. Damals sei das Leben sozial komfortabler gewesen, auch wenn das allgemeine Lebensniveau erheblich niedriger war als heute. Dass das planwirtschaftliche System Ungarns Ende der 1980er-Jahre mit dem politischen und wirtschaftlichen Bankrott endete, wollen sie nicht wahrhaben.

Aus dieser Zeit stammt auch der trügerische Glaube vieler Menschen an die Allmacht des Staates, wenn es um das Gesundheitswesen, die Altersversorgung und die Gestaltung des Arbeitsmarkts geht. Im kollektiven Bewusstsein ist ebenso haften geblieben, dass es »die Kommunisten« waren, die »den Kapitalismus von oben herab durchgesetzt haben«. Sie hätten einen großen Teil des nationalen wirtschaftlichen Vermögens an die ausländischen Konzerne verkauft ohne Rücksicht auf die Ungarn.

Viktor Orbán versteht es, solche in der Gesellschaft vorhandenen Ressentiments aufzugreifen. In einer Wahlkampfrede im Februar 2014

schimpfte er: »Die Multis, Bankiers und EU-Bürokraten unternehmen einen neuen Angriff gegen ungarische Familien, aber wir werden weder Unrecht noch doppelte Standards akzeptieren und weichen nicht einer Politik der Extraprofite und Habgier.«[8] Orbán und seine Mitstreiter bedienen sich einer scharfen Rhetorik gegen die globalen Finanzmärkte und internationale Finanzinstitutionen – zumindest, wenn sie daheim und nicht im Ausland auftreten. Aus ihrem Glauben, Ungarn befinde sich quasi in einem »wirtschaftlichen Befreiungskampf«, leiten sie die Prämisse ab, dass der Staat vor allem ungarische Interessen zu schützen habe.[9]

Teil der im August 2010 verabschiedeten wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Strategie des *Fidesz* ist der seither von beiden Orbán-Regierungen forcierte Elitenwechsel in der Wirtschaft, womit eine Ablösung bisheriger sozialistischer bzw. kommunistischer Seilschaften gemeint ist. Orbán will damit keine neue Schicht von Unternehmern etablieren, die natürlich ihren Profit im Sinn haben, gleichzeitig aber auch als überzeugte Marktwirtschaftler sozialpolitische Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und in der Gesellschaft übernehmen. Bislang unterscheiden sich die meisten wirtschaftlichen Führungskräfte, die im Umfeld des *Fidesz* aufgestiegen sind, in keinster Weise von denjenigen, die sich im Dunstkreis der Sozialisten bewegen, wenn es um Profitgier, monetaristische Denkweise und die Nutzung enger Beziehungen zu korruptionsanfälligen Politikern geht.

Anders als in seiner deftigen Rhetorik geht Viktor Orbán in der Praxis eher pragmatisch und interessengebunden mit ausländischen Investoren im Land um. Er weiß sehr genau, dass diese Ungarn wirtschaftlich nach vorn gebracht haben und das Land weiterhin auf sie angewiesen ist. Aber er will es nicht länger dulden, dass ausländische Konzerne in Ungarn Gewinne erwirtschaften, diese aber nur bedingt für neue Investitionen vor Ort nutzen und den überwiegenden Teil an die Konzernzentralen abführen. Deshalb belegt die *Fidesz*-Regierung gerade jene Branchen mit Sondersteuern, in denen ausländische Investoren stark vertreten sind. Nach Jahren hoher Gewinne sollen die ausländischen Unternehmen auf diese Weise einen Beitrag zur Sanierung des Staatshaushalts und zur Entlastung der Konsumenten leisten.

Die Regierung hat sich zugleich die Förderung der einheimischen kleinen und mittleren Unternehmen auf ihre Fahnen geschrieben, um so den ungarischen Mittelstand zu stärken, ein »bürgerliches Ungarn aufzubauen«, wie es in der Sprache Orbáns und des *Fidesz* heißt. In diesem Zusammenhang wurde im August 2010 die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer für Unternehmen auf 500 Millionen Forint (zum damaligen Wechselkurs etwa zwei Millionen Euro) gesenkt. Außerdem wurden und werden EU-Gelder stärker zur Förderung kleiner und mittlerer ungarischer Unternehmen verwendet.

Seit 2010 haben die beiden Orbán-Regierungen auch eine Reihe von Verstaatlichungen vorgenommen. Betroffen waren unter anderem private Rentenversicherungen (d. h. Pflichtbeiträge für private Rentenversicherungen mussten für mindestens eineinhalb Jahre den staatlichen Pensionsfonds zugeführt werden), der Handel mit Zigaretten und die Herausgabe von Schulbüchern. Außerdem hat sich der Staat an mehreren großen Firmen Beteiligungen gesichert oder bereits bestehende Beteiligungen ausgebaut – beim Ölkonzern MOL, beim Fahrzeughersteller Rába oder bei den Budapester Wasserwerken.

Klassische Sozial- und Bildungspolitik für breite Schichten der Bevölkerung ist für den Fidesz nur am Rande interessant. So hat sich an den teilweise katastrophalen Zuständen im Gesundheitswesen nach 2010 absolut nichts verändert. Auch das Bildungsniveau weiter Teile der Gesellschaft ist sehr niedrig geblieben, das Analphabetentum wurde gar nicht zurückgedrängt. Und die Hilfen für die von Währungsschwankungen betroffenen ungarischen Nehmer von Krediten in Fremdwährungen, etwa Schweizer Franken, betrafen allein die besserverdienenden Mittelschichten.

Zu welchen Tricks Orbán und seine Regierung greifen, um Finanzmittel lockerzumachen, zeigte sich im März 2016, als die *Fidesz*-Mehrheit im Parlament eine Gesetzesnovelle verabschiedete, die der Regierung freie Hand bei der Verfügung über den Staatshaushalt lässt. Zuvor brauchte sie im laufenden Budget-jahr die Zustimmung der Abgeordneten, wenn sie größere Mehrausgaben als im Haushalt vorgesehen tätigen wollte. Außerdem musste sie dann dafür sorgen, dass die Deckung gesichert war. Nun dürfen Mehrausgaben per Regierungsdekret verfügt werden, das Wirtschaftsministerium muss eine Deckung gewährleisten.

Auch bei der Europapolitik Orbáns ist zwischen seiner scharfen, innenpolitisch motivierten Rhetorik und seinem mitunter durchaus flexiblen Verhalten gegenüber der Europäischen Union, ihren Institutionen und Mitgliedstaaten zu unterscheiden. Natürlich dient seine Europapolitik dazu, jeden äußeren Einfluss, der die Machterhaltung des *Fidesz* gefährden könnte, abzuwehren, die außenwirtschaftlichen Ziele Ungarns nach den Vorgaben der Regierung zu verfolgen sowie Ungarns äußere und innere Sicherheit zu garantieren.

Auf die im Westen immer wieder vorgebrachte Kritik an der Machtausübung des *Fidesz* und seiner bevormundenden Haltung etwa gegenüber dem Verfassungsgericht, der Nationalbank und den Medien antworten Orbán und seine Mitstreiter mit dem Argument, einflussreiche »liberale« Kräfte im Ausland wollten die nationalkonservative Erneuerung Ungarns verhindern. Um diese Transformation zu gewährleisten, müsse das Land seinen Handlungsspielraum wiedererlangen und absichern.

Flexibel bzw. kooperativ verhielt sich Orbáns Regierung in wirtschafts-

und finanzpolitischen Fragen etwa bei Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in einzelnen EU-Mitgliedstaaten und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Ungarn selbst, das sich wegen seiner Haushaltsprobleme als erstes Land gezwungen sah, sich unter den Schutzschirm der EU und des Internationalen Währungsfonds zu begeben, hat die damit verbundenen Kredithilfen inzwischen vollständig zurückgezahlt.

Andererseits war Ungarn seit dem Amtsantritt der ersten Orbán-Regierung im Jahr 2010 in diverse Streitigkeiten mit der EU verwickelt. Die Verabschiedung des Mediengesetzes und andere innenpolitische Entscheidungen der *Fidesz*-Regierungen sorgten international für eine Diskussion über die Wirksamkeit von EU-Mechanismen zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In Budapest reagierte man flexibel, als die EU-Kommission Verfahren wegen Vertragsverletzungen androhte. Ungarn korrigierte beispielsweise das Mediengesetz, wobei diese Korrekturen hauptsächlich Bestimmungen des EU-Binnenmarkts betrafen, aber nichts an der hegemonialen Stellung des *Fidesz* auf dem ungarischen Medienmarkt änderten.

Unnachgiebig ist die Haltung Ungarns wie der anderen Visegrád-Länder[10] Polen, Slowakei und Tschechische Republik in der Debatte über die Verteilung von Flüchtlingen in der Europäischen Union. Strikt lehnt die ungarische Regierung eine verbindliche Quote und erst recht einen dauerhaften Verteilungsmechanismus ab. Eine humanitär inspirierte Aufnahmepolitik findet bei ihr ebenfalls kein Gehör. Besonders Orbán erklärte wiederholt, man wolle für das aus seiner Sicht falsche Verhalten Deutschlands in der Flüchtlingspolitik nicht in die Verantwortung genommen werden. Ungarn spielte dann auch eine Vorreiterrolle bei der Befestigung seiner Grenzanlagen insbesondere gegen den Zustrom von Flüchtlingen auf der sogenannten Balkanroute.

Orbán entdeckte sogar seine Sympathie für Donald Trump. In einer Rede am 24. Juli 2016 im Kurort Băile Tuşnad im Siedlungsgebiet der ungarischen Minderheit in Rumänien betont er:

> »Ich bin nicht Trumps Wahlkampfmann. Doch ich hätte mir niemals gedacht, dass mir einmal der Gedanke durch den Kopf gehen würde, dass er unter den gegebenen Möglichkeiten für Europa und für Ungarn der Bessere wäre. Seine Vorschläge zur Bekämpfung des Terrorismus in den USA hätte ich als Europäer mit Blick auf das, was für Europa nötig wäre, nicht besser formulieren können.«[11]

Im Frühjahr brachte die Regierung ein Gesetz durchs Parlament, das die Reduzierung von Bargeldzahlungen und andere Förderungen für Asylbewerber erlaubt. Auch durften Flüchtlinge fortan nur noch einen statt vordem zwei Monate in den staatlich finanzierten Aufnahmezentren bleiben. Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft und

Zuschüsse zur Einschulung können gestrichen werden. Auch der Zugang zur Gesundheitsversorgung wurde reduziert. Außerdem war es fortan zulässig, Asylbewerbern in Internierungslagern nur noch so viel Platz zuzuteilen, wie er den Insassen von Gefängnissen zusteht.

Am 2. Oktober inszenierte Orbáns Regierung ein Referendum zur Flüchtlingsfrage. Dabei sollten die Wähler auf eine Frage antworten, die man getrost als suggestiv bezeichnen kann. Sie lautete:

> »Stimmen Sie zu, dass die Europäische Union die Macht haben soll, die Niederlassung nichtungarischer Staatsangehöriger in Ungarn ohne die Zustimmung des ungarischen nationalen Parlaments verpflichtend vorzuschreiben?«

Verschiedene Kabinettsmitglieder haben im Vorfeld zugegeben, dass sich die Regierung mit diesem Referendum politische Rückendeckung im Widerstand Budapests gegen eine europäische Quote zur Verteilung von Flüchtlingen holen wollte, zumal Wahlforscher davon ausgingen, dass bis zu 90 Prozent der Wähler mit Nein stimmen würden. Orbán selbst bekräftigte, dass ihm das Referendum bei einem entsprechenden Ergebnis ein »bärenstarkes Mandat« in den Auseinandersetzungen mit Brüssel geben werde.[12]

Doch er scheiterte grandios. Da weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen gingen, war das Referendum ungültig, auch wenn sich die überwältigende Mehrheit derjenigen, die teilnahmen, im Sinne von Orbáns Antiflüchtlingspolitik aussprach.

Über die Zukunft Ungarns in der Europäischen Union sind die Aussagen auf den ersten Blick widersprüchlich. So erklärte der Chef von Orbáns Regierungskanzlei, János Lázár, er würde nicht für den Verbleib seines Landes in der EU stimmen, sollte ein entsprechendes Referendum stattfinden. Aber das sei seine persönliche Meinung, nicht die Position der Regierung. Auch plane Ungarn derzeit kein Referendum über einen EU-Austritt.[13] Mihály Varga, Wirtschaftsminister im Kabinett Orbáns, meinte dagegen in einem Zeitungsgespräch, man könne sich durchaus vorstellen, dass Ungarn bis zum Ende der Dekade der Eurozone beitrete.[14] Orbán selbst hat das Thema Euro vorerst ad acta gelegt.

Der Politologe Ágoston Mráz vom regierungsnahen Thinktank Nezöpont Entstitüsü meint, Orbán sei nicht europafeindlich, ein Austritt Ungarns aus der EU stehe keineswegs an. Orbán sei nur brüsselkritisch. »Anders als die dortige, supranational eingestellte Elite, die er unionistisch nennt, will er zum gaullistischen Europa der Vaterländer zurück«, so Mráz.[15]

Im Zusammenhang mit der Europapolitik des *Fidesz* ist auch die veränderte Haltung der rechtsradikalen *Jobbik* bemerkenswert. So erklärte deren Vorsitzender Gábor Vona im Juni 2016, man werde nicht länger für einen Austritt Ungarns aus der EU kämpfen. Angesichts der Flüchtlingskrise und des Aufstiegs rechter Parteien werde sich die Gemeinschaft in den

kommenden fünf bis zehn Jahren ohnehin stark verändern, so Vona. Dabei werde es erstmals »Veränderungen zum Besseren« geben. Auch die »politische Palette« in der EU werde sich wandeln.[16]

Zu einer offenen Konfrontation zwischen *Fidesz* und *Jobbik* kam es erstmals am 8. November 2016, als *Jobbik* Orbán eine Niederlage im Parlament bereitete. Eine Vorlage des *Fidesz*, durch die das Verbot einer quotenmäßigen Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union in der ungarischen Verfassung verankert werden sollte, verfehlte die notwendige Zweidrittelmehrheit. *Jobbik*-Chef Vona hatte zunächst angedeutet, man könne der Vorlage zustimmen, wenn die Regierung im Gegenzug den »Verkauf« von Niederlassungspapieren beende.

Dabei ging es um die von Orbáns Regierung geförderte Praxis, reichen Ausländern durch die Zeichnung von ungarischen Staatsanleihen und die Zahlung entsprechender Provisionen an regierungsnahe Vermittleragenturen eine ungarische und damit EU-weite Aufenthaltserlaubnis zu verschaffen. Orbán weigerte sich allerdings, dieser Forderung nachzukommen, und sprach von »Erpressung«. So blieben die Abgeordneten von *Jobbik* der Abstimmung fern und ließen die *Fidesz*-Vorlage scheitern.

Jenseits der EU-Politik fällt auf, dass Orbán und seine Regierung besonders seit 2014 bemüht sind, Ungarn stärker zum Osten hin zu öffnen, was mit Handels- und Wirtschaftsinteressen des Landes begründet wird. Ein Ansteigen ungarischer Exporte in die südkaukasischen Länder, in den Nahen Osten sowie nach Russland, Zentralasien und Ostasien sei für den Erfolg einer außenwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft wie der ungarischen von großer Bedeutung, so der Regierungschef. Mit dieser Politik will die Regierung auch Investoren aus diesen Regionen anziehen. Die aktive Besuchs- und Reisediplomatie, die Kabinettsmitglieder entfalten, dient diesen Anliegen.

Insbesondere am Verhalten Ungarns zu Russland zeigt sich der Unterschied zu den Nationalkonservativen von Jarosław Kaczyński in Polen. Während die in Warschau Regierenden die Beziehungen zu Moskau hauptsächlich unter historischen Gesichtspunkten betrachten und die Frage einer möglichen militärischen Bedrohung durch Russland in den Vordergrund stellen, haben diese für den in diesem Fall pragmatisch denkenden und handelnden Orbán strategischen Charakter. Das gilt nicht zuletzt für die Kontakte im Bereich der Energiewirtschaft. So wurde im Januar 2014 in Moskau im Beisein von Wladimir Putin und Viktor Orbán ein bilaterales Abkommen über den Ausbau des Atomkraftwerks in Paks an der Donau in Südungarn unterzeichnet. Finanziert wird das Projekt durch einen russischen Kredit in Höhe von zehn Milliarden Euro.

Während die polnischen Nationalkonservativen eine enge Anlehnung an die USA und die Nato favorisieren, gehört Ungarn in der Debatte um die

Einrichtung von Nato-Infrastrukturen in Ostmitteleuropa oder sogar einer Stationierung von Truppen in diesen Ländern nicht zu denjenigen, die solche Maßnahmen fordern, eben weil man keinen erhöhten Schutzbedarf gegenüber Russland empfindet.

Achillesferse des ganzen Orbán'schen Machtsystems, die eines Tages die innenpolitische Dominanz des *Fidesz* gefährden könnte, ist die grassierende Korruption im Umkreis Orbáns, im Regierungsapparat und in der Parteiführung. Der renommierte ungarsiche Historiker Krisztián Ungváry sagte einmal treffend: »In der Zeit der sozialistischen Regierungen gab es im Umfeld der Macht auch jede Menge Hühnerdiebe, aber nun wird die Korruption beim Parteivorstand und in der Regierung generalstabsmäßig organisiert.«[17] So wurde im Spätherbst 2015 bekannt, dass bei einer Regierungsauktion von landwirtschaftlichen Nutzflächen mehr als zwei Drittel von insgesamt 130 000 Hektar an persönliche und Parteifreunde des Ministerpräsidenten, an *Fidesz*-Politiker und deren Familienmitglieder gingen. Der größte Profiteur dieser Auktion war wieder einmal Orbáns Freund Lörinc Mészáros, Bürgermeister im westungarischen Felcsút, dem Geburtsort des Ministerpräsidenten. Der Bürgermeister ist auch Bauunternehmer, Großgrundbesitzer und Schweinezüchter. Schon im ersten Halbjahr 2015 hatte Mészáros öffentliche Ausschreibungen von staatlichen Infrastruktur- und Renovierungsvorhaben in den Bereichen Bau und Elektrotechnik im Wert von über elf Milliarden Forint (gut 35 Millionen Euro) »gewonnen«.

In Felcsút mit seinen 1790 Einwohnern wurde mit Geldern aus dem Regierungshaushalt auch ein Fußballstadion mit einem Fassungsvermögen von 4000 Zuschauern errichtet, die Pancho Arena, benannt nach dem 2006 verstorbenen Ferenc Puskás, der bis heute als erfolgreichster ungarischer Fußballspieler gilt und während seiner Zeit bei Real Madrid den Spitznahmen Pancho trug. In Felcsút gibt es auch eine neue Bahnlinie, die im Juni 2016 ins Visier des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) geriet. Es bestand der Verdacht, die Orbán-Regierung habe in ihrem Antrag auf EU-Förderung absichtlich falsche Angaben hinsichtlich der zu erwartenden Passagierzahlen gemacht und diese mit bis zu 7000 pro Monat angegeben. Tatsächlich, so hieß es, hätten in der ersten Zeit durchschnittlich täglich nur 30 Reisende den Zug benutzt, der zwischen dem Fußballstadion und dem Ortsteil Alcsút verkehrt. Die sechs Kilometer lange Strecke hat, wen wundert es, eine Firma des Bürgermeisters Mészáros gebaut. Da die 600 Millionen Forint (etwa 1,9 Millionen Euro) an EU-Geldern nicht ausreichten, steuerte die Regierung weitere 257 Millionen Forint bei.

Schon im Jahr 2014 hatte eine Affäre um den Präsidenten der Ungarischen Nationalbank, den Orbán-Freund György Matolcsy, für Aufsehen gesorgt. Mit Geldern der Bank in Höhe von umgerechnet einer Milliarde Dollar, was etwa einem Prozent des ungarischen Bruttoinlandsprodukts entsprach, wurden

sechs Stiftungen gegründet, die die Kenntnisse der Bürger in Wirtschaft und Finanzwirtschaft fördern sollten. Stattdessen kauften diese Stiftungen vor allem staatliche Obligationen, förderten Projekte von Journalisten, die dem *Fidesz* nahestehen, machten Geschäfte auf dem Immobilienmarkt und finanzierten teure Reisen nach Afrika und den Ankauf von Luxusmöbeln. Nutznießer war unter anderem Tamás Szemerey, ein Cousin von Matolcsy. Dieser wies in einem Interview mit der Tageszeitung *Magyar Nemzet* jeden Gedanken an Rücktritt weit von sich und betonte, er habe nur im Einklang mit geltendem Recht gehandelt.[18]

Ebenfalls im Jahr 2014 wurde bekannt, dass die Firma Elios Innovativ ohne eine transparente Ausschreibung einen großen Auftrag für Straßenbeleuchtung gewonnen hatte. Einer der Gründer der Firma, der Jurist István Tiborcz, ist der Ehemann von Orbáns ältester Tochter Ráhel.

Nach Angaben des Budapester Zentrums zur Ermittlung von Korruptionsfällen wurden in den Jahren 2010 bis 2015 insgesamt über 125 000 Regierungs- und andere öffentliche Aufträge im ganzen Land an Firmen vergeben, die in der einen oder anderen Weise mit dem *Fidesz* verbunden sind. So halten Konzessionen für den Tabakhandel fast nur noch *Fidesz*-Parteigänger in Händen.

Extreme Zentralisierung der Macht

Viktor Orbán und seine Partei *Fidesz* haben die Demokratie in Ungarn nicht abgeschafft, sie aber doch erheblichen Gefahren ausgesetzt. Sieben Jahre nach dem erneuten Regierungsantritt des *Fidesz* herrscht kein autoritäres Regime á la Erdogan in Ungarn, doch die Machtausübung der Nationalkonservativen um Orbán trägt autoritäre Züge. Der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller spricht von Parallelen zur »gelenkten Demokratie« eines Wladimir Putin.[19]

Ein Machtwechsel ist vorerst eher unwahrscheinlich, da sich der *Fidesz* im Staat festgesetzt hat. Die von den Nationalkonservativen durchgedrückte Verfassung sowie diverse Gesetze erschweren einen Regierungswechsel und eine durchgreifende Korrektur des von Orbán und seinen Mitstreitern geschaffenen Systems. Wie Jarosław Kaczyński in Polen sieht Viktor Orbán seine beiden Siege bei den Parlamentswahlen und die dabei errungene große Mehrheit als Legitimationsbasis und als Auftrag, radikale Veränderungen »im Namen der ganzen Nation« durchzuführen. In einer Rede vor Vertretern der katholischen Kirche sagte er sogar: »Wir wollten 1989/90 eine Wende, aber wir müssen erkennen, dass diese Wende keine richtig völkische war.« Er verwendete tatsächlich den Begriff »nepi-nemzeti«, was ins Deutsche übertragen »völkisch« heißt. Er meinte und meint damit eine Volksgemeinschaft im Sinne einer historisch gewachsenen

Abstammungsgemeinschaft, eben das Magyarentum.[20]

In Orbáns Vorstellung von Demokratie ist kein Platz für Kompromisse oder für Konsens mit anderen politischen Kräften etwa im Parlament bei der Suche nach Lösungen für Probleme des Staates und der Gesellschaft. Sein Handeln und das seiner Regierung sind ausschließlich konfrontativ und polarisierend, ohne je Anliegen anderer politischer Kräfte und der von ihnen vertretenen gesellschaftlichen Schichten zu berücksichtigen. Orbán ist auch kein Freund der Dreiteilung der Staatsgewalt. Ein gutes politisches System, so meint er, solle sich nicht dadurch auszeichnen, dass sich die verschiedenen Gewalten ausbalancieren und gegenseitig kontrollieren, sondern dass sie so gut wie möglich zusammenarbeiten – unter Maßgabe der Exekutive. In der Konsequenz führt das dazu – und das war seit 2010 wiederholt zu beobachten –, dass das Parlament zur Abstimmungsmaschine unter der Regie der Regierung und der Fraktionsführung des *Fidesz* verkommt. Besonders die Art und Weise, wie die neue Verfassung durchgepeitscht wurde, hat das deutlich gezeigt. Das Orbán'sche System zeichnet sich durch eine extreme Zentralisierung der Macht aus. Alle wesentlichen Entscheidungen fallen in einem kleinen Zirkel um den Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten. Parallelen zu den Politbüros in kommunistischen Zeiten in Ostmittel- und Osteuropa drängen sich auf.

Viktor Orbán und seine Parteigenossen haben ein feines Gefühl für die Stimmungen in der ungarischen Gesellschaft, insbesondere wenn es um bestimmte Ereignisse geht, die das kollektive Bewusstsein der Ungarn dominieren. In kaum einem anderen Land Europas herrscht dermaßen viel Enttäuschung, Hoffnungslosigkeit, Melancholie und Apathie unter den Menschen – oft verdeckt durch die Herzlichkeit und Gastfreundschaft, die viele Ungarn Touristen und anderen Gästen entgegenbringen. Mindestens die Hälfte der ungarischen Gesellschaft betrachtet sich als Verlierer des Systemwechsels von 1988/89. Weit verbreitet ist das Gefühl, letztendlich sei Ungarn noch immer nicht völlig unabhängig von fremden Mächten in West und Ost. Bis heute enden private Gespräche und öffentliche Diskussionen über die Geschichte oft in Rechthaberei, Beleidigungen, gegenseitigen Schuldzuweisungen oder zumindest Verunsicherung. Das Ergebnis ist eine tiefe Spaltung der Gesellschaft in verfeindete politische Lager.

Wenn Geschichte zu Grabenkämpfen führt, die ja im eigentlichen Sinne nicht politisch sind, weil sie keine rationale Auseinandersetzung über mögliche politische Lösungen für drängende gesellschaftliche Probleme sind, dann hängt das auch mit der starken Entpolitisierung der Gesellschaft in der Kádár-Zeit zusammen. Die Kommunisten und Sozialisten regierten damals jahrzehntelang nach dem Motto »Wir machen Politik, und ihr könnt einigermaßen so leben, wie es euch gefällt.«

Ungarische Intellektuelle wie Ágnes Heller betonen immer wieder, dass

viele ihrer Landsleute im Grunde noch nicht wüssten, was sie mit der im letzten Vierteljahrhundert errungenen Freiheit anfangen sollten, weil sie an den Paternalismus der politischen Machthaber gewöhnt seien und auch immer wieder danach verlangten.

Die Publizistin und Ungarnspezialistin Krisztina Koenen ist der Auffassung, dass der Glaube an die Allmacht des Staats und der Antikapitalismus tiefe Wurzeln im ungarischen Denken hätten. Schon seit der Zeit der Industrialisierung, so Koenen, genieße nur das kleine, selbst geführte Geschäft Ansehen, während Großunternehmen als »fremde Mächte« angesehen würden. In der Zwischenkriegszeit habe man sie mit »jüdischem Kapital« gleichgesetzt.[21] Die Idee eines »dritten Weges« sei in Ungarn während des ganzen 20. Jahrhunderts populär gewesen. Koenen verweist auf János Széky, Publizist der ungarischen Wochenzeitung *Élet és Irodalom* (Leben und Literatur), der in einem seiner Bücher die Kontinuität des Staatsvertrauens seit gut 100 Jahren beschrieben hat. Der vorherrschende volkstümliche Antikapitalismus, so Széky, sei das Ergebnis des Erfolgs jener Reformen, mit denen die Kommunisten um Kádár seit den 1960er-Jahren das Lebensniveau angehoben hätten.[22]

Weitere Gründe für den in der ungarischen Gesellschaft weitverbreiteten Pessimismus sind die schwierige soziale Lage eines erheblichen Teils der Bevölkerung und der Hass auf die kleine Schicht der postkommunistischen und »neuen« Neureichen, die sich nach 1988/89 herausgebildet hat.

Das Wahlergebnis, das *Jobbik* 2014 erzielen konnte, hat gezeigt, dass mindestens ein Fünftel der ungarischen Gesellschaft für rechtes oder extrem rechtes Gedankengut anfällig ist. Auch verschiedene Untersuchungen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften sind zu diesem Ergebnis gekommen. Dieses Gedankengut findet sich aber unter den Anhängern fast aller politischen Parteien, also nicht nur bei der rechtsradikalen *Jobbik*, sondern auch beim nationalkonservativen *Fidesz* und bei der postkommunistischen sozialistischen *MSZP*.

Viele Ungarn verstehen die Nation im völkischen Sinne als Abstammungs- und Blutsgemeinschaft, als ethnos (Ethno-Nation), nicht als *demos* (im Sinne der Gleichheit), wobei die meisten von ihnen nicht diese Begriffe gebrauchen, sondern eher Formeln wie »Ungarn den Magyaren« und »Gegen den Ausverkauf des Landes der Magyaren« verwenden.

Das extreme Denken in Teilen der ungarischen Gesellschaft äußert sich in feindlichen Haltungen gegen gesellschaftliche Minderheiten wie Roma und Sinti und nicht zuletzt in einem Antisemitismus, der oft ein Antisemitismus ohne Juden ist. Die Bezeichnung »Jude« wird darüber hinaus als diffamierendes Synonym für Fremder, Nichtungar, politischer Gegner und verachtungswürdige Randfigur der Gesellschaft gebraucht. Nicht selten trifft dies linke, liberale und unabhängige Intellektuelle, Journalisten und Politiker.

Extremes Denken und depressive, durch Zukunftsängste und Minderwertigkeitskomplexe verursachte gesellschaftliche Stimmungen sind immer auch politisch instrumentalisierbar. Schon die Wahlsiege des *Fidesz* in den Jahren 2010 und 2014 zeigten dies, als Orbán und seine Mitstreiter die Komplexe der ungarischen Gesellschaft zu ihrem wichtigsten Wahlkampfthema machten. Gegen die verbreitete Mutlosigkeit beschworen sie die schöpferische Kraft der ungarischen Nation, worunter sie nur die ethnisch »reinen« Ungarn verstanden und verstehen. Stolz auf diese Nation trotz aller erlittenen historischen Niederlagen sollte zum zentralen Lebensgefühl werden. Hier schließt sich auch der Kreis zu Orbáns strikter Antiflüchtlingspolitik, die von einer großen Mehrheit der ungarischen Gesellschaft unterstützt wird. Flüchtlinge, insbesondere Muslime, sind die »absoluten Fremden«, die man keinesfalls im Land dulden will.

Bleibt die Frage, ob die Politik der beiden *Fidesz*-Regierungen seit 2010 diese Stimmungen in der ungarischen Gesellschaft gefestigt oder sogar noch verstärkt hat. Vermutlich ja, wenn man sich die ungebrochene Popularität von Viktor Orbán anschaut. Ob dies ausreicht, die Parlamentswahl im Jahr 2018 zu gewinnen, wird sich zeigen. Wenn *Fidesz* innerhalb der ungarischen Parteienlandschaft Gefahr droht, dann am ehesten von der rechtsradikalen *Jobbik*, die 2018 womöglich 25 Prozent der Stimmen erhalten und in ihren lokalen Hochburgen sogar zu einem direkten Konkurrenten für *Fidesz* werden könnte.

Immerhin geriet die Orbán-Regierung im Frühjahr 2016 einmal durch gesellschaftliche Proteste unter Druck. Gegenstand der Kritik waren verschiedene »Reformen« im Bildungswesen. So hatte die Regierung die kommunale Zuständigkeit für die Schulen abgeschafft und deren Kompetenz bei der Ausgestaltung des Unterrichts stark eingeschränkt, eingeschlossen die Wahlfreiheit bei Lehrbüchern und der Beschaffung anderer Unterrichtsmaterialien. Im Herbst wurde das sogenannte Klebelsberg-Zentrum geschaffen – benannt nach dem chauvinistischen Bildungs- und Kulturminister Kuno von Klebelsberg in der Zwischenkriegszeit –, das fortan alle staatlichen Schulen mit ihren rund 120 000 Lehrern beaufsichtigten, zentrale Lehrpläne erstellen und für alle Personalfragen und Anschaffungen der Schulen zuständig sein soll. Zugleich mussten alle Lehrer zwangsweise dem von der Regierung kontrollierten Nationalen Pädagogenkorps beitreten. Die Zahl der Pflichtstunden für Lehrer erhöhte sich von 22 auf 26 Stunden, die Lehrpläne wurden mit Inhalten gefüllt, die der *Fidesz*-Ideologie entsprechen.

Daraufhin gingen in Budapest mehrfach Zehntausende auf die Straße, um gegen den Zentralismus im Bildungswesen, die ideologische Überfrachtung der Lehrpläne und die schlechte Ausstattung der Schulen zu demonstrieren. Teilweise ging der Protest über die Probleme des Bildungswesens hinaus, als

Demonstranten Kritik an der Machtkonzentration in den Händen des *Fidesz*, an der Korruption und Klientelwirtschaft, an der EU-kritischen Außenpolitik und überhaupt an der »illiberalen Demokratie« Orbáns formulierten.

Die Regierung machte allerdings nur kosmetische Zugeständnisse an die Protestierenden. So musste die Staatssekretärin Judit Bertalan Czunyi zurücktreten. Schuldirektoren erhielten Kreditkarten von Banken, mit denen sie bis zu einer bestimmten Höhe Reparaturen bezahlen und die Anschaffung von Unterrichtsmaterial vornehmen können. Außerdem wurde ein Runder Tisch zu Bildungsfragen eingerichtet, der allerdings nicht über die Umgestaltung des Klebelsberg-Zentrums diskutieren darf. Gegen den Gymnasialdirektor István Pukli und andere Köpfe der Protestbewegung wurden Disziplinarverfahren eingeleitet. In den regierungsnahen Medien warf man ihm vor, Oppositionspolitik auf Kosten seiner Lehrerkollegen zu machen. Erfolgreicher waren Proteste gegen eine von der Regierung angekündigte Internetsteuer, die daraufhin (vorerst) zurückgenommen wurde.

Es ist nicht auszuschließen, dass *Fidesz* 2018 eine Regierungskoalition mit der rechtsradikalen *Jobbik* eingeht bzw. sich von dieser Partei tolerieren lässt, verbunden mit weitgehenden Zugeständnissen etwa bei der Ämtervergabe in zentralen staatlichen Institutionen, sollte Orbáns Partei bei der Parlamentswahl noch hinter ihr Ergebnis von 2014 zurückfallen. Die Frage ist nur, wie Orbán und seine Partei dieses zweifelhafte Bündnis dann der ungarischen Öffentlichkeit verkaufen werden. Die *Fidesz*-eigene Argumentation, man sei eine Partei der »neuen Mitte« und ein Bollwerk gegen den Rechtsradikalismus, wird dann auf der innenpolitischen wie auf der internationalen Arena weiter an Glaubwürdigkeit verlieren.

Fazit: Auch die Nationalkonservativen des *Fidesz* um Viktor Orbán in Ungarn festigen systematisch ein politisches System, das autoritäre Züge trägt und damit wenig mit europäischem Verfassungsdenken zu tun hat. Orbán wähnt sich als Beteiligter und Förderer einer Rechtsentwicklung in ganz Europa. Die EU sieht er als nützliche »Zahlstelle« an, die sich ansonsten nicht in ungarische Angelegenheiten einzumischen hat. Anders als Kaczyński in Polen hat Orbán sozialpolitisch für breite Teile der ungarischen Gesellschaft kaum etwas anzubieten. Ihm geht es um die »Schaffung eines neuen Bürgertums«, womit aber hauptsächlich die Bereicherung der *Fidesz*-Funktionäre gemeint ist. Für die Nationalkonservativen ist Geschichtspolitik, bei der historische Ereignisse wie der Aufstand von 1956 einseitig bzw. undifferenziert betrachtet werden, ein wichtiges Propagandainstrument zur Stärkung ihres politisch-kulturellen Einflusses in der Gesellschaft.

Slowakei

Am Beispiel dieses eher kleinen Landes mit seinen fünfeinhalb Millionen Einwohnern, das erst 1993 seine Unabhängigkeit erlangte, zeigt sich ebenfalls das Bemühen, nationale Eigenheiten stärker zu betonen und in Politik auf heimischer bzw. internationaler Bühne umzusetzen. Der Blick auf die Slowakei macht zudem deutlich, dass das Wohlstandsgefälle zwischen den Staaten im Osten Europas und westlichen EU-Ländern immer noch sehr groß ist und wie unterschiedlich die Meinungen über die Zukunft der Europäischen Union innerhalb der Gemeinschaft sind.

»Wir werden niemals einen Moslem akzeptieren«

Geht es um gemeinschaftliche, europäische Lösungen für die Flüchtlingskrise, dann hat sich die Slowakei bislang restriktiv verhalten, und vermutlich wird dies auch in den kommenden Jahren so bleiben, obwohl das Land eher im »toten Winkel« der Transitwege von Flüchtlingen aus außereuropäischen Ländern liegt. Eine vorrangig humanitär inspirierte Aufnahme von Geflüchteten und eine seitens der EU festgelegte Quote oder einen dauerhaften Verteilungsmechanismus lehnen die Regierenden in Bratislava strikt ab. Im Dezember 2015 hat die Slowakei sogar Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen den EU-Beschluss über die Verteilung von 120 000 Flüchtlingen erhoben.

Besonders der alte und neue sozialdemokratische Ministerpräsident Robert Fico konzentrierte sich im Rahmen der öffentlichen Auseinandersetzung vor der Parlamentswahl am 5. März 2016 auf das Thema Flüchtlinge und Sicherheit. »Wir schützen die Slowakei« und »Wir werden niemals einen einzigen Moslem akzeptieren« lauteten seine gebetsmühlenartig wiederholten Slogans. Beschwörend malte er die Bilder eines unkontrollierten Zustroms von Migranten nach Europa an die Wand, wohl wissend, dass sich bislang kaum einer der Flüchtlinge aus Afrika oder dem Nahen Osten bemüht hat, in die Slowakei einzureisen. Fico wörtlich:

> »Wenn man Migranten ins Land lässt, kann man solche Probleme [wie die sexuellen Übergriffe auf der Kölner Domplatte in der Silvesternacht

> 2015/16 und die Terroranschläge in Paris – R. V.] bekommen. Wir wollen nicht, dass dergleichen auch bei uns geschieht.«[1]

Um kein Risiko einzugehen, müsse man das Entstehen einer muslimischen Gemeinschaft verhindern und sich damit abfinden, dass die Idee eines multikulturellen Europas gescheitert sei. Auch die Vertreter anderer Parteien äußerten sich im slowakischen Wahlkampf vorrangig zum Thema Flüchtlinge.

Später versuchte vor allem Außenminister Miroslav Lajčák, ein erfahrener Diplomat, die Wogen zu glätten – zumindest auf der internationalen Bühne. In einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sagte er unter anderem:

> »Schutzsuchenden gilt unsere Solidarität, aber von denen müssen wir die Wirtschaftsmigranten unterscheiden. Und wir müssen uns an unsere Regel halten, einschließlich der Schengen-Regeln […] Die Flüchtlingskrise ist eine europäische Krise und nicht das Problem der Deutschen oder der Griechen. Aber wir waren gegen den Ansatz der EU. Wir fordern heute [im April 2016 – R. V.] das Gleiche wie vor einem Jahr: Grenzkontrollen, Registrierung der Asylbewerber, Hotspots, Rückkehrpolitik. Und nun vergleichen Sie, was viele, wenn nicht die meisten europäischen Regierungschefs vor einem Jahr gesagt haben und was sie heute sagen. Heute sagen sie das, was wir schon vor einem Jahr gesagt haben.«[2]

Mit Letzterem hatte er recht. Und die Slowakei begann dann auch, sich an den von Lajčák genannten Maßnahmen zu beteiligen.

Die harte Haltung der Regierenden in Bratislava hat einen historischen und gesellschaftlichen Hintergrund. So haben sich in Regionen Ostmitteleuropas, die historisch multiethnisch und multikonfessionell geprägt waren, nach 1945 weitgehend homogene Gesellschaften herausgebildet. Lajčák: »Wir hatten bisher keine Einwanderer. Nach 1945 bestanden bei uns geschlossene Gesellschaften.« Außerdem weiß man in der Slowakei auch um die Probleme, die in anderen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas im Zusammenhang mit ethnischen Minderheiten bestehen, etwa den russischsprachigen Gemeinschaften in Lettland und Estland. Hinzu kommen Probleme, die sich aus der ablehnenden Haltung der slowakischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Roma ergeben.

So sprach Robert Fico bei seinen Wahlkampfauftritten oft vor begeisterten Zuhörern, musste dann aber angesichts des Wahlergebnisses zur Kenntnis nehmen, dass den Slowaken nicht nur die Flüchtlingsfrage auf den Nägeln brennt. Viele Menschen erkannten, dass sie das Problem der Flüchtlinge gar nicht hautnah betrifft, während sie die sozialen Nöte tagtäglich spüren. Die Sozial- und Bildungspolitik ist in der Slowakei seit Jahren völlig unterfinanziert.

Auch Rechtsradikale im Parlament

Das Ergebnis der Parlamentswahl am 5. März 2016 kam einer schallenden Ohrfeige für Premier Fico gleich. Zwar wurde seine Partei *Smer sociálna demokracia* (»Richtung« – Sozialdemokratie) mit 28,3 Prozent der Stimmen und 49 Mandaten erneut stärkste Partei, verlor aber 16 Prozent gegenüber der Wahl vier Jahre zuvor, als sie auf 44,4 Prozent und 83 Mandate gekommen war. *Smer* musste damit erstmals seit zehn Jahren einen Stimmenverlust hinnehmen, blieb aber dominierende Kraft im slowakischen Parlament.

Als eigentliche Wahlsiegerin konnte sich die vergleichsweise junge Partei *Freiheit und Solidarität (Sloboda a Solidarita – SaS)* fühlen, die mit 12 Prozent (plus 6 Prozent gegenüber der vorherigen Wahl) auf den zweiten Platz kam. Die euroskeptische, liberale *SaS* des Europaabgeordneten Richard Sulik dominierte fortan das Spektrum zwischen der Mitte und den Rechtsradikalen.

An dritter Stelle mit 11 Prozent landete die Protestpartei *Gewöhnliche Leute und unabhängige Persönlichkeiten (Obyčajní L'udia a nezávislé osobnosti – Olano)*, die sich im Wahlkampf vorrangig den Korruptionsaffären der Sozialdemokraten gewidmet hatte und dafür mit 19 Mandaten (plus drei) belohnt wurde. Acht Prozent (15 Mandate) erhielt die rechtsradikale *Slowakische Nationalpartei (Slovenská národná strana – SNS)*. Offensichtlich profitierte sie von der scharfen Rhetorik Ficos, der im Wahlkampf einseitig auf das Thema Flüchtlingskrise gesetzt und sich als Vertreter einer kompromisslosen Abschottungspolitik profiliert hatte. Damit traf er durchaus die Stimmung in Teilen der Bevölkerung, doch viele Menschen folgten der noch radikaleren Linie der Parteien am rechten Rand.

Im christdemokratischen Spektrum erhielt die Partei der ungarischen Minderheit *Most-Hid* (slowakisch und ungarisch »Brücke«) 6,5 Prozent der Stimmen (elf Mandate). Auch die von dem Christdemokraten Radoslav Procházka geführte Partei *Netzwerk (Siet)* schaffte mit 5,6 Prozent (zehn Mandate) knapp den Sprung über die Fünfprozenthürde. Sowohl die traditionsreiche *Christlich-Demokratische Bewegung (Krest'anskodemokratické hnutnie – KDH)* des früheren slowakischen EU-Kommissars Ján Figl als auch die *Slowakische Demokratische und Christliche Union (Slovenská demokratická á krest'anská únia – SDKU)*, aus deren Reihen vormals zwei Ministerpräsidenten hervorgegangen waren, verpassten den Einzug ins Parlament. Beide Parteien waren seit der Wende 1989 in allen Parlamenten vertreten und verfügten in der letzten Legislaturperiode zusammen noch über 27 Abgeordnete. Ins Parlament kam schließlich noch die Protestpartei *Wir sind eine Familie (Sme Rodina)* des exzentrischen Milliardärs Boris Kollár, der sich vor allem als Gegner von Fico positioniert und für radikale Steuersenkungen plädiert hatte. Diese Partei erhielt 6,6 Prozent der Stimmen (elf Mandate).

Der größte Skandal der Parlamentswahl vom März 2016 war der Erfolg der rechtsextremen *Volkspartei – Unsere Slowakei (L'udova strana – Naše Slovensko)* des Neofaschisten Marian Kotleba, auf die 8,0 Prozent der Stimmen (14 Mandate) entfielen. Kotleba tritt meistens in schwarzer Uniform auf, lässt sich als »Führer« ansprechen und hetzt in übelster Weise gegen Minderheiten, insbesondere gegen Roma.

Auch wenn sich der »Führer« mitunter in der Praxis als besonnener Politiker gibt und viel von traditionellen Werten der Nation, der Religion und der Familie spricht, können er und seine Gruppierung schwerlich den Vorwurf widerlegen, rechtsextremistisch und neofaschistisch zu sein. Bereits 2003 gründete der heute 39 Jahre alte Sportlehrer eine Organisation namens *Slowakische Gemeinschaft (Slovenska pospolitost)*, die ihn zu ihrem »Führer« erkor und deren Mitglieder sich nach dem Vorbild der faschistischen Hlinka-Garde mit »Na stráž!« (»Auf Wache!«)[3] begrüßten. In dem nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939 entstandenen Marionettenstaat Hitlers, an dessen Spitze der katholische Priester Jozef Tiso stand, war die Hlinka-Garde die Speerspitze des Faschismus. Sie half nicht zuletzt tatkräftig bei der Deportierung der slowakischen Juden. Nach der Niederschlagung des slowakischen Aufstands 1944 ließ sie sich bereitwillig in die SS eingliedern und war an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt. Keine der seit der Unabhängigkeit 1993 existierenden slowakischen Parteien hat es bisher geschafft, sich eindeutig vom faschistischen Regime des Klerikers Tiso zu distanzieren.

Im Jahr 2009 wurde Kotlebas *Slowakische Gemeinschaft* vom Obersten Gerichtshof verboten. Nicht erfolgreich war dagegen eine Klage gegen ihn persönlich, nachdem er in Bratislava bei einer Kundgebung zum 70. Jahrestag der Gründung des von Tiso geführten Staates die Versammelten mit dem Hlinka-Gruß »Na stráž!« begrüßt hatte.

Später umgingen Kotleba und seine Gesinnungsgenossen die aufwendige Prozedur der Anmeldung einer neuen Partei bei der Wahlbehörde, indem sie eine kleine Partei von Weinfreunden unterwanderten und deren Namen kurzerhand in *Volkspartei – Unsere Slowakei (L'udová strana – Naše Slovensko* umtauften, den Kotlebas Gruppierung bis heute trägt.

In ihrem Programm fordern die Neofaschisten den Austritt der Slowakei aus der Nato und der Europäischen Union, deren »kriminelles Tun« sie verurteilen, sowie eine strikte Neutralität ihres Landes. Die Partei versteht sich als einzige politische Kraft, die konsequent gegen das »kriminelle und korrupte demokratische System« auftrete. Sie wolle die Slowakei von ethnischen Minderheiten, Migranten und überhaupt Ausländern weitgehend säubern. Roma beschimpft Kotleba als »Parasiten« und spricht generell von »Zigeunerkriminalität«. Auffällig ist die Bewunderung der slowakischen Neofaschisten für Moskaus Machthaber Wladimir Putin und das von ihm in

Russland geschaffene System.

EU-Skepsis und konstruktive EU-Präsidentschaft

Durch die Parlamentswahl 2016 ist ein neues politisches Kräfteverhältnis entstanden, nicht zuletzt im Hinblick auf die Europäische Union. Im 150 Sitze umfassenden slowakischen Nationalrat, dem Parlament, sehen sich die stark geschwächten proeuropäischen Parteien nun einer etwa gleich starken Gruppe von EU-Kritikern und EU-Gegnern gegenüber, deren politisches Spektrum von den Neoliberalen über die radikalen Nationalisten bis zu den Rechtsextremen reicht. Der Schwerpunkt des Parteienspektrums hat sich also weiter nach rechts verschoben. Außerdem sind Protestparteien in Mode gekommen, die zum Teil mit Ficos Sozialdemokraten um soziale Kompetenz konkurrieren. Das christdemokratische Milieu ist dagegen noch schwächer geworden. Und die Liberalen sind nationalliberal, nicht europäisch.

Stimmten in der Volksabstimmung von 2003 noch mehr als 92 Prozent der Wähler für den Beitritt zur EU, so liegt die Zustimmung zur Union mittlerweile nur noch bei gut 60 Prozent, wie eine am Tag des »Brexit«-Referendums publizierte Umfrage ergab.[4] Die Volksabstimmung von 2003 war nicht nur das erste erfolgreiche Referendum in der Geschichte des Landes, sondern auch das mit dem höchsten Anteil an Jastimmen unter allen Volksabstimmungen in den Beitrittsländern Ostmittel- und Südosteuropas. Die Slowakei hatte zuvor eine Reihe von harten Reformen durchgestanden, um die Kriterien für den Beitritt zur EU und später zur Eurozone zu erfüllen. Der einstige Euroenthusiasmus ist längst verflogen.

Nachdem die Parlamentswahl im März 2016 zu einer größeren Differenzierung der Parteienlandschaft und einer Stärkung populistischer Gruppierungen sowie der Rechtsextremisten geführt hatte, schien es zunächst so, als würde die Regierungsbildung lange Zeit in Anspruch nehmen. Doch schon zwei Wochen nach der Wahl verkündete Fico ein Regierungsbündnis, dem neben seiner Partei *Smer* auch die rechtsradikale *Slowakische Nationalpartei*, die vor allem bei der ungarischen Minderheit verankerte *Most-Hid* und die konservative Gruppierung Siet angehören.

Politikwissenschaftler in Bratislava wie Grigorij Mesežnikov prophezeiten dem Regierungsbündnis Instabilität, da die Widersprüche offensichtlich sind zwischen der ungarnfeindlichen *Nationalpartei* und *Most-Hid*, die die ungarische Minderheit vertritt und sich für Ausgleich und Kooperation mit der slowakischen Bevölkerungsmehrheit einsetzt.

Wie ein Kontrastprogramm wirkte dann die EU-Präsidentschaft der Slowakei im zweiten Halbjahr 2016, die vor allem vom Außenministerium in Bratislava professionell organisiert und auch konstruktiv gestaltet wurde.

Außenminister Lajčák ist seit mehr als vier Jahren im Amt und genießt großes Ansehen im In- und Ausland. Von 2007 bis 2009 war er »Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft für Bosnien und Herzegowina«, also internationaler Chefdiplomat in Sarajevo. Lajčák und Fico hatten die EU-Präsidentschaft zu einer ihrer Prioritäten erklärt und das zu einer zwingenden Voraussetzung für die Bildung einer Koalitionsregierung gemacht. In Absprache mit der EU-Kommission in Brüssel wurden die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, Fortschritte bei der Schaffung eines digitalen Binnenmarktes der Gemeinschaft, eine Energie-Union, die EU-Nachbarschaftspolitik und die Flüchtlingskrise als Schwerpunkte für die slowakische Präsidentschaft festgelegt. Über all dem schwebte natürlich das Problem der Abwicklung des britischen »Brexits«. Außerdem kam es wiederholt zu Spannungen, weil besonders Fico die EU-Sanktionen gegen Russland vehement ablehnt.

Das Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs Mitte September 2016 in Bratislava machte dann aber auch deutlich, dass EU-Präsidentschaften in den letzten Jahren stark an Bedeutung verloren haben und gemeinschaftliche Entscheidungen, wenn überhaupt, bei Konferenzen der Präsidenten und Ministerpräsidenten fallen. Immerhin einigte man sich im Sinne der slowakischen Präsidentschaft auf einen Ausbau des digitalen Binnenmarktes, mehr Geld für den von Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker favorisierten Investitionsfonds und verstärkte Bemühungen im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Die Slowakei ist stärker in die EU integriert als die anderen Visegrád-Staaten Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, weil sie als einziges dieser Länder auch Mitglied der Eurozone ist. Generell sieht man in der Slowakei die Gegenwart und Zukunft der EU hauptsächlich als Wirtschaftsraum. Die Gemeinschaft ist für dieses Land nicht das Friedensprojekt, das auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs errichtet worden ist, wie der Tenor in den EU-Gründerstaaten ja noch heute lautet. Die jüngeren Mitgliedstaaten der EU wie die Slowakei erlangten ihre volle Souveränität erst 1989, was mit ein Grund dafür ist, dass sie eine »immer engere Union« und die Übertragung nationaler Kompetenzen nach Brüssel eher skeptisch sehen.

Angesichts des Wohlstandsgefälles zu westlichen EU-Staaten ist die Gemeinschaft wegen der finanziellen Transfers vor allem in Form der Strukturfonds eine wichtige Basis für öffentliche Investitionen im Land.

Schon ein kurzer Blick auf wirtschaftliche Daten verdeutlicht die Unterschiede. So beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen in der Slowakei etwa ein Drittel dessen, was in Deutschland gezahlt wird. Ebenso liegt das slowakische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nur bei knapp 40 Prozent des deutschen Werts.

Fazit: Seit der letzten Wahl haben europaskeptische und europafeindliche Parteien gut 50 Prozent der Sitze im slowakischen Parlament inne. Die Entwicklung in der Slowakei zeigt, dass es auch Sozialdemokraten wie den dortigen Ministerpräsidenten Robert Fico gibt, die schroff gegen die Integration von Flüchtlingen auftreten. Am Beispiel der Slowakei lässt sich weiterhin ermessen, wie weitgehend abgeschottet die früheren realsozialistischen Gesellschaften waren, sodass sie, von Ausnahmen wie etwa den Vietnamesen in der DDR abgesehen, keine Erfahrungen mit außereuropäischen Migranten machen konnten.

Tschechische Republik

In der Tschechischen Republik sind es vor allem zwei politische Phänomene, die aufhorchen lassen und zum Nachdenken zwingen. Das ist zum einen das pöbelhaft-propagandistische Auftreten von Staatspräsident Miloš Zeman, zum anderen der Aufstieg der populistischen Partei *ANO*. Zeman ist seit dem 8. März 2013 tschechischer Staatspräsident, in den Jahren 1998 bis 2002 war er Ministerpräsident. Nach einer kurzzeitigen Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei *KSČ* während des Prager Frühlings 1968 trat er 1992 in die *Tschechische Sozialdemokratische Partei (Česka strana sociálně demokratická – ČSSD)* ein und übernahm ein Jahr später das Amt des Parteivorsitzenden, das er innehatte, bis er 2006 von Jiří Paroubek abgelöst wurde.

Die *Politische Bewegung ANO (Politické hnutí ANO) – ano* bedeutet auf Tschechisch »ja«, steht aber zugleich auch für »akce nespokojrných občanů« (Aktion unzufriedener Bürger) – verzeichnet seit ihrer Gründung im Jahr 2011 einen stetigen Aufschwung. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl 2013 wurde sie mit 18,7 Prozent der abgegebenen Stimmen zweitstärkste Kraft. Aus der Wahl der tschechischen Abgeordneten für das Europäische Parlament ein Jahr später ging sie sogar als Sieger hervor. Bei den Regionalwahlen 2016 erhielt sie ebenfalls die meisten Stimmen aller Parteien.

Mit Blick auf Zeman und die *ANO* spricht der tschechische Politikwissenschaftler Vlastimil Havlík von einer »populistischen Wende«. Diese politischen Akteure respektierten die herkömmlichen Mechanismen demokratischer Kontrolle nicht und seien deshalb eine Herausforderung für die Prinzipien einer liberalen, demokratischen Regierungsform und für die politische Kultur in der Tschechischen Republik.[1]

Öffentliche Entgleisungen eines Staatspräsidenten

Um das Auftreten von Miloš Zeman richtig beurteilen zu können, muss man wissen, dass das Amt des Staatspräsidenten in der Tschechischen Republik a priori enorme Autorität ausstrahlt, obwohl es laut Verfassung nicht mit großen Machtbefugnissen ausgestattet ist. Der Präsident residiert auf der Prager Burg,

die lange Zeit Amtssitz der böhmischen Fürsten war. Außerdem verbindet sich das Amt des tschechischen bzw. tschechoslowakischen Präsidenten mit Namen wie Tomáš Masaryk (Amtsinhaber 1918 – 1935), Edvard Beneš (1935 – 1938) und Václav Havel (zunächst von 1989 bis 1992 als Präsident der Tschechoslowakei, dann von 1993 bis 2003 der Tschechischen Republik), die alle eine bedeutsame Rolle im politischen Leben ihres Landes spielten. Zudem wurde das Amt durch die Einführung der Direktwahl im Jahr 2012 noch aufgewertet.

Zemans »Strategie« basiert auf zwei Elementen. Zum einen ist er bestrebt, seine Position als Staatspräsident auf Kosten der anderen Staatsgewalten auszubauen, zum anderen macht er sich zunehmend zum Sprecher einer von ihm definierten »Mehrheit des Volkes«, obwohl er laut Verfassung Repräsentant aller Staatsbürger sein sollte. Mehrfach versuchte er, auf die Zusammensetzung von Regierungen Einfluss zu nehmen – etwa indem er 2013 gegen den Willen einer Koalition von Mitte-rechts-Parteien, die sich im Parlament gebildet hatte, seinen persönlichen Freund Jiří Rusnok als unparteiischen Premier einer »Expertenregierung« durchsetzte.

Ähnlich wie Jarosław Kaczyński in Polen und Viktor Orbán in Ungarn ist Zeman ständig bemüht, eine Spaltung zwischen dem »Volk« und den »Anderen« zu konstruieren. Dabei benutzt er nicht Begriffe wie liberal und konservativ oder links und rechts bzw. international und national, sondern er legt es darauf an, seine Gegner durch Spott, Beleidigungen und Herabsetzungen zu delegitimieren und auszugrenzen. Dies trifft beispielsweise Demonstranten, die ihn öffentlich kritisieren und die er als »brüllende faschistische Horde« herabwürdigt. Solche Ausfälle musste sich auch eine populäre Sängerin gefallen lassen, die Zemans prochinesische Einstellung aufs Korn genommen hatte und deshalb von ihm diffamiert wurde als »armes kleines Mädchen, das nicht in der Lage ist, drei Sätze zu formulieren, ohne diese vom Blatt abzulesen«. Gängig ist schließlich auch seine Formel »Prager Café«, mit der er alle diejenigen abwertet, »die im Gegensatz zum hart arbeitenden Volk nichts tuend in Cafés sitzen«.

Überhaupt ist Antiintellektualismus ein wesentliches Charakteristikum des politischen Auftretens von Zeman. Die liberalen, europäisch denkenden Eliten um den verstorbenen Präsidenten Havel vergleicht er gern mit den Eliten der autoritären Zweiten Tschechoslowakischen Republik in den späten 1930er-Jahren.[2]

Zemans Tiraden haben starken Einfluss auf die politische (Un-)Kultur des Landes, der er quasi die »Spielregeln« für die öffentliche Auseinandersetzung vorgibt. Er demonstriert den Menschen, dass Demagogie, Lügen, schlechtes Benehmen und Missachtung der Gewaltenteilung alltäglicher Bestandteil der Politik sein können und müssen. Natürlich ist der Staatspräsident nicht der einzige Politiker, der sich solcher Methoden bedient, aber aufgrund seiner

herausragenden Position bekommen seine öffentlichen Äußerungen ein besonderes Gewicht.

Geradezu sprichwörtlich ist Zemans Fremdenfeindlichkeit, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass derartige Phobien im ganzen Land erheblich zugenommen haben. Er konzentriert sich dabei auf muslimische Flüchtlinge und mögliche Einwanderer, die er allesamt mit den radikalen Strömungen im Islam bzw. dem islamistischen Terrorismus gleichsetzt und als kulturelle und ökonomische Bedrohung für die tschechische Gesellschaft apostrophiert.

Zeman warnt in seinen Reden vor dem Flüchtlingsstrom, dies sei keine »spontane Bewegung«, sondern eine »organisierte Invasion«. Er habe sehr wohl Mitgefühl mit alten Menschen und Kindern, so der Präsident, doch die Mehrheit der Flüchtlinge seien gesunde Männer ohne Familien, und da stelle sich die Frage, warum sie nicht die Waffe in die Hand nähmen und gegen den Islamischen Staat kämpften.[3]

Der tschechische Staatspräsident hat die von der Regierung vorgeschlagene Aufnahme von etwa 2700 Flüchtlingen kategorisch abgelehnt. Sein Sprecher Jiří Ovčáček erklärte: »Unser Land kann es sich nicht leisten, sich der Gefahr von Terroranschlägen wie in Frankreich und Deutschland auszusetzen.« Die seit 2014 amtierende Mitte-links-Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka hatte vorgeschlagen, bis zum Jahresende insgesamt 2691 Flüchtlinge aufzunehmen, die sich vorübergehend in Italien und Deutschland aufhalten.

Allerdings wird auch der ansonsten eher moderat auftretende Sobotka nicht müde, einen Zusammenhang zwischen Flüchtlingsbewegung und Terrorismus herzustellen. Die Flüchtlinge, so betonte er wiederholt, kämen aus Regionen und Kulturen, in denen IS-Terroristen sehr aktiv seien. Wo die Integration scheitere, schlössen sich die Geflüchteten in der zweiten oder dritten Generation den Radikalen an.

Nach offiziellen Angaben des Innenministeriums in Prag haben im Laufe des Jahres 2016 etwa 1400 Menschen in der Tschechischen Republik Asyl beantragt; 70 erhielten eine positive Antwort.

Mehrfach hat es in Prag und anderen tschechischen Städten Demonstrationen gegen die Aufnahme von muslimischen Flüchtlingen gegeben. »Nein zur Einwanderung – Stopp der Merkelisierung« skandierten Demonstranten vor der Prager Burg, dem Amtssitz des Staatspräsidenten. Allerdings ging die Zahl der Teilnehmer an diesen Demonstrationen nie über 1000 Personen hinaus.

Studien von internationalen und einheimischen Investmentberatern in Prag kamen zu dem Ergebnis, dass bis zu 80 000 Migranten im Land Arbeit finden könnten.[4] Angesichts der geringen Anzahl von Flüchtlingen und Asylanträgen wirkt die öffentliche Auseinandersetzung zu dem Thema recht hysterisch.

Austritt aus der EU eher unwahrscheinlich

In der Außenpolitik von Miloš Zeman lassen sich drei Schwerpunkte erkennen: Skepsis gegenüber der Europäischen Union, eine prorussische Einstellung sowie das Bemühen um gute Beziehungen zur Volksrepublik China. Nach dem britischen EU-Referendum nannte er die Union ein wundervolles Projekt, wetterte aber auch gegen die »extrem schlechte Führung« in Brüssel.[5] Man solle sich nicht wundern, so der Staatspräsident, wenn sich die Bürger in vielen europäischen Ländern von der EU abwenden würden. Denn sie gebe »verbissenen Bürokraten« freie Hand, absurde Vorschriften zu erlassen, und sei außerdem nicht in der Lage, die Außengrenzen der Gemeinschaft zu schützen. Die Tschechen hätten durchaus das Recht, in einer Volksabstimmung für oder gegen den Verbleib in der Union zu stimmen. Er, so Zeman, würde in diesem Fall allerdings für eine weitere Mitgliedschaft in der EU votieren.

Umfragen zeigen, dass sich die Mehrheit der tschechischen Bürger in einem Referendum vermutlich gegen einen Austritt aus der Europäischen Union entscheiden würde. Die Tschechen lieben die EU nicht gerade, sind aber auch der Ansicht, dass ein kleiner Staat in Ostmitteleuropa nicht ohne sie auskommen könne. Ein Jahr vor dem Beitritt zur Gemeinschaft hatten sich 77 Prozent der Wahlberechtigten für diesen Schritt ausgesprochen. Dieses Meinungsbild hat sich seither kaum geändert. Umfragen zeigen aber auch, dass eine Minderheit von 30 bis 40 Prozent kein Vertrauen in die Gemeinschaft hat; für einen »Czexit« plädieren lediglich kleine Parteien.

Ministerpräsident Sobotka sperrt sich vehement gegen die Abhaltung eines Referendums. Für ihn ist die Mitgliedschaft von »vorrangigem nationalen Interesse«. Daran, so betont er immer wieder, könne es für ein Land wie die Tschechische Republik keinen Zweifel geben. Bei einem Treffen der Visegrád-Staaten votierte er sogar mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Orbán für den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, um die äußere Sicherheit der Gemeinschaft wirksam zu gewährleisten.[6]

> Expräsident Václav Klaus dagegen jubelte nach dem »Brexit«: »Das ist ein wunderbarer und außergewöhnlicher Tag. Was […] in Großbritannien geschehen ist, ist ein Sieg aller europäischen Demokraten und aller Menschen, die in einer freien Welt leben wollen. Das sind jene Leute, die total unzufrieden sind damit, welche Richtung die Europäische Union mindestens seit dem Maastricht-Vertrag eingeschlagen hat.«[7]

Der amtierende Staatspräsident Miloš Zeman hat keine Scheu, sich mit Euroskeptikern aus anderen Ländern zu treffen. So empfing er im September 2016 mitten im österreichischen Wahlkampf den Präsidentschaftskandidaten der *Freiheitlichen Partei Österreichs*, Norbert Hofer, zu einem Gespräch in

Prag. Einige Monate zuvor hatte sich Ministerpräsident Sobotka mit dem von den Grünen unterstützten Kandidaten Alexander Van der Bellen getroffen.

Einflussreiche Freunde Putins

In den letzten Jahren haben die tschechischen Medien immer wieder über die sehr guten Kontakte von Miloš Zeman zu russischen Politikern berichtet, besonders zu führenden Funktionären der Kreml-Partei *Einiges Russland (Jedinaja Rossija)*. Auch tschechische Unternehmer, die mit Russland Geschäfte machen, sind gerngesehene Gäste in der Präsidentenkanzlei auf der Prager Burg. In Tschechien munkelt man sogar, Zemans politisches Comeback im Jahr 2013 sei mit viel Geld aus diesen Kreisen finanziert worden.

Auf jeden Fall ist der Staatspräsident ein scharfer Kritiker der Sanktionen gegen Russland. So nutzte er die Eröffnung des internationalen Agrarsalons in Budweis (České Budějoce) im August 2016, um sich gegen die Strafmaßnahmen auszusprechen. Zeman wörtlich:

> »Wenn die Politiker unserer Landwirtschaft schon helfen möchten, dann halte ich es für notwendig, dass sich die Tschechische Republik den Ländern anschließt, die für eine Aufhebung der Sanktionen sind.«[8]

In Sachen Russland ist Zeman in die Fußstapfen seines konservativen Vorgängers Václav Klaus getreten, der sich immer wieder als Putin-Apologet einen Namen macht. Sein im Jahr 2012 gegründetes »Václav Klaus Institute« vertritt beispielsweise vehement den Standpunkt des Kremls in Bezug auf die Ukraine und bezweifelt gar auf seiner Homepage, dass die Ukraine ein souveräner Staat sei.

Die beiden Politikwissenschaftler Petra Vejvodová und Miloš Gregor von der Universität Brno (Brünn) haben in einer Studie mehr als 2000 Beiträge auf tschechischen Internetseiten untersucht und dabei diverse Beispiele für unverblümte Propaganda im Sinne des Kremls gefunden, in denen etwa der ukrainische Präsident Petro Poroschenko als »Lügner« und »Kriegstreiber« beschimpft wurde.[9] Eine dieser Websites, die den irreführenden Namen »Parlamentní listy« (Parlamentarische Briefe) trägt, veröffentlichte schon mehrfach regelrechte Hasstiraden des langjährigen Pressesprechers von Klaus, Petr Hájek, der den »Brüsseler Komplizen« vorwirft, dem militanten Islam »ihren Segen« zu geben, und der ebenfalls die staatliche Existenz und Souveränität der Ukraine anzweifelt.

Zemans Denkmuster offenbarten sich auch im Streit um die Verleihung eines hohen tschechischen Verdienstordens an den 88-jährigen Holocaust-Überlebenden Jiří Brady. Ursprünglich war Brady seitens der Präsidialkanzlei mitgeteilt worden, dass er am 28. Oktober 2016 von Päsident Zeman mit dem

Masaryk-Orden ausgezeichnet werden solle, doch eine Woche später bestritt Zeman, dass Brady jemals auf der Liste der zu Ehrenden gestanden habe.

Dieser Rückzieher dürfte vermutlich damit zusammenhängen, dass Bradys Neffe, der tschechische Kulturminister Daniel Herman – vor seinem politischen Engagement als katholischer Priester tätig –, den Dalai-Lama empfing, der anlässlich des einst von Václav Havel initiierten jährlich stattfindenden »Forum 2000« nach Prag kam. Der Dalai-Lama ist für Zeman ein rotes Tuch, denn er selbst pflegt gute Beziehungen zur kommunistischen Führung in Peking.

Parteigründung als Businessplan

Zu den Eigentümlichkeiten der politischen Szene in der Tschechischen Republik gehört das Auftreten populistischer Parteien, die von Unternehmern gegründet und geführt werden. Den Anfang machte die Partei *Öffentliche Angelegenheit (Véci veřejné)* des Fernsehmoderators Radek John, die bei der Parlamentswahl 2010 auf Anhieb fast 11 Prozent erzielte. Die Partei versprach anfangs, intensiv die Korruption zu bekämpfen und sich basisdemokratisch zu verhalten, doch nach und nach kam heraus, welche Interessen sie tatsächlich vertritt. Zu den Financiers der Gruppierung gehörten vor allem Inhaber von Sicherheitsdiensten, die mit der Parteigründung an öffentliche Aufträge für ihre Firmen kommen wollten. Die Aufdeckung dieser Hintergründe durch die Medien und die Anfälligkeit ihrer Abgeordneten für Bestechung führten schließlich zu internen Abspaltungen und zu einer Marginalisierung der Partei.

Weitaus erfolgreicher ist die Partei *ANO*, die der Eigentümer der größten Agrochemie-Holding (Agrofert) in der Tschechischen Republik, Andrej Babiš, im November 2011 gegründet hat. Kurz vor der Parlamentswahl 2013 entschied sich Babiš mit Blick auf den Wahlkampf, die Verlagsgruppe MAFRA zu kaufen, zu der auch wichtige Tageszeitungen und Newsportale gehören.

Bei der Wahl kam die Partei auf 19 Prozent und bildete anschließend mit den Sozialdemokraten der *ČSSD* und den Christdemokraten der *KDU-ČSL* eine Koalitionsregierung, in der Babiš das Amt des Finanzministers übernahm. Auch er führt seine Partei in zentralistischer Manier, indem er unternehmerisch »Vorstandsentscheidungen« von oben nach unten durchsetzt. Der tschechische Politikwissenschaftler Vlastimil Havlík schreibt:

> »Eines der wesentlichen Merkmale einer liberalen demokratischen Regierungsform ist die Gewaltenteilung hinsichtlich Legislative, Exekutive und Judikative, aber auch hinsichtlich der politischen, ökonomischen und medialen Sphäre. Die Tatsache, dass der Anführer der

> populärsten Partei als Finanzminister fungiert und zudem noch Firmen besitzt, deren wirtschaftlicher Gewinn eng mit den auf Regierungsebene entschiedenen öffentlichen Subventionen verbunden ist, und außerdem noch Eigentümer bedeutender Medien ist, schafft eine beispiellose Machtkonzentration und das Potential, politische Funktionen für private Interessen zu gebrauchen.«[10]

Die Gewinne seiner Firmen sind seit Babiš' Amtsantritt als Finanzminister jedenfalls erheblich gestiegen.

Seine ersten Karriereschritte in kommunistischen Zeiten als Wirtschaftsdiplomat der Tschechoslowakei im Ausland und auch sein Ruf als Unternehmer, der mitunter am Rande der Legalität operiert, lassen vermuten, dass Babiš parlamentarische Demokratie und Rechtsstaat sehr interessengeleitet betrachtet. Wiederholt hat er das Parlament als »große Quatschbude« abgekanzelt. Politische Opposition ist ihm lästig, da sie ihn nach eigener Auskunft »vom Arbeiten abhält«.

Über welchen »geistigen Horizont« er verfügt, zeigte sich im September 2016, als er bei einem öffentlichen Auftritt in einem Armenviertel im nordböhmischen Varnsdorf an der Grenze zu Deutschland die abenteuerliche Bemerkung machte: »Es gab Zeiten, in denen alle Roma gearbeitet haben.« Und setzte noch eins drauf, als er behauptete: »Es ist eine Lüge, dass das Lager in Lety ein Konzentrationslager war, denn es war ein Arbeitslager – wer nicht arbeitete, landete schnell dort.«[11]

Tatsächlich kamen in dem nationalsozialistischen KZ Lety östlich von Pilsen (Plzeň), von den Nazis verächtlich »Zigeunerlager« genannt, während des Zweiten Weltkriegs 327 Roma ums Leben, mehr als 500 wurden von dort ins NS-Vernichtungslager Auschwitz gebracht. Der Vorsitzende der mitregierenden Christdemokraten, Pavel Bělobrádek, kommentierte Babiš' Auftritt mit den Worten: »Ich halte es für völlig inakzeptabel, dass ein Mitglied der tschechischen Regierung den Holocaust anzweifelt.«[12] Babiš entschuldigte sich später für seine Äußerung und benutzte dabei die klassische Formulierung von Politikern, diese sei »aus dem Zusammenhang gerissen« worden.

In Lety erinnern mehrere Mahnmale und Schrifttafeln an die Naziverbrechen, darunter ein Denkmal in Form der damaligen Lagerbaracken.

Bei den Regionalwahlen im Oktober 2016 konnte Babiš' *ANO* dann ihren Siegeszug fortsetzen, als sie in neun von 13 Kreisen stärkste Kraft in den Regionalparlamenten wurde.[13] Demgegenüber gewannen die Sozialdemokraten der *ČSSD* nur in zwei Kreisen, die Christdemokraten der *KDU-ČSL* nur in einem. *ANO* dominierte auch bei der Teilwahl zum Senat, der oberen Kammer des tschechischen Parlaments.

Bei der Stichwahl eine Woche später gab es dann allerdings einen empfindlichen Dämpfer für *ANO*, als die Partei nur drei Mandate gewann,

obwohl sie 14 Kandidaten aufgestellt hatte. Klarer Sieger wurden die Christdemokraten, die insgesamt neun Senatssitze erhielten. Die Sozialdemokraten mussten erneut eine Niederlage einstecken, weil sie nur zwei Mandate erringen konnten.

Fazit: Das Auffällige an der politischen Entwicklung der letzten Jahre in der Tschechischen Republik ist das Auftreten des postkommunistischen sozialdemokratischen Staatspräsidenten Miloš Zeman, der die politische Kultur des Landes ruiniert und populistisch »Mehrheiten« im Volk organisiert, um beispielsweise gegen Flüchtlinge und »arbeitsscheue« Intellektuelle Stimmung zu machen. Ein weiteres Phänomen in diesem Land ist das Auftauchen von populistischen Parteien, die von Unternehmern oder gar Oligarchen gesteuert werden und quasi deren »Geschäftsmodell« politisch und finanziell gegenüber dem Staat durchsetzen.

Zwar sind Demokratie und Rechtsstaat in der Tschechischen Republik nicht den Gefahren eines systematischen Umbaus staatlicher Institutionen ausgesetzt, wie das derzeit besonders in Polen und Ungarn zu beobachten ist. Andererseits versprechen die populistischen Tiraden von Staatspräsident Miloš Zeman, die fremdenfeindlichen Stimmungen in der tschechischen Gsellschaft und die Politik der »Unternehmerpartei« *ANO* nichts Gutes.

Kroatien

Was haben die Kroaten in den letzten acht Jahrzehnten politisch nicht alles erlebt: den Zweiten Weltkrieg, das faschistische Ustaša-Regime in den Jahren 1941 bis 1945, die Zugehörigkeit zum Jugoslawien Titos, den schließlichen Zerfall dieses Staates und die grauenhaften postjugoslawischen Kriege in den frühen 1990er-Jahren, die also gerade mal 20 Jahre her sind. Es braucht keine große Vorstellungskraft, um zu verstehen, dass all dies bis heute im kollektiven Geschichtsbewusstsein nachwirkt und oft Anlass und Mittel der politischen Auseinandersetzung ist. Instrumentalisierung der Vergangenheit bedeutet aber noch nicht ihre ehrliche Aufarbeitung. Der Südosteuropa-Historiker Holm Sundhaussen schrieb in seinem Buch »Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943 – 2011«:

> »Die Geschichte Jugoslawiens ist ein Lehrstück des Alltäglichen, der Banalität. Nicht in dem Sinn, dass die Ereignisse banal gewesen wären, sondern die Verhaltensweisen, die zu ihnen führten, waren banal. Und so außergewöhnlich uns die Verbrechen während der postjugoslawischen Kriege der 90er-Jahre erscheinen mögen, so gewöhnlich waren die Verantwortlichen und Täter. Man findet sie überall und zu allen Zeiten. In diesem Sinne ist Jugoslawien überall.«[1]

Kroatien ist außerdem ein Land, in dem die Menschen seit dem 19. Jahrhundert umfassende Erfahrungen mit Migration, Flucht und Vertreibung gemacht haben. Das gilt für die Auswanderung von Kroaten nach Übersee im 19. Jahrhundert, die zunehmende Migration in Richtung Westeuropa im frühen 20. Jahrhundert, die Arbeitsemigration besonders nach Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie die verschiedenen Flucht- und Migrationsbewegungen im Zusammenhang mit den postjugoslawischen Kriegen in den frühen 1990er-Jahren.

Vor diesem Hintergrund ist nicht jeder gleich ein Nationalist, der sich Sorgen um den Bestand und die Zukunft der kroatischen Nation macht.

Krieg der Worte

Wie virulent der Nationalismus in Kroatien gleichwohl ist, zeigte sich am 5.

August 2016, als dieser Feiertag wie schon in den Jahren zuvor mit großem Pomp und Pathos begangen wurde. In Kroatien gilt der 5. August als »Tag des Sieges und der Dankbarkeit der Nation«. Erinnert wird damit an die große Offensive der kroatischen Streitkräfte – die Operation »Oluja« (»Sturm«), mit der 1995 die sogenannte Serbische Krajina von serbischen Aufständischen zurückerobert und damit der Krieg auf kroatischem Territorium beendet wurde. Innerhalb weniger Tage gelang es den kroatischen Einheiten, jenes Drittel des von Kroatien beanspruchten Territoriums zurückzuerobern, das die serbischen Rebellen hielten. Diese hatten mit Unterstützung Belgrads dort einen Quasistaat errichtet, die »Republik der serbischen Krajina«, die nichts mit dem seit dem 8. Oktober 1991 unabhängigen Kroatien zu tun haben wollte. Zehntausende Kroaten wurden dabei aus diesem Gebiet vertrieben.

Im Gegenzug löste »Oluja« eine Massenflucht von etwa 200 000 kroatischen Serben in Richtung Serbien und Bosnien-Herzegowina aus. Einige Hundert serbische Zivilisten wurden von kroatischen Einheiten umgebracht. Es handelte sich, vor den späteren Vertreibungen aus dem Kosovo, um den größten Exodus einer Volksgruppe in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Während der zentralen Feier am 5. August 2016 in Knin, 200 Kilometer südlich von Zagreb, von 1991 bis 1995 Hauptstadt der »Republik der serbischen Krajina«, pries die kroatische Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarović die »Helden des vaterländischen Krieges von damals«. Sie nannte den Feldzug »politisch gerechtfertigt« – was akzeptiert werden kann – und »ethisch sauber« – was eine üble Verfälschung der Geschichte bedeutet, weil es sich damals um eine ethnische »Säuberung« eines Gebietes handelte, in dem seit Jahrhunderten Serben gewohnt hatten.[2]

Das Ritual ist seit Jahren eingeübt: Immer im August präsentieren Kroaten und Serben ihre gegensätzlichen Auffassungen von der jüngsten Geschichte und verbinden dies mit der politischen Behauptung, die jeweils andere Seite hege feindliche Absichten. Für Serbien ist der 5. August ein politisch aufgeladener Tag der Trauer, an dem man sich an die Flucht und Vertreibung von Serben aus der Krajina erinnert. 2016 hielt Ministerpräsident Aleksandar Vučić an diesem Tag eine Rede in Busije, einer Ansiedlung von vertriebenen Serben in einem Vorort von Belgrad, in der er beschwörend verkündete, »Oluja« werde sich nie wiederholen. Serbien, so der Ministerpräsident, sei heute in der Lage, »seine Bürger« überall vor einem solchen »Pogrom« zu schützen. Ob er damit auch einen militärischen Einsatz meinte, ließ er offen. Weder in Busije noch in Knin waren Serben bzw. Kroaten in der Lage, der Opfer der anderen Seite zu gedenken – das ist auch an anderen Gedenktagen so.

Viele Serben waren empört, als das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag den kroatischen General Ante Gotovina in einem Revisionsverfahren

freisprach, nachdem er in erster Instanz zu einer Haftstrafe von 24 Jahren verurteilt worden war. In Serbien macht man ihn weiterhin für Verbrechen verantwortlich, die im Zuge der Operation »Sturm« an serbischen Zivilisten begangen worden sind, während er für viele Kroaten bis heute ein Nationalheld ist.

Diese Feindseligkeiten zwischen Kroatien und Serbien waren zwischenzeitlich abgeebbt. Als die Staatsoberhäupter Kroatiens und Serbiens Ivo Josipović (2010 – 2015) und Boris Tadić (2004 – 2012) im Amt waren, kam es sogar zu einem Tauwetter, das allerdings nicht sehr lange anhielt. Die beiden Politiker bemühten sich, beim Blick auf die Geschichte auch die Sicht des Nachbarn in Betracht zu ziehen, und setzten sich für mehr Kooperation zwischen den beiden Staaten ein. Doch dann begann erneut eine Eiszeit in den bilateralen Beziehungen. Dazu trug nicht zuletzt die Rehabilitierung des damaligen serbischen Partisanengenerals Dragolub »Draža« Michailović bei, ein großserbischer Nationalist, der im Zweiten Weltkrieg zeitweise gegen die deutsche Besatzungsmacht gekämpft, später aber auch mit den italienischen Faschisten kooperiert hatte.

Auch die Rehabilitierung des 1960 verstorbenen früheren Erzbischofs von Zagreb, Kardinal Alojzije Stepinac (1898 – 1960), entzweit Kroaten und Serben. Im Juli 2016 hob ein Zagreber Bezirksgericht das Urteil auf, das am 11. Oktober 1946, als Titos Kommunisten schon an der Macht waren, gegen den Kardinal wegen Kollaboration mit dem Feind und Hochverrats verhängt worden war. Das damalige Urteil lautete auf 16 Jahre Gefängnis und Zwangsarbeit. Fünf Jahre verbrachte Stepinac im Gefängnis, dann wurde er in seinen Heimatort verbannt. Das Zagreber Gericht war zu der Auffassung gelangt, dass der Prozess von 1946 sachlich und verfahrensmäßig damaligen und heutigen rechtlichen Anforderungen nicht entsprochen habe. Tatsächlich handelte es sich um einen Schauprozess, bei dem das damalige Gericht von 35 Zeugen der Verteidigung, unter denen sich auch Serben und Juden befanden, 28 ablehnte, von denen einige sogar verhaftet wurden, um ihre Aussage auf jeden Fall zu verhindern.

Eine andere Frage ist die Bewertung des Verhaltens von Stepinac während des Zweiten Weltkriegs als höchster katholischer Geistlicher im »Unabhängigen Staat Kroatien« (Nezavisna Država Hrvatska – NDH), einem zwischen 1941 und 1945 bestehenden Protektorat von Hitlers und Mussolinis Gnaden unter Führung der faschistischen Ustaša. Stepinac und seine Kirche zählten zu den zentralen Stützen des Regimes, das 320 000 Serben, 32 000 Juden und 25 000 Roma umbrachte. Unabhängige Juristen in Kroatien betonten, dass der Kardinal im Juli 2016 keineswegs von jeder strafrechtlichen Schuld und »vor der Geschichte« freigesprochen worden sei. Lediglich das Urteil von 1946 sei damit als nichtig erklärt worden.

Trotzdem gingen in Serbien die Wogen hoch. Außenminister Ivica Dačić

sprach von einer Rehabilitierung des faschistischen NDH, denn Stepinac sei als sein führender Seelsorger Mitglied von dessen verbrecherischer Elite gewesen. Ministerpräsident Aleksandar Vučić erklärte sogar, Stepinac sei einer der »wichtigsten Ideologen des schlimmsten Regimes im Stile der Nazis auf europäischem Boden« gewesen.[3]

Anschließend bestimmte vor allem der Austausch von Protestnoten die kroatisch-serbischen Beziehungen. Kroatiens Außenminister Miro Kovač warf Serbien vor, es schüre Konflikte »mit Fälschungen, historischen Revisionen und Beschuldigungen«, statt gutnachbarliche Beziehungen zu pflegen. In der heiklen Phase nach der Auflösung des kroatischen Parlaments und vor den Neuwahlen im September 2016 versuche die serbische Führung, Kroatien zu destabilisieren, so der Außenminister.[4]

1998 hatte der damalige Papst Johannes Paul II. Stepinac als »Märtyrer« seliggesprochen, der vom kommunistischen Regime verfolgt worden sei. Viele seiner Verehrer in Kroatien, die auf eine Heiligsprechung des Kardinals warten, sehen ihn als Opfer zweier Diktaturen, der faschistischen und der kommunistischen. Ersteres ist historisch völlig falsch, weil Stepinac einer der Ideologen des faschistischen Ustaša-Regimes war, dessen Errichtung ihm als fanatischem Antikommunisten als ein »Geschenk Gottes« erschien. Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, dass er mit der Zeit innerlich auf Distanz zu den faschistischen Machthabern ging und auch Verfolgten half. Papst Franziskus hat eine kroatisch-serbische Kirchenkommission eingesetzt, die die Tätigkeit des Kardinals unter ökumenischen Gesichtspunkten bewerten soll.

In diesem vergifteten Klima bemüht sich die kroatische Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit, den Serben im Rahmen der EU-Beitrittsgespräche Steine in den Weg zu legen. Kroatien ist seit dem 1. Juli 2013 Mitglied der Europäischen Union.

Das schwere Gepäck der Geschichte

Fragt man, wer in Kroatien Nationalismus bzw. Nationalismen vertritt, dann richtet sich der Blick vor allem auf die *Kroatische Demokratische Gemeinschaft (Hrvatska demokratska zajednica – HDZ)*. Die im Juni 1989 gegründete rechtspopulistische Partei war die treibende Kraft bei der Erlangung der Unabhängigkeit Kroatiens im Jahr 1991 und dominierte das politische Leben des Landes bis zum Tod ihres charismatischen Vorsitzenden Franjo Tudjman am 10. Dezember 1999. Der ehemalige Partisanengeneral und Mitstreiter von Josip Broz Tito stand neun Jahre lang als Präsident an der Spitze des Staates. Die *HDZ* führte in den 1990er-Jahren mehrere Regierungen, bevor sie bei der Parlamentswahl am 3. Januar 2000 ihre

Vormachtstellung verlor und die Macht an eine Viererkoalition unter Führung der *Sozialdemokratischen Partei Kroatiens (Socijaldemokratska Partija Hrvastke – SDP)* abgeben musste. In den Jahren 2003 bis 2011 stellte sie dann erneut mit Ivo Sanader und Jadranka Kosor die Ministerpräsidenten, bevor der Sozialdemokrat Zoran Milanović dieses Amt bis Januar 2016 ausübte.

Seit ihrer Gründung versteht sich die *HDZ* als Vertreter der nationalen Interessen aller Kroaten, also auch der kroatischen Minderheit in Bosnien-Herzegowina. Ihre Parteistruktur ist stark zentralistisch, mit ihren geschätzten 60 000 Mitgliedern verfügt sie über Parteiorganisationen in allen Provinzen des Landes. Zur Wählerschaft der *HDZ* gehört vor allem die ländliche Bevölkerung, ihr wichtigster Rückhalt sind die katholische Kirche und ihre Gläubigen. Ihre Wähler sind von der Notwendigkeit eines starken Staates überzeugt, die Dreiteilung der Staatsgewalt und der moderne Rechtsstaat bedeuten ihnen wenig.

Ivo Sanader ist es immerhin gelungen, rechtsradikale Gruppierungen innerhalb der *HDZ* zu entmachten, nachdem er die Parteiführung nach dem Tod von Tujman übernommen hatte. Auch führte er die *HDZ* auf einen etwas europafreundlicheren Kurs, doch vermochte er nicht, die Partei eindeutig auf eine stabile, christdemokratische Politik der Mitte festzulegen.

Bis heute werden in der *HDZ* immer wieder nationalistische oder gar rechtsradikale Stimmen laut. Ein Beispiel dafür ist der Historiker Zlatko Hasanbegović, Präsidiumsmitglied der *HDZ*, der im ersten Halbjahr 2016 als Kulturminister in der Regierung des parteilosen Ministerpräsidenten Tihomir Orešković fungierte. Diese Regierung, eine Koalition der *HDZ* mit der kleineren Partei *Most (Brücke)*, stürzte im Juni 2016 durch ein Misstrauensvotum, nachdem harsche Korruptionsvorwürfe gegen den damaligen *HDZ*-Chef und stellvertretenden Ministerpräsidenten Tomislav Karamarko laut geworden waren. Karamarko legte dann auch den Parteivorsitz nieder.

Hasanbegovič verharmlost immer wieder die Verbrechen des Ustaša-Regimes. Schon 1996 hatte er Elogen auf die »Ustaša-Helden und -Märtyrer« verfasst und von einem »vereinigten Vaterland von der Mur, der Drau und der Drina bis zum Adriatischen Meer« geschwärmt. Auch lobte er einen Dokumentarfilm über das Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager Jasenovac, in dem das Ustaša-Regime mehr als 80 000 Serben, Juden und Roma ermorden ließ. Der Film spielte die Opferzahlen weit herunter.[5]

Als Kulturminister strich Zlatko Hasanbegovič die finanzielle Unterstützung für Kultur- und Medienprojekte, die ihm politisch unliebsam waren, und förderte dafür leidenschaftlich patriotische Erziehung an den Schulen und in den Medien.

Anfang Februar beschloss das Präsidium des kroatischen Parlaments auf eine Initiative von *HDZ*-Abgeordneten, wieder die jährliche Feier zum

Gedenken an das »Massaker von Bleiburg« finanziell und logistisch zu unterstützen. Ende Mai 1945, als der Krieg schon aus war, hatten Partisanen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee nach seriösen Schätzungen zwischen 80 000 und 100 000 Männer, Frauen und Kinder erschossen, darunter Tausende Soldaten des faschistischen Ustaša-Regimes und viele ihrer Familienangehörigen. Die Menschen, wohl zu zwei Dritteln Kroaten, waren zuvor vor den Partisanen nach Österreich geflüchtet, von wo die britischen Besatzungstruppen sie über den Kärtner Grenzübergang Bleiburg wieder zurückschickten. Weil kroatische Nationalisten und Rechtsradikale die Gedenkfeiern immer wieder für Versuche genutzt hatten, das Ustaša-Regime zu rehabilitieren, hatte die sozialdemokratische Regierung die parlamentarische Unterstützung für die Feierlichkeiten eingestellt.

Bis heute hat es in Kroatien keine gründliche und vor allem auch breite Diskussion über bestimmte historische Etappen und Phänomene gegeben, verbunden mit selbstkritischen Reflexionen. Das gilt für das mörderische Ustaša-Regime und die Verbrechen der kommunistischen Partisanen ebenso wie für die Jahrzehnte, als Kroatien zu Jugoslawien gehörte, und die Herrschaft von Franjo Tudjman.

Als Tudjman 1999 starb, war seine innenpolitische Bilanz verheerend. In den 1990er-Jahren blühten Vetternwirtschaft und Korruption. Die Privatisierung vormals sozialistischen Staatseigentums diente vor allem der Bereicherung von Günstlingen des Regimes. Serben und Roma wurden diskriminiert. Kroatien war in keinster Weise ein Rechtsstaat. Die Reform der Justiz blieb in den Anfängen stecken. Tudjman und seine Mitstreiter stemmten sich gegen eine Kooperation mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal. Der vormalige Kommunist Franjo Tudjman war derjenige, der den Ustaša-Staat als »Ausdruck des jahrhundertelang gehegten Wunsches des kroatischen Volkes nach seinem eigenen Staat« bezeichnete[6] und der Absprachen mit dem serbischen Machthaber Slobodan Milošević über die Zerstückelung von Bosnien-Herzegowina traf.

Nun muss man bedenken, dass Tudjmans Präsidentschaft durch die Kriege im zerfallenden Jugoslawien sowie deren Folgen geprägt war, doch Tudjman war auch derjenige, der einen starken kroatischen Nationalismus entfachte, der bis heute nachwirkt. Die notwendige demokratische und wirtschaftliche Transformation trat demgegenüber in den Hintergrund. Der Nationalist Tudjman war dafür aber auch denkbar ungeeignet.

Erst 2000 setzte mit Ivica Račan als Ministerpräsident und Stipe Mesič als Staatspräsident ein Umschwung ein. Račan kam schon damals das Verdienst zu, den *Bund der Kommunisten* in eine sozialdemokratische Partei umgeformt zu haben. Mit Unterstützung von Mesič lockerte Račan die außenpolitische Isolierung Kroatiens und führte das Land an die EU heran, indem er mit dem Haager Tribunal kooperierte, Maßnahmen gegen die Korruption ergriff und

sich auch um eine Aussöhnung mit Serbien bemühte. Das bisherige Präsidialsystem wurde zu einem parlamentarischen System umgebaut, in dem die politische Macht stärker bei der Regierung und dem Parlament lag.

Neue Glaubwürdigkeit in der kroatischen Politik?

Nach dem Aus der Regierung Orešković im Juni 2016 waren die Kroaten am 11. September erneut zum Urnengang aufgerufen – die vorherige Parlamentswahl lag da erst zehn Monate zurück. Und wieder einmal war das Ergebnis überraschend, weil die Meinungsforscher einen knappen Vorsprung des von den Sozialdemokraten geführten Bündnisses *Kroatien wächst (Hrvatska raste)* prognostiziert hatten. Tatsächlich aber gewann die nationalkonservative *Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ)* mit 36,3 Prozent der Stimmen (61 Mandate) vor den Sozialdemokraten mit 33,8 Prozent (54 Mandate). Auf dem dritten Platz landete die Partei *Most* mit 9,9 Prozent (13 Mandate), vor der linken Bewegung *Lebende Wand (Živi zid)* mit 6,2 Prozent (acht Mandate), die sich nicht zuletzt durch Proteste gegen Zwangsräumungen einen Namen gemacht hatte. Die Wahlbeteiligung lag bei mageren 52 Prozent. Einen Monat nach der Wahl einigten sich *HDZ* und *Most* auf ein Regierungsbündnis mit dem neuen *HDZ*-Vorsitzenden Andrej Plenković als Ministerpräsident. Plenković kündigte an, er wolle sich für politische Stabilität, Rechtssicherheit, gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und die Durchsetzung des christlichen Grundsatzes der Solidarität einsetzen.

Das Wahlergebnis bedeutete eine schwere Niederlage für den früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Zoran Milanović, der im Wahlkampf fast ausschließlich auf die nationalistische Karte gesetzt hatte. Er hatte gegen Serben und Bosniaken gewettert und sich seiner beiden Großväter gerühmt, von denen der eine zur faschistischen Ustaša gehörte, während der andere Kommunist war. Seinem Rivalen Plenković von der *HDZ* unterstellte er, kein wirklicher Kroate zu sein, weil dessen Mutter als Ärztin in einem jugoslawischen Militärlazarett gearbeitet hatte. Möglicherweise war es diese nationalistische Rhetorik, die viele ehemalige Wähler der Sozialdemokraten veranlasste, der Wahl fernzubleiben oder *Živi zid* ihre Stimme zu geben.

Demgegenüber trat Plenković betont sachlich auf und versprach, für mehr Glaubwürdigkeit in der kroatischen Politik zu sorgen. Auch wolle er die Beziehungen zu den Nachbarstaaten verbessern. Er wisse, dass es unterschiedliche Auffassungen zwischen Kroaten und Serben gebe, aber diese müssten in vermutlich langen Verhandlungen geklärt werden. Der neue Ministerpräsident legte außerdem ein Bekenntnis zur Mitgliedschaft Kroatiens in der Europäischen Union ab.

Vor ihm liegt viel Arbeit, denn Kroatien ist nach dem EU-Beitritt wirtschaftlich immer tiefer in die Krise geraten. Arbeitslosigkeit und wachsende Armut haben zu großer Unzufriedenheit in weiten Teilen der Gesellschaft geführt. Nach wie vor ist ein beträchtlicher Teil der kroatischen Bevölkerung für Nationalismus anfällig. Aber es reicht als Erklärung nicht aus, wenn Kritiker den nationalistischen Sprachgebrauch von Politikern und die schlechten nachbarschaftlichen Beziehungen Kroatiens als »Rückkehr zu den dunklen 1990er-Jahren« deuten, die durch Nationalismus und Selbstisolierung geprägt waren. Vielmehr findet der »alte« Nationalismus neue Anknüpfungspunkte, um sein Unwesen zu treiben. Es sind diejenigen, die sich als Verlierer der Transformation begreifen und von der EU-Mitgliedschaft mehr erwartet hatten, die für nationalistische Slogans und Kampagnen empfänglich sind. Sie folgen dann Parolen gegen die Brüsseler Bürokraten und die orthodoxen Serben, für die Nation und ein katholisches Kroatien.

Fazit: In Kroatien prägt der Streit über historische Ereignisse des 20. Jahrhunderts bis heute die innenpolitische Auseinandersetzung. Das gilt besonders für den Zerfall Jugoslawiens, dem Kroatien früher angehörte, und die folgenden Kriege auf dem Balkan in den 1990er-Jahren. In Kroatien ist niemals eine ehrliche und offene Debatte über den faschistischen Ustaša-Staat während des Zweiten Weltkriegs, die Verbrechen der Tito-Partisanen um 1945, die Entwicklung Jugoslawiens und das autoritäre Regime von Franjo Tudjman nach Erlangung der Unabhängigkeit geführt worden. Geschichtspolitische Auseinandersetzungen zwischen Kroatien und Serbien behindern auch die Integration des Westbalkans in die Europäische Union.

Slowenien

Es passiert nicht alle Tage, dass ein gerade abgewählter Ministerpräsident anschließend ins Gefängnis muss. Das kleine Slowenien leistete sich diesen »Luxus«, als Janez Janša am 5. Juni 2013 von einem Gericht in Ljubljana zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde. Ihm wurde zur Last gelegt, während seiner ersten Amtszeit als Ministerpräsident in den Jahren 2004 bis 2008 beim Kauf von Radpanzern der finnischen Rüstungsfirma Patria in eine Schmiergeldaffäre verwickelt gewesen zu sein. Janša beteuerte immer wieder seine Unschuld.

Einige Monate zuvor war seine Mitte-rechts-Koalition zerbrochen; das slowenische Parlament sprach Janša, der seit Januar 2012 erneut als Ministerpräsident fungierte, am 27. Februar 2013 das Misstrauen aus und wählte die inzwischen abgetretene Alenka Bratušek zu seiner Nachfolgerin. Janša legte beim Obersten Gerichtshof Berufung gegen das Urteil ein, die aber abgewiesen wurde. Erst am 12. Dezember 2014 ordnete das Verfassungsgericht seine unverzügliche Freilassung an. Den Wahlkampf für die Parlamentswahl am 13. Juli 2014 hatte er aus dem Gefängnis heraus geführt.

Umstrittener Regierungschef Janša

Zum Zeitpunkt seiner Verurteilung gehörte Janez Janša zu den dienstältesten Politikern Sloweniens. Außerdem war er die Führungsfigur im rechtskonservativen Lager. Seit 1993 stand er an der Spitze der *Sozialdemokratischen Partei Sloweniens*, die sich später in *Slowenische Demokratische Partei (SDS)* umbenannte. Unter seiner Führung wandelte sich diese Gruppierung in eine konservative, wirtschaftlich aber liberale und prowestlich ausgerichtete Partei.

Die Ansichten über den Prozess gegen Janša gehen auseinander. Einige meinten, das Verfahren weise große Mängel auf, elementare rechtsstaatliche Grundsätze seien verletzt worden. Auch von einer dürftigen Beweislage war die Rede. Fürsprecher Janšas sprachen auch von einem Racheakt seitens der von alten Kommunisten durchsetzten Justiz an einem ihrer schärfsten Kritiker.

Für Janša sprach, dass ein finnisches Gericht in einem Berufungsverfahren gegen den Chef des Rüstungskonzerns Patria und einen Mitangeklagten zu der Auffassung gelangt war, in dem Geschäft mit Slowenien seien keine Bestechungsgelder gezahlt oder angeboten worden.

Janša unterließ es allerdings, nach der Bestätigung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof einen Antrag auf Haftverschonung zu stellen, der nach Ansicht unabhängiger Juristen durchaus Aussichten auf Erfolg gehabt hätte, da Janša eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielte. Seine Gegner vermuteten, er habe dies nicht getan, um sich so im Wahlkampf als ein Opfer der Justiz inszenieren zu können, das von alten Kommunisten ohne Beweise hinter Gitter gebracht worden sei. Davon habe er sich Stimmengewinne erhofft.

Janša war im Jahr 2013 nicht der Einzige, gegen den die slowenische Antikorruptionsbehörde Anschuldigungen erhob. Dem linksorientierten Bürgermeister der Hauptstadt Ljubljana, Zoran Janković, warf sie vor, auf seinem Privatkonto hätten sich 2,4 Millionen Euro ungeklärter Herkunft angesammelt. Janković habe »systematisch« Gesetze verletzt, weil er Erwerb und Eigentum an Immobilien und Aktien nicht rechtzeitig oder gar nicht gemeldet habe. Die Vorwürfe betrafen die Jahre 2006 bis 2012. Janković trat zwar vom Posten des Vorsitzenden der Partei *Liste Zoran Janković – Positives Slowenien (Lista Zorana Jankovića – Pozitivna Slowenija)* zurück, musste sich aber nicht vor Gericht verantworten.

Der frühere Bürgermeister von Maribor, Franc Kangler, legte am 31. Dezember 2012 sein Amt nieder, nachdem Demonstranten wiederholt seinen Rücktritt gefordert hatten und es bei einer Demonstration am 26. November 2012, an der rund 8000 Bürger teilnahmen, sogar zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen war. Kangler war im Jahr 2006 zum Bürgermeister gewählt worden, vier Jahre später gelang ihm die Wiederwahl. Schon in seiner ersten Amtszeit kam es zu Kontroversen wegen seiner Amtsführung. Korruptionsvorwürfe gipfelten in einer polizeilichen Durchsuchung des Rathauses sowie Kanglers Privathaus und dessen zeitweiliger Festnahme. Die Ermittlungen führten aber nicht zu einer Anklage.

Neuanfang mit der Parlamentswahl 2014?

Die Parlamentswahl am 13. Juli 2014 deutete auf einen Neuanfang in der slowenischen Regierungspolitik hin. Denn die erst einen Monat zuvor gegründete *Partei des modernen Zentrums (Stranka modernega centra – SMC)* des Juraprofessors Miro Cerar erwies sich als Senkrechtstarter und wurde mit 34,5 Prozent der Stimmen (36 der 90 Sitze im Parlament) stärkste Kraft, gefolgt von Janšas *SDS* mit 20,7 Prozent (21 Sitze). Auf dem dritten

Platz landete die *Demokratische Rentnerpartei Sloweniens (Demokratična stranka upokojencev Slovenij – DeSUS)* mit 10,2 Prozent (zehn Sitze). Vierter wurde die *Vereinigte Linke (Združena Levica – ZL)*, die 2012 die Demonstrationen gegen die Korruption organisierte, mit 5,97 Prozent (sechs Sitze), gefolgt von den *Sozialdemokraten (Socialni demokrati)* mit 5,95 Prozent (ebenfalls sechs Sitze).

Cerar war mit dem Versprechen angetreten, wieder für Moral in der Politik zu sorgen. Der Schlüssel zu seinem Sieg dürfte vor allem sein Versprechen gewesen sein, mit der allgegenwärtigen Korruption aufzuräumen. Wirtschaftspolitisch vertritt er eher sozialdemokratische Positionen, während er eine konservative Haltung zu Familie und Religion einnimmt. Cerar wertete das Wahlergebnis als Beleg dafür, dass sich die Wähler für eine andere politische Kultur entschieden hätten, »die nicht spaltet«, wie er sich ausdrückte. Eine Allianz mit Janšas *SDS* schloss er umgehend aus.

Nach langen und zähen Verhandlungen kam es zu einer Koalition aus Cerars *SMC*, der *Rentnerpartei DeSUS* und den Sozialdemokraten. Erich Rathfelder schrieb in der *tageszeitung:*

> »Sicherlich haben die Wähler Sloweniens mit dem frischen Juristen Miro Cerar die Tür für eine positive Entwicklung geöffnet. […] Korruption und Vetternwirtschaft in Sektoren, die zu sehr mit der staatlichen Wirtschaft verbunden sind, haben das Parteiensystem in Slowenien geformt, haben bei den sich abwechselnden linken wie rechten Regierungsparteien der letzten Jahrzehnte den Boden für Misswirtschaft geschaffen. Cerar wird von dem Wunsch getragen, endlich für rationale und transparente Entscheidungsstrukturen im Staat und eine neue politische Moral zu sorgen.«[1]

Mit einer Staatsverschuldung von 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts übernahm Cerars Regierung eine Hypothek, die nicht von heute auf morgen abzutragen ist. Sie versuchte dies vor allem durch Änderungen im Steuersystem und die Privatisierung staatlicher Unternehmen. So wurden die Umsatzsteuer auf Versicherungsgeschäfte und die Steuern auf Finanzdienstleistungen angehoben. Außerdem ergriff man erste Schritte zur Rationalisierung und Effektivierung der Steuererhebung. Bei der Privatisierung kamen vor allem ausländische Unternehmen und Gesellschaften wie der niederländische Heineken-Konzern, die russische Gazprom, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der US-Fonds Apollo und der deutsche Flughafenbetreiber Fraport zum Zuge.

Eine harte Bewährungsprobe für die Regierung von Miro Cerar war und ist die Flüchtlingskrise. Im Herbst 2015 kamen zeitweise täglich bis zu 10 000 Flüchtlinge in das kleine Slowenien mit seinen nur gut zwei Millionen Einwohnern. Regierung und Behörden mühten sich nach Kräften, konnten aber nicht verhindern, dass beispielsweise die Bedingungen im

Aufnahmelager Brežice nahe der Grenze zu Kroatien sehr schlecht waren. Geflüchtete mussten bei Temperaturen um vier Grad im Freien übernachten. Als einige von ihnen aus Protest Zelte anzündeten, schickte die Regierung in Ljubljana Militäreinheiten. Am 26. Oktober erklärte Ministerpräsident Cerar, sein Land könne den Ansturm von Flüchtlingen nicht mehr lange durchhalten.

Anfang März 2016 beschloss dann die Regierung, die Grenze zu Kroatien zu schließen. Flüchtlinge ohne Visa für die EU wurden fortan nicht mehr durchgelassen. Slowenien erklärte sich aber bereit, im Rahmen des EU-Quotensystems knapp 1000 Flüchtlinge aufzunehmen. Gleichzeitig begann man, an der 670 Kilometer langen Grenze zu Kroatien einen Zaun zu bauen. Im September 2016 sagte Cerar in einem Zeitungsinterview:

> »Wir waren als Durchgangsland mit einem riesigen Zustrom von Migranten konfrontiert – das war für uns kaum zu bewältigen. Aber mit größter Anstrengung haben wir diese Herausforderung irgendwie gemeistert. Ich bin sehr froh, dass ich sagen kann: Wir haben es geschafft, menschlich zu bleiben. Wir haben die Migranten nicht nur registriert, sondern ihnen auch Unterkunft, Essen und medizinische Versorgung geboten. Zugleich haben wir für die Migranten und auch unsere Bevölkerung für Sicherheit gesorgt.«[2]

Funktionierende Demokratie mit rechtsstaatlichen Schwächen

Anders als etwa in Polen und Ungarn oder auch in Kroatien unter Präsident Tudman in den 1990er-Jahren hat es in Slowenien seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 keinen ernsthaften Versuch gegeben, die politischen Verhältnisse in Richtung eines autoritären Systems zu verschieben. Das Land ist eine parlamentarische Republik, mit regelmäßig stattfindenden Wahlen. Die Verfassung, die nach dem Vorbild des deutschen Grundgesetzes geschrieben wurde, garantiert eine liberale Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Menschen- und Bürgerrechte und auch den Schutz nationaler Minderheiten. Letzteres gilt allerdings nur für Italiener und Ungarn, nicht aber für Serben und Kroaten. Obwohl das Verfassungsgericht schon im Jahr 2008 eine Entscheidung anmahnte, sind die etwa 40 000 Serben und die rund 37 000 Kroaten im Land bis heute nicht als autochthone Minderheit anerkannt.

Die Gewaltenteilung funktioniert nicht immer reibungslos, da die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Parlament und Regierung nicht in der Verfassung geregelt ist, sondern nur in nicht immer eindeutig formulierten Gesetzen. Der Rechtsstaat leidet darunter, dass in der Justiz noch viele Richter und Staatsanwälte arbeiten, die schon in jugoslawischen Zeiten dort tätig waren und ihre alten ideologischen Denkschablonen noch nicht ganz abgelegt

haben.

Die drei wichtigsten politischen Strömungen bzw. Denkweisen in der slowenischen Gesellschaft sind die katholische, die linke bzw. sozialdemokratische und die liberale. In der Öffentlichkeit macht sich das katholische Milieu am stärksten bemerkbar, die Rolle der katholischen Kirche steht aber oft im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen. Politisch links zu sein heißt in Slowenien, sich gegen den Einfluss der katholischen Kirche in sozialen und weltanschaulichen Fragen zu stellen, nicht aber unbedingt, klassischen linken Ideen wie soziale Sicherheit, Arbeitnehmerrechte und Steuergerechtigkeit anzuhängen. Die Unterteilung der Gesellschaft anhand von Kriterien wie ländlich und urban oder arm und reich wird fast vollständig verdeckt von der Unterscheidung zwischen katholisch und nicht katholisch – eine Entgegensetzung, die in der slowenischen Geschichte immer wieder auftauchte und sich auch in den meisten Parteien findet.

Trotzdem ist das politische System bislang stabil. Aufgrund der Furcht, ein bestimmter politischer Block könne die anderen vollständig neutralisieren, gibt es eine große Offenheit für die Bildung von Regierungskoalitionen durch mehrere Parteien. Der Erfolg verschiedener großer Koalitionen einerseits und das politische Versagen von Regierungen, die nur von einem politischen Lager gebildet wurden, haben andererseits dazu beigetragen, solche Befürchtungen etwas zu zerstreuen.

Starkes Nationalbewusstsein, aber wenig Nationalismus

Das Wissen, ein vergleichsweise kleines Volk zu sein und deshalb ständig die nationale Existenz gefährdet zu sehen, war unter Slowenen stets präsent und spielt bis heute eine gewisse Rolle. Insofern gilt der Zweite Weltkrieg im historischen Bewusstsein dieses Volkes als existenzielle Katastrophe. Als die deutsche Wehrmacht, unterstützt von italienischen und ungarischen Einheiten, im April 1941 in Jugoslawien einmarschierte, das Land besetzte und in zehn Teile mit unterschiedlichem staatsrechtlichen Status aufteilte, war auch Slowenien unmittelbar von dieser Aggression und Zerstückelung betroffen. Das brutale Vorgehen der Besatzer rief slowenischen nationalen Widerstand hervor, der schon im Herbst 1941 bewaffnete Formen annahm. Bald gelang es den Kommunisten, die Führung des breit angelegten antifaschistischen Widerstandes in Jugoslawien zu übernehmen und andere politische Kräfte, vor allem bürgerliche Parteien, an den Rand zu drängen. Im Zuge des siegreichen Befreiungskampfes erhielt Slowenien einen Teil des Territoriums zurück, das nach dem Ersten Weltkrieg von Italien besetzt worden war.

Später profitierte Slowenien von der durch die Kommunisten vorangetriebenen Umgestaltung des jugoslawischen Staates in eine Föderation. Einerseits war das kommunistische Regime nicht zimperlich, was die Beschneidung persönlicher Freiheiten, die Gängelung demokratischer Strukturen und die Durchsetzung des wirtschaftlichen Kollektivismus anging, erlaubte aber andererseits eine gewisse eigenständige Entwicklung der in seinem Staatsverbund lebenden Völker. Allerdings war der Grad der Eigenständigkeit und des »erlaubten« Nationalbewusstseins immer von einer Lagebeurteilung durch die kommunistische Führung in Belgrad und deren Maß an Toleranz abhängig.

Gleich nach dem Krieg übten die siegreichen Kommunisten blutige Rache an ihren ideologischen Gegnern. Eine beträchtliche Anzahl von Slowenen floh deshalb ins Ausland. Der Verlauf des bewaffneten Widerstands im Zweiten Weltkrieg, die Festigung der Macht der Kommunisten nach dem Ende des Krieges und die Flucht vieler Slowenen ins Ausland haben sich tief in das kollektive Bewusstsein der Slowenen eingegraben.

In den Nachkriegsjahrzehnten entwickelte sich Slowenien in wirtschaftlicher Hinsicht schneller als die anderen Teilrepubliken. Das stärkte das nationale Selbstbewusstsein. Die zunehmende Krisenhaftigkeit des wirtschaftlichen Systems in Jugoslawien und auch das Fehlen demokratischer Strukturen führten zu nationalen Konflikten unter den jugoslawischen Völkern. Die wirtschaftlich stärker entwickelten Teilrepubliken revoltierten zunehmend gegen ihre Abgabeverpflichtungen an den zentralen Haushalt in Belgrad. Das betraf vor allem Slowenien. Zusammen mit den Kroaten forderten die Slowenen weitreichendere föderale Strukturen gerade in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die neue jugoslawische Verfassung von 1974 kam diesem Begehren zwar entgegen, konnte langfristig aber den Niedergang des kommunistisch geführten Staates nicht aufhalten.

1987 forderten slowenische Wissenschaftler und Kulturschaffende in der Zeitschrift *Nova revija* ein neues slowenisches Nationalprogramm, das die Beseitigung des Einparteiensystems, demokratische Strukturen, Achtung politischer Freiheiten, nationale Souveränität und die Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft beinhaltete und auch von reformorientierten Kommunisten unterstützt wurde. Die Bewegung *DEMOS*, ein Bündnis von Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Vertretern der Bauern, gewann im April 1990 die Parlamentswahl und bildete eine Regierung, die sofort mit durchgreifenden Reformen begann. Das Bündnis basierte auf einem breiten nationalen Konsens. Um diesen nicht zu gefährden, verzichtete die Regierung auf die Lustration, das heißt auf eine Überprüfung der Inhaber von staatlichen Ämtern auf frühere Beziehungen zu den kommunistischen Geheimdiensten. Im Dezember 1990 entschieden sich die Slowenen per Volksabstimmung für die Unabhängigkeit. Am 26. Juni 1991

verabschiedete das Parlament eine entsprechende Resolution. Der daraufhin erfolgte Einmarsch jugoslawischer Truppen konnte im sogenannten Zehn-Tage-Krieg durch die slowenische Territorialverteidigung erfolgreich zurückgedrängt werden, was die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung am 23. Dezember 1991 ermöglichte. Die Unabhängigkeitserklärung, der militärische Erfolg und die neue Verfassung steigerten das Selbstbewusstsein der Slowenen, haben aber bislang nicht zu einem Nationalismus in größerem Ausmaß geführt.

Aber es gibt nationalistische Kräfte. Zum Glück kommt die nationalistische und rassistische *Slowenische Nationale Partei (Slovenska Nacionalna Stranka – SNS),* die von 1992 bis 2011 im slowenischen Parlament vertreten war, in den neueren Umfragen nur noch auf Werte um 2 Prozent. Daneben existiert die *Nationalsoziale Union Sloweniens (Nacional-socialna zvesa Slovenij – NSZS),* die hauptsächlich dadurch von sich reden macht, dass einige kleinere, ihr zugehörige paramilitärische Einheiten damit prahlen, Slowenien gegen »Fremde« schützen zu helfen. Skinheads sind im Land kaum von Bedeutung. Regierung und Parteien messen dem Kampf gegen Rechtsextremismus keine Bedeutung bei, rassistische Gewalttaten, die allerdings vergleichsweise selten vorkommen, werden in der Regel als »normale Kriminalität« abgetan. An den rechten Rändern der konservativen Parteien dominieren Themen von »Law and Order«, die mitunter rassistisch aufgeladen sind – etwa wenn von der »Reinhaltung Sloweniens« die Rede ist – und sich insbesondere gegen Roma und Einwanderer richten. Erzkonservative pflegen auch die Feindschaft gegenüber Österreich, was sie mit der diskriminierenden Politik Wiens gegenüber den Slowenen in Kärnten und der Steiermark begründen, die es vor allem unter dem verstorbenen Jörg Haider, Landesobmann von Kärnten, gegeben hat.

Und gelegentlich sind nationalistische Töne zu hören bei Streitigkeiten mit den Nachbarn: Das betrifft etwa den Streit mit Kroatien um den Verlauf der gemeinsamen Grenze, die Vertreibung der Altösterreicher aus den ehemals steierisch-kärntnerischen Gebieten im heutigen Slowenien, den Streit mit Budapest über die Ungarn in Slowenien und Probleme der Rechtsnachfolge in Bezug auf das frühere Jugoslawien.

Von der EU-Euphorie zur besorgten Skepsis

Im früheren Jugoslawien spielte Slowenien auf internationaler Ebene nur eine untergeordnete Rolle, da den Teilrepubliken nicht gestattet war, gleichberechtigt an der Außenpolitik teilzunehmen. So musste Slowenien nach Erlangung der Unabhängigkeit erst lernen, selbstständig Außenpolitik zu betreiben. Eine der ersten Herausforderungen betraf das Bemühen um

internationale Anerkennung des jungen Staates, da weder die führenden europäischen Staaten noch die USA anfangs die Auflösung Jugoslawiens befürworteten. Doch nach dem Erfolg im Zehn-Tage-Krieg, der Erklärung von Brioni (Juli 1991) und dem Abzug der jugoslawischen Truppen von slowenischem Gebiet beschleunigte sich der Prozess der internationalen Anerkennung, wobei Deutschland und der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher eine initiierende Rolle spielten.

Schon vor der Unabhängigkeit war der Beitritt zur EG/EU eines der strategischen Ziele der slowenischen Politik gewesen. Im neuen Staat wurde dieses Begehr von allen politischen Kräften unterstützt, mit Ausnahme der *Slowenischen Nationalen Partei*. Für eine Mitgliedschaft wurden nicht nur politische, wirtschaftliche und soziale Gründe ins Feld geführt, vielmehr sah die große Mehrheit der Bevölkerung darin auch den besten Weg, den »babylonischen Verhältnissen« auf dem Balkan zu entrinnen. Man wollte sich ein für alle Mal von Kriegen und sonstigen Auseinandersetzungen auf dem Balkan absetzen und Slowenien als friedliebendes Land präsentieren, das Aufgaben und Probleme auf »europäische Art« bewältigt.

Der Euphorie für Europa in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren folgte zwischen 1993 und 1997 eine Periode der Vorsicht und des Zweifels, die vor allem mit den komplizierten Beitrittsverhandlungen und den darüber geführten öffentlichen Diskussionen zusammenhing. Danach stellte sich ein gewisser EU-Realismus ein, der im Prinzip bis heute anhält.

Da Slowenien ein neu gegründeter Staat war, mussten parallel zum Beitrittsprozess fast alle staatlichen Systeme und Institutionen aufgebaut bzw. erneuert werden – einschließlich des administrativen und diplomatischen Apparats sowie des Militärs. Die Annäherung an die EU und die Übernahme des Gesamtbestandes des gültigen EU-Rechts (Acquis Communautaire) wurden in diesem Zusammenhang als Chance und Hilfe begriffen, die rechtlichen und normativen Grundlagen für einen modernen, europäisch ausgerichteten Staat zu schaffen.

Bei einer Umfrage im Jahr 1994 begrüßten 17,3 Prozent der Bevölkerung enthusiastisch den EU-Beitritt Sloweniens, 57,4 Prozent sprachen sich dafür aus, während nur 3,4 Prozent dagegen votierten und 21,9 keine Meinung dazu hatten bzw. sich der Stimme enthielten. Eine Umfrage im Jahr 2001 ergab in etwa das gleiche Bild, wobei allerdings 78,4 Prozent der Befragten die Meinung äußerten, kleinere EU-Mitglieder könnten nicht auf Augenhöhe mit den größeren Mitgliedstaaten agieren.

Bereits im Jahr 1993 schloss Slowenien mit der EU ein Kooperationsabkommen, dem 1996 der Antrag auf Mitgliedschaft folgte. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen votierten am 23. März 2003 in einer Volksabstimmung 89,6 Prozent der Wahlberechtigten für einen Beitritt zur Union. 66,1 Prozent stimmten für den Beitritt zur Nato.

Das erste größere politische Ereignis nach dem Beitritt Sloweniens und neun anderer Staaten war dann die Europawahl im Juni 2004, die zu einer gewissen Ernüchterung führte, weil die Wahlbeteiligung erheblich niedriger ausfiel als bei allen Wahlen seit Erlangung der Unabhängigkeit. Nur 461 000 von 1,6 Millionen Wahlberechtigten (28,3 Prozent) gaben ihre Stimme ab. Das hing damit zusammen, dass alle Parteien die Europawahl vor allem als Stimmungstest für die wenige Monate später stattfindende Parlamentswahl verstanden und die Themen im Wahlkampf fast ausschließlich innenpolitische Probleme und Aufgaben betrafen, während die Bedeutung der EU und ihrer Institutionen sowie europäische Aufgaben kaum vorkamen.

Seit dem 1. Januar 2007 ist der Euro gültige Währung in Slowenien. Im ersten Halbjahr 2008 übte das Land den EU-Ratsvorsitz aus. Slowenien unterstützt das Bemühen der Ukraine um eine Annäherung an die EU. Im Oktober 2016 gab die slowenische Regierung grünes Licht für das Freihandelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada.

Grundsätzlich ist eine Mehrheit der slowenischen Bevölkerung weiterhin mit der Mitgliedschaft in der EU einverstanden, doch haben Sorgen und Skepsis bezüglich der Gemeinschaft zugenommen. Nach der »Brexit«-Entscheidung in Großbritannien hatten viele Menschen Angst vor einem Auseinanderbrechen der Union. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang das Eurobarometer vom Frühjahr 2016. Auf die Frage, ob die Gemeinschaft derzeit auf sie einen positiven Eindruck mache, antworteten 32 Prozent mit Ja und 20 Prozent mit Nein, 46 Prozent erklärten, dass sie weder einen positiven noch einen negativen Eindruck hätten, 2 Prozent gaben keinerlei Meinung ab.

Geschichte und Identität

Schon während des Beitrittsprozesses, aber auch nach der Aufnahme in die Europäische Union wurde in Slowenien ausgiebig über das weitere Schicksal der Nation und über die slowenische Identität unter den Bedingungen der EU-Mitgliedschaft diskutiert. Dabei lassen sich den politischen Lagern unterschiedliche Positionen zuordnen. Auf der einen Seite setzen sich die neueren Parteien, also die Christdemokraten, Sozialdemokraten und die bäuerliche Volkspartei intensiv für den Erhalt der slowenischen Identität ein und vertreten teilweise sehr konservative Wertvorstellungen, was die Gestaltung des öffentlichen und privaten Lebens betrifft. Auf der anderen Seite stehen die Parteien, deren Ursprünge auf die frühere *Kommunistische Partei* zurückgingen, so die von ehemaligen Kommunisten gebildete Sozialdemokratie und die Liberaldemokraten. Diese waren eher der Ansicht, man müsse sich um das Nationale nicht besonders kümmern, sondern solle die wirtschaftliche Modernisierung sowie die Stärkung der Demokratie und der

Freiheit in den Vordergrund stellen. Bei wichtigen politischen Entscheidungen der verschiedenen Regierungen spielten diese unterschiedlichen Auffassungen wiederholt eine Rolle.

In diesem Zusammenhang bekannte sich die Mehrheit der Kulturschaffenden offensiv zur slowenischen Identität und gab sich zugleich zuversichtlich, dass diese auch innerhalb der Europäischen Union bewahrt und fortentwickelt werden könne. Für sie war und ist die nationale Identität Grundvoraussetzung für eine humanistische und freiheitlich-demokratische Entwicklung des Landes. Als zentrale Elemente des slowenischen nationalen Interesses wurden genannt: Bekenntnis zur slowenischen Sprache und Kultur, Erhalt und Sicherung des slowenischen Territoriums innerhalb der bestehenden Grenzen sowie des selbstständigen Staates innerhalb der EU, wirtschaftliche Prosperität sowie fundiertes wissenschaftliches und kulturelles Schaffen in Kooperation und Wettstreit mit den anderen europäischen Nationen.[3]

Im Rahmen der kulturellen und historischen Debatte war und ist der frühere Ministerpräsident Janes Janža einer derjenigen, die sich – ähnlich wie Jarosław Kaczyński in Polen – als Kämpfer gegen vermeintliche oder tatsächliche Seilschaften aus kommunistischen Zeiten profilieren, die nach Janža gerade in der Justiz weiter am Werk seien. Mit seinen ideologischen Kreuzzügen gegen Politiker im linken Lager – damit sind alle gemeint, die als Postkommunisten in und nach der Wende eine Rolle spielten – trägt er zur Spaltung der Gesellschaft bei.

Diese Spaltung und diese Grabenkämpfe gehen zum Teil bis auf den Zweiten Weltkrieg zurück, als sich in Slowenien zwei Lager gegenüberstanden: die Partisanen Titos und die *Slovensko Domobratswo (Slowenische Landwehr), Domobranci* genannt, eine antikommunistische katholisch-konservative militärische Organisation, die mit der Wehrmacht und der Waffen-SS im Kampf gegen die *Befreiungsfront (Osvobodilna Fronta)* kollaborierte, in der die Kommunisten dominierten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Tausende *Domobranci* von den siegreichen Partisanen wegen der Kollaboration mit den faschistischen Besatzern erschossen. Janez Janža stammt aus einer Familie, die damals zu den *Domobranci* hielt.

Der Streit brach wieder auf, als im Jahr 2009 in einem stillgelegten Braunkohlenbergwerk ein Massengrab entdeckt wurde. Die Toten gehören zu jenen Tausenden Slowenen, aber auch Kroaten, Serben und Montenegrinern, die nach Kriegsende von den Partisanen liquidiert worden waren. Bei der Öffnung des Stollens von Huta Jama (deutsch: Böse Grube) nahe dem slowenischen Kurort Laško auf halbem Weg zwischen Ljubljana und Maribor fand und exhumierte man 800 Skelette, die dann vorläufig in einem Beinhaus gelagert wurden. Im Sommer 2016 beschloss man, den Stollen erneut zu öffnen, weitere Skelette zu bergen und mit den 800 bereits exhumierten in

einer Gedenkstätte in Maribor zu beerdigen. In Slowenien existieren Hunderte solcher Massengräber wie das von Huta Jama.

In dem nach den Funden von Huta Jama losbrechenden Streit wiesen slowenische Alt- und Postkommunisten und deren linke Folgeparteien jede moralische Verantwortung weit von sich und schoben sie der vormaligen Führung in Belgrad zu. Die konservativen Parteien warfen daraufhin den Linken vor, die Debatte über die Nachkriegsverbrechen abwürgen zu wollen, mussten sich dafür aber den Vorwurf gefallen lassen, das damalige Verhalten der Partisanen losgelöst von den vorangegangenen Verbrechen der deutschen und italienischen Besatzer und vom historischen Sieg der Partisanen als Gründungsmythos des befreiten Jugoslawiens zu betrachten.

In Ljubljana will man nun ein Denkmal errichten, das an alle Opfer des Krieges und der Nachkriegszeit erinnern soll. Immerhin gibt es dort schon eines für die sowjetischen Soldaten, die im Kampf gegen Hitlerdeutschland auf slowenischem Gebiet gefallen sind.

Fazit: Bei allen Schwächen hat Slowenien seit Erlangung der Unabhängigkeit eine bemerkenswerte Entwicklung genommen. Das wird deutlich, wenn man die Situation in diesem Land mit der in anderen früheren jugoslawischen Teilrepubliken oder autonomen Regionen vergleicht, etwa mit der in Mazedonien oder gar im Kosovo. Die Mehrheit der slowenischen Gesellschaft ist weiterhin mit der Zugehörigkeit des Landes zur EU einverstanden, sieht diese Mitgliedschaft aber nicht mehr so euphorisch wie in den Anfangsjahren. Verbreitet ist das Gefühl, die kleineren Mitglieder hätten nicht viel zu sagen. Die Furcht der Slowenen, Nation und Staat könnten in ihrer Existenz bedroht sein, fördert das starke Bemühen um den Erhalt nationaler Traditionen und um die intensive Pflege der Sprache, was aber nicht Nationalismus heißen muss.

Die baltischen Staaten

Die frühere lettische Außenministerin Sandra Kalniete zog besonders in Deutschland harsche Kritik auf sich, als sie im März 2004 in einer Rede auf der Leipziger Buchmesse die Verbrechen des NS-Regimes mit denen kommunistischer Regime auf eine Stufe stellte. Sie sagte:

> »Über 50 Jahre lang ist die Geschichte Europas geschrieben worden, ohne dass wir daran teilnehmen konnten, und die Geschichte der Sieger des Zweiten Weltkriegs teilte, nur zu typisch, alles und jeden nach Gut und Böse, nach Richtig und Falsch. Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erhielten die Forscher einen Zugang zu den archivierten Dokumenten und Lebensgeschichten dieser Opfer. Diese belegen, dass beide totalitären Regime – Nazismus und Kommunismus – gleich kriminell waren. Es darf niemals eine Unterscheidung zwischen ihnen geben, nur weil eine Seite auf der Seite der Sieger gestanden hat. Der Kampf gegen den Faschismus kann nicht als etwas angesehen werden, das die Sowjetunion, die zahllose Unschuldige im Namen der Ideologie einer Klasse unterdrückte, für immer von ihren Sünden freispricht.«[1]

Sandra Kalniete ist zudem Autorin des Buches »Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee«, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde, auch ins Deutsche. Darin erzählt sie die Lebensgeschichte ihrer Eltern und Großeltern, die stalinistischen Deportationen zum Opfer fielen.

Wissenschaftlich, historisch und geschichtspolitisch ist es falsch, Nationalsozialismus und Kommunismus sowjetischer Prägung gleichzusetzen, wenngleich eine seriöse Aufarbeitung beider Systeme natürlich auch zu Vergleichen anregt. Aber die Aussage Kalnietes führt mitten hinein in den historischen Diskurs nicht nur Lettlands, sondern auch Estlands und Litauens, in dem der Zweite Weltkrieg und die langjährige Zugehörigkeit der drei Länder zur Sowjetunion eine herausragende Rolle spielen. Für die Bürger dieser Länder ist es nicht möglich, die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft aufzuarbeiten, ohne die Folgen der kommunistischen Herrschaft miteinzubeziehen.

Während des Zweiten Weltkriegs kämpften etwa 200 000 Letten teils in den Reihen der Roten Armee, teils aufseiten der deutschen Wehrmacht. Beide Seiten, die Deutschen wie die Sowjets, griffen dabei nicht nur auf Freiwillige

zurück, sondern zogen »wehrfähige« lettische Männer ein – ohne jede Rücksicht auf völkerrechtliche Konventionen. Dieser »erzwungene Bürgerkrieg« wird in Lettland nur zögerlich aufgearbeitet, wobei die Sympathien der Mehrheit bislang eher bei denjenigen lagen, die auf deutscher Seite gegen die Rote Armee gekämpft haben. Andererseits ist bei jungen Intellektuellen Lettlands zunehmend spürbar, dass sie beide verbrecherischen Systeme und deren Gewaltherrschaft in den baltischen Staaten kritisch hinterfragen.

Auch wenn die drei baltischen Staaten inzwischen der Europäischen Union und der Nato angehören und damit politisch und wirtschaftlich in einem europäischen und euroatlantischen Rahmen agieren, der ihnen ein Gefühl der Sicherheit und Stabilität vermittelt, bleiben Fragen der nationalen Existenzsicherung immer noch zentral für die Regierenden in Vilnius, Riga und Tallinn. Das bedeutet noch nicht zwingend Nationalismus, führt eher zu ausgeprägtem Patriotismus, doch auch nationalistische und rechtsradikale Umtriebe finden sich in diesen drei Ländern.

Lange Jahre von Moskau aus regiert

Nach dem »Großen Nordischen Krieg« (1700 – 1721) wurden Teile des heutigen Estlands und Lettlands sowie infolge der dritten Teilung Polens 1795 große Gebiete des heutigen Litauens dem Zarenreich als russische Provinzen eingegliedert. Im Zuge des Zerfalls des Zarenreiches und der Oktoberrevolution von 1917 erlangten die drei Staaten ihre Unabhängigkeit, die auch die Bolschewiki 1920 anerkannten. Doch das währte nur 20 Jahre lang. Im geheimen Zusatzabkommen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (Molotow-Ribbentrop-Pakt) vom 23. August 1939 und dem Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September desselben Jahres wurden die baltischen Staaten dem sowjetischen Herrschaftsbereich überlassen. Das war der Anfang vom Ende ihrer Souveränität.

Unter Gewaltandrohung wurden Estland, Lettland und Litauen 1940 von der Sowjetunion annektiert. Nach damaliger sowjetischer Sprachregelung »baten« sie Moskau um die Entsendung und Stationierung von Truppen zu ihrem Schutz und traten der UdSSR »freiwillig« bei. Im Juni 1940 begannen Massendeportationen von Esten, Letten und Litauern, die vermeintlich oder tatsächlich dem sowjetischen System kritisch gegenüberstanden.

Im Juni 1941 besetzte die deutsche Wehrmacht die drei baltischen Staaten. Tausende von Freiwilligen meldeten sich in Estland, Lettland und Litauen für den Dienst in verschiedenen SS-Divisionen. Beim deutschen Einmarsch lebten in Litauen 220 000 Juden sowie in Lettland 74 000 und in Estland 4500. Die übergroße Mehrheit von ihnen wurde ermordet – allein 70 000 in

Ponar nahe Vilnius – oder kam in den Gettos und Konzentrationslagern der Nazis ums Leben.

Die Menschen in den drei besetzten Staaten verhielten sich unterschiedlich gegenüber der von den Nationalsozialisten betriebenen Verfolgung und Vernichtung der Juden. Eine Gruppe nahm aktiv teil, indem sie mithalf, die Juden zusammenzutreiben, und Erschießungskommandos stellte oder sich daran beteiligte. Eine zweite Gruppe verhielt sich passiv gegenüber dem Morden, einige von ihnen bereicherten sich aber an dem Eigentum, das die Juden zurücklassen mussten. Und die dritte Gruppe leistete Widerstand gegen die Vernichtung der Juden oder versuchte zumindest durch Sabotage der Mordmaschinerie Schwierigkeiten zu bereiten. Die Zahl derjenigen, die zur ersten und zur dritten Gruppe gehörten, war eher klein, wobei die aktiven Täter und Mittäter durch ihr lautstarkes und extrem gewalttätiges Auftreten den Nazis eine große Hilfe waren. Die zweite war die größte Gruppe in allen baltischen Staaten. Sie bestand hauptsächlich aus passiven Beobachtern, die irgendwie versuchten, sich aus dem Geschehen herauszuhalten und ihr Leben und das ihrer Familien zu sichern. Auch wenn diese Menschen unfreiwillig Zeugen der Verbrechen wurden, verdrängten sie das Erlebte und waren bemüht, ihren Alltag unter dem Besatzungsregime so unauffällig wie möglich zu gestalten.

Nach dem Ende der deutschen Besetzung 1944 und der Rückkehr der Sowjets fingen die Deportationen von Litauern, Letten und Esten erneut an. Gleichzeitig wurden Russen und Angehörige anderer slawischer Nationalitäten besonders aus der russischen, der ukrainischen und der weißrussischen Sowjetrepublik gezielt in den baltischen Ländern angesiedelt, um diese ehemals selbstständigen Republiken stärker an die Moskauer Zentralmacht zu binden. So sollten Unabhängigkeitsbestrebungen schon im Keim erstickt werden. Im Zuge der Industrialisierung kam es zu einer weiteren Arbeitsemigration aus der Sowjetunion, sodass Esten und Letten zeitweise beinahe in ihren eigenen Ländern zu Minderheiten geworden wären. Bis heute beträgt der Anteil der Russen bzw. Russischstämmigen in Lettland etwa 27 Prozent, in Estland 25 Prozent und in Litauen knapp 5 Prozent. In Litauen kommen noch 6 Prozent Polen und 1,5 Prozent Weißrussen hinzu.

Parlamentarische Demokratie, zersplittertes Parteiensystem

Wenn man die Ausgangsposition der drei baltischen Länder als frühere sowjetische Republiken in Rechnung stellt und zur Kenntnis nimmt, mit welcher Beharrlichkeit sie seither Staat und Wirtschaft konsolidiert bzw. reformiert haben, dann kann man ihnen dafür nur Anerkennung zollen –

ungeachtet dessen, dass die Einkommen in der Gesellschaft noch stark auseinanderklaffen, die zivilisatorischen Unterschiede zwischen Stadt und Land weiterhin sehr groß sind und die Sozialsysteme wenig Leistungskraft aufweisen. Weitgehend aus eigener Kraft haben Litauen, Lettland und Estland schwierige Situationen gemeistert, die vor allem durch die von Moskau über Litauen verhängte Energieblockade, die russische Rubelkrise von 1998 und die globale Finanzkrise bzw. europäische Schuldenkrise entstanden waren.

Die parlamentarische Demokratie in den baltischen Staaten gilt im Grundsatz als gefestigt. Ein Rückfall in autoritäre Regime ist kaum zu erwarten. Systematische Veränderungen wie unter Jarosław Kaczyński in Polen und Viktor Orbán in Ungarn zeichnen sich bislang nicht ab. Seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 wurden alle Legislaturperioden von vier Jahren eingehalten, nicht einmal kam es zu vorgezogenen Parlamentswahlen. Allerdings hat es sehr viele Regierungswechsel gegeben, was vor allem mit der Zersplitterung und mangelnden Konsolidierung der Parteienlandschaft zusammenhängt. Eine unüberschaubare Zahl von Parteien prägt das Bild. Neugründungen, Zusammenschlüsse, Spaltungen und Auflösungen sind fast an der Tagesordnung.

Die Schwächen der parlamentarischen Demokratie in Litauen, Lettland und Estland zeigen sich insbesondere anhand des seit Jahren sinkenden Interesses der Bürger an Politik, vor allem an Parteipolitik. Die Bereitschaft, an Parlamentswahlen teilzunehmen, sinkt ebenfalls seit Jahren. Hinzu kommt eine extreme Personalisierung der Politik. Besonders die Parteien in Lettland und Estland haben es bislang versäumt, klare politische Programme zu entwerfen, Ziele zu definieren und die Unterschiede zu den politischen Gegnern deutlich zu machen. Die Wählerwanderung ist auffallend hoch. Seit der Unabhängigkeit konnte keine Partei konstant hohe Wahlergebnisse erzielen.

Oberflächlich betrachtet, lassen sich die Parteien in die klassischen westeuropäischen Schemata einpassen. Die Palette reicht von linkspopulistisch, sozialdemokratisch und linksliberal bis zu christdemokratisch, rechtsliberal, extrem konservativ und nationalistisch.

Doch oft sind die Unterschiede gar nicht so groß. Über vieles ist man quer durch die Lager einer Meinung: Man will in EU und Nato verankert sein, man fühlt sich von Russland bedroht, und man kann es kaum erwarten, dass die Nato ihre 1000 Mann starken Bataillone ins Land schickt. Es kann auch vorkommen, dass sich Politiker nicht so verhalten, wie es aufgrund des Namens ihrer Partei anzunehmen wäre – etwa dann, wenn ein sozialdemokratischer Ministerpräsident den gesetzlichen Arbeitnehmerschutz lockert oder sich eine liberalkonservative und strikt antikommunistische Präsidentin als Hüterin von Arbeiterinteressen geriert.

Eine Besonderheit in den baltischen Staaten sind Parteien, die vor allem

bei den russischen Minderheiten in diesen Ländern Anklang finden. Dazu zählen die linkspopulistische *Partei der Arbeit (Darbo partija)* in Litauen, die lettische *Harmonie (Sakaņa)* sowie die ebenfalls linkspopulistische *Estnische Zentrumspartei (Eesti Keskerakond)*. Nur sehr entfernt verwandt mit den Grünen etwa in Deutschland und hauptsächlich ein bäuerlich-konservatives Publikum ansprechend sind der *Bund der Bauern und der Grünen Litauens (Lietuvos valstiečių ir žaliųjų sajunga)* sowie das *Bündnis der Grünen und Bauern (Zaļo un Zemnieku savienība)* in Lettland.

Überraschenderweise gewann der *Bund der Bauern und der Grünen Litauens* die Parlamentswahl in Litauen im Oktober 2016 und konnte einen Monat später eine Regierungskoalition mit der *Sozialdemokratischen Partei Litauens* bilden. Neuer Ministerpräsident wurde Saulius Skvernelis, der sich als früherer Polizeichef und Innenminister im Kampf gegen die Korruption einen Namen gemacht hat.

Rechtsradikale Umtriebe

Bleibt die Frage nach den militanten Nationalisten und Rechtsradikalen. Wichtigste Partei dieses Spektrums ist die *Estnische Konservative Volkspartei (Eesti konservatiivne Rahvaerakond – EKRE)*, die am 1. März 2015 bei den Parlamentswahlen 8,1 Prozent der Stimmen erhielt und deshalb mit sieben Abgeordneten ins Parlament einzog. *EKRE* versteht sich ausdrücklich als Partner von *Pegida* in Deutschland.

Darüber hinaus gibt es in allen baltischen Staaten gefährliche nationalistische und rechtsradikale Manifestationen, die bislang aber keinen massenhaften Zulauf erhalten haben. So finden jährlich zum Unabhängigkeitstag Litauens am 11. März Aufmärsche von Neonazis in Vilnius, Kaunas und anderen Städten statt. Die lettische Hauptstadt Riga wiederum ist alljährlich Schauplatz für den Aufmarsch von ehemaligen Angehörigen der lettischen Waffen-SS bzw. deren Nachkommen und Sympathisanten. An solchen Demonstrationen nehmen auch Mitglieder der Partei *Nationale Allianz* teil, wobei drei Viertel der Teilnehmer jünger als 30 Jahre sind. Die rechtsradikale *Nationale Allianz*, die unter anderem jeden Gebrauch des Russischen als zweite Amtssprache strikt ablehnt, ist mit sechs Abgeordneten im lettischen Parlament vertreten.

Für die frühere 15. und 19. Grenadier-Division der Waffen-SS wird bis heute der Begriff »lettische Legion« gebraucht. Zum größten Teil waren die Letten für diese Divisionen zwangsrekrutiert worden – wer sich dem widersetzte oder der Aufforderung zu Zwangsarbeit in Deutschland nicht Folge leistete, fand sich in einem der Konzentrationslager wieder –, doch hatte sich immerhin jeder Fünfte freiwillig gemeldet. Zu ihnen zählten auch

vormalige Angehörige des lettischen Sicherheitsdienstes, die zusammen mit den deutschen Besatzern Juden ermordet hatten.

Die deutschen Truppen waren nach dem Angriff auf die Sowjetunion von Teilen der Bevölkerung in den baltischen Staaten als Befreier angesehen worden. Die Hoffnung, Deutschland würde den drei Ländern ihre Souveränität zurückgeben, erwies sich jedoch schon bald als Illusion. Die jährlichen SS-Aufmärsche und deren historische Hintergründe werden leider in der lettischen Öffentlichkeit immer noch zu wenig diskutiert und kritisch hinterfragt.

Auch in Estland finden Veranstaltungen von SS-Veteranen bzw. deren Nachkommen und Anhängern statt. Der frühere estnische Ministerpräsident Mart Laar hat sogar mehrfach Grußworte an solche Treffen geschickt. Zum Glück konnten rechtsradikale Demonstranten und konservative Parteien nicht verhindern, dass im Februar 2016 das estnische Parlament ein Gesetz zur weitgehenden Gleichstellung von homosexuellen Paaren verabschiedete.

Schwieriger Umgang mit den russischen Minderheiten

Besonders in Lettland und Estland gestalten sich Einbürgerung und Integration der Angehörigen der russischen Minderheiten oft noch schwierig. Sie haben zwar ein Aufenthalts- und Arbeitsrecht, erhielten aber nach der Unabhängigkeit nicht automatisch auch die Staatsbürgerschaft Lettlands bzw. Estlands. Diese können sie durch einen Einbürgerungstest in lettischer und estnischer Sprache erwerben, der aber für viele, vor allem ältere Menschen eine unüberwindbare Hürde darstellt. Wer es nicht schafft, ist staatenlos, wenn er nicht noch die russische Staatsangehörigkeit besitzt.

In der lettischen Hauptstadt sind 40 Prozent der Einwohner Russen, in einigen Stadtteilen stellen sie sogar die Mehrheit, so wie in der zweitgrößten Stadt Daugavpils nahe der Grenze zu Belarus. In Estland und Lettland haben aufenthaltsberechtigte Nichtesten bzw. Nichtletten das aktive Wahlrecht. Zwei Drittel der Esten und Letten beherrschen die russische Sprache. Im Alltag kommt es allerdings oft vor, dass Russen diskriminiert werden, etwa bei der Besetzung von Stellen.

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und dem verdeckten Engagement russischer Militärs in der Ostukraine wächst die Angst in den baltischen Staaten, der Kreml könne auch die russischen Minderheiten in ihren Ländern für vergleichbare Aggressionen instrumentalisieren. Die Tatsache, dass alle drei Staaten Mitglied der Nato sind, beruhigt nicht alle Menschen, sodass die dortigen Schützenvereine einigen Zulauf haben. Daher ist auch nachvollziehbar, dass Litauen, Lettland

und Estland die Entscheidung des Nato-Gipfels im Juli 2016 in Warschau begrüßten, multinationale Bataillone in ihre Länder sowie nach Polen zu entsenden, zumal die russische Regierung immer wieder für Provokationen gut ist. So haben russische Militärflugzeuge 2016 wiederholt den estnischen Luftraum verletzt. Und zur Beruhigung der Balten trägt auch nicht gerade bei, wenn Russland Iskander-Raketen, die mit Atomsprengköpfen bestückt sind, in der russischen Exklave Kaliningrad nahe der Grenze zu Litauen stationiert.

Nationale Mythen, späte Aufarbeitung des Holocaust

Angesichts der langen Phasen nationaler Unfreiheit und der, historisch gesehen, vergleichsweise kurzen Periode der staatlichen Unabhängigkeit seit 1991 ist es nicht verwunderlich, wenn viele Litauer, Letten und Esten bis heute hartnäckig bestimmte Mythen pflegen.

Zu diesen Mythen zählt die Überzeugung, Litauer, Letten und Esten seien besondere Menschen, besser, unverdorbener und moralischer als andere Völker. Die Historikerin Ruth Leiserowitz führt diese Selbstüberhöhung auf die Deportationen in den Jahren 1940 bis 1954 zurück, als insgesamt fast 580 000 Balten in das Innere der Sowjetunion verbannt wurden. Die dadurch hervorgerufenen Traumata würden bis heute nachwirken. Zudem sorgte die Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion dafür, dass es zu keinen engeren Beziehungen zwischen den drei baltischen Völkern kam. Und Historiker der drei Länder durften sich zu Sowjetzeiten nicht mit bestimmten historischen Epochen beschäftigen, wie zum Beispiel der Periode der Unabhängigkeit Litauens, Lettlands und Estlands in der Zwischenkriegszeit. Solche Themen waren tabu. Zugelassen waren dagegen Forschungen, deren Ergebnisse ins sowjetische Weltbild passten, etwa die Kämpfe der Balten gegen die Expansion des Deutschen Ritterordens im 14. und 15. Jahrhundert.

Deswegen hätten sich Litauer, Letten und Esten im Laufe der Unabhängigkeitsbestrebungen der späten 1980er-Jahre erstmals wieder als Nation begriffen, und dies oft in idealisierter Form, das heißt als herausgehoben. Natürlich gibt es auch in den baltischen Staaten viele, vor allem jüngere Menschen, denen das Nationale nur in Ansätzen etwas bedeutet, die einen anderen, europäischen oder internationalen Lebensstil pflegen bzw. ein solches Bewusstsein haben. Und die Angehörigen der russischen Minderheiten interessieren sich für die nationalen Gefühle der Balten, wenn überhaupt, nur ganz am Rande.

Nach wie vor problematisch ist der Umgang mit der offenkundigen Verstrickung von Litauern, Letten und Esten in den Holocaust. Beträchtliche Teile der drei Gesellschaften – in Litauen und Lettland ist es sogar die

Mehrheit – sind immer noch nicht bereit, die damalige Mittäterschaft einzugestehen, oder verdrängen dies zumindest. Und das, obwohl es allein in Litauen 200 Orte gibt, an denen Juden ermordet wurden, und obwohl litauische Historiker durchaus schon Forschungsergebnisse zu dem Thema vorgelegt haben. Doch ihre Bücher werden kaum gelesen.

Immerhin waren im Zuge des Unabhängigkeitsprozesses in dieser Hinsicht erste geschichtspolitische Erfolge zu verzeichnen. So wurden auf einen Beschluss des litauischen Parlaments von 1990 hin jüdische Friedhöfe restauriert und an vielen Orten, wo einst gemordet wurde, Gedenktafeln angebracht. 1995 bat der damalige Staatspräsident Algirdas Brazauskas, Sozialdemokrat und vormals Mitglied der litauischen Kommunisten, in Jerusalem um Vergebung für die Untaten von Litauern, was ihm zu Hause allerdings vielfach angekreidet wurde.

Ein Lichtblick war das Erscheinen des Sachbuchs »Musiskiai« (»Die Unsrigen«) der litauischen Journalistin Ruta Vanagaitè im Februar 2016. Ihr gelang es erstmals, einer beträchtlichen Zahl ihrer Landsleute zu vermitteln, dass viele Litauer zu den Tätern des Holocaust gehört und litauische Polizeieinheiten Massenerschießungen durchgeführt hatten. Innerhalb kurzer Zeit wurden fast 20 000 Exemplare des Buches verkauft, was für ein kleines Land wie Litauen mit einer Einwohnerzahl von knapp 2,9 Millionen (2015) ein sehr beachtlicher Erfolg ist.

Ein weiterer Lichtblick waren Gedenkfeiern in der letzten Augustwoche des Jahres 2016 in den litauischen Kleinstädten Molėtai, Biržai und Scheduva, an denen zusammen mehr als 2000 Menschen teilnahmen. Dort waren 75 Jahre zuvor Juden erschossen worden. Vor allem Nachfahren der Opfer aus Israel, Australien und Kanada, aber auch litauische Intellektuelle und Künstler sowie katholische und evangelische Geistliche nahmen an den Feierlichkeiten teil. Das hatte es dieser Form bis dato in Litauen nicht gegeben.

Auch in der lettischen Sowjetrepublik ist der Holocaust über Jahrzehnte hinweg fast vollständig tabuisiert gewesen. Und das Wissen um die stalinistischen Verbrechen verdrängte bei vielen die Erinnerungen an das deutsche Besatzungsregime und den Mord an den Juden. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der partiellen Öffnung der Archive kam es dann zu einem Schlagabtausch zwischen jüdischen Holocaust-Überlebenden und lettischen Historikern und zu gegenseitigen Schuldzuweisungen, weil beide Seiten lediglich das Leid des eigenen Volkes im Blick hatten und die Ereignisse der sowjetischen und deutschen Okkupation nicht in den Gesamtzusammenhang des Zweiten Weltkriegs bzw. seiner Vorgeschichte und seiner Nachwirkungen einordneten. Mit der Zeit legten lettische Historiker auf der Basis sorgfältigen Quellenstudiums und jenseits historisch bedingter Emotionen fundierte Forschungsergebnisse vor.

Stätten des Gedenkens an den Holocaust gibt es unter anderem auf dem

Gelände des früheren Konzentrationslagers Salaspils südöstlich von Riga an der Düna sowie im nahegelegenen Wald von Rumbila. Auch im Wald von Biernike nahe Riga befindet sich ein Denkmal. In den Jahren 2005/06 entstand auf den Fundamenten der früheren Synagoge in Riga eine Gedenkstätte zur Erinnerung an alle Juden, die auf lettischem Boden ermordet wurden.

Auch in Estland hat der Holocaust die einstige jüdische Gemeinschaft vernichtet. Nur wenige estnische Juden, die das Morden überlebt hatten, kehrten nach Kriegsende in ihre Heimat zurück. Zudem kamen im Zuge der durch die sowjetischen Behörden forcierten Russifizierung Estlands russische Juden ins Land, die aber ihr jüdisches Leben und ihre Kultur nur am Rande der Gesellschaft oder gar im Untergrund pflegen konnten. Erst im März 1988, als Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU war, wurde eine jüdische Kulturgesellschaft in Tallinn gegründet, die dann mehrere Schulen eröffnete. Solche Gesellschaften entstanden auch in Tartu, Narva und Kothla-Järve. Seit 1992 existiert eine jüdische Gemeinde für das gesamte Land. Ein Jahr später wurde mit einem neuen estnischen Minderheitengesetz der jüdische Glaube als gleichberechtigt mit allen anderen Konfessionen anerkannt.

Sinkende Bevölkerungszahlen

Seit 2004 sind Litauen, Lettland und Estland Mitglieder der Europäischen Union und haben auch den Euro übernommen. Die drei Staaten sind dem Abkommen von Schengen beigetreten und gehören zur Nato. Bei Volksabstimmungen im Jahr 2003 hatten sich 91 Prozent der litauischen Wähler für den Beitritt zur EU ausgesprochen, in Lettland und Estland waren es immerhin je 67 Prozent.

Bis zur Flüchtlingskrise und dem »Brexit«-Beschluss der Briten waren die Beziehungen der Staaten zur Europäischen Union konstruktiv und eher unproblematisch. In der zweiten Hälfte des Jahres 2013 hatte Litauen die EU-Präsidentschaft inne, in der ersten Hälfte von 2015 war es Lettland. Die litauische Regierung setzte sich im Rahmen ihrer Präsidentschaft vor allem für die »östliche Partnerschaft« der EU mit der Ukraine, Moldawien und Georgien sowie für eine gemeinsame europäische Energiepolitik ein, die lettische Führung machte die Stärkung des Wettbewerbs innerhalb der Union, einen gemeinsamen digitalen europäischen Markt, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf den globalen Märkten und auch die Energiepolitik zu Schwerpunkten ihrer Präsidentschaft.

Doch mehrten sich auch in diesen drei Staaten kritische Stimmen gegenüber der Europäischen Union. So mancher Bürger bemängelt eine zu

starke Dominanz der großen Mitgliedstaaten in der Gemeinschaft und dementsprechend zu geringe Einflussmöglichkeiten der kleineren Länder, die Vielzahl der von der EU erlassenen Gesetze und Richtlinien, den Preisanstieg seit der Übernahme der Gemeinschaftswährung Euro und zu wenig Konzentration auf den Umweltschutz. Kleine und mittlere Unternehmer betonen außerdem, dass der Beitritt der drei Länder zur EU und zum gemeinsamen Binnenmarkt den Konkurrenzdruck auf sie seitens internationaler Konzerne enorm erhöht und sie zum Teil sogar in Existenznot gebracht habe. Auch die Auffassung, die EU schütze die baltischen Länder zu wenig vor der Bedrohung durch Russland, ist zu hören. Gerade bei Geringverdienern und Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, hat die Attraktivität des liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Systems im Westen stark nachgelassen. Noch liegt die Zustimmung zur EU in den drei baltischen Staaten höher als im EU-Durchschnitt, doch die Tendenz ist rückläufig.

Ein sehr wichtiger Indikator für den Unmut der Menschen sind die sinkenden Bevölkerungszahlen, die besonders in Litauen und Lettland dramatisch sind. Neuere Erhebungen zeigen, dass die Bevölkerungszahlen zwischen 2006 und 2015 in Litauen von 3,27 auf 2,0 Millionen[2] und in Lettland von 2,23 auf 1,91 Millionen[3] zurückgegangen sind. Estland verzeichnete einen weitaus geringeren Rückgang von 1,35 auf 1,3 Millionen.[4]

Es sind vor allem junge Leute, die ihrer Heimat den Rücken kehren, weil sie keine Berufsperspektiven für sich sehen oder keine attraktiven und entsprechend gut bezahlten Jobs finden. Für die Generation der 20- bis 30-Jährigen, die allenfalls noch Kindheitserinnerungen an die sowjetische Zeit haben bzw. diese nur noch aus Erzählungen und Geschichtsbüchern kennen, ist bei der Formulierung ihrer Lebensziele nicht der Vergleich zu der kommunistischen Zeit entscheidend. Vielmehr richtet sich ihr Blick auf die Möglichkeiten, die ihnen westliche EU-Staaten bieten, wenngleich dies oft mit Illusionen verbunden ist, und sie hassen die Korruption. Nur eine Minderheit derjenigen, die in den Westen gegangen sind, kehrte zurück und konnte ihre Lebens- und Berufserfahrungen aus den westlichen Gesellschaftsund Wirtschaftssystemen produktiv in der Heimat einbringen.

In der Flüchtlingspolitik lehnen die drei baltischen Staaten die von der EU festgelegten Umverteilungsquoten ab und bestehen darauf, die Zahl aufzunehmender Flüchtlinge selbst festzulegen. Während Lettland sich bereit erklärte, in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt 776 Flüchtlinge aufzunehmen, legten sich die Regierungen in Litauen und Estland nicht auf Zahlen fest.

Politiker verschiedener Parteien wie etwa des bäuerlich-konservativen *Bündnisses der Grünen und Bauern* in Lettland sowie nationalistische und rechtsradikale Kräfte machen öffentlich Stimmung gegen die Aufnahme von

Flüchtlingen. Sie behaupten, die Mehrheit der Bürger in ihren Ländern sei nicht bereit, Flüchtlinge willkommen zu heißen. Genauere Zahlen dafür liegen allerdings nicht vor.

Das Verhältnis der drei baltischen Staaten zu Russland ist nach wie vor von der Geschichte geprägt. Zentrale Streitpunkte sind die Umstände ihres »Beitritts« zur Sowjetunion im Jahr 1940 und die Bewertung der Jahre 1940/41 und 1944 bis 1991. Moskau weigert sich nach wie vor, den im Mai 2005 von den Außenministern Estlands und Russlands unterzeichneten Grenzvertrag zu ratifizieren. Der russischen Führung missfällt, dass in der Präambel des vom estnischen Parlament verabschiedeten Beschlusses über die Ratifizierung des Vertrags auf Dokumente verwiesen wird, in denen vom »rechtswidrigen Anschluss Estlands an die UdSSR« und »Jahrzehnten der Besatzung« die Rede ist. Im Gegensatz dazu wurde ein Grenzvertrag mit Lettland unterzeichnet und dann auch ratifiziert.

Spannungen gibt es auch auf dem Energiesektor, vor allem wegen des mit politischer Unterstützung von Wladimir Putin und dem früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder zwischen Gazprom und den deutschen Gasfirmen BASF/Wintershall und E.ON Ruhrgas geschlossenen und dann auch umgesetzten Vertrages über den Bau der Gaspipeline »North Stream«. In den baltischen Staaten argumentiert man, eine durch ihr Gebiet geführte landgestützte Leitung wäre nicht nur billiger gewesen, sondern hätte auch zur wirtschaftlichen Verflechtung im baltischen Raum beigetragen.

Ein dritter Streitpunkt ergibt sich aus der Existenz der russischen Minderheiten, weil sich der Kreml wiederholt lautstark zu ihrem Anwalt aufgeschwungen hat, was in Estland und Lettland als Einmischung in innere Angelegenheiten aufgefasst wird. Das russisch-litauische Verhältnis ist besser, weil die russische Minderheit in Litauen gut integriert ist und Moskau auf Vilnius angewiesen ist, wenn es um die durch litauisches Gebiet führenden Verbindungen zum Kaliningrader Gebiet geht. Versorgung und überhaupt Existenz dieser Exklave hängen nicht zuletzt vom litauischen Wohlwollen ab.

Verübelt hat Russland den baltischen Staaten ihre Mitgliedschaft in der Nato. Vergeblich hatte sich Moskau bemüht, eine Art rote Linie entlang der Grenzen der früheren Sowjetunion zu ziehen, welche die Nato bei ihrer Osterweiterung nicht überschreiten sollte. Litauen, Lettland und Estland dagegen betrachten ihre Zugehörigkeit zum nordatlantisches Bündnis als wichtiges Faustpfand bei der Abwehr möglicher russischer Aggressionen.

Fazit: In den baltischen Staaten ist die Nähe zu Russland bzw. zur früheren Sowjetunion »mit Händen zu greifen«. Das gilt für den historischen und geschichtspolitischen Diskurs ebenso wie für die aktuelle Sicherheitspolitik. In Lettland und Estland fürchtet man, die starken russischen Minderheiten in diesen Ländern könnten Moskau die Gelegenheit bieten, um Unruhe zu stiften, wobei die beiden Staaten selbst noch mehr für die Integration dieser

Minderheiten tun müssten. Für alle drei baltischen Staaten ist die Mitgliedschaft in der EU wie in der Nato ein Beitrag zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit. Die Demokratie in den baltischen Staaten gilt als gefestigt, ein Rückfall in autoritäre Systeme ist kaum zu erwarten. Es gibt nationalistische Parteien, die aber bislang bei Wahlen immer unter zehn Prozent blieben. Jährlich kommt es zu Aufmärschen von Neonazis und ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, die aber zahlenmäßig vergleichsweise wenig Teilnehmer haben. Inzwischen, wenn auch zögerlich, kommt eine öffentliche Debatte über die Verstrickung von Litauern, Letten und Esten in den Holocaust in Gang.





Europa und die Rechten





Was steckt hinter dem Aufschwung der Nationalisten im Osten Europas?

Der Historiker Dan Diner spricht von der »Wiederkehr historischer Räume«. In der Epoche des Kalten Kriegs, so schrieb er in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, sei der Raum ohne Konturen gewesen – eine auf den politischen Landkarten binär kolorierte Fläche, aufgeteilt in Gebietsbereiche der Blockzugehörigkeit. Mit der Epochenwende habe sich die Fläche in viele Farben aufgelöst, um ein an historische Vergangenheiten gemahnendes komplexes Relief auszubilden.[1]

Diner hat recht, Europa ist bunter und vielfältiger worden. Die Balten fürchten eine mögliche Aggression Russlands und erinnern sich dabei an ihre leidvolle Zugehörigkeit zur früheren Sowjetunion. In Polen wiederum spricht man von einer Vormachtstellung Deutschlands in der EU sowie von einer imperialen Politik Russlands und denkt dabei an frühere Zeiten, als das Land schon einmal zwischen den beiden Mächten in West und Ost sowie Habsburg zerrieben wurde. Die Slowaken schließlich wähnen ihre erst 1993 errungene Unabhängigkeit durch außereuropäische Flüchtlinge bedroht, obwohl bisher nur ganz wenige zu ihnen gekommen sind. Und Ungarn erweist sich wieder als »Fährenland«,[2] das auf Distanz zur EU geht. Last but not least Kroatien, das sich in seiner Außenpolitik mitunter ziemlich nationalistisch gebärdet, weil es den Zerfall Jugoslawiens und die schlimmen Balkankriege der 1990er-Jahre noch nicht selbstbewusst aufgearbeitet hat.

Offensichtlich ist es wieder einmal an der Zeit, den Besonderheiten der Räume nachzuspüren, will man die Nationalismen auch und gerade im Osten Europas analysieren: historische und zeithistorische Ereignisse und Phänomene, die eine Rolle spielen könnten, auch politische, ökonomische und soziale Fehlentwicklungen seit der Wende um 1990.

Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus war ein Wiederaufleben nationaler Bestrebungen zu beobachten, das in dieser Intensität kaum jemand im Westen Europas erwartet hatte. Man denke nur an die nationalen Emanzipationsbewegungen in der früheren Sowjetunion, die Trennung von Tschechen und Slowaken sowie die nationalen und ethnischen Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien. Waren diese – mit Ausnahme Jugoslawiens – während des Kalten Kriegs im sowjetisch dominierten

Ostblock direkt militärisch unterdrückt oder später politisch abgewürgt worden, wie der Ungarn-Aufstand von 1956 und die Rebellion der Arbeiter in Polen ebenfalls 1956, so konnten sie sich nun nach dem Untergang des Sozialismus wieder entfalten und haben dabei durchaus auch emanzipative Züge entwickelt. Später fanden sie sich vereint in einer gemeinsamen Beitrittseuphorie, die zur Aufnahme der meisten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas in EU und Nato führte. Diese Euphorie ist nun verflogen.

Transformation als Projekt der Eliten

Wenn es ein historisches Ereignis gibt, das von nationalkonservativen und nationalistischen Politikern im Osten Europas immer wieder thematisiert wird, dann ist es die politische und ökonomische Transformation Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre. Kaczyński, Orbán und andere betonen, dass die Art und Weise, wie damals die Wende verlaufen sei, zu Fehlentwicklungen geführt habe, deren Korrektur bis heute nicht abgeschlossen sei, und dass nur sie die Mittel dazu hätten, diese Defizite ein für alle Mal zu beheben.

Tatsächlich hatte die Transformation ihre Schwächen, wobei die Geschichte lehrt, dass immer und überall auch Fehler begangen werden und Irrtümer vorkommen, wenn Neues ausprobiert wird. So führte in Polen kein Weg an den harten marktwirtschaftlichen Reformen des damaligen Finanzministers Leszek Balcerowicz vorbei, um das Land aus der abgrundtiefen ökonomischen Krise zu führen. Diese Reformen entsprachen nicht den Hoffnungen und Wünschen vieler Mitglieder der Gewerkschaft Solidarność, die zusammen mit der demokratischen Opposition die herrschenden Kommunisten an den Verhandlungstisch gezwungen hatte. In der Gewerkschaft träumte man mehrheitlich eher von einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Auch in Ungarn traf die marktwirtschaftliche Umgestaltung durch die postkommunistischen Reformer um Károly Németh nicht gerade auf große Begeisterung unter den Bürgern, die – wie gesehen – mehrheitlich eher vor- oder antikapitalistisch denken. In Rumänien wiederum brachte der Sturz des kommunistischen Diktators Nicolae Ceauşescu Seilschaften um den neuen Präsidenten Ion Iliescu an die Macht, die schon in kommunistischen Zeiten Karriere gemacht hatten. Die Liste ließe sich verlängern. Der verstorbene polnische Historiker, Bürgerrechtler und Außenminister Bronisław Geremek, der gemeinhin als Stratege der Transformation in seinem Land gilt, hat in einem Interview aus dem Jahr 2009 die wichtigsten Schwächen benannt:

> »Es handelt sich um drei Felder, auf denen wir nicht erfolgreich waren. Zum einen geht es um das Ausmaß des Engagements der Bürger im

> öffentlichen Leben und die schöne Formel von der Subjektivität des Menschen. Mit Begeisterung sprachen wir über die Bürgergesellschaft des Widerstandes. Im freien Polen ist diese irgendwo verschwunden. […] Und wir waren uns dessen nicht bewusst, dass die Bürger von oben herab instrumentalisiert wurden. Ebenso, dass sie für sich keinen Platz finden konnten. […] Der zweite Misserfolg betrifft die Schocktherapie. Ich bin davon überzeugt, dass die radikalen Veränderungen, für die Leszek Balcerowicz stand, notwendig waren. Ohne diese wäre ein großes Land wie Polen nicht in der Lage gewesen, den Etatismus als Grundvoraussetzung seiner Existenz zu überwinden. […] Allerdings fehlte uns das politische Verständnis dafür, dass es nicht ausreicht, recht zu haben, sondern dass man [die Bürger – R. V.] von dieser Ratio auch überzeugen muss. […] Der dritte Fehler bestand in unserer Denkweise, wonach der Kommunismus der Vergangenheit angehöre und dass es unvorstellbar sei, dass die Kommunistische Partei, in welcher Form auch immer, auf die politische Bühne zurückkehren könne. Daher die Überraschung über das Ergebnis der Wahl von 1993 [als die postkommunistische Sozialdemokratie an die Macht kam – R. V.].«[3]

Ein weiteres Feld, das die Nationalkonservativen und Nationalisten im Osten Europas immer wieder propagandistisch beackern, ist die in den frühen 1990er-Jahren erfolgte Privatisierung staatlicher Unternehmen. Und sie haben vielfach Erfolg damit, weil die damalige Eigentumsübertragung oft ein undurchsichtiges Geschäft war. Das gilt besonders für Ungarn, aber auch für Polen, die damalige Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien. Dabei zeigte sich, dass die Postkommunisten die neue Marktwirtschaft oft schneller »begriffen« als die ehemaligen Oppositionellen. Direktoren vormaliger sozialistischer Staatsunternehmen verwandelten sich in private Eigentümer »ihrer« Firmen. Minister postkommunistischer Parteien verdienten sich eine goldene Nase, wenn sie staatliche Unternehmen an ausländische Konzerne verkauften, auch wenn diese kein Konzept für die künftige Produktion vorlegten und nur an einer profitablen »Abwicklung« der jeweiligen Unternehmen interessiert waren. In der Tschechoslowakei versickerte viel Geld im Zuge der »Voucher-Privatisierung« in dunkle Kanäle.[4] In Rumänien und Bulgarien nutzten Mitarbeiter der vormaligen Geheimdienste Ressourcen dieser Dienste für den Aufbau privater Firmen, besonders im Security-Bereich.

Die Suche nach den Hintergründen für den Aufstieg der Rechten in den EU-Staaten Ostmittel- und Südosteuropas führt auch zu der Frage, wie es denn um das Staats- und Rechtsstaatsbewusstsein der Bürger in diesen Ländern bestellt ist. Tatsächlich haben die dortigen Verantwortlichen in Politik, Pädagogik, Kultur und Medien in den letzten 25 Jahren wenig dafür getan, den Sinn der Menschen für die Rolle und die Aufgaben des Staates, für

die Dreiteilung der Staatsgewalt und den Rechtsstaat sowie für ein Mindestmaß an Disziplin bei der Einhaltung öffentlicher Normen zu schärfen. Das erleichtert es den Kaczyńskis und Orbáns nach einer »grundlegenden Reparatur«, nach einem Systemwechsel zu rufen und die Notwendigkeit einer starken, ja autoritären Führung hervorzuheben.

Den Nationalkonservativen, Nationalisten und sonstigen Rechten spielt ebenso in die Hände, dass die Gesellschaften dieser Länder äußerst wenig Erfahrung im Umgang mit der Geschichte haben und offene, verantwortungsbewusst geführte Debatten über historische Phänomene und mögliche Verfehlungen der eigenen Völker kaum gewohnt sind. So hält sich ein bestimmtes Maß an Antisemitismus in der ungarischen Gesellschaft nicht zuletzt deshalb, weil in der Öffentlichkeit dieses Landes auch nach der Wende nie eine breite und ehrliche Debatte über die Rolle ungarischer Behörden beim Abtransport der Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager geführt worden ist. In Polen hat es immerhin mehrere Debatten über Pogrome gegen Juden im und nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben, die von Bürgern des Landes verübt wurden. In Kroatien glorifizieren immer noch viele Menschen den »vaterländischen Krieg« gegen die Serben in den frühen 1990er-Jahren, weil das nationalistische Regime von Franjo Tudjman, das damals diesen Krieg führte, noch nie eingehend unter die Lupe genommen wurde. In den baltischen Staaten wiederum wird es noch einige Zeit dauern, bis das Schicksal ihrer Gesellschaften im Zweiten Weltkrieg nicht nur als Leidensgeschichte, sondern auch als Geschichte ihrer Verfehlungen erzählt wird.

Alle diese Defizite öffnen die Tür für Geschichtsklitterung, erleichtern es Nationalkonservativen und Nationalisten, gezielt Geschichtspolitik zu betreiben, die der Absicherung ihrer Macht dient.

Schwächen der Sozialsysteme, Einflüsse internationaler Krisen

Der große Erfolg der Partei *Recht und Gerechtigkeit* von Jarosław Kaczyński bei den Wahlen im Jahr 2015 hat gezeigt, dass gerade die Defizite der sozialen Systeme in den östlichen EU-Staaten ein wichtiger Punkt sind, an dem die Politik rechter und linker Populisten anknüpfen kann. Das gilt für die Schwächen der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsplatzvermittlung, die großen Lücken im Arbeitsrecht und das unterentwickelte Gesundheitswesen vor allem in den ländlichen Regionen ebenso wie für die teilweise erschreckend niedrigen Renten und die mangelnde Unterstützung von Eltern behinderter und schwer erziehbarer Kinder. Polen ist da beileibe kein Einzelfall.

Großen Einfluss auf die letztjährigen Wahlergebnisse in Polen hatte auch die Tatsache, dass viele junge Leute für Kaczyńskis Nationalkonservative gestimmt haben. In der jungen Generation Polens herrscht große Ernüchterung. In Ungarn erhält sogar die rechtsradikale Partei *Jobbik* einen gewissen Zulauf von jungen Akademikern und Inhabern höherer Schulabschlüsse. Auch die Tatsache, dass viele junge Menschen zeitweise oder für immer in den Westen emigrieren, weist auf ihre Unzufriedenheit mit den heimischen Verhältnissen hin.

Zum Sieg der Nationalkonservativen in Polen haben nicht zuletzt ihre sozialen Versprechen beigetragen. Gerade in den ländlichen Gegenden Polens und anderer Staaten hat sich ein großer Hass auf die arroganten politischen und wirtschaftlichen Eliten in den größeren Städten aufgestaut. Demgegenüber demonstrieren die Rechten Bürgernähe, lässt Viktor Orbán in seinem westungarischen Heimatort ein Fußballstadion auf Regierungskosten bauen. Jarosław Kaczyński trägt demonstrativ zur Schau, dass ihm materieller Vorteil wenig bedeutet.

In den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas wächst die Verbitterung über den Neoliberalismus. Angesichts diverser Krisen, die Europa durcheinanderwirbeln, haben die liberalen und weltoffenen westlichen Gesellschaften als Entwicklungsund Modernisierungsvorbild für die Menschen im Osten jene Faszination verloren, die sie über Jahre hinweg verkörperten.

Die Flüchtlingskrise hat Ängste vor einer kulturellen Überfremdung geweckt. Traditionell katholisch denkende und fühlende Polen, Ungarn oder Slowaken empfinden das Auftauchen von Muslimen schon fast als existenzielle Bedrohung, als Störfaktor für die Sicherheit des eigenen Lebens. Dabei muss man bedenken, dass die Gesellschaften dieser Länder – anders als die westlichen – keinerlei Erfahrung mit nichteuropäischen Ausländern haben. Am Beispiel Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns ist zu sehen, mit welcher Demagogie Populisten die Angst vor Flüchtlingen schüren.

Bleiben die Ängste vor politischen und militärischen Aggressionen, wie sie besonders in den baltischen Staaten in Bezug auf Russland virulent sind. Fast unabhängig vom realen Ausmaß solcher Gefahren sind auch diese Ängste bei Nationalkonservativen und Nationalisten ein beliebtes Vehikel für politische Propaganda.

Kann es innerhalb der EU eine Diktatur geben?

Bei der Analyse der Nationalismen im Osten Europas ist zu unterscheiden zwischen systematischen Veränderungen, wie sie in Polen und Ungarn vollzogen werden, und einzelnen Phänomenen, die in den anderen Ländern

der Region auftreten. In Polen und Ungarn stellen die Nationalkonservativen das gesamte System auf den Prüfstand und nehmen grundlegende Umbauten nach ideologischen Kriterien vor. In den anderen Staaten sind es einzelne Repräsentanten in wichtigen öffentlichen Funktionen, politische Parteien, gesellschaftliche Vereinigungen und kulturell bzw. geschichtspolitisch engagierte Gruppen, die sich dem Nationalismus verschreiben.

Im Falle Polens und Ungarns hat man es mit einer neuen Art und Weise des Regierens zu tun, indem liberale, weltoffene und der Toleranz verpflichtete Ordnungen abgelehnt werden. In Zeiten ökonomischer, sozialer und anderer Krisen besitzen autoritäre Herrschaftsformen eine gewisse Attraktivität, werden als anpassungsfähige und wirkungsvollere Alternativen wahrgenommen. Bezeichnend dabei ist, dass Elemente liberaler Demokratien wie Wahlen, ein Mehrparteiensystem, Parlamente und Verfassungen verbunden werden mit politischen Mechanismen und Herrschaftstechniken, die für autoritäre Regime charakteristisch sind: das Bemühen um weitgehende Hegemonie über die öffentliche Meinung, zentrale Kontrolle aller öffentlichen Einrichtungen, subtile Repression.

Regime wie die in Polen und Ungarn bekennen sich formal zur Demokratie und schaffen eine Art Fassade aus demokratischen und rechtsstaatlichen Elementen. Das bedeutet zum Beispiel, dass regelmäßig vergleichsweise freie und gleiche Wahlen abgehalten werden. Andererseits kommt es immer wieder zu Einschränkungen von Grundrechten wie der Informations-, Presse- und Demonstrationsfreiheit. Sichtbar ist die Tendenz, eine stark zentralisierte Exekutive mit fast uneingeschränkten Kompetenzen auszustatten, was mit dem Kampf gegen innere und äußere Bedrohungen begründet wird.

Der Staatsrechtler Dieter Grimm weist, gerade auch mit Blick auf Polen und Ungarn, darauf hin, dass Verfassungen normalerweise aus überschaubaren Regeln bestehen: Ziele, Organe, Kompetenzen, Verfahren, Grundrechte. »Je mehr sie mit Gegenständen der Gesetzgebung angefüllt werden, desto weniger Demokratie ist möglich.«[5] Doch genau das passiert vor allem in Ungarn, aber auch in Polen.

Bekanntlich sind freie, fair abgehaltene Wahlen unbedingt notwendig in demokratischen Systemen, reichen aber nicht aus, um echtes demokratisches Leben in Staat und Gesellschaft zu gewährleisten. Aktive Teilnahme der Bürger an öffentlichen Angelegenheiten, Engagement in politischen, sozialen und pädagogischen Vereinigungen sowie Nachbarschaftshilfe und andere zwischenmenschliche Solidarität müssen hinzukommen, damit demokratische Systeme wirklich funktionieren. Selbstbewusstes Auftreten von Bürgern ist allerdings etwas, was den nationalkonservativen Machthabern in Polen und Ungarn weniger gefällt, weil sie allen Aktivitäten misstrauen, die nicht von oben, also nicht von ihnen gesteuert werden.

Bleibt zu fragen, wie sie sich legitimieren bzw. legitimieren wollen, wenn nicht durch die Ermunterung der Bürger zum demokratischen Engagement in ihren Staaten. Zum einen tun sie dies, indem sie finanzielle bzw. materielle Güter zur Verfügung stellen und politische Dienstleistungen erbringen: soziale Vergünstigungen, Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit und anderes. Zum anderen, indem sie auf das Charisma ihrer Führer setzen und nationale, geschichtspolitische und religiöse Mobilisierungskampagnen organisieren.

Angesichts der antidemokratischen Rückschritte besonders in Polen und Ungarn drängt sich unweigerlich die Frage auf, ob es vielleicht eine Illusion war zu glauben, dass der Aufbruch in die Freiheit im Osten Europas um 1989 und die mit dem EU-Beitritt der dortigen Staaten im Jahr 2004 erreichte Stabilität unumkehrbar seien. Offenbar sind gravierende Rückschritte möglich, ist die Demokratie besonders in Polen und Ungarn gefährdet. Allem Anschein nach ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union allein noch kein Garant für eine gedeihliche demokratische Entwicklung. Provokativ fragt der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller in seinem Buch »Wo Europa endet«: »Kann es innerhalb der Europäischen Union eine Diktatur geben?«[6]

Vermutlich sollte man in der heutigen Zeit in der Politik und bei der Entwicklung von Staaten (fast) nichts ausschließen, wie ein Blick auf die Türkei und auf Russland zeigt, ohne falsche Vergleiche ziehen zu wollen. Immerhin scheint es möglich, dass sich in Polen und Ungarn die gegenwärtigen Verhältnisse noch verfestigen, sollten die dortigen Machthaber nach noch rabiateren Mitteln greifen, wenn sie »ihr« System gefährdet sehen. Andererseits darf man auch nicht vergessen, dass die meisten westlichen EU-Staaten nun schon seit 70 Jahren Demokratie praktizieren, mal besser, mal schlechter, während die Staaten im Osten Europas dies erst seit 25 Jahren tun können.

Ziehen Kaczyński, Orbán, Le Pen und Wilders an einem Strang?

25 Jahre nach der Wende in Ostmittel- und Südosteuropa ist es durchaus legitim, die Verhältnisse in Ost und West anhand der gleichen Kriterien und Maßstäbe zu vergleichen und zu bewerten.[1] Es geht also nicht mehr nur um Transformationsforschung, das heißt um die Analyse der Entwicklung, die die östlichen Länder seit der Wende durchlaufen haben, sondern um gesamteuropäische Studien. Denn die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen in Ost und West sind inzwischen eng miteinander verflochten. Schon während der Transformation und dann auch im Zuge des Beitritts zur EU orientierten sich Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa an rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Maßstäben, die von Brüssel vorgegeben wurden, etwa der Maastricht-Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion von 1992 und die sogenannten Kopenhagener Kriterien von 1993.

Ganz Europa wird extrem von internationalen Krisen sowie den Flüchtlingsströmen und den Wellen des islamistischen Terrors beeinflusst. Bestimmte Phänomene sind gesamteuropäisch, nicht nur osteuropäisch. Schwächen der Demokratie, des Rechtsstaates und der Sozialsysteme gibt es auch im Westen. Als EU-Mitglieder sind die Staaten Ostmittel- und Südosteuropas Teil einer Rechtsgemeinschaft. In Brüssel und bei den Tagungen des Europäischen Rats fallen Entscheidungen, die gesamteuropäische Qualität haben.

Nun ist es nicht Gegenstand dieses Buches, die Systeme in Ost und West insgesamt zu vergleichen, sondern nur die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen populistischen, nationalistischen und rechtsradikalen Parteien in ganz Europa unter die Lupe zu nehmen. Was also verbindet Jarosław Kaczyński und Viktor Orbán mit Marine Le Pen und Geert Wilders, was unterscheidet sie?

Hasstiraden gegen Muslime und den Islam

Auffallend ist, dass sich rechte Parteien in West und Ost unisono auf die Bewahrung nationaler Interessen konzentrieren, und zwar Interessen, die von

ihnen definiert werden. Im Zentrum ihrer Programmatik stehen nationale Eigenständigkeit in der Politik, der Schutz der einheimischen Wirtschaft vor zu großem Einfluss ausländischer Investoren und Finanzkonglomeraten sowie die Bewahrung nationaler Traditionen und Werte. Wenn Vertreter der *Freiheitlichen Partei Österreichs* gegen die »künstliche Gleichschaltung der vielfältigen europäischen Sprachen und Kulturen durch erzwungenen Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung« wettern und den »Schutz der Heimat Österreich, unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit«[2] zu ihrem vorrangigen Ziel machen oder wenn die *Dänische Volkspartei* nationale Werte wie »Gott, König und Vaterland« sowie »Hygelligkeit [Idylle – R. V.], Geborgenheit und Bescheidenheit«[3] in den Vordergrund stellt und sich politisch vor allem auf die Bewahrung der nationalen Souveränität, der Sonderstellung der dänischen Volkskirche und den Schutz der Familie als »Kernzelle der Gesellschaft« orientiert, dann klingt das im Grunde nicht anders als die Präambel der von Viktor Orbáns *Fidesz* durchgesetzten ungarischen Verfassung, nicht anders als die Reden von Jarosław Kaczyński in Polen sowie von nationalkonservativen und nationalistischen Politikern in der Slowakei, in Kroatien und in den baltischen Staaten. Bezeichnen Marine Le Pen und Jarosław Kaczyński ihre Parteien *Front National* und *Recht und Gerechtigkeit* als »wahre Vertreter des Volkes und der Nation«, dann sind immer auch sie es, die »Volk« und »Nation« so definieren, wie es ihren politischen Interessen entspricht. Danach gehören all jene, die gegen ihr politisches Programm demonstrieren, die andere, alternative Lebensformen praktizieren und die ihren Freundes- und Bekanntenkreis international bzw. europäisch gestalten, nicht zu den »wahren« Franzosen oder Polen.

Der Bewahrung des Nationalen entspricht die strikte Abwehr alles »Fremden«. So will die *Freiheitliche Partei Österreichs* ein Land ohne Ausländer, dafür aber mit Einheimischen, die ihr traditionelles Familienmodell leben. Sie pflegt weitverbreitete Ängste vor einer »Überfremdung« durch Zuwanderung von außen. Wilders' *Partij voor de Vrijheid* fordert, dass weibliche Muslime in den Niederlanden für das Tragen eines Kopftuches eine Lizenz im Wert von 1000 Euro erwerben, illegal Eingewanderte keine medizinische Versorgung erhalten und Ausländer erst eingebürgert werden sollen, wenn sie zehn Jahre lang im Land gearbeitet haben.

Die *Alternative für Deutschland* lebt fast ausschließlich von Antistimmungen: von einer Stimmung gegen Flüchtlinge, von einer Anti-Islam-Stimmung, von einer Stimmung, sich pauschal und permanent über Bevormundung und Fremdbestimmung zu beklagen, von einer Gereiztheit in bestimmten Schichten der Gesellschaft und von pauschalen Ängsten. Unter dem Einfluss der *Dansk Folkeparti* wurde die Einwanderungsgesetzgebung in

Dänemark drastisch verschärft.

Die fremdenfeindlichen Reden von Geert Wilders, Marine Le Pen, des *FPÖ*-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache, der sich vor Jahren im Umfeld von rechtsextremistischen und neonazistischen Vereinigungen bewegt hat, erinnern fatal an Reden des slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico im letzten slowakischen Wahlkampf, an Auftritte des tschechischen Präsidenten Miloš Zeman bei rechtsextremen Vereinigungen, an Interviews mit dem polnischen Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński und an Ansprachen des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán besonders in ländlichen Regionen.

Wie Wilders' *Partij voor de Vrijheid* setzt auch die *FPÖ* heutzutage voll auf den Islam als Feindbild. Strache lernte schon früh braune Seilschaften kennen, die nach dem Zweiten Weltkrieg im wenig entnazifizierten Österreich in der *FPÖ* Unterschlupf fanden. Für die Ewiggestrigen in Österreich, deren Zahl weit über die Anhängerschaft der *FPÖ* hinausgeht, war die Niederlage Hitlerdeutschlands keine Befreiung, sondern eben eine Niederlage. Nazis wie Straches Ziehvater Norbert Burger träumten weiter von der völkischen Vision eines Großdeutschlands unter Einschluss Österreichs und Südtirols.

Die Differenz zu all diesen Figuren besteht nur darin, dass Wilders »intelligenter« auftritt. Denn er hat sich intensiv mit dem Islam und speziell dem Koran beschäftigt. Er nennt den Islam »eine politische Ideologie, eine totalitäre Lehre, die auf Dominanz, Gewalt und Unterdrückung eingestellt« sei.[4] Der Koran, so behauptet er, trenne die Menschheit in Muslime und minderwertige Nichtmuslime. Die Doktrin des Islam habe die Muslime ihrer Würde beraubt. Wilders vergleicht den Koran mit Hitlers »Mein Kampf«. Der Islam dürfe in Europa nicht die Rechte einer Religion in Anspruch nehmen, der Bau von Moscheen sei zu verbieten, alle privaten Schulen in islamischer Trägerschaft müssten geschlossen werden, so seine Forderungen. Derlei »detaillierte« Hasstiraden sind von Kaczyński, Orbán, Fico, Strache und anderen nicht zu erwarten. Sie belassen es bei ihren dumpfen Wahlkampfparolen.

Feindbild Brüssel

Den Nationalkonservativen, Nationalisten, Rechtspopulisten und Rechtsradikalen in Ost und West ist auch gemeinsam, dass sie bei Anhängern und möglichen Wählern Aversionen schüren gegen »volksferne« Politik, gegen die große Industrie und die Finanzkonglomerate und überhaupt all jene, die sich als politische und wirtschaftliche Eliten taub stellen gegenüber den Sorgen der »kleinen Leute«. Beispiele dafür wie die Reden von Marine Le Pen und Jarosław Kaczyński wurden schon genannt. Jürgen Habermas sprach

in diesem Zusammenhang davon, dass die Populisten die »Lebenswelt« gegen das »System« mobilisieren wollen. Anders formuliert: hier das rechtschaffene und arbeitsame Volk, dort die Regierungen, Verwaltungen, Parteien und Konzerne, die dem Volk die Macht entrissen haben.

Logische Konsequenz dieser »Theorie« ist der wiederholte Ruf der Rechten nach Volksabstimmungen als Element »direkter Demokratie«. In der Regel halten sie an Parlamentswahlen fest, bemühen sich aber immer wieder, die »Stimme des Volkes« durch Referenden hörbar zu machen.

Alle in diesem Buch erwähnten rechten politischen Parteien und Milieus in Ost und West haben wiederholt deutlich gemacht, dass sie der Europäischen Union in ihrer gegenwärtigen Gestalt feindlich oder zumindest sehr kritisch gegenüber eingestellt sind. Allerdings sind die politischen Konsequenzen, die sie daraus ableiten, sehr unterschiedlich. Eine Gruppe fordert die Auflösung der Union, eine zweite plädiert dafür, dass ihre Länder in der Gemeinschaft bleiben, Gestalt und Kompetenzen der EU aber stark verändert werden. Das Gros derjenigen, die zu einer Auflösung der EU tendieren, findet sich im Westen, während Parteien wie der *Fidesz* in Ungarn und *Recht und Gerechtigkeit* in Polen schon allein wegen der reichlich fließenden EU-Gelder keinen Austritt aus der Gemeinschaft wollen, aber für eine starke Rückverlagerung von EU-Kompetenzen an die Nationalstaaten plädieren. Ebenso gibt es EU-kritische Kräfte im Osten Europas, die schon deshalb keinen Austritt ihrer Länder aus der Gemeinschaft wollen, weil sie diese als Garant ihrer staatlichen Souveränität und Sicherheit ansehen.

So waren die Reaktionen rechter Populisten in West und Ost auf die »Brexit«-Entscheidung der Briten im Juni 2016 ein guter Gradmesser für die herrschenden Stimmungen. Schon wenige Stunden nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses jubelte die *Front-National*-Vorsitzende Marine Le Pen, dass sich nach Großbritannien auch Frankreich von den Fesseln der EU-Mitgliedschaft befreien werde.

Auch die österreichische *FPÖ* verspürte Rückenwind durch den Erfolg der britischen EU-Gegner. »Wir gratulieren den Briten zur Wiedererlangung ihrer Souveränität«, hieß es in einer Mitteilung des Parteivorstandes. Die *FPÖ*-Spitze forderte, die Kompetenzen der EU-Institutionen massiv zu beschneiden und an die nationalen Parlamente zurückzugeben. Der damalige *FPÖ*-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer sprach sich für eine »Neugründung der EU als leistungsfähige Wirtschaftsunion« aus, da die »zentralistische politische Union auf ganzer Linie gescheitert« sei.

Schon vor der Abstimmung in Großbritannien hatte der Vorsitzende der *Dansk Folkeparti*, Kristian Thulesen Dahl, für ein dänisches Referendum über die Mitgliedschaft des Landes in der EU plädiert. Diese nationalkonservative Partei stellt die zweitgrößte Fraktion im dänischen Parlament und war aus der letzten Wahl zum EU-Parlament als stärkste Partei hervorgegangen.

Kein Wunder, dass auch der niederländische Europagegner Geert Wilders und seine *Partij voor de Vrijheid* hocherfreut über das britische Abstimmungsergebnis waren. Wilders twitterte: »Ein Hurra für die Briten. Nun ist es an uns. Die Zeit für ein niederländisches Referendum ist gekommen.«[5]

Verhaltener fielen die Reaktionen in den östlichen und südöstlichen EU-Staaten aus. Weder von Orbáns *Fidesz* und Kaczyńskis *Recht und Gerechtigkeit* noch von nationalkonservativen bzw. nationalistischen Kräften in den baltischen Staaten, in der Slowakei und der Tschechischen Republik, auch nicht aus Slowenien und Kroatien ertönte der Ruf nach einer Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft, geschweige denn nach einem Austritt aus der Gemeinschaft. Allerdings nutzte beispielsweise die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło die britische »Brexit«-Entscheidung ein weiteres Mal, um eine tief greifende Reform der EU-Institutionen und eine Rückgabe von Kompetenzen an die Nationalstaaten zu fordern. Sie wie auch Ungarns Viktor Orbán setzen darauf, die EU »von innen« zu verändern. Vom slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico ist bekannt, dass ihn die EU hauptsächlich als Wirtschaftsunion interessiert. Und selbst die rechtradikale Partei *Jobbik* in Ungarn tritt gegenwärtig nicht mehr für einen Austritt des Landes aus der Gemeinschaft ein.

Offensichtlich gibt es im Osten Europas die Befürchtung, bei einem Austritt aus der EU könne man von bedeutsamen internationalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungen ausgeschlossen werden.

Geht es um die Gemeinschaftswährung Euro, dann wird die Diskussion über Stärken und Schwächen der Eurozone hauptsächlich im Westen geführt. Hier debattiert man über Geburtsfehler bei der Einführung der Gemeinschaftswährung, eine mögliche Verkleinerung der Eurozone und auch eine etwaige Wiedereinführung der nationalen Währungen.

Die östlichen EU-Staaten teilen sich in dieser Hinsicht in zwei Gruppen. Die erste, zu der die baltischen Staaten sowie die Slowakei und Slowenien zählen, verfügt bereits über den Euro und denkt auch nicht daran, diesen wieder aufzugeben. Die Staaten der zweiten Gruppe lehnen die Übernahme der Gemeinschaftswährung entweder aus prinzipiellen Gründen ab oder befinden sich im Wartestand. So denkt die nationalkonservative Regierung in Polen aus zwei Gründen überhaupt nicht an die Übernahme des Euro. Zum einen empfindet sie den Beitritt Polens zur Eurozone als nicht akzeptablen Verzicht auf bestimmte Souveränitätsrechte, zum anderen will sie in wirtschaftlich eher turbulenten Zeiten den Wechselkurs als Steuerungsmechanismus auf keinen Fall aus der Hand geben.

In der Tschechischen Republik ist man grundsätzlich bereit, der Eurozone beizutreten, will aber vorerst auch nicht auf den Wechselkurs als

finanzpolitisches Steuerungsinstrument verzichten. Außerdem zeigen neuere Umfragen, dass fast 70 Prozent der Bürger des Landes die Übernahme des Euro ablehnen. Andererseits wäre ein baldiger Beitritt zur Eurozone möglich, da das Land die Maastricht-Kriterien erfüllt. Ungarn dagegen kann vorerst nicht auf die Landeswährung Forint verzichten, da es gegen alle drei Maastricht-Kriterien verstößt. Klare Aussagen der Orbán-Regierung zu dem Thema fehlen bislang. Kroatien wiederum dürfte frühestens im Jahr 2020 daran denken, den Euro zu übernehmen, da das Land große Schwierigkeiten hat, der horrenden Staatsverschuldung Herr zu werden. Ähnlich verhält es sich in Bulgarien, wo man frühestens für Ende 2018 einen Beitritt zur Eurozone plant, weil das Land noch Zeit braucht, um die Maastricht-Kriterien einzuhalten. Immerhin hat Bulgarien den Wechselkurs seiner Landeswährung fest an den Euro gebunden, ohne aber Mitglied der europäischen Währungsunion zu sein. In Rumänien erklärten Sprecher der Nationalbank mehrfach, angesichts der hohen Staatsverschuldung und der grassierenden Inflation sei ein Beitritt zur Eurozone vor 2019 völlig unrealistisch.

Betrachtet man die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Nationalkonservativen, Nationalisten, Rechtspopulisten und Rechtsradikalen in Ost und West, so zeichnen sich Parteien wie *Fidesz* von Viktor Orbán, *Recht und Gerechtigkeit* von Jarosław Kaczyński und *Smer* von Robert Fico dadurch aus, dass sie politisch sehr konservativ bzw. rechts sind, während sie wirtschaftspolitisch staatsinterventionistisch bzw. links auftreten können. Ähnlich verhält es sich mit dem *Front National* in Frankreich, den man politisch als rechtsextremistisch bezeichnen kann, der andererseits aber auch Aspekte einer linken Wirtschafts- und Sozialpolitik propagiert. So fordert die Partei von Marine Le Pen eine starke Einschränkung der »ultraliberalen Finanzmärkte«, die Verstaatlichung privater Unternehmen, eine stärkere Besteuerung der »Reichen«, die Anhebung der Löhne und Renten sowie die Absenkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre. Kein Wunder, dass die französische Linke den *Front National* auch wirtschafts- und sozialpolitisch als große Konkurrenz begreift. Geert Wilders und seine *Partij voor de Vrijheid* vertreten ebenfalls in der Sozialpolitik deutlich linke Positionen. Nicht anders die *Dansk Folkeparti* in Dänemark, die politisch rechts steht, wirtschaftspolitisch aber sozialdemokratisch geprägt ist, wie ihr starker Wunsch nach einer Umverteilung von oben nach unten zeigt. Die *Wahren Finnen* verlieren an Einfluss, seit sie von ihren linken sozialpolitischen Positionen abgerückt sind und der Kürzung von Sozialleistungen sowie einer Senkung der Gehälter im öffentlichen Dienst zugestimmt haben. Die erzkonservative *Ukip* in England wiederum ist extrem wirtschaftsliberal.

Unterschiedliche wirtschafts- und sozialpolitische Auffassungen führen dann auch zu Gegensätzen zwischen nationalkonservativen bzw. nationalistischen oder rechtspopulistischen Parteien. So war der

stellvertretende Vorsitzende der *Alternative für Deutschland*, Alexander Gauland, nicht sehr glücklich, als sich seine Chefin Frauke Petry mit Marine Le Pen traf und, nach eigenen Angaben, »politische Freundschaft« mit der Französin schloss. Gauland und auch Beatrix von Storch, ebenfalls stellvertretende Vorsitzende der *AfD*, begründeten ihre Bedenken vor allem mit dem Verweis auf die Wirtschaftspolitik des *Front National*, die sie sozialistisch nannten, während die *AfD*, wie sie sagten, doch für mehr Freiheit und Eigenverantwortung anstatt für mehr Staat und weitere Umverteilung stehe.[6]

Organisationspolitisch gleichen sich einige der hier angesprochenen Parteien und Gruppierungen in Ost und West fast bis aufs Haar. So sind sie stark auf charismatische Parteiführer ausgerichtet, die jeweils eine treu ergebene Entourage um sich versammeln und ihrer Partei fast jede einzelne inhaltliche und organisatorische Regung vorschreiben. Im Osten gilt das insbesondere für Jarosław Kaczyński und seine Partei *Recht und Gerechtigkeit* sowie für Viktor Orbán und seinen *Fidesz*. Im Westen hat vor allem Geert Wilders seine *Partij voor de Vrijheid* fest im Griff. »Wilders ist die Partei«, sagen Beobachter.

Auch Marine Le Pen hat ihrem *Front National* eiserne Disziplin entsprechend ihren Vorgaben verordnet – zumindest im Vorfeld der Präsidentenwahl von 2017, danach könnten innerparteiliche Kämpfe wieder ausbrechen.

An Putins Russland scheiden sich die Geister

Zu den tiefen Gräben, die sich in der nationalkonservativen, nationalistischen, rechtspopulistischen und rechtsradikalen Szene in Europa auftun, gehört ihre unterschiedliche Haltung, die sie Russland und speziell Wladimir Putin gegenüber einnehmen. Da sind einerseits diejenigen, die die Annexion der Krim als gerechtfertigt ansehen und daher Sanktionen gegen Russland ablehnen, zusammen mit jenen, die möglichst viele Geschäfte mit diesem Land machen wollen, und andererseits die lautstarken Kritiker, die Russland vor allem wegen seines internationalen politischen und militärischen Auftretens angreifen.

So gehört Viktor Orbán in den Reihen der Europäischen Union nicht gerade zu denen, die mit Kritik an Putin und an dem Vorgehen Russlands auf sich aufmerksam machen. Zudem gedeiht die russisch-ungarische Kooperation, wenn es um die Modernisierung des ungarischen Atomkraftwerks Paks und die Belieferung dieses Meilers mit russischen Brennstäben geht. Auch auf anderen Gebieten des bilateralen wirtschaftlichen Austausches versteht man sich.

Im Oktober 2016 meldete sich Orbáns Regierung dann erstmals mit Kritik zu Wort. Der Grund: Im russischen Staatsfernsehen war der ungarische Volksaufstand von 1956 respektlos dargestellt worden. Und das in einer Zeit, in der das Gedenken an diese Rebellion vor 60 Jahren in Ungarn mit großem Aufwand betrieben wird. Der russische Botschafter wurde ins ungarische Außenministerium einbestellt, um sich einen diplomatischen Rüffel abzuholen. Gleichzeitig veröffentlichte das Ministerium eine Erklärung, in der betont wurde, dass Ungarn niemandem erlaube, »die Revolution oder ihre Helden herabzuwürdigen«. Die Kritik bezog sich auf einen Auftritt von Dmitri Kisseljow, seines Zeichens stellvertretender Chef der russischen Staatsmedien, der den Volksaufstand von 1956 als »erste Farbenrevolution« bezeichnet und damit in eine Reihe mit der sogenannten Rosenrevolution in Georgien und der Orangen Revolution in der Ukraine gestellt hatte. Dabei ist interessant, dass die Erhebungen in den beiden Ländern auch und gerade einen antirussischen und prowestlichen Impetus hatten.

Für gutes Einvernehmen zwischen dem *Front National* von Marine Le Pen und dem Kreml wiederum spricht die Tatsache, dass diese französische Partei russische Kredite im Wert von mindestens zehn Millionen Euro erhalten hat. Frau Le Pen begründete diese Zuwendung mit der Bemerkung, es gebe »eine koordinierte Weigerung der europäischen Banken«, ihre Partei zu finanzieren. Da müsse man sich halt nach anderen Quellen umsehen. Der Schatzmeister des *Front National* formulierte es allgemeiner, es gebe einfach bei den Banken Bedenken, Parteien zu finanzieren, noch dazu solche wie die seine.

Aber Marine Le Pen hatte noch eine andere Pointe auf Lager, als sie öffentlich erklärte: »Putins Russland ist für uns ein Vorbild für eine patriotische Wirtschaftspolitik.« Und die russischen Sanktionen gegen europäische Waren, die gerade auch Frankreich treffen, verteidigte sie mit dem Satz: »Das ist nur eine berechtigte Antwort auf die europäischen Sanktionen gegenüber Russland.«[7]

Die *Freiheitliche Partei Österreichs* pflegt ebenfalls gute Kontakte zu Putins Russland bzw. zu Marionetten des Kremls im Kaukasus. So besuchte eine Delegation der *FPÖ* im Jahr 2012 den tschetschenischen »Präsidenten« Ramsan Kadyrow und kam bei der Gelegenheit zu der absurden Einschätzung, dass es in dem Land keine Menschenrechtsverletzungen gebe. 2014 äußerten sich Vertreter der *FPÖ* wohlwollend über das getürkte Referendum auf der Krim im Vorfeld der russischen Annexion. Und im selben Jahr traf sich *FPÖ*-Chef Strache mit Abgesandten des Kremls in Wien, um mit ihnen über eine Ausdehnung des russischen Einflusses in Europa zu sprechen. Die Liste ließe sich verlängern.

Der sozialdemokratische Staatspräsident der Tschechischen Republik, Miloš Zeman, erklärte im September 2016, die Krim gehöre nun endgültig zu

Russland. Der sowjetische KP-Chef Nikita Chruschtschow, so Zeman, habe eine »unverzeihliche Dummheit« begangen, als er 1954 die Krim der Ukraine »geschenkt« habe.[8] Solche Äußerungen und auch die prorussische bzw. Pro-Putin-Haltung Viktor Orbáns, des *Front National* und der *Freiheitlichen Partei Österreichs* stoßen auf schroffe Ablehnung bei den polnischen Nationalkonservativen um Jarosław Kaczyński und auch bei den konservativen bzw. nationalistischen Politikern in den baltischen Staaten.

Schließlich zeigt das positive Echo, das Putins Russland im rechten Spektrum in West- und Ostmitteleuropa auslöst, dass die Strategie des Kremls aufgeht, in Europa Zwietracht zu säen. Diese Rechten sind ein willfähriges Instrument, wenn es um russische Einflussnahme in der Europäischen Union geht – durch die russischen Auslandsmedien, die gezielte Ausweitung informeller Wirtschaftsnetzwerke und eben die finanzielle oder sonstige Unterstützung von rechtspopulistischen Parteien und Organisationen in der EU.

Gemeinsam oder getrennt marschieren?

Das Treffen zwischen Frauke Petry von der *Alternative für Deutschland* und Marine Le Pen im Oktober 2016 ist ein Beleg dafür, dass sich auch Nationalisten um internationale Kooperation bemühen, wenngleich gerade dieses Treffen – wie erwähnt – innerhalb der *AfD* auch gleich Widerspruch erregt hat. *AfD*-Vize Alexander Gauland meinte, man könne durchaus zusammenarbeiten, »aber nicht zu eng«.[9]

Auch zwei Treffen zwischen Jarosław Kaczyński und Viktor Orbán hat es schon gegeben, bei denen beide berieten, wie ihre Parteien und insgesamt ihre Länder koordiniert in der Europäischen Union auftreten können. Gegenstand des Gesprächs war insbesondere das Rechtsstaatsverfahren, das die Brüsseler Kommission gegen Polen eingeleitet hatte. Orbán versicherte Kaczyński, man werde diesbezüglich keinerlei EU-Sanktionen gegenüber Polen zulassen. Wiederholt gab es auch Beratungen der Visegrád-Gruppe, der Polen, Ungarn, die Slowakei und die Tschechische Republik angehören. Bei den Treffen ging es insbesondere um ein koordiniertes Auftreten angesichts der Flüchtlingskrise.

Bis Ende 2016 waren die Kontakte zwischen nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien eher dünn gesät. Das Wissen übereinander und das gegenseitige Interesse schienen eher wenig ausgeprägt. Doch bei einem Treffen am 21./22. Januar 2017 in Koblenz zeigte sich, dass diese Parteien durchaus das Bedürfnis haben, stärker miteinander zu kooperieren. Immerhin waren Frauke Petry, Marine Le Pen, Geert Wilders sowie Vertreter der *FPÖ* und der *Lega Nord* anwesend. Aus Ostmitteleuropa und Südosteuropa nahm

niemand teil. Der Tenor der Reden in Koblenz zeigt, dass ein Zusammenwirken dieser Parteien am ehesten möglich zu sein scheint, wenn es um die Zukunft der Europäischen Union geht. Auch die Flüchtlingskrise und der islamistische Terror schaffen für diese Parteien und Gruppierungen Möglichkeiten, koordiniert vorzugehen. Natürlich hat die rechte Szene in Ost und West auch ihre jeweiligen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Aber selbst dort war bislang von gemeinsamem politischen Auftreten noch wenig zu spüren. Stärker vernetzt sind schon militante Neonazis aus diversen europäischen Ländern.

Einen »Standortvorteil« haben die nationalkonservativen und nationalistischen Parteien und Gruppierungen im Osten Europas natürlich dadurch, dass sie regieren bzw. an Regierungen beteiligt sind oder sonstige hohe Staatsposten innehaben. Das gilt besonders für Polen und Ungarn, aber auch für die Tschechische Republik, die Slowakei, Kroatien und die baltischen Staaten. Im Westen dagegen sind sie bislang nur bedingt an der Ausübung der Macht beteiligt.

Immerhin hat es Geert Wilders und seiner *Partij voor de Vrijheid* in den Niederlanden nicht weiter geschadet, dass sie in den Jahren 2010 bis 2012 eine Regierung aus rechten Liberalen und Christdemokraten »geduldet« haben. Bis heute gelingt es ihr, die anderen Parteien in Belgien mit radikalen Forderungen vor sich herzutreiben. Ähnlich verhält es sich in Dänemark, wo die *Dansk Folkeparti* seit gut einem Jahr in der Lage ist, die traditionellen politischen Parteien mit ihren Forderungen nach einer restriktiveren Einwanderungs- und Asylpolitik unter Druck zu setzen. Denn regelmäßig fungierte diese Partei als Mehrheitsbeschafferin im dänischen Parlament. Und wenn Marine Le Pen als Kandidatin bei den französischen Präsidentschaftswahlen auf bis zu 30 Prozent der Stimmen hoffen kann, dann zeugt auch das von einem enormen politischen Einfluss.

Jubel über Trumps Wahlsieg

Geradezu enthusiastisch reagierten prominente Parteipolitiker der rechten Szene in Ost und West auf die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Einige von ihnen hatten ihn schon vor seiner Wahl in den Himmel gehoben. Verhaltener klangen die Kommentare nationalistischer und konservativer Regierungen im Osten Europas, die natürlich abwarten wollten, wie sich die Programmatik der neuen amerikanischen Führung entwickelt.

Zu den ersten Gratulanten zählte Ungarns Partei- und Regierungschef Viktor Orbán. »Glückwunsch. Welch großartige Nachrichten. Die Demokratie lebt noch«, schrieb Orbán auf Facebook.[10] Schon im Juli 2016 hatte er sich für die Wahl Trumps ausgesprochen. Die von Trump propagierte Migrations-

und Außenpolitik sei »gut für Europa und lebenswichtig für Ungarn«, sagte er damals. Nachdem sich Trump durchgesetzt hatte, erklärte Orbán, sein Wahlsieg befreie auch Europa von »ideologischen Fesseln« und besiegle das Ende der »liberalen Nichtdemokratie«.

Der tschechische Präsident Miloš Zeman hatte sich ebenfalls bereits im September 2016 für die Wahl von Trump ausgesprochen. Nach dessen Erfolg betonte Zeman, er sehe sich dadurch in seiner Ablehnung liberaler Migrationspolitik bestätigt. Trump, so der tschechische Präsident, stehe zudem für einen entschlossenen Kampf gegen den radikalen Islamismus.[11]

Im Westen jubelte die Vorsitzende des französischen *Front National* Marine Le Pen über den Sieg Trumps. Schon am Morgen nach dem Wahltag in den USA schickte sie Trump Glückwünsche und gratulierte dem »freien amerikanischen Volk«.[12] Die französische Präsidentschaftskandidatin gab sich sicher, dass Trumps Erfolg dazu beitrage, ihr im Mai 2017 den Weg in den Elysée-Palast zu ebnen.

Geert Wilders versuchte ebenfalls, den Sieg Trumps für sich zu instrumentalisieren. »Die Menschen [in den USA – R. V.] haben sich ihr Land zurückgeholt. Das werden wir auch«, schrieb er am Morgen nach der Wahl auf Twitter. Später im niederländischen Parlament fügte er hinzu, die Menschen ließen sich nicht mehr für dumm verkaufen. Es gebe Anzeichen für einen »patriotischen Frühling« im Westen. Man wolle keine »politisch korrekten« Politiker mehr, die sich nur um ihre eigenen Interessen kümmerten.[13]

In Großbritannien gratulierte der Vorsitzende der *UK Independence Party – Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs)* und »Brexit«-Wortführer, Nigel Farage, Trump mit den Worten: »Viele Glückwünsche. Sie haben einen sehr mutigen Wahlkampf geführt.« Und fügte hinzu: »Es scheint so, als wird 2016 zum Jahr zweier großer politischer Revolutionen.«[14]

Für die *Freiheitliche Partei Österreichs* meinte Norbert Hofer, der Erfolg Trumps könne zu besseren Beziehungen zwischen den USA und Russland führen. Für ihn, so Hofer, seien die wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zu Russland wichtiger als die zu den Vereinigten Staaten. Deshalb müssten auch die europäischen Sanktionen gegen Russland sofort aufgehoben werden.[15]

In der *Alternative für Deutschland* wurden nach dem Wahlsieg Trumps Widersprüche deutlich. Einerseits gratulierte die Bundesvorsitzende Frauke Petry dem Wahlsieger und betonte, die amerikanischen Wähler hätten sich »für den politischen Neuanfang und gegen Filz und Korruption« entschieden. Der zweite Bundesvorsitzende, Jörg Meuthen, fügte hinzu, Trumps Sieg sei »ein gutes Signal für die Welt und markiert eine Zeitenwende«.[16] Ähnlich äußerten sich diverse andere *AfD*-Funktionäre.

Andererseits meinte die stellvertretende Bundesvorsitzende Beatrix von

Storch: »Vieles von dem, was Trump im Wahlkampf gesagt hat, ist kritisch zu sehen.« Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Uwe Junge meinte, ein Wahlkampf à la Trump sei in Deutschland nicht möglich. Junge: »Das ist eine Art, die ich so nicht befürworte. Manche Dinge erschrecken mich, andere Dinge finde ich gut, so Trumps Bereitschaft, mit Putin zu sprechen.«

Regierende Nationalkonservative und Nationalisten im Osten Europas werteten Trumps Wahlerfolg als Bestätigung ihrer Politik, äußerten sich zum Teil aber zurückhaltender, was die künftige Politik des neuen amerikanischen Präsidenten angeht. So erklärte die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło, in den USA habe die Stimme des Volkes gewonnen, der einfache Bürger habe entschieden, dass mit der Politik für die Eliten Schluss sein müsse. »Gerade Polen ist ein Beispiel dafür, dass Protestwahlen gegen den Mainstream gute und sichere Wahlen sein können«, betonte die Regierungschefin. Polen sehe der zukünftigen US-Politik gelassen entgegen, die USA würden weiterhin rational handeln.[17]

Außenminister Witold Waszczykowski nahm für sich in Anspruch, den Wahlsieg Trumps erwartet zu haben. Nun, so der Minister, müsse sich erweisen, ob dessen Wahlkampfrhetorik zum politischen Programm werde.[18] Verteidigungsminister Antoni Macierewicz wagte die Prognose, dass die polnisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Sieg Trumps noch besser werden könnten. Immerhin erreiche Polen das von der Nato vorgegebene Ziel von zwei Prozent bei den Ausgaben für Verteidigung. Bei Staatspräsident Andrzej Duda klang die in Polen übliche Überbewertung der eigenen Wichtigkeit durch, als er in einem Fernsehinterview sagte: »Die Bande zwischen Polen und den Vereinigten Staaten sind ein hervorragendes Beispiel einer strategischen Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten beruht, denen die Freiheit zugrunde liegt.«[19]

Skeptisch äußerte sich Adam Michnik, Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza*. Das Ergebnis der amerikanischen Wahlen sei eine beunruhigende Nachricht für die gesamte demokratische Welt, schrieb er. »27 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Fall der Berliner Mauer haben die zwei großen westlichen Demokratien, Großbritannien und die USA, die gesamte freiheitliche Welt in eine gefährliche Phase geführt«, so Michnik. Nun werde sich erweisen, ob dies der Anfang vom Ende der Pax Americana sei und ob die EU sich zusammenreißen könne. »Wird sich die Demokratie als stärker erweisen als Populismus und Fremdenfeindlichkeit?«, fragte Michnik besorgt.

Der ehemalige polnische Außenminister Radosław Sikorski bezeichnete den Wahlsieg Trumps als Ausdruck eines neuen weltweiten Nationalismus, der sich auch schon beim »Brexit«-Referendum und den Wahlen in Polen gezeigt habe. Polens früherer Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski wertete Aussagen Trumps als besorgniserregend, die auf eine Schwächung der

Nato, einen Neustart der Beziehungen zu Russland, eine Antieinwanderungspolitik und ein Hinterfragen der Verständigung mit der EU hinauslaufen.

Spitzenpolitiker der Slowakei reagierten eher verhalten auf den Erfolg von Donald Trump. Staatspräsident Andrej Kiska und Ministerpräsident Robert Fico gratulierten ihm mit sehr knappen Stellungnahmen zum Wahlsieg. »Die USA sind ein wichtiger Partner der Slowakei und Europas, und ich halte es für wichtig, dass dies in Zukunft auch so bleibt«, meinte Kiska schlicht. In Anspielung auf falsche Prognosen von US-Medien und Meinungsforschern hob Fico hervor: »Die Welt wie auch die Slowakei sind ganz anders, als sie von den Medien beschrieben werden. Das haben die US-Wahlen erneut bestätigt.« Als Premier der Slowakei respektiere er die Entscheidung der US-Wähler, betonte der Regierungschef.[20]

In Kroatien und Slowenien hatten die Regierenden auf einen Sieg von Hillary Clinton gesetzt. Der absehbare Verständigungskurs Trumps gegenüber Putin bzw. Russland und damit indirekt auch gegenüber Serbien stößt bei Konservativen und Nationalkonservativen in beiden Ländern auf Ablehnung, weil sie dadurch eine Stärkung Serbiens erwarten.

Große Besorgnis weckte die Wahl Trumps in den baltischen Staaten, weil er im Wahlkampf die Beistandsgarantie nach Art. 5 des Nato-Vertrages infrage stellte für diejenigen Mitgliedstaaten, die ihre Verteidigungsausgaben nicht nach den Nato-Mindestvorgaben erhöht haben. Die *Süddeutsche Zeitung* zitierte den früheren estnischen Außenminister Jürgen Ligi mit den Worten: »Russland zeigt nicht nur in der Ukraine weiter eine aggressive Politik; es versteht nur Stärke und Abschreckung als Basis für echten Dialog. Wir müssen noch viel tun, bis wir eine echte Abschreckung erreicht haben.«[21]

In diesem Zusammenhang verweist man in den baltischen Staaten darauf, dass Russland im westlichen grenznahen Militärbezirk über 65 000 Soldaten, 750 Panzer und gut 300 Kampfflugzeuge stationiert hat, während Estland, Lettland und Litauen zusammen nur über 10 500 Soldaten und drei Panzer, nicht aber über Kampfflugzeuge verfügen. Der litauische Außenminister Linas Linkevičius warnte zwar vor Panik, räumte aber auch ein, dass dieses militärische Kräfteverhältnis nicht gerade für Entspannung sorge.[22] Hinzu kommt, dass Russland seine Exklave Kaliningrad mit S-400-Langstreckenraketen und Iskander-Kurzstreckenraketen aufgerüstet hat.

Nun hat die Nato auf ihrem Gipfel in Warschau im Juli 2016 beschlossen, vier multinationale Bataillone mit je 1000 Soldaten in den drei baltischen Staaten und in Polen zu stationieren. Doch die baltischen Staaten sehen das lediglich als Geste. Militärisch, so heißt es, ändere das nichts am Kräfteverhältnis gegenüber Russland. Während des Wahlkampfes in den Vereinigten Staaten hatte Trump den baltischen Staaten wiederholt vorgeworfen, sie gäben nicht genug Geld für ihre Verteidigung aus. Tatsache

ist aber, dass Estland inzwischen 2,2 Prozent seiner wirtschaftlichen Leistung für militärische Zwecke aufbringt und auch Lettland sowie Litauen ihre Militäretats erhöht haben.

Es war der frühere litauische Staatspräsident Valdas Adamkus, der im Fernsehen mit Blick besonders auf Trump erklärte, er habe viele Präsidenten kommen und gehen sehen, und alle seien im Amt pragmatischer und berechenbarer gewesen als im Wahlkampf. Das betreffe besonders die Außenpolitik. Adamkus wörtlich: »Für uns gibt es keine reale Gefahr, dass sich das ändert.«[23] Adamkus lebte bis Anfang der 1990er-Jahre im amerikanischen Exil und bekleidete dort als Republikaner hohe Ämter im Staatsdienst.

Die slowenischen Medien, die sich mehrheitlich bis zur amerikanischen Präsidentenwahl eher kritisch Trump gegenüber positioniert hatten, diskutierten nach seinem Sieg auf einmal mögliche Vorteile für Slowenien. Anlass dafür war die sprunghafte Zunahme der Anzahl amerikanischer Touristen im Land. Grund dafür ist die Tatsache, dass Trumps Ehefrau Melania in Slowenien geboren ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Wahlsieg von Donald Trump zweifellos den Nationalkonservativen, Nationalisten und Rechtsradikalen im Osten und Westen Europas Aufwind verschafft hat – zumindest was seine politischen Methoden angeht: Populismus billigster Sorte, nationaler Egoismus, Hetze gegen Migranten, Stimmungsmache gegen Eliten (obwohl selbst der New Yorker Hochfinanz entstammend). Doch das ist nur die eine Seite. Auf der anderen Seite waren bestimmte Äußerungen Trumps im Wahlkampf zu Putin, zur Nato und zu seiner künftigen Außenwirtschaftspolitik nicht nach dem Geschmack rechter Regierungen im Osten Europas. Insofern darf man gespannt sein, wie die künftigen Reaktionen auf Trumps Politik ausfallen werden, je mehr diese konkrete Formen annimmt.

Der Verlauf des Warschau-Besuchs von Bundeskanzlerin Angela am 7. Februar 2017 könnte ein erster Hinweis darauf sein, dass der polnischen Regierung daran gelegen ist, vom schroffen Kurs gegenüber Berlin abzurücken. So fand Jarosław Kaczyński in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auch lobende Worte für Angela Merkel. Und Ministerpräsidentin Beata Szydło deutete in einem Hintergrundgespräch mit deutschen Korrespondenten an, dass sie sich nicht unbedingt gegen ein »Europa der zwei Geschwindigkeiten« wehre – eine Formulierung, die Kanzlerin Merkel kurz zuvor bei dem EU-Treffen auf Malta gebraucht hatte. Bis dahin hatten die polnischen Nationalkonservativen ein »Europa der zwei Geschwindigkeiten« immer strikt zurückgewiesen als Versuch, Polen vom Westen abzukoppeln und zur Beute Russlands zu machen.

Möglicherweise hat das Auftreten Trumps ein Umdenken in Warschau

eingeläutet. Auch der britische »Brexit«-Beschluss und überhaupt die tiefe Krise der Europäischen Union geben Kaczyński und seinen Mitstreitern zu denken. Vielleicht ringen sie sich zu der Erkenntnis durch, dass sie mit Deutschland kooperieren müssen, wenn es um die Rettung der EU geht, aus der Polen ihrer Meinung nach nicht austreten sollte. Sogar in den sehr deutschlandkritischen Wochenzeitungen des rechten Lagers in Polen ist schon die Rede von »Vernunftehe« und »Modernisierungspartnerschaft«. Doch den »atmosphärischen Klängen« müssen noch Taten folgen. Hinzu kommt, dass Warschau weitreichende Veränderungen der EU-Verträge wünscht, die in Berlin abgelehnt werden. Herbe Differenzen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise bestehen ebenfalls weiter. Der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sagte Kaczyński auch: »Frau Merkel ist absolut die Nummer eins in der EU, und das ist keine gesunde Situation.«[24]

Für eine gesamteuropäische Diskussion über die Zukunft der EU

Das Erstarken des Nationalismus im Osten Europas ist ein weiteres Zeichen dafür, dass der gesamte Kontinent in einer tiefen Krise steckt. In der Europäischen Union und in ganz Europa stehen die Zeichen auf Auflösung, nicht auf Integration. »Zerfällt Europa?« lautete der Titel einer längeren Serie in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Schon die Finanz- und Schuldenkrise hat tiefe Spuren hinterlassen. Europa befindet sich zwar nicht im Krieg – zieht man die militärischen Kämpfe im Osten der Ukraine nicht in Betracht –, sieht sich aber mit den Auswirkungen der bewaffneten Auseinandersetzungen etwa in Syrien konfrontiert. Die Flüchtlingskrise wird Europa noch über Jahre hinweg beschäftigen. Dem Blutvergießen in Syrien stehen die europäische und die internationale Diplomatie fast hilflos gegenüber. Die Anschläge in Frankreich, Deutschland und Belgien zeigen, dass der islamistische Terror nicht an den Grenzen der Europäischen Union haltmacht. Findet der »Brexit« Nachahmer?

Nun muss das Erstarken des Nationalismus im Osten Europas nicht unbedingt heißen, dass Länder dieser Region die Europäische Union verlassen wollen. Allerdings ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die nationalistischen, populistischen und rechtsradikalen EU-Gegner und EU-Kritiker im Westen Europas einflussreiche Mitstreiter im Osten bekommen haben. Auch wenn die neuen »Partner« in West und Ost bislang fast ausschließlich innerhalb ihrer jeweiligen Landesgrenzen agieren und auf EU-Ebene kaum Synergieeffekte erzielen, ist schon allein durch ihre gemeinsame Existenz eine neue Qualität und Quantität entstanden.

Es stimmt, dass die Übernahme des Acquis Communautaire die reformerischen Fortschritte in den im Jahr 2004 beigetretenen Ländern nachdrücklich gefördert hat. Aber ebenso richtig ist, dass führende Protagonisten der Transformation wie etwa Tadeusz Mazowiecki, Bronisław Geremek und Václav Havel schon vor 1989 vehemente Verfechter einer parlamentarischen Demokratie, einer Dreiteilung der Staatsgewalt und eines funktionierenden Rechtsstaats waren und sich unter diesen Prämissen für eine Mitgliedschaft in den westlichen Gemeinschaften und Bündnissen eingesetzt haben.

Es ist ebenfalls bekannt, dass vor der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien Zahlen und Fakten über die »Beitrittsfortschritte« dieser Länder getürkt wurden – mit Wissen der EU-Kommission. Aber das geschah auch bei der Aufnahme Griechenlands in die Eurozone.

Hinzu kommt, dass es auch im Westen immer wieder Entscheidungen und Maßnahmen gab, die de facto zur Spaltung der EU beigetragen haben. Die deutsche Regierung war die erste, die den Stabilitätspakt aufgeweicht hat; Frankreich und die Niederlande haben 2005 den Verfassungsvertrag abgelehnt; im April 2016 votierten wiederum die Niederländer gegen das Abkommen zwischen der EU und der Ukraine; gerade in Deutschland und Frankreich gibt es oft eine ausgeprägte Lobbyarbeit gegen den Markteintritt von Firmen etwa aus Polen. Derlei Beispiele ließen sich noch viele auflisten. Man legt also zweierlei Maß an, wenn man nur »den Osten« für Spannungen und Spaltungen in der EU oder sogar ein mögliches Auseinanderbrechen der Gemeinschaft verantwortlich machen wollte.

Äußerst inkonsequent verhält sich die EU-Kommission, wenn es um ihre Aufsichts- und Sanktionspflicht bei Verstößen von Mitgliedstaaten gegen Haushalts- und Sparauflagen oder um eine Verletzung der europäischen Verträge geht. Mehrmals verzichtete sie auf notwendige Sanktionen, als etwa Spanien und Portugal gegen Auflagen verstießen, leitete dann aber den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus gegen Polen ein, nachdem die dortige nationalkonservative Regierung unter Verletzung von Rechtsstaatsprinzipien und Missachtung der Gewaltenteilung massiv gegen das polnische Verfassungsgericht vorgegangen war. Aber selbst dieses Verfahren erwies sich als stumpfe Waffe, da die Kommission nicht die politische Macht besitzt, die damit verbundenen Sanktionen durchzusetzen. Dass die Gemeinschaft bei der Entwicklung und Durchsetzung einer konsistenten und wirksamen Strategie gegen antidemokratisches und nicht rechtsstaatliches Verhalten von Mitgliedstaaten versagt, ist symptomatisch für eine geschwächte Union und fördert in allen EU-Staaten zunehmende Skepsis bei der Beantwortung der Frage, ob denn übernationale Kooperation und die Mitgliedschaft in solchen Gemeinschaften wie der EU überhaupt demokratiefördernd seien.

Das Auftreten nationalistischer Kräfte in ganz Europa sowie die dabei sichtbar werdenden Interdependenzen zwischen West und Ost lassen nur einen Schluss zu: Eine grundlegende Debatte über die tieferen Hintergründe der Krise der EU und die Perspektiven der Gemeinschaft kann nur gesamteuropäisch geführt werden. Alles andere wäre unehrlich und unseriös.

In den westlichen EU-Ländern läuft diese Debatte schon: in Wissenschaft und Publizistik, mit Büchern, Aufsätzen in Zeitungen und Zeitschriften, auf Konferenzen. Doch über weite Strecken ist sie noch sehr »westlich«, wenig vergleichend, was die nationalistischen Phänomene in West und Ost angeht, und wenig analytisch, wenn es um den Nationalismus als gesamteuropäische

Erscheinung geht.

Im Osten Europas dagegen reicht diese Debatte, wenn sie denn überhaupt geführt wird, in der Regel nicht über das Vortragen einzelner Vorschläge und Forderungen hinaus, die auf Fragen antworten wie: Was darf die Kommission und was darf sie nicht? Soll der Europäische Rat weiter gestärkt werden? Kann das Europäische Parlament in der jetzigen Gestalt seinen Aufgaben gerecht werden? Welche Politikfelder müssen aus der Brüsseler Verantwortung zurück in die nationale Verantwortung genommen werden? Einige wenige Ausnahmen bestätigen diese Regel. So werden beispielsweise die diesbezüglichen Analysen des Politologen und Leiters des Centre for Liberal Strategies in Sofia, Ivan Krastev, mittlerweile in ganz Europa und in Übersee gelesen.

Das Erstarken von Nationalismus und Populismus verweist auf tiefer liegende Ursachen der EU-Krise, für die folgende Merkmale symptomatisch sind:

1. Bei politischen Entscheidungen, die für Europa und die internationalen Beziehungen wichtig sind, gerät die EU immer mehr an den Rand. Das zeigt sich schon bei den Spitzentreffen im Vierer- oder Fünferkreis, etwa wenn Obama, Hollande, Merkel und Renzi in Berlin zusammenkommen oder wenn Putin in die deutsche Hauptstadt geladen wird. Juncker, Tusk und (ehemals) Schulz als Präsidenten zentraler europäischer Institutionen sind nicht dabei.

2. Die Institutionen und der Apparat der EU sind politisch und administrativ wenig effektiv. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* war die Rede vom »Juncker-Syndrom«. »Politisch«, so hieß es, sei Brüssel zum Synonym für orientierungslos, unberechenbar und beliebig geworden.[1]

3. Finanziell herrscht in der Gemeinschaft eine ungeheure Verschwendung. Das gilt nicht nur für einzelne Politikfelder wie die Agrarpolitik, sondern auch für die Kosten des gewaltigen Apparats besonders in Brüssel und Straßburg.

4. Intellektuell verarmen die EU-Institutionen zusehends, intelligentes strategisches Denken findet kaum noch statt. Im Vordergrund stehen »Lösungen« oder Krisenmanagement.

5. Den Politikern überall in Europa gelingt es nur noch selten, die Bürger ihrer Länder für das »europäische Projekt« einzunehmen. Entfremdung von der EU ist spürbar. Die Gründungsmotive der Gemeinschaft wie die Sicherung des Friedens sind verblasst.

6. Auch das Europäische Parlament zeigt sich nicht mehr in der Lage, die Menschen in den Mitgliedstaaten näher an die Union heranzuführen. Es ist noch weiter von der Gesellschaft, also von seiner Legitimationsbasis entfernt als die nationalen Parlamente.

7. Tatsache ist ebenso, dass das Europäische Parlament zwar mehr Kompetenzen erlangt hat, gleichzeitig aber die Beteiligung bei den

Europawahlen weiter zurückgegangen ist, weil diese Wahlen nicht europäisch sind, sondern die Parteien der einzelnen Länder mit ihren innenpolitischen Themen »europäischen« Wahlkampf betreiben. Die europäischen »Parteifamilien« spielen im Wählerbewusstsein kaum eine Rolle.

8. Letztendlich gibt es auch keine europäische Öffentlichkeit, die diesen Namen wirklich verdient. Medien auf europäischer Ebene wie Internetportale oder Zeitschriften werden vom breiten Publikum wenig wahrgenommen.

9. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs sind für den »europäischen« Durchschnittsbürger nicht nachvollziehbar, weil sie nicht entsprechend vermittelt werden. Damit fehlt diesen Entscheidungen die demokratische Legitimation, was auch für politisch-ökonomische Entscheidungen gilt, wie etwa die verschiedenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanz- und Schuldenkrise.

Während Wissenschaftler und Publizisten bereit sind, grundsätzlicher über die gegenwärtigen Defizite und die Perspektiven der EU zu diskutieren, haben die meisten europäischen Politiker Angst vor einer solchen strategischen Debatte – eine Angst, die Politiker immer dann ergreift, wenn sie ihre Posten, Machtpositionen und materiellen Annehmlichkeiten bedroht sehen.

Die Politiker verweigern Antworten auf die Fragen, ob die europäische Integration in die »Vereinigten Staaten von Europa« münden soll oder ob am Ende weiterhin eine Zweckgemeinschaft stehen wird, die von Fall zu Fall Angelegenheiten klärt, die sich gemeinsam besser lösen lassen als getrennt. Man erfährt auch nichts Definitives, wenn es darum geht, wer denn künftig möglicherweise noch der EU angehören könnte, etwa die Staaten des Westbalkans. Auch die Fragen nach dem Verhältnis von Marktwirtschaft und Sozialstaat, nach Multikulturalität und überhaupt nach Einheit und Vielfalt in der EU bleiben ohne Antwort. So klagt Dieter Grimm zu Recht:

> »Aber die Politik scheut die Finaldiskussion und reagiert auf Forderungen nach prinzipieller Klärung mit der Vertröstung, diese Fragen würden erörtert, wenn sie zur Entscheidung anstünden. Der Verweis auf die Zukunft hindert die Politik allerdings nicht daran, unter Ausblendung der Zielfrage heute Entscheidungen zu fällen, die morgen Folgezwänge entfalten und die Antwort auf die Finalitätsfrage präjudizieren. Treten die Folgezwänge zutage, ist es für eine Diskussion über ihre Wünschbarkeit gewöhnlich zu spät. […] Die Politik preist ihre Prinzipienscheu als Pragmatismus an. […] Sie ist aber in Wirklichkeit ein Schleichweg zur Verschleierung der Prinzipienfrage und schlägt sich daher als Legitimationsproblem nieder, weil der sogenannte Pragmatismus die Völker vor vollendete Tatsachen stellt, zu denen sie sich keinen Willen bilden konnten und die sie deswegen als ihnen oktroyiert, nicht als von ihnen autorisiert empfinden.«[2]

Die Charakterisierung »Entscheidungen mit Folgezwängen« gilt für diverse EU-Beschlüsse in Sachen Finanz- und Schuldenkrise, Flüchtlings- und Handelspolitik.

Auch der frühere Bundesaußenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist ein Verfechter dieses zukunftsblinden Pragmatismus. In seinem im September 2016 erschienenen Buch »Europa ist die Lösung. Churchills Vermächtnis« schreibt er:

> »Gerade diese Legitimität [für das Fortschreiten der europäischen Integration – R. V.] steht heute in Frage, wir müssen sie zuallererst zurückgewinnen. Legitimität, wo Zweifel bestehen, gewinnt man nicht mit großen Visionen, sondern im konkreten Handeln zurück. Die Menschen wollen nicht hören, sondern sie wollen in der Realität sehen, dass Europa die Lösung ihrer Probleme ist.«

Steinmeier verweist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit eines nationenübergreifenden Grenzschutzes, eines gemeinsamen europäischen Asylsystems und der Einlösung eines europäischen Wohlstandsversprechens. Immerhin kann sich Steinmeier etwa in Hinsicht auf die Stabilisierung der Eurozone eine Differenzierung in der EU vorstellen:

> »Wir müssen flexibler werden und es Gruppen von Mitgliedsstaaten ermöglichen, auf bestimmten Gebieten voranzugehen, zu experimentieren und dabei offen für späteres Mitmachen anderer zu sein. Dabei sollten wir anerkennen und nicht beklagen, dass andere Mitgliedsstaaten andere Vorstellungen haben: von der weiteren Richtung, den weiteren Schritten und auch der Geschwindigkeit beim Ausbau des europäischen Hauses.«[3]

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist ebenfalls ein Anhänger des Pragmatismus. Einmal mehr zeigte sich das bei seiner »Rede zur Lage der Union« am 14. September 2016 im Europäischen Parlament. Juncker sprach davon, dass sich die Union »in einer existenziellen Krise« befinde, trotzdem aber nicht »in ihrem Bestand gefährdet« sei, um dann schnell auf konkrete Ziele zu kommen, die verwirklicht werden müssten: eine baldige Arbeitsaufnahme beim schon beschlossenen EU-Küsten- und Grenzschutz, die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs für ein europäisches Reiseinformationssystem, die Bildung eines gemeinsamen Hauptquartiers für zivile und militärische EU-Missionen, die Gründung eines Europäischen Verteidigungsfonds zur Unterstützung von Forschungs- und Innovationsvorhaben in der Rüstungsindustrie sowie den Ausbau digitaler Dienstleistungen an wichtigen öffentlichen Plätzen europäischer Städte.[4]

Der Publizist Thomas Schmid nennt in seinem Buch »Europa ist tot, es lebe Europa« zwei Wege, um aus der Krise der Europäischen Union herauszukommen: politischen Willen zur Korrektur von Fehlern und einen gewissen Umbau des Gefüges der Union. So kann er sich einen zeitweiligen

bzw. partiellen Ausstieg Einzelner aus der Eurozone, eine freimütigere Interpretation der EU-Verträge und lockere Formen der Assoziation statt fester Mitgliedschaft vorstellen. Zu den Politikfeldern, die auch künftig gemeinschaftlich bearbeitet werden sollten, zählt er die Flüchtlings-, Asyl- und Grenzpolitik sowie die Verteidigungsund Umweltpolitik.[5]

Ralf Fücks, einer der beiden Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung, hat den Denkansatz der Differenzierung innerhalb der EU viel weiter entwickelt als Frank-Walter Steinmeier. Fücks geht zu Recht davon aus, dass man es in Europa mit eigensinnigen Nationen ganz unterschiedlicher historischer, politischer und kultureller Prägung zu tun hat. Diese Differenzen ließen sich nicht durch einen dezisionistischen Akt überwinden, schreibt er.

> »Jeder Versuch, politische Macht in einer europäischen Exekutive noch stärker zu zentralisieren, würde nur die zentrifugalen Kräfte in der EU stärken. […] Was aber tun, wenn sich die 28 Mitgliedstaaten nicht auf eine gemeinsame Politik verständigen können? Die Auflösung dieses Dilemmas liegt nicht in der Delegation politischer Entscheidungsmacht an eine übergeordnete Instanz, sondern in einer stärkeren Binnendifferenzierung europäischer Politik. […] wie schon bei der Einführung des Euro oder der Beseitigung innereuropäischer Grenzkontrollen können Koalitionen von Mitgliedstaaten bei der Vergemeinschaftung bestimmter Politikfelder vorangehen.«

Als gemeinsamer Rahmen, so Fücks, würden weiterhin die europäische Menschenrechtskonvention, der Binnenmarkt, der Bestand an gemeinsamer Regulierung und die europäischen Institutionen (Europaparlament, Europäischer Rat, Kommission, europäische Gerichtsbarkeit) wirken.

Ein zentrales Problem sieht Fücks im Mangel an wirtschaftlichen Perspektiven in weiten Teilen Europas. Die prekäre ökonomische Lage mit all ihren Begleiterscheinungen – Arbeitslosigkeit, Reallohnverluste, grassierende Abstiegsängste in den Mittelschichten und krisenhaften Staatsfinanzen – schlage auch auf die politische Sphäre durch. Hier müsse eine Politik ansetzen, die wieder mehr Zuversicht und Zusammenhalt stiften wolle.

> »Eine neue Gründerkultur, erleichterter Zugang zu Wagniskapital, Entbürokratisierung, die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur, Ausbau von Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie eine investitionsorientierte Haushaltspolitik sind das A und O für die Überwindung der europäischen Krise.«[6]

Um aus einem gespaltenen Europa wieder zu mehr Gemeinsamkeit zu kommen, setzt Evelyn Roll von der *Süddeutschen Zeitung* auf Mobilisierung. In ihrem Buch »Wir sind Europa. Eine Streitschrift gegen den Nationalismus« fordert sie die Formierung einer starken proeuropäischen Bürgerbewegung. Die proeuropäischen Bürger und Initiativen müssten sich stärker vernetzen, um dadurch stärker wahrgenommen zu werden und Medienresonanz zu

erzielen. Auch Leserbriefe an örtliche Zeitungen und Abgeordnete könnten Druck ausüben, ebenso wie Geld zu spenden oder sich gleich einer proeuropäischen Gruppe anzuschließen.

Evelyn Roll ist davon überzeugt, dass »eines Tages eine vollständige politische Union [notwendig sein werde], solidarisch konsolidiert zu einer Wirtschafts- und Sozialunion mit einer europäischen Wirtschaftsregierung und einer EU-Außenpolitik«.[7]

Das klingt alles sehr sympathisch, ist aber konzeptionell bzw. inhaltlich mager und unterschätzt die Unterschiede des politischen und historischen Bewusstseins in den Gesellschaften der einzelnen Mitgliedsländer. Gleichwohl sind Mobilisierung proeuropäisch denkender Menschen in allen Staaten und eine gesamteuropäische Vernetzung der Europadiskussion sicher wichtige Elemente, wenn es um die Gestaltung des künftigen Europa geht.

Dieter Grimm spricht sich für einen Mittelweg aus. Ein europäischer Staat, so argumentiert er, »würde den Reichtum des europäischen Pluralismus gefährden« und stünde »den Unionsbürgern noch ferner als das gegenwärtige Gebilde«. »Eine reine Wirtschaftsgemeinschaft würde den Umstand ignorieren, dass Wirtschaftsentscheidungen politische Implikationen haben und dass viele Aufgaben, die lange Zeit von Staaten wahrgenommen wurden, nicht mehr befriedigend auf der staatliche Ebene zu lösen sind.«[8] Zur Reform der EU schlägt er drei Schritte vor:

Erstens eine Europäisierung der Europawahlen und der politischen Parteien. Letztere könnten schon vor der Wahl nationale Interessen in sich ausgleichen und sich dann an das gesamte europäische Publikum wenden, dass so tatsächlich über europäische Wahlprogramme abstimmen könnte.

Zweitens die Festlegung klarer Grenzen der Vergemeinschaftung, da »die gegenwärtigen Strukturen keinen ausreichenden Schutz gegen die schleichende Auszehrung der mitgliedstaatlichen Strukturen bieten und das Subsidiaritätsprinzip sich als wirkungslos erwiesen hat«. Des Weiteren eine klare Kompetenzaufteilung zwischen den EU-Institutionen und den Organen der Mitgliedstaaten nach Sachkriterien.

Und drittens angesichts der Verselbstständigung der administrativen und judikativen Instanzen der EU eine Repolitisierung derjenigen Entscheidungen, die beträchtliche politische Implikationen haben. »Das Mittel dazu ist die Rückführung der konstitutionalisierten Verträge auf das verfassungsfunktional notwendige Maß.«[9]

Der frühere französische Außenminister Hubert Védrine plädiert dafür, eine Konferenz ranghoher Politiker aus denjenigen Mitgliedstaaten einzuberufen, die Interesse an einer strategischen Debatte über die Zukunft der EU haben, mit folgenden Themen: eine politische Bilanz des Aufbaus der EU sowie ihrer Methoden und Funktionsweisen; eine Neudefinition der subsidiären Rolle der EU-Kommission auf den verschiedenen Politikfeldern,

was die Beschreibung der Kompetenzen beinhaltet, die die Kommission behalten soll; eine klare Abgrenzung dieser Kompetenzen in politischer, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Die Ergebnisse der Konferenz sollten dann in einem politischen Text zusammengefasst und anschließend zur Legitimation in den teilnehmenden Ländern den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden.[10]

Der weitgehendste Vorschlag kam von Bruno Frey, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich. Er regte an, die gegenwärtigen »starren und wenig demokratischen« EU-Strukturen durch einen Wiederaufbau von unten zu ersetzen. Zu diesem Zweck müssten »problemorientierte politische Körperschaften« zur Bewältigung gemeinsamer Aufgaben gegründet werden. Die Initiative dazu, so der Ökonom, könne gemeinsam von Gemeinden und Regionen in verschiedenen Ländern sowie von Staaten, die miteinander kooperieren wollen, ergriffen werden. Gegenstand der Arbeit dieser Körperschaften könnten bildungs- und wissenschaftspolitische Themen, die soziale Sicherung, Umweltprobleme, der Freihandel, Migration, Sicherheit der Bürger und selbst verteidigungspolitische und militärische Fragen sein.[11] Dieser Vorschlag klingt sehr »schweizerisch«.

Ich denke, dass die hier vorgestellten Autoren allesamt wichtige Elemente für die weitere Diskussion über die Perspektiven Europas vorgegeben haben, denke aber auch, dass man noch stärker über basisdemokratische Aspekte bei der weiteren europäischen Integration im Sinne von Frey nachdenken sollte, wenngleich ich sein Modell als alleinigen Weg für unrealistisch halte.

Das Material für die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union liegt also auf dem Tisch. Die wichtigsten völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen, demokratiepolitischen und zivilgesellschaftlichen Aspekte wurden genannt. Aber noch einmal: Diese Diskussion muss europaweit geführt werden, unter Einschluss der Staaten im Osten Europas. Denn sie waren es, die mit ihrem gewaltigen Aufbruch in den Jahren 1988 bis 1990 einen gar nicht zu überschätzenden Beitrag zur Integration Europas geleistet haben.

Bei der anstehenden Debatte ist zu berücksichtigen, dass es zwar einerseits so etwas wie ein europäisches Bewusstsein in bestimmten Schichten der Gesellschaften in allen europäischen Staaten gibt – mal mehr, mal weniger. Aber dies wird derzeit dominiert durch regionales (skandinavisches, südliches, östliches etc.) und nationales Denken. Das wird sich – wenn überhaupt – vorerst nicht ändern.

Es ist eine Binsenweisheit, dass sich bestimmte Probleme in den heutigen Zeiten nicht mehr allein nationalstaatlich lösen lassen. Die Flüchtlingskrise und der islamistische Terror sind nur die jüngsten Beispiele dafür. Ob

Lösungen für diese Probleme nur durch europäische Institutionen oder auch von Fall zu Fall durch Konsultationen der Regierungen gefunden werden, muss im Einzelfall geprüft werden.

Die EU als Wertegemeinschaft (Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Bindung der Politik an verfassungsrechtliche Grundsätze) ist bislang nur eine Fiktion. Mitgliedstaaten verstoßen immer wieder gegen diese Werte, wie zuletzt in Polen. Sanktionsmechanismen greifen nicht. Also muss man konsequenter diskutieren: Will man eine solche Wertegemeinschaft? Wenn ja, muss man nicht härter gegen diejenigen EU-Staaten vorgehen, die diese Werte missachten? Mit finanziellen Konsequenzen? Mit Ausschluss aus der Gemeinschaft? Ich meine, ja.

Mir gefällt der Vorschlag, die Europawahlen aus der nationalen Zwangsjacke zu befreien und zu europäisieren. Den Bürgern muss viel deutlicher erklärt werden, welchen Vorteil europäische Lösungen für sie haben.

Ohne Zweifel ist der Katalog politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Fragen, mit denen sich EU-Institutionen befassen, viel zu breit gefasst und muss auf die Probleme reduziert werden, die sich tatsächlich nur europäisch lösen lassen. Alle anderen Kompetenzen müssen an die Nationalstaaten, Regionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zurückgegeben werden. Der reduzierte Katalog ist im EU-Recht festzuschreiben.

Erforderlich ist weiterhin ein drastischer Abbau der Brüsseler Bürokratie. Selbst das Europaparlament wäre arbeitsfähig, wenn es gerade mal die Hälfte der jetzigen Zahl an Abgeordneten hätte.

Die EU-Finanzen müssen energisch gestrafft und stärker an zukunftsträchtigen Aufgaben (Bildung, Wissenschaft, Infrastrukturen, vernünftige Handelspolitik etwa gegenüber Afrika) orientiert werden, statt beispielsweise in dunklen Kanälen überkommener Agrarstrukturen zu versickern.

Vermutlich wird man nicht umhinkommen, die Zusammensetzung der Eurozone zu überprüfen.

Gerade Deutschland hat historisch, politisch und ökonomisch sehr stark von der europäischen Integration profitiert. Daraus erwächst eine große Verantwortung für die Regierung, das Parlament, die Parteien, die Stiftungen, die NGOs und andere gesellschaftliche Organisationen in diesem Land, die Europadiskussion aktiver und inhaltlicher zu führen. Weg von dem elenden Pragmatismus, der bislang vorherrscht.

Deutschlands Verantwortung resultiert nicht zuletzt auch aus seiner Lage im Zentrum Europas an der Nahtstelle zwischen Ost und West. Gerade wurde der 25. Jahrestag des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages gefeiert. Deutschland und Polen gehören zu den größten Staaten Europas. Das

Weimarer Dreieck – ein politisches Gesprächsforum, zu dem Spitzenpolitiker Deutschlands, Frankreichs und Polens seit 1991 in unregelmäßigen Abständen zusammenkommen, um vor allem europapolitische Fragen zu diskutieren – müsste noch viel aktiver werden.

Wie andere europäische Staaten macht Deutschland derzeit intensiv Erfahrungen mit populistischen Strömungen wie der *AfD*. Ich habe den Eindruck, dass die inhaltliche Auseinandersetzung über die ökonomischen und sozialen Hintergründe des Erstarkens solcher Strömungen in Europa bzw. allen EU-Staaten intensiver geführt werden könnte und müsste. Das wäre ein Gegenmittel gegen die egoistischen Nationalismen, wie sie in diesem Buch vorgestellt wurden. In diese Diskussion müssten Vertreter aller Parteien jenseits der Nationalisten und Populisten und gerade auch Sprecher der Zivilgesellschaft eingreifen.

Die Machtübernahme durch Donald Trump in Washington birgt große Gefahren, nicht zuletzt für Europa. Aber sie ist auch eine Chance, dass Europa seine Geschicke wieder stärker in die Hand nimmt.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

ABW Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego (Agentur für innere Sicherheit; polnischer Inlandsgeheimdienst)

AfD Alternative für Deutschland

ANO Politické hnutí ANO (Politische Bewegung ANO; »ano« bedeutet auf Tschechisch »ja«, steht aber auch für »akce nespokojených občanů«, »Aktion unzufriedener Bürger«)

BIP Bruttoinlandsprodukt

CBA Centralne Biuro Antykorupcyjne (polnische Antikorruptionsbehörde)

ČSSD Česká strana sociálně demokratická (Tschechische Sozialdemokratische Partei)

DeSUS Demokratična stranka upokojencev Slovenij (Demokratische Rentnerpartei Sloweniens)

EG Europäische Gemeinschaft

EKRE Eesti konservatiivne Rahvaerakond (Estnische Konservative Volkspartei)

EU Europäische Union

FDP Freie Demokratische Partei

FPÖ Freiheitliche Partei Östereichs

GUS Główny Urząd Statystyczny (Statistisches Hauptamt)

HDZ Hrvatska demokratska zajednica (Kroatische Demokratische Gemeinschaft)

IPN Instytut Pamięci Narodowej (Institut des Nationalen Gedenkens)

Jobbik Jobbik Magyarországért Mozgalom (Bewegung für ein besseres Ungarn)

KDH Kresťanskodemokratické hnutnie (Christlich-Demokratische Bewegung)

KDNP Kereszténydemokrata Néppárt (Christdemokratischen Volkspartei)

KDU-ČSL Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová (Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei)

KOD Komitet Obrony Demokracji (Komitee zur Verteidigung der Demokratie)

KPdSU Kommunistische Partei der Sowjetunion

KRRiT (Krajowa Rada Radiofomii i Telewizji; polnisches Landesrundfunkrat)

KSČ Komunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)

LMP Lehet Más a Politika (Politik kann anders sein)

MO Milicja Obywatelska (Bürgemiliz)

MSZP Magyar Sozialista Párt) Ungarischen Sozialistischen Partei
NDH Nezavisna Država Hrvatska (Unabhängiger Staat Kroatien)
NGO Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisationen)
NKWD Narodnyj kommissariat wnutrennich del (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten)
NSZS Nacional-socialna zvesa Slovenij (Nationalsoziale Union Sloweniens)
OLAF Office Européen de Lutte Anti-Fraude (Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung)
OLaNO Obyčajní Ľ'udia a nezávislé osobnosti (Gewöhnliche Leute und unabhängige Persönlichkeiten
ONR Obóz Narodowo Radikalny (Nationalradikales Lager)
ORMO Ochotnicza Rezerwa Milicji Obywatelskiej (Freiwillige Polizeireserve)
OUN Organisatsija Ukraijnskich Natsionalistiw (Organisation Ukrainischer Nationalisten)
PAP Polska Agencja Prasowa (Staatliche polnische Nachrichtenagentur)
PiS Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit)
PO Platforma Obywatelska (Bürgerplattform)
PSL Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Volkspartei)
SaS Sloboda a Solidarita (Freiheit und Solidarität)
SDKU Slovenská demokratická á krest'anská únia (Slowakische Demokratische und Christliche Union)
SDP Socijaldemokratska Partija Hrvastke (Sozialdemokratische Partei Kroatiens)
SDS Slovenska demokratska stranka (Slowenische Demokratische Partei)
SLD Sojusz Lewicy Demokratycznej (Bündniss der demokratischen Linken)
SMC Stranka modernega centra (Partei des modernen Zentrums)
SNS Slovenská národná strana (Slowakische Nationalpartei)
TVP Telewizja Polska (Polnisches Fernsehen)
UPA Ukrajinska Powstanska Armija (Ukrainische Aufstandsarmee)
ZL Združena Levica (Vereinigte Linke)

Anmerkungen

Einleitung (S. 8 – 12)

1 Rásonyi, Peter: Trump ist überall. In: Neue Zürcher Zeitung, 12./13. 11. 2016, S. 1.
2 Müller, Jan-Werner: Woran man sie erkennen kann. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 5. 2016, S. 11.

Polen (S. 14 – 66)

1 Zit. nach: Buchholc, Marta/Komornik, Maciej: Die PiS und das Recht. In: Osteuropa, 1 – 1/2016, S. 81; siehe auch Siedlecka, Ewa: Prezydent sądzi sędziów. In: Gazeta Wyborcza, 29. 6. 2016, S. 1.
2 Instytut Badań Rynkowych i Społecznych: Sondaż. PiS ma problem. Prawie dwie trzecie Polaków uważa, że demokracja jest zagrożona. 13. 4. 2016, unter: www.newsweek.pl/polska/czy-demokracja-w-polsce-jest-zagrozona-sondaz,artykuly,383828,1.html.
3 Modzelewski, Karol: Dyktatura nie jest lekarstwem na niesprawliwość. In: Gazeta Wyborcza, 5. 1. 2016, S. 4.
4 Zit. nach: Bader, Katarina/Zapart, Tomasz: Polarisiert, politisiert und vielfältig. Polens Medien 27 Jahre nach dem Systemwechsel. In: Osteuropa, 1 – 2/2016, S. 133.
5 Augstein, Franziska: Abschied von Europa. Der polnische Historiker Włodzimierz Borodziej über das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig. In: Süddeutsche Zeitung, 19. 5. 2016, S. 14.
6 Szarek, Jarosław: Wykonawcami zbrodni byli Niemcy, 19. 7. 2016, S. 1, unter: www.wiadomosci.dziennik.pl.
7 Der polnische Historiker Marcin Zaremba hat in seinem hervorragenden, leider bislang nur in polnischer Sprache erschienenen Buch »Wielka Trwoga – Polska 1944 – 1947« die damaligen Stimmungen, Ängste und Verrohung in der polnischen Gesellschaft beschrieben und analysiert.
8 Zit. nach www.wpolityce.pl/polityka/299147-kongres-pis-przyjal-uchwale-o-unii-europejskiej-chcemy-odnowieniea-unii-unijne-co-niezbedne-narodowe-co-mozliwe.
9 Konferencja prasowa Ministra Obrony Narodowej na temat obrony teritorialnej, unter: www.youtube.com/watch?v=IGDtitUYDb8.
10 Siehe, auch zu Folgendem, Hassel, Florian: Triumph der Freizeitpartisanen. In: Süddeutsche Zeitung, 13. 6. 2016, S. 6.
11 In einer Biografie über ihn (Krzymowski, Michał: Jarosław. Tajemnice Kaczyńskiego. Warschau 2016) finden sich Hunderte Formulierungen wie »man spricht darüber«, »ich habe gehört«, »könnte sein, was ich aber nicht glaube«, ich habe keinen Beweis dafür, aber«. Das Buch dient vor allem der Legendenbildung über seinen politischen Lebensweg und den seines verstorbenen Bruders Lech.
12 Janicki, Mariusz/Władyka, Wiesław: Jak kupić sobie władzę. In: Polityka, 2/3093, 11. 1. 2017.
13 Grimm, Dieter: Grenzen der Mehrheitsherrschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 1. 2016, S. 9.
14 Der deutsche Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter (Der Schmittismus und die Junge Freiheit und seine Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz; Bundeszentrale für politische Bildung, 18. 12. 2007) nannte Schmitt einen »der wirkmächtigsten intellektuellen Zerstörer der Weimarer Republik und Steigbügelhalter der Nazis bei ihrer

Machtergreifung«.

15 Eine ganze Ausgabe der renommierten Danziger Zeitschrift Przegląd Polityczny war Carl Schmitt gewidmet; der politische Diskussionsklub Krytyka Polityczna hat in Warschau einen Sammelband mit Aufsätzen zu Schmitt herausgegeben, und verschiedene Aufsätze zum Thema erschienen in polnischen Tageszeitungen.

16 Hall, Aleksander: Zła Zmiana. Sopot 2016, S. 75.

17 Czapińksi, Janusz: Diagnoza Społeczna, Warschau 2011, S. 10.

18 Siehe u. a. Baczyński, Jerzy: Faktury z Madery. In: Polityka, 2/3093, 11. 1. 2017.

19 Siehe Dąbrowska, Anna: Kasa legalna, ale fatalna. In: Polityka, 2/3093, 11. 1. 2017.

20 Siehe u. a. Kalukin, Rafał: O pozycji oposycji. In: Polityka, 2/3093, 11.1.2017.

Ungarn (S. 67 – 102)

1 Seres, László: Der Wille zur Macht. Das System Orbán, die Flüchtlinge und Europa. In: Osteuropa, 11–12/2015, S. 46.

2 Ferenc Gyurcsány hat in einer Rede auf einer Parteikonferenz zugegeben, dass seine Regierung die ungarische Öffentlichkeit nicht über die tatsächliche prekäre Lage bei den Staatsfinanzen informiert hatte; siehe deutsche Übersetzung der Rede in: Gyurcsány, Ferenc: »Wir haben gelogen«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 9. 2006, S. 6.

3 Kovács, Zoltan: Premier Orbán: »Ungarn bleibt ein Ort der Sicherheit in einer unsicheren Welt«. About Hungary, 23. 7. 2016, unter: www.abouthungary.hu/blog.

4 Siehe Lang, Kai-Olaf: Ungarn. Demokratischer Staatsaufbau oder Autokratie? SWP-Aktuell, Januar 2015; Vetter, Reinhold: Brüder im Geiste. Was Kaczyński mit Orbán verbindet. In: Internationale Politik, März/April 2016, S. 25 – 33.

5 Siehe Verseck, Keno: Umstrittener Orbán-Freund. Ein Ritterkreuz für einen Menschenfeind., Spiegel-Online, 22. 8. 2016, unter: www.spiegel.de/politik/ausland.

6 Pew Reseach Center: End of Communism Cheered but Now with More Reservation, 2. 11. 2009, unter: www.pewglobal.org/2009/11/02/end-of-communism-cheered-but-now-with-more-reservations/.

7 Siehe auch Koenen, Krisztina: Orbánismus in Ungarn. Ursprünge und Elemente der »illiberalen Demokratie«. In: Osteuropa, 11 – 12 / 2015, S. 33 – 44.

8 Zit. nach: Kis, János: Liberalizmus a 3, Köztárságban. Szuverén, 2. 10. 2014, unter: www.szuveren.hu/politika/liberalizmus-a-3-koztarsasagban.

9 Ebd.

10 Die 1991 in der ungarischen Stadt Visegrád gegründete Gruppe versteht sich als unregelmäßig tagendes Beratungsforum. Seit Polens Nationalkonservative 2015 die Macht übernommen haben, versuchen sie, in der Gruppe ein gemeinsames Vorgehen der vier Staaten in der EU anzustoßen.

11 By staff: Viktor Orbán endorses Donald Trump at Băile Tuşnad. The Budapest Beacon, 24. 7. 2016, unter: www.budapestbeacon.com/featured-articles/.

12 Zit. nach: Löwenstein, Stephan: Das Grundgesetz des Viktor Orbán. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 2. 2016, S. 2.

13 Zit. nach: Orbáns Büroleiter wäre für EU-Austritt Ungarns. In: Der Standard, 30. 6. 2016.

14 Zit. nach: Löwenstein, Stephan: Ungarns neue Eurofreundlichkeit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 7. 2016, S. 8.

15 Zit. nach: Löwenstein, Stephan: Die Abwesenheit einer Dame. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 3. 2016, S. 2.

16 Grabow, Elisabeth Katalin: Parteichef Vona will Orbán ablösen. In: Budapester Zeitung, 3. 6. 2016, S. 1.

17 Im Gespräch mit dem Autor.

18 Siehe Kałan, Dariusz: Kolesie bratanków. In: Polityka, 25/3064, 15. 6. 2016, S. 60.

19 Müller, Jan-Werner: Wo Europa endet. Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie. Berlin 2012, S. 29.

20 Zit. nach: Medienzensur in Ungarn. Ein Gespräch mit der Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky, Spiegel-Online, 17. 1. 2011, unter: www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/medienzensur-in-ungarn-voelkisches denken-hat-gesiegt-a-738861.htm.

21 Koenen, Krisztina: Orbánismus in Ungarn. Ursprünge und Elemente der »illiberalen Demokratie«. In: Osteuropa, 11 – 12/2015, S. 38.

22 Zit. nach: ebd.

Slowakei (S. 103 – 111)

1 Sie wollen es schon immer gewusst haben, Deutsche Welle/Mittelund Südosteuropa, 8. 1. 2016, unter: www.dw.com/de/sie/-wollen-esschon-immer-gewusst-haben/a-18967484.

2 »Keiner muss uns belehren«. Im Gespräch mit Miroslav Lajčák, Außenminister der Slowakei. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 4. 2016, S. 6.

3 Siehe u. a. Schwarz, Karl-Peter: In Uniform und Anzug. Die schwierige Geschichte der Slowakei und der Erfolg der Neofaschisten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 3. 2016, S. 10.

4 Siehe Baumann, Meret: Die Slowakei ist in der EU angekommen. In: Neue Zürcher Zeitung, 4. 7. 2016, S. 4.

Tschechische Republik (S. 112 – 122)

1 Havlík, Vlastimil: Populismus und politische Unternehmer in der Tschechischen Republik. In: Religion und Gesellschaft in Ost und West, Heft 9 – 10 / 2016, S. 11.

2 Ebd., S. 12.

3 Zit. nach: Zeman – Immigration ist »organisierte Invasion«. Der Standard, 12. 12. 2015, S. 11.

4 Janzer, Till: Studie – 80 000 Migranten könnten in Tschechien Arbeit finden, Radio Praha, 15. 5. 2016, unter: www.radio.cz/de/print/Artikel/479872.

5 Zit. nach: Schwarz, Karl-Peter: Die beiden Seelen der Tschechen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 7. 2016, S. 8.

6 Ungarn und Tschechien fordern europäische Armee, Welt N24:, 7. 9. 2016, unter: www.welt.de/politik/ausland/article157873288/Ungarn-und-Tschechien-fordern-europäische-Armee.html.

7 Zit. nach: Janzer, Till: Reaktionen auf den Brexit. Tschechische Politiker fordern Reform der EU, Radio Praha, 24. 6. 2016.

8 Zit. nach: Schneibergová, Martina: Sanktionen gegen Russland – Tschechien diskutiert über Aufhebung, Radio Praha, 29. 8. 2016.

9 Siehe unter anderem Croitoru, Joseph: Prager Frühling der Moskauer Freunde. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 7. 2016, S. 13.

10 Havlík: Populismus, S. 13.

11 Zit. nach: Tschechiens Vizepremier verharmlost Holocaust an Roma. In: Der Standard, 2. 9. 2016, S. 40.

12 Ebd.

13 Siehe Baumann, Meret: Tschechiens Protestpartei siegt weiter. In: Neue Zürcher Zeitung, 11. 10. 2016, S. 5.

Kroatien (S. 123 – 133)

1 Sundhaussen, Holm: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943 – 2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Wien / Köln / Weimar 2012, S. 12.
2 Zit. nach: Ernst, Andreas: Gedenktage und Wortkriege. Nicht die 1990er Jahre, die europäische Gegenwart inspiriert die Nationalisten auf dem Balkan. In: Neue Zürcher Zeitung, 8. 8. 2016, S. 3.
3 Zit. nach: Ernst, Andreas: Geschichte, die nicht vergeht. In: Neue Zürcher Zeitung, 2. 8. 2016, S. 3.
4 Ebd.
5 Schwarz, Karl-Peter: Veteranen und Putschisten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 7. 2016, S. 6. Ebenso Verseck, Keno: Die Angst vor dem nächsten Ungarn, Spiegel-Online, 3. 5. 2016, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/kroatien-droht-eine-nationalistisch-konservative-wende-a-1090348-druck.html.
6 Zit. nach: Radonic, Ljiliana: Erinnerungskultur und -politik in Kroatien, Bundeszentrale für politische Bildung, 16. 4. 2013. Siehe auch Calic, Janine: Wir Opfer, ihr Übeltäter. In: Der Tagesspiegel, 9. 6. 2016, S. 2.

Slowenien (S. 134 – 149)

1 Rathfelder, Erich: Eine neue Moral muss her. Zum Ausgang der Wahlen in Slowenien. In: die tageszeitung, 15. 7. 2014, S. 13.
2 Gillert, Sonja: »Beim nächsten Flüchtlingsstrom bricht ein Konflikt aus«. Der slowenische Premier Miro Cerar ist stolz auf sein Land für die Bewältigung der Flüchtlingskrise. In: Die Welt, 6. 9. 2016, S. 6.
3 Vgl. Prunk, Janko: Slowenien, unter: www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/Nationale_Identitaet_im vereinten_Europa/prunk.pdf.

Die baltischen Staaten (S. 150 – 165)

1 www.die-union.de/reden/altes_neues_europa.htm.
2 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/309768/umfrage/gesamtbevoelkerung-von-litauen/. Dazu auch Herrmann, Rudolf: Litauen läuft die Jugend davon. In: Neue Zürcher Zeitung, 10. 10. 2016, S. 6.
3 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/310622/umfrage/gesamtbevoelkerung-von-lettland/.
4 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/19324/umfrage/gesamtbevoelkerung-von-estland/.

Was steckt hinter dem Aufschwung der Nationalisten im Osten Europas? (S. 168 – 177)

1 Diner, Dan: Sind wir wieder im 19. Jahrhundert? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 9. 2016, S. 11.
2 Der ungarische Dichter Endry Ady prägte diesen Begriff. Er meinte damit, dass Ungarn wie eine Fähre zwischen zwei Ufern, also zwischen West und Ost, hin- und herfährt und sich nicht entscheiden kann, wo es endgültig anlegen soll.
3 Biblioteka Polityki: Rewolucja ’89. Warschau 2009, S. 47; deutsche Übersetzung in: Vetter, Reinhold: Bronisław Geremek. Der Stratege der polnischen Revolution. Berlin 2014, S. 288.
4 Ab dem 1. Januar 1993 wurde Staatseigentum in Tschechien durch die Ausgabe von Anteilscheinen (Voucher) an private Bürger sowie an Gemeinden und Pensionsfonds

privatisiert. Doch zunehmend gelang es Privatisierungs- und Investmentfonds, hinter denen in der Regel große, insbesondere ausländische Banken standen, einen erheblichen Teil dieser Coupons aufzukaufen und so eine Vielzahl der ehemaligen staatlichen Firmen in den Besitz dieser Banken zu bringen. Siehe Voráček, Emil: Die Transformation der Wirtschaft in Tschechien und ihre Schattenseiten. In: Berliner Osteuropa-Info, 11 / 1998, S. 28 – 34, unter: www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_11/06_voracek.pdf.

5 Grimm: Grenzen, S. 9.

6 Müller: Wo Europa endet, S. 9.

Ziehen Kaczyński, Orbán, Le Pen und Wilders an einem Strang? (S. 178 – 197)

1 Siehe Beichelt, Timm: Verkannte Parallelen. Transformationsforschung und Europastudien. In: Osteuropa 63. Jg., 2 – 3 / 2013, S. 277 – 294.

2 Parteiprogramm der FPÖ, unter: www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_grazparteiprogramm_web.pdf.

3 Dagbladet Information: DF er de nye konservative, unter: www.information.dk/166553. Siehe Bigalke, Silke: Dänemark. Mit Islamhass nach Europa, Dossier Rechtsextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung, unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/192053/daenemark-mit-islamhass-nach-europa; siehe auch Homepage der Dänischen Volkspartei, unter: www.danskfolkeparti.dek/.

4 Wilders, Geert: My message to Muslims, unter: https://web.archive.org/web/20100724054726/http://www.geertwilders.nl/index.php?option=com_content&task=view&id=1702&Itemid=1.

5 Zit. nach: Altenbockum, Jasper von u. a.: Im Kielwasser der Briten. Europas Rechtspopulisten feiern den Ausgang des Referendums. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 6. 2016, S. 4.

6 Zit. nach: Frauke Petry traf sich mit Marine Le Pen, Zeit-Online, 19. 10. 2016, unter: www.zeit.de/politik/Deutschland/2016-10/afd-frauke-petry-marine-le-pen-front-national-treffen.

7 Zit. nach: Hanke, Thomas: Frankreichs Front National gibt sich ganz zahm. In: Handelsblatt, 30. 11. 2014, S. 8.

8 Zit. nach: Zeman – Die Krim gehört zu Russland. In: Die Presse, 9. 9. 2016, unter: www.diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/502960/Zeman_Die-Krim-gehoert-zu-Russland.

9 Gauland will mit Front National kooperieren – aber nur ein bisschen, Spiegel-Online, 13. 5. 2016, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-vice-gauland-will-nur-ein-bisschen-mit-der-front-national-zusammenarbeiten-a-1092146.html.

10 Zit. nach: Internationale Reaktionen auf Trumps Wahlsieg. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 11. 2016, S. 5.

11 Zit. nach TSCHECHIENonline: Liebesgrüße aus Prag an Donald Trump. www.tschechien-online.org/nachrichten/liebesgruesse-prag-donald-trump-10112016-18009.

12 Zit. nach ZEIT-ONLINE: Marine Le Pen gratuliert Donald Trump. www.zeit.de/news/2016-11/09/frankreich-marine-le-pen-gratuliert-donald-trump-09075403.

13 Zit. nach Kirchner, Thomas: »Einer von uns«. Geert Wilders feiert Trump als Befreier von der verhassten Elite. In: Süddeutsche Zeitung, 11. 11. 2016, S. 6.

14 Zit. nach greenpeace magazin: Brexit-Mann Farage gratuliert Trump. www.greenpeace-magazin.de/tickerarchiv/brexit-mann-farage-gratuliert-trump.

15 Zit. nach Löwenstein, Stephan: Kommt Zeit, kommt Trump. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.2016, S. 2.

16 Meuthen: Trumps Sieg ist ein gutes Signal und Warnung zugleich, unter: www.alternativefuer.de/meuthen-trumps-sieg-ist-gutes-signal-und-warnung-zugleich-2/. Siehe auch: Bender, Justus: Transatlantiker einer ungewöhnlichen Sorte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 11. 2016, S. 4. Dort finden sich auch die folgenden Zitate von Beatrix von Storch und Uwe Junge.

17 Zit. nach: Veser, Reinhard: Jetzt bloß nicht panisch werden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. 11. 2016, S. 2.

18 Ebd.

19 Telewizja Republika: Prezydent Andrzej Duda o sejmowym kryzysie i politice Trumpa, 25. 1. 2017, unter: www.telewizjarepublika.pl/prezyden-andrzej-dudda-o-sejmowym-kryzysie-i-polityce-trumpa,43721.html.

20 Beide Zitate: Was andere Staatshäupter von Donald Trump erwarten, unter: www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/us-wahl/was-andere-staatshaeupter-von-donald-trump-erwarten; 132739,2398119.

21 Zit. nach: Hassel, Florian: Die Angst der Balten. In: Süddeutsche Zeitung, 21. 11. 2016, S. 9.

22 Ebd.

23 Ebd.

24 Schuller, Konrad: »Es gilt, dass Merkel für uns das Beste wäre.« In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 2. 2017, S. 2.

Für eine gesamteuropäische Diskussion über die Zukunft der EU (S. 198 – 211)

1 Kafsack, Hendrik/Mussler, Werner: Das Juncker-Syndrom. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 7. 2016, S. 21.

2 Grimm, Dieter: Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie. München 2016, S. 251 ff.

3 Beide Zitate in: Steinmeier, Frank-Walter: Europa ist die Lösung – Churchills Vermächtnis. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 9. 2016, S. 11.

4 Zit. nach: Stabenow, Michael: Existenziell in der Krise, aber nicht bedroht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 9. 2016, S. 2.

5 Schmid: Europa, S. 51 ff.

6 Beide Zitate in: Fücks, Ralf: Grüner New Deal. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. 4. 2016, S. 7.

7 Roll, Evelyn: Wir sind Europa. Eine Streitschrift gegen den Nationalismus. Berlin 2016, S. 42.

8 Grimm: Europa, S. 43.

9 Ebd., S. 44 f.

10 Védrine, Hubert: Radikaler Wandel oder Untergang. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 6. 2016, S. 8.

11 Frey, Bruno S.: Es gibt eine Alternative zur EU. In: Neue Zürcher Zeitung, 18. 10. 2016, S. 17.

Zum Weiterlesen

Brandes, Detlef u. a. (Hrsg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Wien u. a. 2010.

Geulen, Christian: Geschichte des Rassismus. München 2014.

Grimm: Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie. München 2016.

Guérot, Ulrike: Warum Europa eine Republik werden muss. Eine politische Utopie. Bonn 2016.

Janke, Igor: Viktor Orbán. Ein Stürmer in der Politik. Passau 2016.

Knodt, Michèle/Urdze, Sigita: Die politischen Systeme der baltischen Staaten. Wiesbaden 2012.

Lendvai, Paul: Orbáns Ungarn. Wien 2016.

Levinson, Joseph (Hrsg.): The Shoah (Holocaust) in Lituania. Vilnius 2006.

Müller, Jan-Werner: Wo Europa endet: Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie. Berlin 2013.

Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin 2016.

Osteuropa, Heft 1 – 2 / 2016: Gegen die Wand. Konservative Revolution in Polen.

Pirjevec, Jože: Tito. Die Biografie. München 2016.

Polen-Analysen, erscheinen jeweils am 1. und 3. Dienstag des Monats, unter: www.laender-analysen.de/polen/.

Priester, Karin: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt am Main 2012.

Religion & Gesellschaft in Ost und West, Heft 9 – 10 / 2016: Illiberale Tendenzen.

Roll, Evelyn: Wir sind Europa. Eine Streitschrift gegen den Nationalismus. Berlin 2016.

Schiller, Ulrich: Deutschland und »seine« Kroaten. Vom Ustaša-Faschismus zu Tudjmans Nationalismus. Bremen 2009.

Simms, Brendan / Zeeb, Benjamin: Europa am Abgrund. Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa. München 2016.

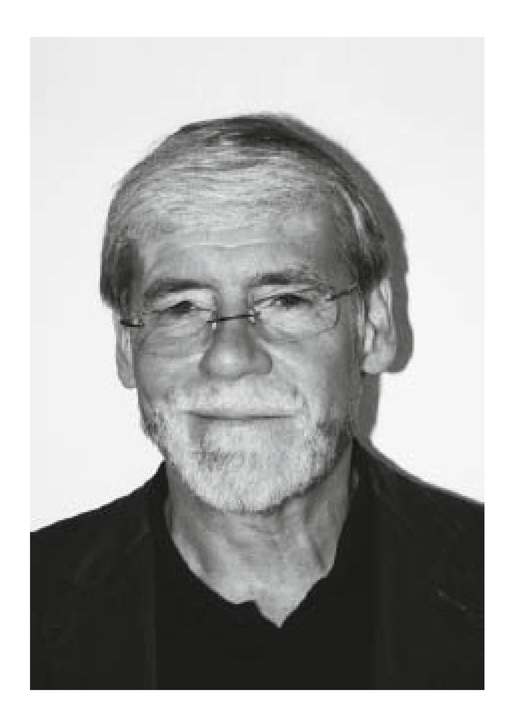
Schmid, Thomas: Europa ist tot, es lebe Europa. München 2016.

Sundhaussen, Holm: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943 – 2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Wien u. a. 2014.

Wagner, Helmut: Unser Europa. Die Konstruktion und Zukunft der Europäischen Union. Münster 2016.

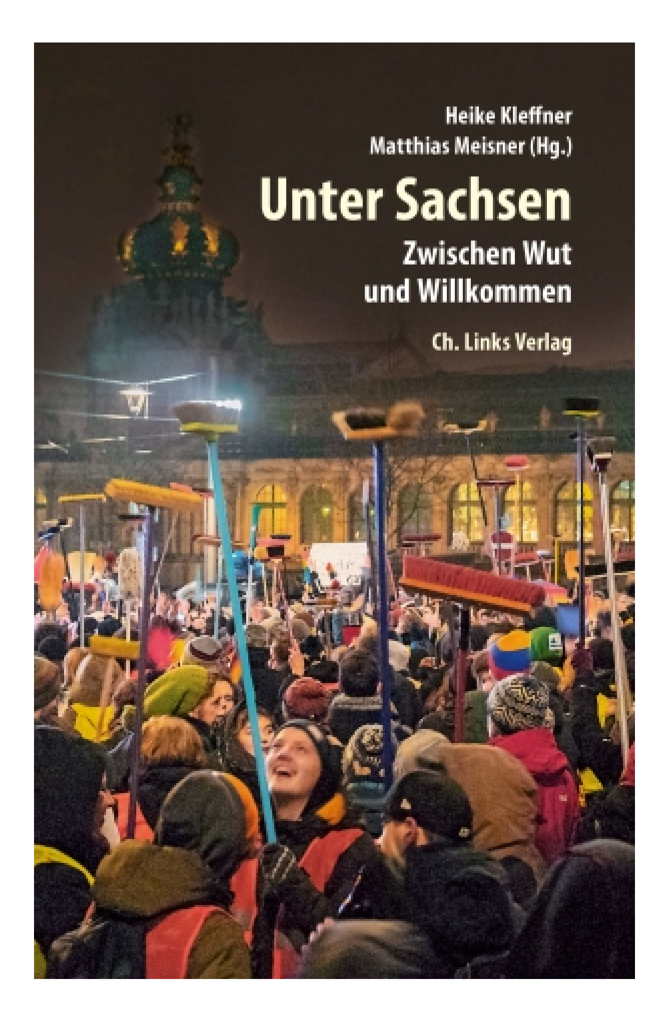
Wehler, Hans-Ulrich: Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen. München 2011.

Über den Autor



Reinhold Vetter

Jahrgang 1946, Studium der Politikwissenschaft und Journalistik; *ARD*-Korrespondent (Hörfunk) in Warschau; Korrespondent des *Handelsblattes* zunächst in Warschau, dann in Budapest und seit 2004 wieder in Warschau; lebt heute als freier Wissenschaftler und Publizist in Berlin und Warschau; im Ch. Links Verlag zuletzt erschienen: »Ungarn. Ein Länderporträt« (2012).



Unter Sachsen

Kleffner, Heike
9783862843923
312 Seiten

Sind die sogenannten sächsischen Verhältnisse mit der Pegida-Bewegung und den vielen rechten Gewalttaten ein auf den Freistaat begrenztes Phänomen? Oder muss die zunehmende Radikalisierung der gesellschaftlichen Mitte als Vorbote künftiger politischer Veränderungen in ganz Deutschland verstanden werden?
Die Frage »Warum Sachsen?« wird von vielen gestellt. In diesem

Buch begeben sich über 40 Autorinnen und Autoren auf die Suche nach Antworten. In Analysen, Interviews, literarischen Texten und sehr persönlichen Kommentaren beleuchten sie beispielsweise den Zustand der sächsischen CDU, die Hintergründe der Pegida-Bewegung und der AfD in Sachsen oder die eigenen Erfahrungen mit Rassismus. Zahlreiche Reportagen zeigen die Verhältnisse vor Ort, in Leipzig oder Dresden ebenso wie im Erzgebirge und in Bautzen. Dazu gehört auch die Kreativität der Zivilgesellschaft, die vielerorts mit dem Rücken zur Wand demokratische Werte verteidigt.



Ungarn

Vetter, Reinhold
9783862841707
208 Seiten

Als Ungarn 1989 die Grenze zu Österreich öffnete und damit Zehntausenden DDR-Bürgern die Flucht in den Westen ermöglichte, beförderte das die Einheit Deutschlands und Europas. Eine Woge der Sympathie schlug den Ungarn entgegen. Doch seit einiger Zeit mehren sich die schlechten Nachrichten: Überfälle auf Roma, ein

wiederauflebender Antisemitismus, marode Staatsfinanzen und der Abbau demokratischer Rechte.Reinhold Vetter, lange Jahre Korrespondent in Budapest, geht den Ursachen für die aktuelle Entwicklung nach. Aber er erzählt auch Geschichten von den kulinarischen Köstlichkeiten, der exotisch klingenden Sprache und der Vielzahl ungarischer Genies. Ein kompaktes Kompendium für alle Ungarn-Reisenden.



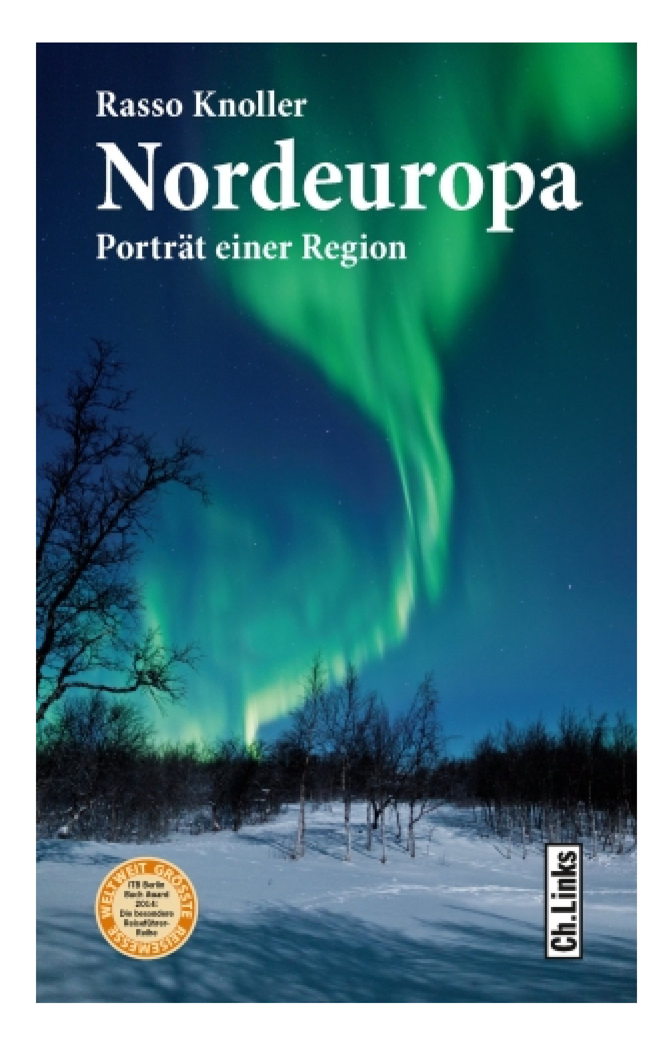
Spurlos verschwunden

Kirchner, Annerose

9783862843350
208 Seiten

Gessen, Schmirchau, Lichtenberg, Culmitzsch, Katzendorf, Sorge - das sind die Namen von Dörfern im Osten Thüringens, die nach dem Zweiten Weltkrieg dem Uranbergbau in der SBZ /DDR weichen mussten. Dort wurde unter höchster Geheimhaltung das Erz für Moskau abgebaut - für die Herstellung sowjetischer Atomwaffen und

für die Kernenergie. Als die Bagger anrückten und die Dörfer zerstörten, war ein öffentlicher Protest der Bewohner unmöglich. Wer sich wehrte, hatte mit ernsthaften Konsequenzen zu rechnen. Annerose Kirchner hat Zeitzeugen befragt, die froh waren, endlich Gehör zu finden. Sie erzählen die Geschichte der verschwundenen Dörfer und ihrer Bewohner, berichten von den Brüchen in den Biografien. Die Autorin ordnet die Ereignisse in die DDR-Geschichte ein und stellt weitergehende Fragen: Was ist aus den Menschen geworden, die damals zwangsumgesiedelt wurden und ihre Heimat verloren? Wie sieht die Landschaft heute aus?



Nordeuropa

Knoller, Rasso
9783862842889
216 Seiten

Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und das weit draußen im Atlantik gelegene Island werden auch unter dem Begriff »Nordeuropa« zusammengefasst: Fünf Länder, die auf eine lange gemeinsame - nicht immer harmonische - politische Vergangenheit zurückblicken können. Ein gut ausgebautes Sozialsystem, lange Zeit vordere Plätze im PISA-Vergleich der Schulen und erfolgreiche Frauen in Politik und

Wirtschaft - auf der Habenseite haben die Nordlichter vieles gemeinsam. Aber genauso groß wie die Gemeinsamkeiten sind auch die Unterschiede. Neidisch blicken die klammen Isländer auf den norwegischen Ölreichtum, kopfschüttelnd kommentieren die Schweden die dänische Alkoholpolitik, irritiert reagieren die Finnen auf die dänische Wortgewalt. Und die Rivalität zwischen Norwegen und Finnland auf der einen und Schweden auf der anderen Seite ist ohnehin legendär. Erstmals werden die nordischen Fünf gemeinsam vorgestellt.



Türkei

Gottschlich, Jürgen

9783862843558

232 Seiten

»Das ist die Türkei, hier ist alles möglich« – so lautete die Prämisse, unter der sich Jürgen Gottschlich, seit mehr als 20 Jahren Korrespondent in Istanbul, seinem Gastland immer genähert hat. Doch er wurde wie alle Beobachter vom gescheiterten Putschversuch des Militärs im Juli 2016 überrascht. Weniger verwunderlich war für ihn die

nachfolgende Säuberungsaktion des Militärs, der Schulen, Universitäten, Verwaltungen und Medien von Erdogan-Kritikern. Schließlich bestimmen harte innenpolitische Auseinandersetzungen schön länger den Kurs des Landes.
Jürgen Gottschlich beschreibt kenntnisreich Erdogans Griff nach der Alleinherrschaft, die mehr und mehr islamische Ausrichtung des Staates, den Konflikt mit der kurdischen Minderheit, aber auch den Alltag des Landes sowie seine Kultur und Lebensformen.